Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VI)

E. a) Themen global, die uns auch bewegen Seiten E 1 – E 29

01) Zellbiologe und Bestsellerautor Dr. Bruce Lipton: Epigenetik und Konflikte fördern Evolution
02) Zu viel Musk in einer Hand. Von Ed Koch
03) Analyse von Dr. Dragana Trifković – Die Möglichkeit eines Atomkriegs nimmt zu
04) Erdogan will Verfassungsänderung über „Kopftuch-Garantie“
05) Post-kolonialer Schuldkomplex: Ist das Böse europäisch?
Von ELMAR FORSTER
06) Super-Star Nick Cave: „Politische Korrektheit – die schlimmsten Aspekte einer Religion“
Von Gellért Rajcsányi
07) Bill Gates: Energiekrise ist langfristig betrachtet „gut“ für Europa
08) Xi Jinping gewinnt an Stärke: Was vom 20. Parteikongress zu erwarten ist
Von YURI TAVROVSKY
09) Assange und die Ukraine: zwei ungleiche Nominierte für den „Sacharow-Preis“
10) na, endlich. Von Ed Koch

E. b) 2 Sonderthema Corona-Pandemie Seiten E 30 – E 31

Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:

https://unser-mitteleuropa.com/

E. c) Wanderungen und Einwanderungen Seite E 32

Keine Berichte

E. d) Länder weltweit – im Überblick Seiten E 33 – E 56

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 31.10.2022
02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.10.2022
03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 23.10.2022
04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 20.10.2022

E. e) Europa, Europa und die Welt Seiten E 57 – E 65

01) Europa sollte den „Amerikanischen Sektor“ verlassen – von Patrick Poppel
02) Zur Lage Europas – Dr. Dragana Trifković im Gespräch mit Russland-Experten Patrick Poppel

E u r o p ä i s c h e U n i o n (EU) (Seiten E 62 – E 65)

03) Das russische Fernsehen bezeichnet die EU offiziell eine Kolonie der USA

E. f) Mitteleuropa Seite E 66

Keine Berichte!

E. g) Deutschland und nahe Staaten Seiten E 67– E 125

BENELUX-LÄNDER (Seite E 67)

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)
(Seiten E 68– E 103)

01) Not amused - Das ZDF-Magazin Royale als Enthüllungsplattform. Von Ed Koch
02) Dank linksgrüner Chaos-Politik: Nachfrage nach deutschen Staatsanleihen bricht dramatisch ein
03) Sag mir, wo die Freunde sind… Zusammenstellung und Kommentierung von Ed Koch
04) Schlechte Laune. Zusammenstellung und Kommentierung von Ed Koch
05) Männerproblem in der Politik. Von Ed Koch
06) Der Ökoterrorismus hat begonnen – Wie weit gehen radikale Umweltschützer noch? Von ZOLTÁN VECZÁN
07) Öl ins Feuer – Göring Eckardt behauptet „Putin will ukrainische Kultur und Sprache zerstören“
08) Peinlich: Verteidigungsministerin Lamprecht bettelt Schweiz um „Gepard“-Munition-Exporte für Ukraine an
09) De-Industrialisierung geht wie vorhergesagt los: BASF will Deutschland Richtung China verlassen
10) Rekordinflation und Euroschwäche als angebliche Gründe für Stopp der Rüstungsprojekte der Bundeswehr
11) Danksagungen sind überflüssig. Von Ed Koch
12) Präsident des Bundesverfassungsschutzes: „Energisches Vorgehen gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung“

13) Anlassgesetz gegen Russland im Schnellverfahren beschlossen: „Verharmlosung“ von Kriegsverbrechen künftig strafbar. Von DAVID BERGER
14) Sahra Wagenknecht – Grüne Energiepreistreiber stoppen!
15) Quizz, Quizz, Quizz - Wissen Non-Stop. Von Ed Koch
16) Deutschland auf der Verliererstraße – Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein! Von REDAKTION
17) Verwandte kann man sich nicht aussuchen. Von Ed Koch

B e r l i n und L a n d B r a n d e n b u r g (Seiten E 104 – E 113)

18) DHL-Solarboot – Eher Delphin als Ente. Von Ed Koch
19) Franziska Giffey (SPD) / Bettina Jarasch (Grüne) – Konflikt um die Friedrichstraße. Von Ed Koch
20) Sinnlose Verkehrspolitik der Grünen mit SPD-Billigung. Von Ed Koch
21) RBB - Widerwärtige Maßlosigkeit. Von Ed Koch
22) „Da kann man sich nur an den Arsch fassen…, weil der Kopf viel zu schade dafür ist!“. Von Ed Koch
23) Die GASAG - Berlin zum Erleuchten gebracht. Zusammenstellung und Kommentierung Ed Koch
24) Der Volkspark Mariendorf dank! Von Ed Koch

Ö s t e r r e i c h (Seiten E 114 – E 123)

25) Österreichs Linke voller Kultur-Selbsthass zum Nationalfeiertag
26) Österreich: Narrentanz um Zeltlager – ein ZurZeit-Podcast mit Andreas Mölzer. ANDREAS MÖLZER
27) Dr. Johannes Hübner erteilt Gutmenschen im Bundesrat Österreichs einen Nachhilfeunterricht

S ü d t i r o l (Seite E 124)

Keine Berichte!

S c h w e i z (Seite E 125)

Keine Berichte!

E. h) Ostmitteleuropa Seiten E 126– E 137

S l o w a k e i (Seiten E 126 - E 127)

01) Slowakei: Parlament lehnt Stärkung von LGBTQ-Rechten nach Schwulenmord ab

U n g a r n (Seiten E 128 – E 135)

02) Ungarische Revolution 1956 – Ungarn kämpft weiter für die Freiheit gegen Brüssel (VIDEOS).
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
03) Linke Journaille („Der Standard“) empört: Orban hält Volksbefragung zu den Sanktionen ab.
Von unserem Ungarn-Korrespondent ELMAR FORSTER
04) Orban vor EU-Gas-Embargo-Gipfel kämpferisch: „Werden es nicht zulassen!“

K r o a t i e n (Seiten E 136 - E 137)

05) Kroatischer Präsident gegen Ausbildung ukrainischer Soldaten: „Das bringt Krieg zu uns“ – Deutschland prescht hingegen vor

E. i) Osteuropa Seiten E 138– E 163

U k r a i n e (Seiten E 138 – E 143)

01) Ukraine setzt Hass gegen ungarische Minderheit fort: Nationaldenkmal zerstört
02) Selenskyj: Energiesystem vor dem Zusammenbruch +UPDATE 27.10.+ Notfallplan für Kiew

R u s s l a n d (Seiten E 144 - E 163)

03) Sensationelle Rede Putins am Valdai-Treffen: Die Abrechnung mit unipolarer Weltherrschaft
04) Putin als „Scharfschütze“ bei Ausbildung der „mobil gemachten Soldaten“

E. j) Kaukasusgebiet Seite E 164

Keine Berichte!

E. j) Südosteuropa Seite E 165

Keine Berichte!

E. k) Süd- und Westeuropa — Seiten E 166 – E 168

I t a l i e n (Seiten E 166 - E 168)

01) Rom: Ministerium wird umbenannt – „Ministerium für Familie, Geburten und Chancengleichheit“
02) Salvini will zur See und zu Land illegale Migrationsflut bekämpfen

E. l) Nordwest- und Nordeuropa — Seite E 169

Keine Berichte!

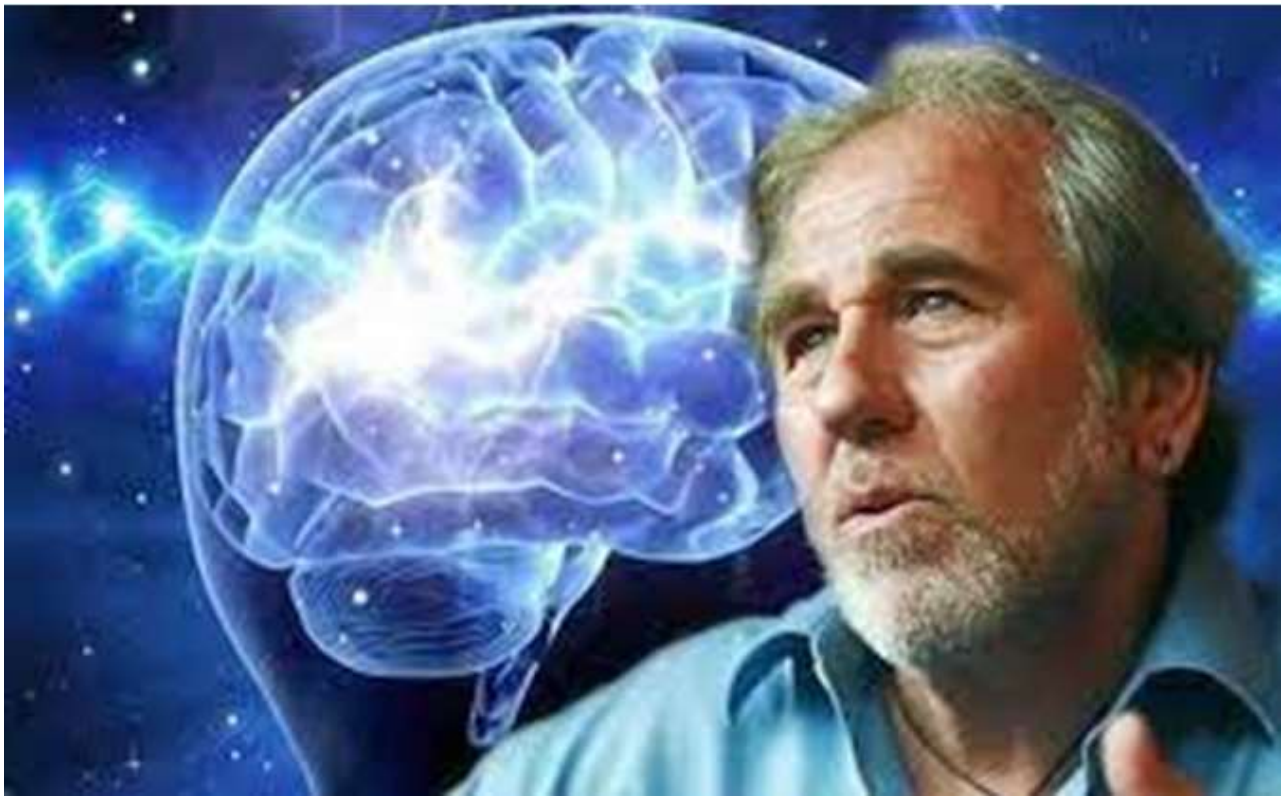
Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“ *Seite E 170*
2 Karten zur Geschichte Westpreußens *Seite E 171*
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten *Seite E 172*
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte Seite E 173
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920 *Seite E 174*
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz *Seite E 175*

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen — Seiten E 1 – E 29

01) Zellbiologe und Bestsellerautor Dr. Bruce Lipton: Epigenetik und Konflikte fördern Evolution

30. 10. 2022



Bruce Lipton2 Der Zellbiologe Dr. Bruce Lipton beschreibt eine hoffnungsvolle Vision der nächsten Stufe der menschlichen Zivilisation.

Der Zellbiologe **Dr. Bruce Lipton**, auf Europatour u.A. in Paris, Basel, Salzburg und Budapest, erklärte lebendig die Epigenetik und die Gene.

Am 26. Oktober 2022 referierte er in Salzburg über drei Stunden, mit viel Humor und positivem Grundtenor.

Von JOHANN HÜTHMAIR | Das Programm beschrieb eine hoffnungsvolle Vision der nächsten Stufe der menschlichen Zivilisation, und zeigt auf, wie jeder von uns aktiv am Gestalten der kommenden Weltbewusstheit teilnehmen kann. Das materialistische Paradigma ist degeneriert, es kommt ein neues Zeitalter, das sich auf Bewusstsein stützt, individuell als auch kollektiv.

Es sind auch schon früher Ordnungsprinzipien diverser Zivilisationen untergegangen. Lipton erklärte, anschaulich mit Powerpoint-Folien unterlegt, ua anhand von Gehirnfrequenzen, die Epigenetik als einen bestimmenden Faktor in der individuellen Entwicklung. Besonders die ersten 7 Lebensjahre, als auch die Zeit im Mutterleib, sind für die Programme im Unterbewusstsein prägend.

Die Weltbevölkerung hat sich in den letzten 50 Jahren verdoppelt, während wir in Europa nur mehr im Schnitt ein Kind pro Elternpaar haben, obwohl wir für ein Gleichgewicht 2,1 Kinder benötigen würden.

Wenn Sie sich wegen der derzeitigen Schlagzeilen über das Schicksal unseres Planeten Sorgen machen, hat Bruce Lipton eine Nachricht, die Sie überraschen könnte: Aus evolutionärer Sicht sind wir in einer Übergangsepoche. Wir sind umgeben von Beweisen, dass wir an der Schwelle zu einem großen evolutionären Ereignis stehen… Die alten Konzepte von Politik und Religionen greifen nicht mehr, das Chaos nimmt weltweit zu, bis ein neues Bewusstsein die Regelung übernimmt.

Eine Krise befeuert stets den Übergang zu neuen Regelungen in der Evolution

Der Zellbiologe und Bestsellerautor Bruce H. Lipton, PhD, legt revolutionäre Forschungsergebnisse vor, die uns zeigen, wie Gedanken, Einstellungen und Überzeugungen den Zustand unseres Körpers und unserer Lebenserfahrungen erschaffen.

Bruce Liptons lebendige Präsentation zeigte uns einige seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse, um uns zu helfen, durch diese turbulente Zeit unseres Planeten zu manövrieren. Vom passiven Opfer hin zum verantwortungsbewussten Mit-Schöpfer der künftigen Welt sollten/dürfen wir uns entwickeln, so sein Appell an jeden einzelnen Zuhörer! Unsere Zellen sind viel intelligenter als wir denken, das zeigte Bruce Lipton in Bildern und Grafiken sehr anschaulich und heiter.

Bruce H. Lipton, Ph.D., Zellbiologe und Dozent, ist ein international anerkannter Leader im Feld der „neuen" Biologie (Epigenetik) und in der Zusammenführung von Wissenschaft und Geist. Bruce war an der Fakultät der School of Medicine der Universität Wisconsin und führte später bahnbrechende Stammzellforschung an der Stanford University durch. Er ist Autor der Bestseller „Intelligente Zellen", „Der Honeymoon-Effekt" und „Liebe geht durch die Zellen" sowie Co-Autor von „Spontane Evolution".

2009 bekam Dr. Bruce Lipton den angesehen Goi-Friedenspreis (Japan) als Ehrung für seinen wissenschaftlichen Beitrag zur Harmonie in der Welt. Dieser Vortrag wurde vom Verein Pranavita.at veranstaltet und organisiert.

Bruce's Präsentation beinhaltete:

- Wie die Erfahrungen vor und während der Geburt unsere vorprogrammierten, unterbewussten Wahrnehmungen beeinflussen, die unser Verhalten prägen.
- Warum der oft abgewiesene Placebo-Effekt unser mächtigstes Heilungswerkzeug ist.
- Jenseits des „Überlebens des Stärkeren" – Wie Bewusstsein und Kooperation entscheidend für das Überleben und Wachstum der Zivilisation sind.
- Wie wir Meister unserer Lebensplanung werden, anstatt „Opfer" unserer Programme. Der Weg, um Erfolg zu einer „sich selbst erfüllenden Prophezeiung" zu machen, anstatt zu einem täglichen Überlebenskampf mit Angst.

Schlussfolgerung aus dem Vortrag: Erkenntnisse der Epigenetik als Steuerungselement in/aus Krisen einsetzen.

Bei steigenden Zinsen und Energiepreisen kommen viele Haushalte und KMU in Zahlungsstockung oder Insolvenzgefahr. Diese Erfahrungen mache ich als Sanierungsbegleiter in zunehmendem Maße.

Wir erleben, in den letzten zwei Jahrzehnten und auch aktuell, das Platzen vieler Blasen und der Illusion, wir könnten extremen Wohlstand ohne Leistung erhalten, die Entropie in der Gesellschaft steigern ohne Konflikte zu erzeugen! Was uns seit zwei Jahre planlose Covid-Chaos-Hysterie anschaulich und überdeutlich aufzeigt:

- Migrationsströme aus heißen Klimazonen führen zu Segregation in einer ohnehin schon instabilen Gesellschaft mit maroden, teils heftig dysfunktionalen Familiensystemen bis die latenten Konflikte manifest ausgetragen werden.
- Die Behördenhierarchie kommt mit dem gesellschaftlichen Wandel nicht mehr mit, ein Reformenstau gilt als Folge daraus. So kann es nicht lange weitergehen, ein ganzes Paradigma der westlichen Weltordnung steht vor einem Umbruch?
- Die aktuellen Zinsenerhöhungen bringen viele Selbstständige, Unternehmer und Häuslbauer in teils heftigste Bedrängnis, Ehen kollabieren als Stressfolge und Wohnhäuser wie auch Eigentumswohnungen werden auf den Immobilienmarkt kommen, sobald die Rückzahlungen stocken.

Die Energieembargos und die vorhersehbaren Energiepreissteigerungen zeigen nach sechs bis ein Jahr Vorlaufzeit ihre Wirkung. Der Immobilienmarkt ist in Bedrängnis, mit um 45% überteuerten Immobilien. Das Moratorium der Behörden für Covid 2020 wird nun zum Bumerang für Selbstständige, sobald die Behörden auf Rückzahlung bestehen, obwohl sich die Ertragslage für KMU Betriebe zuspitzt. Wie es den Gestrandeten ergeht, kümmert die Parteipolitiker wenig, die Rückkoppelung aus der Basis fehlt, wie J. Hüthmair kürzlich in „Soziologie Heute“ schrieb: „Wider steigender Entropie“
Der Stress bei Unternehmern in Perioden der Zahlungsstockung ist enorm. „Ich kann nachts nicht mehr durchschlafen und sitze um 2.30 Uhr bereits aufrecht im Bett“, erklärte ein Betroffener. Am nächsten Tag fühlt man sich wie gerädert. Tragische Auswirkungen haben auch die Handlungen von Banken und Behörden, die bei Laune lange Kreditlinien gewähren und „dann den Regenschirm wegnehmen“, wenn es zu regnen beginnt. Es ist nicht verwunderlich, wenn Diabetes oder Krebskrankheiten bei Unternehmer mit Dauerstress häufig diagnostiziert werden.

Zum Autor:
Dr. Johann Hüthmair, Soziologe und Sanierungsbegleiter, lebt in Oberösterreich,

Hinweise:
DVD – Dr. Bruce Lipton: „Intelligente Zellen – Die Wissenschaft der Selbstermächtigung

> Video Dr. Bruce Lipton : Die Macht unseres Unterbewusstseins
www.youtube.com/watch?v=BLX-hucuDMU
> Interview mit Dr. Bruce Lipton: Die Weisheit der Zellen
www.sein.de/geist/weisheit/2010/die-weisheit-der-zellen–interview-mit-bruce-lipton.html
> Bruce Lipton – Great Keynote on Mind Over Matter
www.youtube.com/watch?v=O5wzYNMHwn8&feature=share

> Bücher und DVD’s erschienen im Koha-Verlag:
> Bruce Lipton „Intelligente Zellen“ – ISBN: 978–3-86728–307-6
> Bruce Lipton „Der Honeymoon-Effekt“ – ISBN:978–3-86728–211-6

> DVD „Wie wir werden, was wir sind“, ISBN 978–3-86728–104-1,
> DVD „Intelligente Zellen“ ISBN: 978–3-86728–068-6,
> Internet-Seite: www.brucelipton.com für Informationen

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Zu viel Musk in einer Hand. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-23 28. Oktober 2022 47. Jahrgang

Zu viel Musk in einer Hand

Wer sich ein Elektrofahrzeug anschaffen möchte, schaut sich Tesla um. Wer in Brandenburg bei Berlin einen Job sucht, fragt bei Tesla nach. Wer in den Weltraum fliegen möchte, bucht bei SapceX. Wer sich Vorteile in einem Krieg verschaffen möchte, informiert sich über entsprechende Aufklärungs-Satelliten, und wer es schafft, mit 240 Zeichen seine Meinung, zu welchem Thema auch immer, in die Welt zu twittern, hat auch nur einen Ansprechpartner und der heißt **Elon Musk**.

„Der Vogel ist frei", verkündete Musk nach der Übernahme von Twitter. Das wird sich noch zeigen, wenn **Donald Trump**s Account wieder freigeschaltet wird. Über so viel diverse Machtfülle verfügen kaum die großen Schurken dieser Welt in den Regierungspalästen von Moskau, Peking oder Teheran.

Diese Despoten lassen sich ja wenigstens noch von ihren Schein-Parlamenten wählen oder halten Wahlen für Volk ab, bei denen zuvor alle Gegenkandidaten weggesperrt werden. **Elon Musk** hat sich nie einer demokratischen Wahl gestellt. Seine Wähler sind seine Kunden, und von denen hat er reichlich.

Völlig ungeniert und unkontrolliert kann Musk schalten und walten, wie er will, wenn er pünktlich seine Steuern zahlt. **Al Capone** ist nicht wegen seiner Morde ins Gefängnis gekommen, sondern wegen Steuerhinterziehung.

Zu viel Macht in einer Hand. Das ist für die Welt nicht gesund und auch nicht für denjenigen, der die Macht hat. Ich halte **Elon Musk** für gefährlicher als **Donald Trump**, und das will schon was heißen.

Was mich betrifft, werde ich weiterhin meine Meinung über diesen kleinen bescheidenen Newsletter mit überschaubarer Leserschaft verbreiten und mich nie bei Twitter blicken lassen. 240 Zeichen reichen ohnehin nicht aus. Allein dieser Kurzkommentar besteht aus 1.772 Zeichen.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Beispiel für psychologische Kriegsführung!

03) Analyse von Dr.Dragana Trifković – Die Möglichkeit eines Atomkriegs nimmt zu

25. 10. 2022

Ausschlaggebend für die Eskalation des Konflikts in der Ukraine ist nach Einschätzung vieler unabhängiger Analysten die Ausweitung der Nato-Infrastruktur an die russischen Grenzen. In den letzten Jahren hat die Führung Russlands gewarnt, dass sie solche Schritte für gefährlich hält und dass sie die nationale Sicherheit der Russischen Föderation direkt untergraben.

Unter den gegenwärtigen Umständen und trotz der gefährlichen Eskalation des Konflikts in der Ukraine beabsichtigt die NATO nicht, ihre Herangehensweise an das Problem zu ändern. Die Lieferung von Waffen an dieses Land und der weitere Ausbau des Bündnisses führen zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zu Russland.

Am 17. Oktober 2022 hat die NATO eine massive Militärübung gestartet, an der 14 Länder beteiligt sind. Die Übung mit dem Namen Steadfast Noon umfasst amerikanische atomwaffenfähige B-52-Bomber und Kampfflugzeuge, die keine scharfe Munition tragen werden, wie der strategische Kommunikationskoordinator des Nationalen Sicherheitsrates des Weißen Hauses, John Kirby, berichtete.

Trotz der Tatsache, dass die Übung lange geplant war und laut NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg „eine Verzögerung oder Absage der Übung ein falsches Signal über die

Entschlossenheit der NATO angesichts der russischen Aggression senden würde“, braucht es die Eskalation zwischen Russland und NATO auf eine neue, potentiell nukleare Ebene.

Die NATO-Übung, die in der Nähe der russischen Grenze während einer Reihe von Eskalationen des andauernden militärischen Konflikts in der Ukraine durchgeführt wurde, bei dem es sich im Grunde um einen Konflikt handelt, in dem die NATO eine aktive Partei ist, die Waffen, Ausbildung und Militärspezialisten bereitstellt und darüber hinaus Operationen koordiniert der UAF, sendet ein klares Signal an Russland, den Einsatz in dieser Konfrontation zu erhöhen. Russland reagiert mit verschiedenen Mitteln und macht deutlich, dass radikalere Reaktionen auf Sicherheitsbedrohungen in Betracht gezogen werden, nachdem vier neue Regionen dem Land als Ergebnis von Referenden beigetreten sind.

Unter den Umständen der instabilen politischen und sicherheitspolitischen Lage in Europa kann das Verhalten der NATO dazu führen, dass andere europäische Länder in einen Krieg mit unvorhersehbaren und weitreichenden Folgen verwickelt werden.

Die NATO-Streitkräfte hielten im November letzten Jahres die „Polaris-2021“-Übung ab, bei der der Manöverlegende zufolge die Streitkräfte der NATO-Koalition als Reaktion auf die angebliche russische Intervention eine Flugzeugträger-Streikgruppe unter der Führung von Charles bilden und entsenden würden Flugzeugträger de Gaulle in das Kampfgebiet, um „die Invasion zu stoppen und die Souveränität der Ukraine zu bewahren“. Der Kontext und das Szenario der Übung wurden von der Russischen Föderation als Signal für die Vorbereitung der NATO auf Aktionen gegen Russland gewertet, die der Operation der Truppengruppierung United Defender Alliance vor der Intervention in Libyen ähneln (Übungen „Baltops-2010“ und „Frisian Flag -2010“), als nach Manövern auf den Meeresketten eine großangelegte Operation folgte, um die Regierung von Muammar Gaddafi zu stürzen.

Während die NATO solche Übungen als „präventive Maßnahmen zur Reaktion auf die russische Aggression“ bezeichnet, sehen die Russen diese als direkte Bedrohung, die dazu anregt, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um ihre eigenen Sicherheitsinteressen zu schützen, was beispielsweise dazu führt, dass die Einleitung der „militärischen Sonderoperation zur Verhinderung eines ausgewachsenen Dritten Weltkriegs zwischen Russland und der NATO“, bei der Russland hätte überrascht werden können. Die aktuellen Übungen der NATO und die geplante russische Nuklearübung weisen deutlich auf eine andere Ebene der Konfrontation hin, wo ein kleiner Funke ausreichen könnte, um eine beispiellose nukleare Eskalation auszulösen.

Dieses Szenario kann verhindert werden, wenn die NATO ohne vorgefertigte Anschuldigungen gegen Russland politische Verantwortung übernimmt, sich mit ihrer eigenen Rolle bei der Eskalation des Konflikts auseinandersetzt und sich darauf konzentriert, die Interessen der anderen Seite zu verstehen und zu respektieren. Es muss daran erinnert werden, dass der Kalte Krieg mit dem freiwilligen Rückzug Russlands 2.000 km nach Osten endete, ohne dass ein Schuss fiel, mit dem Versprechen des Westens, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde. Jetzt, da die NATO an Russlands Grenzen steht, ist klar, dass Russland seine Forderungen nach Sicherheitsgarantien nicht aufgeben wird, zu denen der militärische Neutralitätsstatus der Ukraine, der Abzug von Offensivwaffen und die NATO-Infrastruktur von Russlands Grenzen gehören.

Verweise:

https://www.nato.int/cps/ru/natohq/news_208101.htm?selectedLocale=en

www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2021/3/pdf/2103-factsheet_exercises.pdf

pdfhost.io/v/Apgvx9bM._2_5370563296036396357

www.globalvillagespace.com/how-nato-planned-a-pre-emptive-strike-on-russia/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Erdogan will Verfassungsänderung über „Kopftuch-Garantie“

25. 10. 2022

Erdogan will "Kopftuch-Recht" in Verfassung verankern

Bis 2013 war es in der Türkei, in öffentlichen Institutionen, wie Schulen und Universitäten noch untersagt, dass Frauen ein Kopftuch tragen. Dies mag durchaus noch als „Relikt“ einer aufgeschlossenen „Atatürk-Politik“ gesehen werden.

Erdogan will das „Recht auf Kopftuch“ nunmehr in der Verfassung verankert wissen.

Gesetz zur Garantie des „Kopftuchrechtes“ gefordert

Im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die nächstes Jahr anstehen, ist in der Türkei die Kopftuch-Debatte neu entflammt.

Der Chef der säkularen Partei CHP hat vor kurzem erstaunlicher Weise ein Gesetz zur Garantie des Rechts auf das Kopftuchtragen vorgeschlagen, wie auch die österreichische *Kronen Zeitung* berichtet.

Staatsoberhaupt Recep Tayyip Erdogan ging daraufhin noch einen Schritt weiter und schlug ein Referendum über eine Verfassungsänderung vor. Sie soll das Recht von Frauen auf das Kopftuchtragen in staatlichen Institutionen, Schulen und Universitäten zukünftig garantieren.

„Wenn Sie den Mut haben, lassen Sie uns die Frage einem Referendum unterziehen", sagte Erdogan am 22.Oktober bei einem Auftritt im Staatsfernsehen. Der Präsident reagierte damit auf die Äußerungen des Oppositionsführers Kemal Kilicdaroglu von der CHP. Kilicdaroglu hatte mit seinem Vorstoß Bedenken entkräften wollen, dass seine Partei bei einem Wahlsieg wieder ein Kopftuchverbot einführen könnte.

„Wir haben in der Vergangenheit Fehler hinsichtlich des Kopftuchs gemacht", räumte Kilicdaroglu erschreckend kleinlaut ein.

Trotz verfassungsmäßiger Säkularität erneute „Kopftuch-Forderung"

In der mehrheitlich muslimischen Türkei ist allerdings in der Verfassung, eine strikte Trennung von Religion und Staat verankert. Auch dies darf durchaus als Erbe der ehemals fortschrittlichen Politik Atatürks angesehen werden.
Dass sich Präsident Erdogan davon bewusst abwenden möchte hat er nicht nur unzählige Male unter Beweis gestellt, er spricht dies auch immer wieder an.
Erdogans islamisch-konservative Partei AKP hatte das lange geltende Verbot des Tragens des islamischen Kopftuchs in staatlichen Einrichtungen allerdings bereits im Jahr 2013 abgeschafft.
Erdogan benutzt die Aufhebung des Kopftuch-Verbots immer wieder als Wahl-und Werbeslogan dafür, dass seine Partei gläubige Muslime gegen säkulare Parteien verteidigen würde.
Erschüttern mutet allerdings an, dass etwa im Gegensatz zu den 1990er Jahren, sich jedoch heute keine türkische Partei mehr für ein Kopftuch-Verbot einsetzt.

Erdogan will Verfassung dahingehend ändern

Ganz im Sinne desregierenden Präsidenten, schlägt dieser nun eine Verfassungsänderung für das Recht auf Tragen des Kopftuches, vor. Diese soll, nach dem Willen Erdogans, dem Parlament, möglichst rasch vorgelegt werden.

Um allerdings eine solche Änderung ohne ein Referendum durchbringen zu können, würde es eine Mehrheit von 400 Abgeordneten benötigen. Das müsste also bedeuten, dass die CHP hierbei mitstimmen müsste.

Die Cumhuriyet Halk Partisi (CHP), ist eine kemalistische und seit den 1960er-Jahren sozialdemokratische Partei in der Türkei, sie wurde 1923 von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk, gegründet.

Notfalls könnte der Reformvorschlag auch mit 360 Stimmen den Bürgern zum Votum vorgelegt werden. „Wenn dieses Problem nicht im Parlament gelöst werden kann, werden wir es dem Volk vorlegen", erklärte dazu Erdogan.

Wenn allerdings sogar die CHP ein solches „Gesetz" vorschlägt muss dies als klares Signal zur weiteren „Islamisierung" der türkischen Gesellschaft und Politik zu werten sein.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Post-kolonialer Schuldkomplex: Ist das Böse europäisch ?

Von ELMAR FORSTER

24. 10. 2022

Merkels a-historischer Schuld-Komplex

Für die deutsche Ex-Bundeskanzlerin Merkel bedeutete Geschichte ein Exerzierfeld von moralisierenden Gutmensch-Imperativen im Stile eines protestantischen Spießbürger-Büßertums: „*Wir haben uns in der Kolonialzeit an Afrika versündigt.*“ (7.4.2017 – Flüchtlingshelfer-Empfang)

Der Historiker Friedrich Hegel sah das anders: „*Die Weltgeschichte ist nicht der Boden des Glücks.*“ und „*die Perioden des Glücks sind leere Blätter in ihr.*“

Dürrenmatt: literarischer Urheber von Schuld- und Sühne

Merkels lebensverneinender „Schuld-Komplex“ steht am Ende einer kulturellen Dekadenzentwicklung. Dürrenmatt´s Historio-Komödie „*Romulus der Große*“ (1949) lieferte vor 70 Jahren den Anfang vom Ende dazu. Schuld und Sühne bestimmten ab jetzt das Thema Vergangenheitsbewältigung; diese projizierte er in die Zeit des Untergangs des römischen Reiches hinein, in die Person eines fiktiven, politisch-pervertierten spätrömischen Staatsmannes zurück: Ein moralisch grübelnder Anti-Machiavelli, der sich in Merkels „*Lasset die Kinder zu mir kommen. Denn ihnen gehört das Himmelreich!“* realpolitisch überholen sollte

Romulus´ Monologe erinnern an selbstkasteiende Beichtstuhl-Analysen: „*Du stehst vor dem Thron der römischen Kaiser, … diese Ströme von Blut … seine Schuld ist nicht abgetragen.*“ Doch impliziert dieser psychopathisch-politische Schuldkomplex zweierlei: Kultur-Selbsthass und eine masochistisch-moralisierende Kasteiungs-Unterwerfungshaltung unter Fremdkulturen, den eigenen Untergang schicksalshaft herbei sehnend: „*Wir haben fremdes Blut vergossen, nun müssen wir mit dem eigenen zurückzahlen.*“ Dem römischen Imperium wird ein Selbstverteidigungsrecht abgesprochen: „*Haben wir noch das Recht, uns zu wehren … , mehr zu sein als ein Opfer?*“ (Dürrenmatt: „Romulus der Große“)

Nietzsche: „Das Christentum zerbricht die Starken“

Zum Höhepunkt der Refjutschie-Krise hat sich dieser Schuld- und Opferkomplex (mit Nietzsches Worten: „*Sklavenmoral*“) aus der geistigen Enklave einer linken Elitenkultur auf einen ganzen Volkskörper massenpsychotisch übertragen. Friedrich Nietzsche (1844–1900) kannte den Namen jener protestantischen Grande Dame der Willkommenskultur nicht, den kulturellen Niedergang Europas benannte er wohl: Nämlich, „*dass es (das Christentum) die Starken zerbrechen will, (…) bis die Starken an … der Selbstverachtung und der Selbstmisshandlung zu Grunde geh´n.*“

Ahistorischer, postkolonialer Schuld-Komplex

Merkels Geschichtsdeutung: Eine ins Gegenteil pervertierte christliche (Un)heilsverkündung: Die von Europa dem schwarzen Kontinent aufgezwungene postkoloniale Ordnung sei Quell all des Übels, aus dem dann die Flüchtlingsbewegungen wie eine biblische Heuschrecken-Strafe auf den alten Kontinent losgeschickt wurden.

Merkel und Nietzsche: Beide aus protestantischem Pfarrhause, Antipoden derselben Geistesverfassung: Prophet und Vollstreckerin der Niedergangs …

Nüchtern betrachtet wurde allerdings durch die willkürlich innerafrikanische Grenzziehung („*ohne Rücksicht auf die Gebiete der einzelnen Stämme*“ – Merkel) erst die Basis für moderne Staatswesen überhaupt geschaffen. Was wäre wohl passiert, hätte man die modernen Staatswerdungen Afrikas und des Nahen Ostens unter dem Prinzip des Tribalismus gestaltet (Afrika mit mehr als 2.000 Sprachen und hunderten versprengter Völkern).

Merkels Pseudo-Historisiererei resultiert nach den Worten des deutschen Philosophen Safranski aus einem „*Gefühl der Hilflosigkeit*“ heraus:

„*Die Ursachen dieses gigantischen Zerfalls im Nahen Osten sind dermaßen komplex, dass es völlig unmöglich ist, sie von außen beseitigen zu können. … Das sind Zerfallsprozesse, bei denen die meisten Eingriffe (siehe die beiden Irakkriege, Afghanistan und Libyen) die Sache nur noch schlimmer machen … Es ist viel erreicht, wenn man das eigene Haus wenigstens notdürftig bewahrt.*“ („*Politischer Kitsch*“)

Völlig ratlos lässt einen Merkel freilich mit ihrem Psycho-Esoterik-Appell zurück: „Wir müssen ein bisschen Leidenschaft für die Geschichte Afrikas entwickeln, ansonsten werden wir auch nicht zueinander kommen.“ WIE und – vor allem – WO sollte ein Ein-Milliarden-Kontinent mit Europa zueinander finden?

„*Der metaphysisch-romantische Zug hat unsere politische Urteilskraft geschädigt. Ich liebe die Romantik, aber nicht die politische Romantik.*“ (Safranski: „*Politischer Kitsch*“)

Merkel verwechselt Weltpolitik mit christlicher Ökumene in einem ostdeutschen Ex-DDR-Provinzdorf im Stile christlich-naiver Bibelrunden oder einiger Psychositzungen beim Paar-Therapeuten.

Ist das Böse exklusiv europäisch?

Ein halbes Jahrhundert nach Dürrenmatt stellte sich jemand eine überfällige globalhistorische, politisch-inkorrekte Frage: „*Wie kam es dazu, dass Reichtum und Macht so verteilt sind … und nicht anders? Warum führte die Geschichte nicht dazu, dass beispielsweise … Afrikaner Europäer unterwarfen … ?*“ (Jared Diamond: „*Arm und Reich – Die Schicksale menschlicher Gemeinschaften*“)

… um zu einer lapidaren Conclusio zu kommen: Der Unterschied beruhe einzig und allein „*auf Verschiedenheiten der Umwelt*“; also auf einer geographischen Besonderheit unseres Globus: Der Ost-West-Erstreckung Eurasiens…

Das Archaisch-Böse jenseits von Europa

Menschenopfer bei den Azteken

Doch impliziert die Frage eine weitere. Ist das Böse per se europäisch? Ein kriminal-archäologischer Fund aus dem prähistorischen Südwesten der USA lässt daran zweifeln.

„*Die Kannibalen schlichen sich in die Siedlung eines Indianerclans … Drei Männer, eine Frau und drei Kinder … wurden mit Keulen und Steinen erschlagen. Die Angreifer zerhackten die Toten, … um sie über dem Feuer zu braten … Ehe sie den Ort verließen, drang einer von ihnen noch einmal in eine Behausung ein … Dort hockte er sich hin und entleerte sich – eine letzte Geste der Verachtung.*“ (Geo-Epoche)

Um 900 n. Chr. soll sich eine Horde mittelamerikanischer Tolteken-Indianer (im Stile von Konquistadoren) aufgemacht haben, um durch Terrorherrschaft die friedliebenden Ackerbauer-Anasazi (500 – 1050 / 1300 n. Chr) zu unterdrücken: „*Durch den größten Schrecken, den sie bei den Unterjochten überhaupt auslösen konnten: Sie aßen sie auf.*“ (GeoEpoche)

Ähnliche Herrschaftspraxis ist auch von den Azteken überliefert. Ihren Gefangenen schnitten sie bei lebendigem Leib einfach die Herzen heraus. Selbst die Spanier waren ob solch brutaler interkultureller Umgangsformen entsetzt gewesen…

Mittlerweile wird auch die europäische Eroberungsgeschichte zunehmend ambivalenter gesehen: „*600 Jahre lang haben Europäer die Welt erkundet, unterworfen und ausgebeutet. Doch zugleich haben sie zahllose Impulse für die Entstehung unserer heutigen Welt gegeben und empfangen.*“ (Reinhard: „*Die Unterwerfung der Welt*“)

Ein weiteres hartes historisches Faktum: Als Kolumbus unterwegs war, „*herrschten Azteken und Inkas über Reiche mit Steinwerkzeugen*“; und „*die meisten anderen Völker*“ verdingten sich „*als Jäger und Sammler*“ (Diamond), bestenfalls als einfache Ackerbauern.

Großes Rätsel Afrika

„*Große Rätsel gibt (zudem) gerade Afrika auf, über Jahrmillionen Stätte der menschlichen Evolution … Warum tauchten Kanonen und Stahl nicht zuerst in Afrika auf?*“ (Diamond) Und weiter: „*Warum lastet ein Fluch auf Afrika, diesem Sehnsuchtskontinent?*“ („Afrika – Das umkämpfte Paradies“ – Spiegel-Special)

„Anatomie der menschlichen Destruktivität“ (Fromm)

Ist das Böse etwa nur ein Teil des Menschseins, dessen Anatomie seziert werden kann?

„*Das Einzigartige beim Menschen ist, dass er … morden und quälen kann und … dabei Lustgefühle empfindet. Er ist das einzige Lebewesen, das zum Mörder … werden kann, ohne davon einen entsprechenden biologischen oder ökonomischen Nutzen zu haben.*“ (Erich Fromm: „*Anatomie der menschlichen Destruktivität*“)

Arabische Sklaverei Jahrhunderte vor Auftauchen des Weißen Mannes

Bisher etwa wurde der afrikanische Sklavenhandel stereotyp nur den Europäern angelastet. Die Fakten ergeben ein anderes Bild: „*Funktionierte (doch) die Versklavungsmaschinerie*“ bereits Jahrhunderte vor Auftauchen weißer Männer; und zwar als „*Menschenhandel von Afrika nach Asien*“ und nicht Richtung Europa. Was natürlich nicht ins einseitige Bild vom bösen europäischen Kulturimperialismus passt: „*Sklaverei war in vielen afrikanischen Kulturen selbstverständlich … ganze Reiche im Inneren Afrikas profitierten (davon) stark.*“ (Spiegel Special)

Doch hält sich innerhalb der europäischen Geistesgeschichte hartnäckig eine gegenteilige

Sicht. Von den römischen Dekadenztheorien (in Tacitus´ „*Germania*“ , über eine christliche „*Sklavenmoral*“ (Nietzsche) und einem vorläufigen Höhepunkt in der Aufklärung bis herauf zur Willkommenskultur: „*Denn Sklavenhandel von Schwarzen mit Schwarzen oder Asiaten war unvereinbar mit einem verbreiteten Missverständnis von Aufklärung, das die rassistische Perspektive des Kolonialismus einfach umkehrte und Farbige grundsätzlich für die besseren Menschen hielt.*“ (Spiegel Special)

Darin manifestiert sich die (im zivilisationsmüden weil hochzivilisierten Europa seit Jahrhunderten gepflegte verführerisch-schicke) Gutmensch-Ideologie vom Edlen Wilden. Nach mehr als einem halben Jahrhundert Post-Kolonialismus hätte man allerdings freilich unschwer erkennen können, dass zu Verbrechen und Genoziden auch autochthon-afrikanische Despoten fähig und willens sind …

Hitlers und Stalins Revival in Schwarzafrika

Idi Amin

In nur acht Regierungsjahren (1971–79) mordete der ugandische Schlächter Idi Amin hunderttausende Menschen, er zwang Häftlinge dazu, sich gegenseitig aufzufressen, oder beispielsweise „27 von schweren Folterungen gezeichneten Gefangenen, mit Schmiedehämmern *die Schädel einzuschlagen*“.

Seltsamerweise „*aber ist die Erinnerung an (seine) monströse Verbrechen weitgehend verblasst*“: „*Big Daddy*“ gilt weiterhin „*vorwiegend als plattköpfiger, aber pfiffiger Clown*“, der nur „*ein wenig Farbe in die triste Weltpolitik brachte.*“(ebenda)

Welch abartig-groteske Züge die postkolonialen westlichen Unterwerfungsgesten annahmen, zeigte sich an einer Walpurgisnachtszene, in der weiße Geschäftsleute den schwarzen Zampano (im Juli 1975) auf einer Sänfte durch die Hauptstadt Kampala trugen.

Zuvor hatte Idi allerdings alle 40.000 im Lande ansässigen asiatisch-stämmigen Briten verjagt und deren Besitztümer an Regierungsgünstlinge unter der Devise „*Operation Mafuta Mingi*“ („*Viel Fett*“) verjagt – mit fatalen Folgen: In einer Zementfabrik „*war schon wenige Wochen nach der Vertreibung der indischen Ingenieure der Betrieb buchstäblich zusammengebrochen … Die neuen Besitzer hatten … die regelmäßige Reinigung der Fabrikdächer versäumt. Dann kam die Regenzeit. Kurz nachdem der erste Guss die Staubdecke zu einem tonnenschweren Zementpanzer verdichtet hatte, brach das Dach ein.*“ (Spiegel Geschichte)

Mobutu

Erwähnenswert wäre auch noch „Mobutu Sese Seko Kuku Ngbendu wa za Banga“, der die postkoloniale Demokratische Republik Kongo „*fast 32 Jahre wie ein Lehen regierte … und zu einem der reichsten Männer der Welt*“ avancierte. Sein Titel lautete so: „*Der allmächtige Krieger, der wegen seiner Ausdauer und dem unbeirrbaren Willen zu siegen von Sieg zu Sieg geht und Feuer hinter sich zurücklässt*“, oder auch: „*Mobutu auf alle Zeit, der mächtige Hahn, der keine Henne unbestiegen lässt.*“ Unter Politsch-Korrekt-Sprechregeln also innerhalb eines einzigen Titels ein Sammelsurium an sexistischer, machistischer, kriegstreiberischer Ausdrucksweise par excellence.

Weil allerdings afrikanisches Improvisationstalent weltberühmt ist, initiierte „Big Daddy" einen ökonomischen Neustart – frei nach der Devise: „*Ein großer Kopf ist eine schwere Last.*" (nigerianisches Sprichwort). Kurzerhand hob er das bisherige Fremdenverkehrsverbot wieder auf. Dummerweise tummelten sich in den Nationalparks aber „*kaum noch Elefanten, weil Soldaten die meisten Dickhäuter mit Maschinengewehren niedergemäht und das Elfenbein an Händler in Kenia verkauft hatten.*" (Spiegel Geschichte)

„Ich bin ein Wilder und kann nicht verstehen…" - Die Fake-Öko-Rede des Häuptlings Seattle

Öko-Cineasten erinnern sich sicher noch an Kevin Costners Hollywood-Schinken „*Der mit dem Wolf tanzt*" (1990): Bleichgesichtige Wildwest-Desperados feuern von fahrenden Zügen wie tollwütig auf Bisonherden, um deren Kadaver der Präriehitze und Verwesung sowie die Indianer dem baldigen Hungertod zu übergeben.

In diesem Sinne kursiert eine angebliche Rede des Indianer-Häuptlings Seattle von 1854, ein Klassiker der Ökobewegung schlechthin und seither Beweis für die moralische Verkommenheit des weißen Mannes.

„*Ich habe tausend verrottende Büffel gesehen, vom weißen Mann … erschossen. Ich bin ein Wilder und kann nicht verstehen, wie das qualmende Eisenpferd wichtiger sein soll als der Büffel, den wir nur töten, um am Leben zu bleiben.*"

Die Rezeption dieser Rede ist gleichzeitig ein Dokument für öko-ideologische Umdeutungen vom Edlen Wilden: Zunächst einmal wurde das Manifest erst 33 Jahre später (von Smith) publiziert, gehalten wurde es allerdings in indianischem Dialekt, den Smith nicht verstand.

Insgesamt existieren vier Versionen: In der ersten fehlen ökologische Bezüge zur Naturzerstörung noch völlig; die zweite Fassung (von Arrowsmith) wurde in den 60er-Jahren (also knapp 80 Jahre später) in modernes Englisch übertragen. Den populären Durchbruch überschritt der Ökosermon aber in den 70ern (starke Umgestaltung durch Perry 1972) während der anlaufenden Öko-Bewegung.

Einige darin enthaltenen Bezüge (wie etwa der Hinweis auf Bisons oder die Vogelart des Ziegenmelkers) sind Fakes (beide Spezies existierten bei den Küsten-Salish-Indianer, die im Nordwesten Nord-Amerikas hauptsächlich vom Fischfang lebten, gar nicht; der Beginn des Eisenbahnbaus war zudem erst viele Jahre später, 1862).

Doch fügte sich alles wunderbar in ein Gutmenschen-Feindbild zusammen: Der Culture-Clash bösartiger Bleichgesichter gegen gutherzige Rothäute.

Die Ur-Indianer und die Overkill-Hypothese

Ein archäologischer Massenfund von 200 Bisonkadavern (bei Olsen-Chubbock in Ost-Colorado) legt einen anderen, einen bösen Verdacht nahe: Die Treibjagd-Methode der amerikanischen Ureinwohner widerspricht nämlich der Öko-Mär von deren angeblich so nachhaltigen Jagdtechnik. Auch fällt das Aussterben des nordamerikanischen Großwildes exakt mit der Einwanderung der sogenannten Clowis-Jäger vor etwa 11.500 Jahren zusammen, welche die Overkill-Hypothese bildet: „*Dabei hinterließen sie eine Spur ausgelöschter Säugetier-Populationen.*"

Dass diese Archäologen auch immer der Vergangenheit herumwühlen müssen!

West-Ost-Achse des Doppelkontinents Eurasien – Ursache der europäischen Herrschaft

Noch bis vor 13.000 Jahren lebten alle Kulturen auf der Welt als Sammler und Jäger. Danach setzte im Nahen Osten die neolithische Revolution ein. Der Grund dafür: Geographischer Determinismus. Nur im euro-asiatischen Gebiet des Goldenen Halbmonds nämlich konnten Ackerbau und Viehzucht erfunden werden (aufgrund des hier ausgeprägten Mittelmeerklimas), was in der Folge zur Entstehung von Städten mit arbeitsteiliger Wirtschaft führte.

Durch das Zusammenleben mit Tieren sprangen bedrohliche Seuchen (Pocken, Pest und Cholera) auf Menschen über und verbreiteten sich in den dicht besiedelten Zivilisationsräumen epidemisch; langfristig aber erwies sich dies als gewaltiger Vorteil für die Weltherrschaft: Das euro-asiatische Immunsystem entwickelte Resistenzen, über welche jene außereuropäischen Ureinwohner nicht verfügten.

Überdies gab es außerhalb Eurasien nur sehr wenige zur Domestizierung geeignete Tierarten, während hier gewisse Spezies (Ziege, Schaf, Schwein, Rind und Pferd) zu idealen „Zulieferern" von Fleisch, Milch und Energie (Muskelkraft) domestiziert wurden (dasselbe betrifft auch das Vorhandensein von Gräsern).

Aus diesem Grunde waren die Alt-Amerikaner auch eindeutig im Nachteil gegenüber den bösen Konquistadoren ab dem 15. Jahrhundert: So ließ sich etwa das Lama leider „*nicht melken, trug niemals einen Reiter, zog weder Karren noch Pflug, spendete keine Energie und fand auch keine kriegerische Verwendung*". (J. Diamond) Ein weiteres kulturhistorisches Rätsel: Warum erfanden die Altamerikaner kein Rad, obwohl sie es in Kinderspielzeugen bereits verwirklich hatten? Einen Wagen können schließlich auch Hunde ziehen.

Aufgrund der riesigen Ost-West-Ausdehnung Eurasiens verbreiteten sich diese Innovationen (nördlich und südlich des Breitengrades des Goldenen Halbmonds) schnell; während in der neuen Welt eine solche Ausdehnung (Ackerbau existierte auch hier, wenn auch später) aufgrund der Nord-Süd-Lage (divergierende Klimaverhältnisse) und ausgedehnter Sperrriegel in Form von Wüsten (Sahara) und Dschungeln (Mesoamerika) unmöglich war.

„Alle Jahrhunderte ähneln sich durch die Bosheit der Menschen." (Voltaire)

Mugabe

Ein Treppen-Clown der Geschichte ist auch der Despoten-Präsident Zimbabwes, Robert Mugabe (einer jener sogenannten „Big Men" der postkolonialen Hoffnungs-Gründergeneration Afrikas) : Schon bald hatte er die Wirtschaft des Landes ruiniert (Arbeitslosigkeit 80%, Inflationsrate 1700%) . „*Rollt der Präsident mit seinem gepanzerten, fünf Tonnen schweren Mercedes … durchs Land, muss ihm ein Tankwagen folgen, weil es nicht mehr genug Benzin an den Tankstellen des Landes gibt.*" (Spiegel Geschichte)

Genozid in Ruanda

Ein historisch einzigartiger Genozid ereignete sich in Ruanda 1994 (frei nach einem Motto aus Burundi: „*Recht hab immer jener, der den Griff des Dolches in seiner Hand hält.*") und zwar in einer sagenhaft kurzen Zeitspanne von nur 100 Tagen, innerhalb derer bis zu einer

Million Angehörige der Tutsi-Minderheit durch die Hutu-Mehrheit abgeschlachtet wurden. („*bis zu 60 Prozent der männlichen Hutu, mit Macheten und Nagelkeulen bewaffnet*"). Die Auswüchse von Tötungsarten sprengen eigentlich alle in Europa bisher bekannten Techniken:

„Eine verbreitete Foltermethode *… war das Abhacken von Händen und Füßen. Dahinter stand … auch der Gedanke des ´Zurechtstutzens´ groß gewachsener Menschen. Teilweise wurden Opfer aufgefordert, ihre eigenen Ehepartner oder Kinder umzubringen. Kinder wurden vor den Augen ihrer Eltern erschlagen. Blutsverwandte wurden zum Inzest untereinander gezwungen. Menschen wurden … zum Kannibalismus genötigt … In vielen Fällen wurden die Leichen Tieren zum Fraß angeboten.*"

Warum nur wurden „*die Hintergründe des Genozids in den Massenmedien so gut wie nicht aufgezeigt*"? „Offensichtlich bildet sich eine Sprachregelung, der blind gefolgt wird". „*Es hat eine Form von Blindheit gegeben, wir haben die Dimension des Völkermords nicht wahrgenommen.*" (N. Sarkozy – ehemaliger französischer Staatspräsident). Wieder also schaute die Welt weg…

„*Was für Verbrechen sind nicht schon im Schutze politischer Korrektheit begangen worden.*" (Doris Lessing, im ehemaligen Rhodesien aufgewachsene Schriftstellerin). Die von ihr beklagten post-kolonialen Double-Measures, der zufolge „*ein Mörder ungestraft davon kommen kann, wenn er Schwarzer ist*" (ebenda), offenbaren aber nur, dass es schon länger langsam zu Ende gehen musste mit diesem Political-Correctness-Kult.

Multi-Kulti-Vergewaltigungen durch Refugees

Diese Bewelcome-Klatscher-Gutmenschen-Hysterie verschleudert und verbrennt nun aber ihr letztes Feuerwerk am Himmel der Political-Correctness. Ähnliche kriminologische Fallstudien kann man seither mitten in Deutschland studieren, wie etwa eine Gruppenvergewaltigung durch vier afrikanische Asylwerber aus Eritrea an einer deutschen Frau:

„*Sie wurde erniedrigend entkleidet, über Betonstufen einer Treppe … gezogen und mit einer abgebrochenen Bierflasche verletzt. Die Täter sollen sich dann über eine Stunde und im Wechsel an ihrem Opfer vergangen haben.*"

Genitalverstümmelung mitten in Westeuropa

…oder der brutale Brauch weiblicher Genitalverstümmelung, der sich aus afrikanisch-arabischen Ländern in Westeuropa verbreitet: „*In Europa sind 500.000 Mädchen davon betroffen. In Wiens Spitälern gibt es bereits Ambulanzen für Rückoperationen.*"

Immerhin aber können gestandene links-grüne Gutmenschen selbst solchen Entwicklungen noch einen positiven interkulturellen Touch abgewinnen: Etwa die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt: „*Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt*", mit deren Hilfe Deutschland „*religiöser, bunter, vielfältiger und jünger*" werde. Oder der Ex-SPD-Kandidat Martin Schulz: „*Was die Flüchtlinge mit zu uns bringen, ist wertvoller als Gold.*"

Die Welcome-Klatscher-Hysterie trägt aber nun den Glauben zu Grabe, wonach die Unterdrückten dieser Welt (oder solche, die sich dafür äußerlich ausgeben) die besten aller Gutmenschen wären. Ein geistiges Wahnsinns-Konstrukt einer postmodernen westlichen

Dekadenz-Spätkultur. Das erkannte freilich Thomas Bernhard schon vor mehr als 30 Jahren: „*Eines der abstoßendsten Kennzeichen dieser Zeit ist, dass behauptet wird, die … unterdrückten Menschen seien gut, die anderen schlecht, das ist eine der widerlichsten Verlogenheiten … . Sind (doch) die sogenannten unteren Klassen … genauso gemein und niederträchtig.*“ („Alte Meister“)

Wie die Biographie Idi Amins mustergültig beweist, der als Hilfskoch bei der britischen Kolonialschutztruppe begann, sich dann zu höchsten Militärrängen hochdiente und sich am Schluss im Stile europäischer Feudalherrscher folgenden Monster-Schachtel-Titel verlieh: „*Seine Exzellenz, Präsident auf Lebenszeit, Feldmarschall Al Hadschi Doktor Idi Amin Dada, Viktoria-Kreuz, Distinguished Service Order, Military Cross, Herr aller Tiere der Erde und aller Fische der Meere und Bezwinger des Britischen Empires in Afrika im Allgemeinen und Uganda im Speziellen.*“

Oder mit den Worten des französischen Philosophen Pascal Bruckner (Anfang der 80er Jahre) ausgedrückt: „*Die Vergehen Europas werden auf ihr bösartiges Wesen zurückgeführt, während diejenigen der Entwicklungsländer angeblich nur durch die Umstände bedingt sind.*“ (Spiegel Geschichte)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Super-Star Nick Cave: „Politische Korrektheit – die schlimmsten Aspekte einer Religion“

Von Gellért Rajcsányi

23. 10. 2022

„Ich bin sehr besorgt über unsere Kultur und was mit ihr passieren könnte, wenn Künstler und Ideen für die politische Korrektheit geopfert werden“, sagte der australische Rocker, der in einem Interview über seine persönlichen Tragödien, Überzeugungen, Weltanschauungen und Sorgen über die Welt sprach.

Nick Cave ist seit den achtziger Jahren einer der bekanntesten Interpreten der Underground-Alternative-Rock-Musik. Seine düsteren Songs inspirierten viele. Und vor allem in den Neunzigern wurde er mit seiner Band „Bad Seeds“ berühmt, einige seiner Songs wurden auch von Johnny Cash und Metallica gecovert.

Mit dem Lied „Where the Wild Roses Grow“ gelang Nick Cave und Kylie Minogue 1995 der internationale Durchbruch. Selbst im Jahr 2008 gelangte der Song durch häufige Downloads erneut in die deutschen Top 100. In der Liste der „100 besten Songs der 90er Jahre“ des Musikmagazins New Musical Express rangiert die Single auf Platz 35.

https://www.youtube.com/watch?v=lDpnjE1LUvE

Persönliche Tragödien

Das Leben des australischen Musikers wurde in den letzten Jahren von Tragödien geplagt: 2015 stürzte einer seiner Söhne, der 15-jährige Arthur, an den Küstenklippen von Brighton, England, ab und starb – seine Trauer verarbeitete der Sänger auf dem 2019er Album „Ghosteen“. Dann, im Mai dieses Jahres, starb sein älterer Sohn Jethro im Alter von 31 Jahren – ein junger Mann, der auch als Model arbeitete und wegen Schizophrenie behandelt wurde.

„Die Dinge des Lebens“

In den letzten Jahren hat Nick Cave lange, philosophierende Schriften über die Dinge des Lebens und der Welt auf einem Blog namens „The Red Hand Files“ veröffentlicht. Er schreibt und spricht auch viel über Fragen des Glaubens und der Weltanschauung.

Religion: Eine Gemeinschaft, ein Zusammenspiel der Liebe

Der Musiker wurde neulich vom „Sydney Morning Herald“ in einem großen Interview interviewt, in dem er auch über diese grundlegenden Fragen sprach.

Der 65-jährige Musiker war aufgrund der Covid-Lockdowns seit zwei Jahren nicht mehr in seiner australischen Heimat, also freut er sich, wieder zurück zu sein. „Sobald ich australischen Boden betrete, spüre ich sofort die Erleichterung und tiefe Verbundenheit mit der Heimat. Aber es wird im Moment ein harter Weg“, sagt Cave. In den letzten Jahren hat der Musiker nicht nur seine beiden Söhne verloren, sondern auch seine Mutter und seine erste lange Beziehung und musikalische Partnerin, Anita Lane.

In seinem Interview sagt er, dass seine „Ghosteen“-Aufzeichnungen eine Art Gebet für ihn sind. Und wenn er über Religion spricht, sagt er: „Religion bedeutet für mich Gemeinschaft, die Wechselwirkungen der Liebe hin und her.“ Cave gibt zu: „Es gibt eine Art apokalyptische Ästhetik in meiner Kunst. Aber ich bin optimistischer, als die meisten glauben.“

Ziel: Göttlichkeit und Geheimnis erlangen

Die Überwindung kreativer und spiritueller Barrieren erfordert Geduld sowie Vertrauen in Intuition und Gefühle. Aber es beinhaltet auch, die Selbstbeherrschung aufzugeben –

genauso wie man sich im Gebet einer höheren Macht hingibt, sagt Cave. Nick Cave war während seines gesamten Werkes an der Bibel und dem Leben Jesu interessiert. Was wohl auch auf seine Kindheit, seine ländliche und religiöse Erziehung zurückgeführt werden kann. In seinen Zwanzigern rebellierte er dagegen, aber am Ende ist es wieder das, was sein Denken und seine Kunst bestimmt.

„Ich bin eine religiöse Persönlichkeit. Ich habe mich schon immer sehr für Religion interessiert. Aber ich habe eine andere Beziehung zur praktischen Seite. Ich denke, wenn ich älter werde, werde ich immer weniger skeptisch gegenüber der ganzen Übung. Ich kann meine Zweifel auf ein gewisses Maß reduzieren und das Gute akzeptieren, das in der Religion liegt“, sagt Cave, der den Dogmatismus jedoch immer noch als Problem empfindet. Nicht nur in der Religion. Ihm zufolge ist das heutige Denken weltweit dogmatisch geworden.

Gegen die Political Correctness

Cave lehnt die extreme politische Korrektheit der liberalen Linken ab, und vor allem die heuchlerische, selbstironische Art der wütenden Massen der sozialen Medien. Seiner Meinung nach besteht jetzt die Gefahr, eine Gesellschaft zu schaffen, der es an Mitgefühl und der Fähigkeit zur Vergebung mangelt.

„Wir müssen in der Lage sein, unseren Fehlern Raum zu geben. Andernfalls bleiben unsere Gedanken verengt und unentwickelt, und das ist ein großes Problem“, sagt Cave.

„Ist aus dem einstigen rebellischen Musiker ein Konservativer geworden?“ – Dazu Cave: „Ich bin kein kapitalisierter Rechtskonservativer. Ich bin ein umstrittener Bastard.“ Und er fährt dann fort: „Aber ich bin kulturell konservativ. Ich mache mir große Sorgen um unsere Kultur. Und darum, was mit der Kultur passieren kann, wenn Künstler und Ideen zugunsten der politischen Korrektheit geopfert werden.“

Nick Cave antwortet auf die an ihn gerichteten Briefe im Blog „The Red Hand Files“. So viele Menschen würden in diesen Tagen trauern und leiden: „Ein gemeinsames Thema der Briefe ist, dass die Menschen keinen Sinn in ihrem Leben sehen“, sagt Cave. – Für Cave sind seine Antworten auch eine Entdeckung seiner selbst und geben auch seinem heutigen Leben einen Sinn: „Es ist sehr interessant, menschlich und bewegend zu hören, was andere Menschen in diesen persönlichen Briefen denken“, fügt Cave hinzu, der sich jetzt verpflichtet fühlt, Fragen, die an ihn herankommen, menschlich zu beantworten.

„Du könntest ein bestimmtes Alter erreichen und erkennen, dass du lange Zeit nur die Welt gepackt und alles aus ihr herausgesaugt hast, damit du dann der werden kannst, der du immer sein wolltest. Aber wenn ein Mensch älter wird, ist es notwendig, dass sich seine Persönlichkeit verändert und dass er auf die Welt und die kleine Verbesserung achtet, die er der Welt selbst und letztendlich anderen Menschen geben kann. “

Barmherzigkeit

Im Jahr 2020 erklärte Nick Cave, was er von „Cancel Culture“ hält:

„Barmherzigkeit ist der Wert, der im Mittelpunkt jeder funktionierenden und toleranten Gesellschaft stehen sollte. Barmherzigkeit erkennt letztendlich, dass wir alle unvollkommen sind. Und indem jene das tut, gibt sie uns Sauerstoff, um Luft zu holen – um uns in einer Gesellschaft durch unsere gegenseitigen Schwächen geschützt zu fühlen. Ohne Gnade verliert eine Gesellschaft ihre Seele und verschlingt sich selbst. Barmherzigkeit gibt uns die

Fähigkeit, uns offen an freien Gesprächen zu beteiligen – indem wir die kollektive Erforschung auf das Gemeinwohl ausdehnen. Wenn wir von Barmherzigkeit geleitet werden, dann gibt es ein Sicherheitsnetz gegenseitiger Aufmerksamkeit, und so können wir mit Gedanken spielen – um Oscar Wilde zu zitieren."

Aber Barmherzigkeit, so Cave, ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist ein Wert, den wir pflegen und anstreben müssen. Geduld gibt dem Forschergeist die Zuversicht, sich frei zu bewegen, Fehler zu machen, sich zu korrigieren, mutig zu sein, zu zweifeln; und dabei neue und fortgeschrittenere Gedanken finden.

Ohne Gnade wird die Gesellschaft unflexibel, ängstlich, rachsüchtig und humorlos sein.

Gegen „Cancel Culture"

„Die Kultur der Abschaffung ist, soweit ich sehen kann, das Gegenteil der Barmherzigkeit. Politische Korrektheit ist zur unglücklichsten Religion der Welt geworden", sagte Cave.

„Der einst ehrenhafte Versuch der politischen Korrektheit, sich eine gerechtere Gesellschaft vorzustellen, spiegelt jetzt die schlimmsten Aspekte einer Religion wider – ohne ihre Schönheiten. Moralische Gewissheit, Glaube an unsere eigene Wahrheit – ohne die Möglichkeit der Erlösung. Es wurde buchstäblich zu einer schlechten Religion, die in einer Amöbe begann."

Der Widerstand der Kultur der Abschaffung, mit unbequemen Gedanken umzugehen, hatte laut Cave eine erstickende Wirkung auf die kreative Seele der Gesellschaft. Mitgefühl ist eine grundlegende Erfahrung, aus der das Genie und die Großzügigkeit der Vorstellungskraft geboren werden. Kreativität ist ein Akt der Liebe, der selbst unsere grundlegendsten Ideen herausfordert. Und so können wir die Welt mit neuen Augen betrachten. Das ist die Rolle und der Ruhm von Kunst und Ideen. Aber eine Kraft, die ihren eigenen Sinn in der Abschaffung dieser komplizierten Ideen sieht. Sie erstickt den kreativen Geist der Gesellschaft und greift ihre komplexe, vielfältige Kultur an.

„Und hier sind wir jetzt. Wir leben in einer sich verändernden Kultur und steuern vielleicht auf eine gleichberechtigtere Gesellschaft zu – ich weiß es nicht – aber welche grundlegenden Werte werden wir dabei verlieren?" fragte Nick Cave.

Hier die gesamte **„Ghosteen"**

Dieser Artikel erschien in Erstveröffentlichug auf MANDINER, unserem Partner der Medienkooperation

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Bill Gates: Energiekrise ist langfristig betrachtet „gut“ für Europa

21. 10. 2022

Der selbstlose Wohltäter der Menschheit dürfte auch finanzielle Interessen im Sinn haben

Während unzählige Menschen in Europa nicht wissen, wie sie diesen Winter ihre Strom- und Gasrechnungen bezahlen sollen, mimt Bill Gates den Weltenretter. Gegenüber dem Sender CNBC sagte Microsoft-Mitbegründer, die Gaskrise in Europa sei „auf lange Sicht gut“ für Europa. Denn sie würden den Kontinent zwingen, erneuerbare Energien zu nutzen. Außerdem meinte Gates, „die Menschen wollen nicht von russischem Erdgas abhängig sein“.

Der Multimilliardär räumte ein, dass die Öffentlichkeit „ein wenig optimistisch geworden ist, wie schnell der Übergang (zu erneuerbaren Energien) erfolgen könnte“, jedenfalls sei es notwendig, „nicht-russische Kohlenwasserstoffquellen zu finden“.

Seit Jahren tritt der Studienabbrecher Gates nicht nur als Experte für Impfungen auf, sondern auch als Experte für Klimafragen. Und hier wie dort werden vorgebliche Philanthropie mit finanziellen Interessen vermengt. So hat einerseits die Bill & Melinda Gates-Stiftung eine auffällige Nähe zur Pharmaindustrie und andererseits ist der Milliardär auch Gründer von Breakthrough Energy Ventures, einer führenden Investmentgesellschaft für Klimatechnologie.

Breakthrough Energy Ventures versteht sich als „einzigartige Gruppe, der geduldige und risikotolerante private Investoren, global tätige Konzerne, die Energie in riesiger Menge produzieren oder verbrauchen, und Finanzinvestoren mit dem nötigen Kapital zur Finanzierung der größten Infrastrukturprojekte der Welt angehören.“ Ziel ist die Erschließung neuer Geschäftsfelder, wobei zur Verbergung der wahren Absichten bewusst

die Klimahysterie geschürt wird: „Wir haben nicht hunderte Jahre Zeit für den Übergang zu sauberer Energie. Der Klimawandel schädigt bereits hunderte Million Menschen. Die Welt muss den Innovationszyklus beschleunigen."

Und das Geschäft mit der (Klima-)Angst lohnt sich offenkundig. Nach Angaben des Finanzdienstleisters Refinitiv Lipper machen Fonds, die wie Breakthrough Energy Ventures nach den politisch korrekten ESG-Kriterien arbeiten, gute Geschäfte. Im Jahr 2021 erhielten sie bis zum 30. November Investitionen in Höhe von 649 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: 2020 beliefen sich die Investitionen auf 542 Milliarden Dollar und 2019 auf 285 Milliarden Dollar.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf ***ZURZEIT***, unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Xi Jinping gewinnt an Stärke: Was vom 20. Parteikongress zu erwarten ist

Von YURI TAVROVSKY

19. 10. 2022

Das Projekt der sozialistischen Modernisierung Chinas soll von seinem Urheber weiter geleitet werden

„Auf hoher See kann man auf den Steuermann am Ruder nicht verzichten“ - dieser Slogan aus den Tagen der *„Kulturrevolution“* spiegelt am besten den Kern des 20. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) wider.

China befindet sich in der Tat auf der offenen See der Geschichte, für die es noch keine Seekarte gibt und auf der Riffe, Untiefen oder *„Bermuda-Dreiecke“* eingezeichnet sind. Das äußerst effiziente System des *„Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“* wird in Peking nicht ohne Grund als *„neue Form der menschlichen Zivilisation“* angesehen. Weder der klassische Kapitalismus noch klassische Sozialismus haben jemals in einem so kurzen Zeitraum so fulminante Ergebnisse erzielt. Nur die Synergie staatlicher Plan- und Marktwirtschaft mit der regulierenden Rolle der Regierungspartei hat das *„chinesische Wunder“* möglich gemacht. Die chinesischen Kommunisten, selbst wenn sie es wollten, hätten den Weg von Marx, Lenin oder Stalin nicht noch weitertreiben können, geschweige denn den von Mao Zedong oder Deng Xiaoping. Die Reise über den Horizont der Geschichte hinaus ist unberechenbar und gefährlich. Deshalb braucht das *Staatsschiff China* mit seinen anderthalb Milliarden Menschen an Bord einen erfahrenen und weisen Steuermann an Bord.

Die Begrenzung der Amtszeit wird aufgehoben

Xi Jinping am 16.10.2022 bei der Eröffnungsrede zum Nationalen Parteikongress.- *Foto Xinhua*

Die Kommunistische Partei Chinas hat dies bereits vor fünf Jahren erkannt: Auf dem 19. Parteikongress im Jahr 2017 wurde aufgrund der Ergebnisse der ersten fünfjährigen Amtsperiode von Xi Jinping, die unter dem Motto *„Die große Erneuerung der chinesischen Nation“* stand, beschlossen, die von Deng Xiaoping erlassene Begrenzung zu revidieren und die Amtszeit an der Spitze der Partei für zwei Amtszeiten mit je fünf Jahren zuzulassen.

Nun stellen künftige Erfolge sowie Herausforderungen neue Notwendigkeiten: Entgegen Einwendungen westlicher Experten und Vorhersagen lokaler Sinologen wird Xi Jinping auf dem 20. Kongress zum dritten Mal zum Generalsekretär des Zentralkomitees der KPC gewählt. Damit wird die Entscheidung zur Aufhebung der zeitlichen Beschränkungen der Amtszeit des Parteiführers endgültig bestätigt. Es ist wahrscheinlich, dass auf die dritte Amtszeit von Xi eine vierte folgen könnte.

Xi Jinping, geboren 1953, wird 2032, dem Jahr des XXII. Parteitags der KPC, 79 Jahre alt sein. Mao Zedong wurde 83 Jahre alt (1893–1976) und beeinflusste bis zu seinem letzten Tag die Richtung der Regierungspartei und Personalauswahl. Deng Xiaoping wurde 93 Jahre alt (1904–1997) und blieb, selbst nach Niederlegung seiner offiziellen Ämter und Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens durch seine Nominierten auf politischen Schlüsselpositionen Schiedsrichter an den Geschicken des Reichs der Mitte.

Es ist noch nicht bekannt, ob auf dem Kongress Xi Jinping ein neuer Titel verliehen würde, der über den bereits verwendeten *„Seele der Partei“* hinausginge. Dieser Titel ist gleichbedeutend mit dem des *„Vorsitzenden“,* doch vielleicht kommt es zu einer Neuerung – das politische Vokabular der chinesischen Parteisprache scheint dazu grenzenlos. Aber auch ohne solcher Änderung ist Xi Jinping bereits zum Führer der Kommunisten und gesamten chinesischen Nation aufgestiegen, gleichauf mit den beiden anderen anerkannten Führern, Mao Zedong und Deng Xiaoping.

Der Aufstieg zum Status einer Großmacht

Ein wahrer Führer muss seinen Landsleuten ein großes Ziel setzen und dazu die Vorhut anweisen. Mao vereinigte China und brachte es auf den Weg des Sozialismus. Deng übernahm die Führung eines Landes, das infolge von Maos Verblendung in die Irrlehren des *„Großen Sprungs nach vorn“* und der *„Kulturrevolution*“ am Rande des Untergangs stand. Er entwickelte eine Strategie der *„Reform und Öffnung“,* die in ihrer Verfeinerung unter *„Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“* bekannt wurde und den Beginn des überaus erfolgreichen Aufstiegs der VR China hin zum Status einer Großmacht auslöste.

Wie seine großen Vorgänger setzte der Vorsitzende Xi ein großes Ziel und führt das Reich der Mitte selbstbewusst darauf zu. Xi Jinpings langfristiger Plan heißt *„Chinas Traum von der großen Erneuerung der chinesischen Nation“,* dessen Umsetzung bis 2049 Chinas Vorrangstellung in der Welt sichern soll. Dieser Plan wurde Ende 2012, unmittelbar nach dem 18. Parteitag der KPC angekündigt. Die Etappen des Staffellaufs wurden festgelegt. Bis zum Jahr 2021, dem 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei, wurden entscheidende Ziele erreicht. Das wichtigste Ziel war die Schaffung einer Gesellschaft des *„Xiaokang“* bzw. Mittelschicht. Die Bewohner Chinas haben sich vollständig aus Armut befreit. Der Plan verhalf, die letzten 100 Millionen Menschen aus der Armut zu führen. Das Pro-Kopf-Einkommen der chinesischen Bevölkerung bzw. BIP der VR China hat sich verdoppelt. Die Mittelschicht ist auf 400 Millionen Menschen angewachsen. Diese Erfolge konnten trotz Covid-Pandemie und Kalten Krieges der USA gegen China erzielt werden.

Aussergewöhnliches Wirtschaftswachstum prägte das China der letzten Jahrzehnte

Der 20. Parteikongress wird sich ausführlich mit großen, aber auch mit kleineren Erfolgen befassen. Vor allem aber wird es um das nächste Jahrzehnt gehen. Auf dem letzten 19. Parteitag der KPC wurde die nächsten Etappen skizziert, um bis 2035 eine *„substanzielle sozialistische Modernisierung“* zu realisieren. Das Pro-Kopf-Einkommen der Bürger und das BIP des Landes sollen bis dahin einmal mehr verdoppelt werden. Zugleich wurde der Beschluss zur Aufhebung der zeitweisen Amtszeitbeschränkung für den Generalsekretär des Zentralkomitees der KPC bekannt gegeben. Die Logik scheint klar: Der Urheber des Vorhabens selbst soll dieses zur Ausführung bringen, zumal er offensichtlich über alle dazu benötigten Eigenschaften und Anlagen verfügt.

Die USA haben China zu ihrem Hauptgegner erklärt

Die nächste Etappe bis 2035 wird für Xi Jinping und chinesische Volk noch schwieriger als die erste Phase (2012–2021) sein. Der Kalte Krieg verschärft sich. Die USA hatte diesen Konflikt nach dem 19. Parteitag 2018 begonnen, als sich die ersten Erfolge des „chinesischen Traums“ abzeichneten und die Entschlossenheit deutlich wurde, die sozialistische Komponente eines *„Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“* weiter zu stärken. Xi Jinpings Worte und Taten haben seitdem die schlimmsten Erwartungen der Amerikaner bestätigt. Und ihre Erwartungen zum Ergebnis des 20. Kongresses spiegeln sich in der kürzlich verabschiedeten neuen nationalen Sicherheitsstrategie der USA wider: Darin wird China offiziell zum Hauptgegner der USA erklärt.

Die CoV-Pandemie bleibt ein großes Problem: Das Virus mutiert und erzwingt Quarantänemassnahmen in Metropolen und ganzen Provinzen. Unter diesen Bedingungen ist eine Verlangsamung der Wirtschaft unvermeidlich, doch es gilt zu verhindern, dass all jene, die sich gerade aus der Armut befreien konnten, nicht wieder zurückfielen.

Das Problem von 280 Millionen „Migranten“ als vollwertige Bürger mit „hukou“, einer Aufenthaltsgenehmigung erwartet eine Lösung: Es sind Bürger aus weniger entwickelten Provinzen, die in hoch entwickelten Städten nach Arbeit suchen, doch niedrige Löhne mit einem Mangel an Sozialleistungen zu akzeptieren haben. Die 600 Millionen Menschen, die sich längst aus der Armut befreit haben, aber noch nicht den Wohlstand der „Mittelschicht“ genießen, warten geduldig auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Die Alterung der Gesellschaft und Jugendarbeitslosigkeit erfordern ständige Aufmerksamkeit und verursachen entsprechenden Aufwand.

Trotz offensichtlicher Verbesserungen an der Umwelt müssen mühevolle und neue Schritte für einen Übergang zu *„sauberen“* Energiequellen, einer *„grünen Produktionsweise“* und einem *„grünen Lebensstil“* noch gefunden werden.

Nach Exportorientierung folgt die Stärkung des Binnenmarktes

Während des zwanzigsten Kongresses können Beobachter viel über die reale Situation im Reich der Mitte erfahren. Dazu zählen auch spezifische Entwicklungsparameter über die kommenden fünf bis zehn Jahre. Doch aus den verschiedenen Reden und Positions-

papieren Xi Jinpings sowie theoretischen Schriften der Partei und den Protokollen des jüngsten Plenums des Zentralkomitees der KPC lassen sich die wichtigsten Beschlüsse des Kongresses ableiten. In erster Linie zielen sie darauf ab, die Strategie des *„chinesischen Traums der großen Erneuerung der chinesischen Nation“* fortzusetzen. Der Schwerpunkt der Wirtschaft wird sich weiter von einer Exportorientierung hin zum Inlandsmarkt entwickeln. Der Slogan vom *„gemeinsamen Wohlstand“* wird eine neue Bedeutung erfahren und eine Verringerung der Einkommensunterschiede und Angleichung der Lebensstile vorsehen. Dazu gesellen sich die Zügelung von Monopolwirtschaft mit einer stärkeren Unterstützung von mittleren und kleinen Unternehmen sowie die Entfernung fremdartiger moralischer und kultureller Werte. Die *„Jagd nach Tigern und Fliegen“* – die Identifizierung und Bestrafung großer und kleiner korrupter Mitglieder der Kommunistischen Partei und der Beamtenschaft – wird fortgesetzt werden.

Angesichts der Einkreisung des Landes durch neue feindliche Blöcke und Stützpunkte wird der militärischen Stärkung des Reiches der Mitte erhöhte Aufmerksamkeit und Ressourcen geschenkt. Zugleich wird Xi Jinping seine bevorzugte Politik der *„strategischen Geduld“* fortsetzen. Sie hat es China ermöglicht, Xinjiang und Hongkong ohne Blutvergießen zu befrieden. China hofft inständig, einen Bruderkrieg zwischen den Chinesen auf beiden Seiten der Straße von Taiwan zu vermeiden. Trotz aller Provokationen Washingtons ist Peking nicht in die sorgfältig präperierte „Wolfsfalle“ getappt und trifft, ganz im Sinne des weisen Sun Tzu, keine unüberlegten Entscheidungen, vielmehr solche, die mehrere Schritte im Voraus kalkuliert sind.

Entscheidende Parallelen auf dem Gebiet der Weltpolitik

Aber das vielleicht wichtigste Ergebnis des 20. Kongresses wird darin bestehen, den Ansturm des *„Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“* in einem friedlichen Wettbewerb mit der liberalen kapitalistischen Wirtschaft zu lösen. Es ist nicht zu erwarten, dass China freien Unternehmergeist und Privatwirtschaft einschränken wollte: Warum sollte man die Henne, die goldene Eier legt, auch rupfen? Auf dem letzten Parteikongress wurde verlautet, dass jenes Marktsegment 60 % des BIP ausmacht, 80 % der Arbeitsplätze schafft und mehr als die Hälfte der Steuern erwirtschaftet. Andererseits kann es zu größeren bzw. vorteilhaften Veränderungen bei der Verteilung und dem Ausgleich des nationalen Reichtums durchaus kommen.

Für Russland haben die Beschlüsse des 20. Kongresses hohe Bedeutung. Die Stabilität und Macht Chinas als strategischer Partner Russlands ist angesichts der Feindseligkeiten rund um die Ukraine für Russland von größter Relevanz. Russland braucht ein starkes China, und China braucht ein starkes Russland. Die bekannten Komplikationen an den Fronten haben unter chinesischen Bloggern, die auf einen schnellen Sieg von „Zhangou minzu“ – der „Krieger Nation“, wie Russland von ihnen genannt wird – hoffen, für Verwirrung gesorgt. Doch dies hat sich nicht auf die Realpolitik Pekings ausgewirkt, welches eindeutig alle seine formellen und informellen Verpflichtungen erfüllt.

Auf der hohen See der Weltpolitik liegen die chinesischen und die russischen Schiffe auf einer Linie. Sie teilen ähnliche Leitgedanken. Und beide werden von sehr bewährten Steuermännern am Ruder geführt.

Übersetzung aus dem Russischen durch UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Assange und die Ukraine: zwei ungleiche Nominierte für den „Sacharow-Preis“

18. 10. 2022

Das ukrainische Volk, Julian Assange und die kolumbianische Wahrheitskommission sind für die diesjährige Verleihung des Sacharow-Preises nominiert worden. Über den Gewinner des Menschenrechtspreises wird in der nächsten Woche entschieden.

EU nominiert erwartungsgemäß die Ukraine

Die Auszeichnung ist Europas höchste Ehrung für Menschenrechtsaktivisten, der wie es heißt, für „geistige Freiheit“ vergeben wird. Der Preis wurde im Jahr 1988 eingeführt und wird jährlich verliehen. Er ist mit einem Preisgeld von 50.000 Euro dotiert. Der Gewinner des letzten Jahres war der Russe Aleksei Nawalny.

- Der Vorschlag zur Nominierung von Julian Assange geht auf die italienische Fünf-Sterne-Bewegung zurück.
- Die Ukraine wurde von der Fraktion EVP und den Sozialisten S&D vorgeschlagen.

Die Delegation der Fünf-Sterne-Bewegung im Europäischen Parlament bezeichnete das Abstimmungsergebnis der Finalisten als „großen politischen Sieg im Kampf gegen die Gleichgültigkeit gegenüber dem WikiLeaks-Gründer“, dem derzeit in den USA 175 Jahre Haft drohen. Assange wurde von der Fraktion eingeladen, im Fall eines Sieges im Parlament zu sprechen.

Der Preis wird am 14. Dezember während einer feierlichen Zeremonie in Straßburg vergeben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) na, endlich. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-13 18. Oktober 2022 47. Jahrgang

na, endlich

Ein ganz normaler Vorgang. Eigentlich. Zwei Angestellte streiten sich. Es kommt zu keiner Einigung. Letztlich entscheidet der Chef. Nicht mehr und nicht weniger ist gestern passiert. **Robert Habeck** und **Christian Lindner** kamen auf keinen gemeinsamen Nenner beim Atomausstieg. **Olaf Scholz** hat in der ihm eigenen Zögerlichkeit dann doch ein Machtwort gesprochen, denn er ist der Boss von Deutschland.

Ob es uns in der Energiekrise weiterbringt, zwei oder drei Atomkraftwerke dreieinhalb Monate weiterlaufen zu lassen, weiß ich nicht. Die einen sagen so, die anderen sagen so. Sollten die einen Recht haben und es etwas nützen, wäre es geradezu fahrlässig, die AKWs nicht am Netz zu lassen. Aber warum nur dreieinhalb Monate? Bringt das was? Warum nicht einfach sagen, so lange, wie es erforderlich ist? Erst wenn es ausreichend Ersatz gibt, kann man die Dinger immer noch abschalten. Die Atomfrage ist ideologisch verbrämt. Und in einem solchen Fall helfen keine Argumente.

Es ist schon ein dolles Ding, dass Scholz einen Tag nach dem Parteitag der Grünen von seiner Richtlinienkompetenz gebrauch macht, wo diese doch gerade explizit das niedersächsische AKW von einem Weiterbetrieb per Beschluss ausgeschlossen haben. Kräftiger kann man seinem Koalitionspartner nicht in die Fresse hauen. Die Leidensfähigkeit Habecks scheint unendlich zu sein. Er könne mit der Kanzlerweisung „*arbeiten*" nuschelte er gestern Abend in den „*tagesthemen*". Er werde für diese Entscheidung „*werben*", denn sie muss ja noch durch den Bundestag und Bundesrat. Apropos Bundesrat. Da hat sich gerade etwas verschoben in Niedersachsen. Die sechs niedersächsischen Stimmen sind nicht mehr rot-schwarz, sondern rot-grün.

Unter anderem mit dem Verweis darauf, dass das AKW Emsland, wie geplant, zum Jahresende vom Netz geht, haben die Grünen in Niedersachsen die Wahlen gewonnen. Die Grünen Wähler müssen sich jetzt richtig verscheißert vorkommen. Scholz mag vielleicht mit seiner gestrigen Entscheidung etwas gegen die Energiekrise getan haben, seinem größten Koalitionspartner hat er den Schröder gemacht und verdeutlicht, wer im Ernstfall Koch und wer Kellner ist. Scholz Entscheidung hätte vor dem 9. Oktober gefällt werden müssen. Dann wären die Wahlen in Niedersachsen vielleicht anders ausgegangen und auf dem Grünen Parteitag am vergangenen Wochenende hätte die Partei das Ende der Ampel beschließen können. OK, dieses Szenario stellen wir uns lieber nicht vor. Es gibt schon genügend Chaos in diesen Tagen. Die FDP, übrigens, die eine Laufzeitverlängerung bis 2024 gefordert hat, ist jetzt mit dreieinhalb Monaten zufrieden. Wäre Scholz der FDP eine Woche früher entgegengekommen, hätte sie vielleicht noch die 0,3 Prozent mehr bekommen, die sie brauchte, um in den Landtag von Niedersachsen wieder einziehen zu können. In der Summe seines Tuns hat Olaf, „*the hesitant one*", die Leuchtmittel grün und gelb mal eben aus der Ampel gedreht.

Bei dem ganzen Konflikt darf nicht vergessen werden, wer ihn uns eingebrockt hat. **Wladimir Putin.** Am Sonntag diskutierten bei **Anne Will** unter anderem **Martin Schulz** und **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** ihre bekannten Positionen. Interessant wurde es aber bei den Minuten 12:00 und 37:00. Da kam der russische Schriftsteller **Viktor Jerofejew** zu Wort. Sein Buch über Putin, „*Der große Gopnik*", das er nach seiner Flucht aus Moskau in Brandenburg zu Ende schreibt, erscheint zum Jahreswechsel. „*Gopnik*" ist die Bezeichnung für kriminelle oder vagabundierende Jugendliche. Jerofejew nennt Putin einen „*Hinterhofschläger*". *Foto: Kreml*

Er wundere sich nicht über Putins Verhalten. Putin sei ein „*Mensch des Krieges*". Er sei „*kein schlauer Mann, sondern ein einfacher Bengel, der durch Zufall an die Macht gekommen ist.*" Putin ist kein „*rationaler Mensch.*" Er werde alles machen, um nicht als Verlierer dazustehen. Ein banal klingender, aber vermutlich zutreffender Grund für Putins Verhalten ist, so Jerofejew, dass er sich langweile.

Es sei ihm nicht gelungen, Russland zu reformieren. Russland sei keine Nation, sondern ein Land in Agonie, eigentlich schon im Leichenschauhaus liegend. Putin müsse verschwinden. Die Analyse des Schriftstellers ist erschreckend, wobei sie bekannt sein dürfte bei jenen, die immer schon genauer hingeschaut haben. Das erste Exemplar des Buches sollte man zu Weihnachten **Gerhard Schröder** schenken.

Während sich **Viktor Jerofejew** über Putin nicht wundert, lobt er ausdrücklich den Kampfeswillen der Ukraine. Und damit sind wir wieder bei dem Punkt, dass gerade jetzt noch mehr Waffen als bisher an die Ukraine geliefert werden müssen, ohne diese vorher auf eine Waage zu stellen.

Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: FIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

E. b) Sonderthema Corona-Pandemie — Seiten E 30 – E 31

Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:

https://unser-mitteleuropa.com/

Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:

https://unser-mitteleuropa.com/

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mitteleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!

Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! Details hier.

https://unser-mitteleuropa.com/spenden/

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken Sie hier.

https://unser-mitteleuropa.com/sticker-aktion/

E. c) Wanderungen und Einwanderungen Seite E 32

Keine Berichte!

E. d) Länder weltweit – im Überblick Seiten E 33 - E 56

Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · *Foto: Хрюша / Wikimedia CC 3.0*

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 31.10.2022

Brasilien – Lula gewinnt die Stichwahl gegen Bolsonaro knapp. Bei der Präsidentenwahl in Brasilien hat nach einem knappen Rennen zwischen beiden Kandidaten der linke Herausforderer Luiz Inácio Lula da Silva gewonnen. Nach Auszählung fast aller Wahlmaschinen lag der amtierende Rechtspopulist Bolsonaro bei rund 49 Prozent der Stimmen (etwa 58 Millionen), auf Lula entfielen etwa 51 Prozent (rund 60 Millionen). Eine Umkehr des Resultats ist nach Angaben der Wahlbehörde in der Hauptstadt Brasilia mathematisch unmöglich. In mehreren Landesteilen kam es nach der Wahl zu Protesten. Ein Anhänger Lulas wurde bei einer Feier getötet. Lula kündigte in einer ersten Rede nach der Wahl an, das extrem gespaltene Land versöhnen zu wollen. «Ich werde für 215 Millionen Brasilianer regieren», sagte der 77-Jährige in São Paulo. «Es gibt keine zwei Brasilien, nur ein Volk.» Nun sei der Moment gekommen, den Frieden wieder herzustellen. SRF.ch

Dänemark – In dieser Woche kündigten die beiden weltgrössten Akteure im Bereich der Windkraftproduktion, der halbstaatliche dänische Energiekonzern Ørstad und der private Investor Copenhagen Infrastructur Partners, an, die Windkraftproduktion vervierfachen zu wollen. Die angestrebte Leistung der nun beschlossenen neuen dänischen Windkraftanlagen entspricht somit etwa der 3.5-fachen Leistung der vier in der Schweiz in Betrieb stehenden Atomkraftwerke. Damit kann nicht nur der eigene Energiebedarf abgedeckt werden, das nordische Königreich mit gut 5 Millionen Einwohnern kann so zu einem bedeutenden Energieversorger in Europa werden. Unabhängig also davon, wer die vorgezogenen Parlamentswahlen am kommenden Dienstag gewinnt, ist Dänemark nun auf dem Weg, Norwegen als einen der wichtigsten Energieproduzenten in Europa abzulösen – und das nicht mit fossiler Energie wie der nördliche Nachbar, sondern mit sauberem Windstrom und Wasserstoff.
● Bei den bevorstehenden Wahlen vom 1. November können sich nicht weniger als 14 Parteien Chancen ausrechnen, ins Folketing, das dänische Einkammerparlament mit 179 Sitzen, einzuziehen. Die amtierende Ministerpräsidentin, die Sozialdemokratin Mette Frederiksen, hat angekündigt, bei einem Wahlsieg nicht mehr wie bisher alleine mit Unterstützung weiterer Parteien im rot-grünen Lager das Land führen zu wollen, sondern mit bürgerlichen Kräften im Zentrum. SRF.ch

EU – Ab 2035 sollen in der EU nur noch Neuwagen zugelassen werden, die kein Treibhausgas ausstossen. Darauf haben sich die Unterhändler der EU-Staaten und des Europaparlaments am Donnerstagabend geeinigt. EU-Staaten und EU-Parlament müssen noch zustimmen. Das wäre das definitive Aus für den Verkauf neuer Benzin- und Dieselfahrzeuge, sagt der deutsche Automobilexperte Ferdinand Dudenhöffer.
● Europäischer Gerichtshof. «Was bedeutet das Urteil zur Witwerrente für mich?» Künftig bekommen Männer ihre Witwer-Rente, auch wenn ihre Kinder volljährig sind. SRF.ch
● Russland wirft den USA vor, die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen zu senken. Russland könne die Pläne zur Modernisierung der in Europa stationierten Atomwaffen der USA nicht ignorieren, sagte der stellvertretende Außenminister Gruschko der staatlichen Nachrichtenagentur RIA heute. „Die USA modernisieren.“ ORF.at

Frankreich – Bienen haben einen Zahlensinn. Also ein intuitives Verständnis für zählbare Einheiten – wie andere Tiere. Auch Spinnen, Fische, Kraken, Raben und Affen können zählen. Die Biene tut dies dazu noch sehr ordentlich. Das legt die Studie eines französisch-schweizerischen Forschungsteams nahe. Die Gruppe hat Honigbienen trainiert, eine Abbildung mit unterschiedlichen geometrischen Formen anzufliegen. Bilder mit jeweils gleich vielen Kreisen, Drei- oder Vierecken. Dafür wurden die Bienen mit einer Zuckerlösung belohnt. Links locken die kleinen Zahlen, rechts die grossen. Nach der Trainingsphase wurden den Versuchstierchen jeweils zwei identische Bilder gleichzeitig präsentiert. Es zeigte sich, dass die Bienen bei Abbildungen mit wenigen Formen – also beispielsweise nur einem oder zwei Kreisen – bevorzugt das Bild links anflogen. Während sie bei vier oder fünf Kreisen das Bild rechts priorisierten. Der mentale Zahlenstrahl im Gehirn der Honigbienen. Die Forschenden lesen aus diesem Verhalten, dass das Bienengehirn Zahlen von links nach rechts aufsteigend einordnet. Zahlen werden also auf einer Art mentalem Zahlenstrang repräsentiert. Das Gehirn der Bienen stellt offensichtlich einen Zusammenhang zwischen Quantitäten und Raum her. So wie es auch das Gehirn von Vögeln tut und meist auch das des Menschen. Benachbarte Hirnareale verknüpfen Raum und Zahl. Warum dies so ist, ist nicht sicher. Eine Erklärung könnte die Organisation des Gehirns selbst sein. Die Abbildung von Raum und jene Abbildung von Zahlen finden in benachbarten Hirnarealen statt. Möglich, dass die Nervenzellen im einen Areal mit den Nervenzellen im anderen kommunizieren und Raum und Zahl so miteinander in Kontakt kommen. Auch wenn nicht alle Tiere mit Zahlensinn so ordentlich zählen wie Bienen, Vögel und Menschen, hat das Gespür für Zahlen allein schon einen hohen evolutionären Nutzen. Es hilft jenen, die es haben, zu

überleben. Ein Tier, das mehr Futterstücke von wenigen unterschieden kann, kommt gezielter zu ausreichend Nahrung. Bienen, die sich auf ihren kilometerlangen Flügen an der Anzahl Landmarken orientieren, haben eine grosse Chance, ihre Futterquellen wieder zu finden. Meisen, die sich mit Alarmrufen die Anzahl lauernder Feinde mitteilen, können sich besser schützen. Löwen, die sich die Anzahl von Eindringlingen ins Revier zurufen, können besser entscheiden, ob sich ein Angriff lohnt oder doch eher der Rückzug. Der Zahlensinn scheint angeboren zu sein. Schon Babys können es und auch Küken. SRF.ch

Iran – Paradox an Irans Universitäten. In Iran studieren mehr Frauen als Männer. Seit Jahren studieren in Iran mehr Frauen als Männer. Auch darum spielen Frauen eine tragende Rolle in den Protesten. SRF.ch

Israel – Israel lehnt es ab, der Ukraine Waffen oder sein Flugabwehrsystem zur Verfügung zu stellen. Das hat Staatsoberhaupt Herzog diese Woche beim Besuch in den USA erneut betont. Laut dem ukrainischen Präsidenten Selenski scheint Israel aber bereit zu sein, Geheimdienstinformationen auszutauschen. SRF.ch

Kosovo – Visumsfreiheit in weiter Ferne. Die Leute werden weiterhin vor den Botschaften Schlange stehen, auch vor der Schweizer Botschaft in Pristina, um ein Visum zu beantragen. Gleichzeitig verliert die EU an Glaubwürdigkeit in der Region. Allein in den vergangenen 20 Jahren haben die Bürger Kosovos 180 Millionen Euro für Visagebühren ausgegeben. Bisher haben 22 der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt. Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei erkennen den Kosovo nicht an. Ein wichtiger Verbündeter sind die USA, die im Rahmen der KFOR eine grössere Militärbasis, Camp Bondsteel, unterhalten. Russland als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates hat sich dagegen auf die Seite Serbiens gestellt, auch China verhält sich weiterhin ablehnend. Daher bleibt dem Kosovo der Weg in die Vereinten Nationen und viele andere internationale Organisationen bis auf weiteres versperrt. Eine Ausnahme ist der Internationale Währungsfonds, der dem Kosovo am 8. Mai 2009 eine Mitgliedschaft anbot. Kosovo ist das erste europäische Land, das eine Botschaft in Jerusalem eröffnen wrd. SRF.ch

Nordkorea – Nordkorea wirft den USA regelmässig vor, durch ihre Manöver mit Südkorea einen Angriff vorzubereiten, was beide Länder bestreiten. Die USA haben 28’500 Soldaten in Südkorea stationiert. Die jüngsten Raketenstarts erfolgten kurz nach der Ankündigung des südkoreanischen Verteidigungsministeriums, zusammen mit den US-Streitkräften am kommenden Montag eine grosse Luftwaffenübung zu beginnen. An dem Manöver «Vigilant Storm» nehmen aus Südkorea 140 Flugzeuge, einschliesslich F-35-Tarnkappen-Kampfjets, teil. Die US-Luftwaffe will 100 Flugzeuge dafür mobilisieren. SRF.ch

Philippinen – 42 Menschen sind im Tropensturm «Nalgae» gestorben. Der Sturm hat den Süden des Landes getroffen. Einige Opfer seien in ihren eigenen Häusern von Erdmassen begraben worden. SRF.ch

Rumänien – hat einen deutschen Bürgermeister in Temeschburg / Timișoara. Er stammt aus dem Schwarzwald und regiert die drittgrösste Stadt Rumäniens. Dominic Fritz kämpft für eine saubere Stadtverwaltung. Die politischen Gepflogenheiten Rumäniens machen es ihm jedoch schwieriger, als er je gedacht hätte. Er hat sich viel vorgenommen: Er will Korruption und Vetternwirtschaft bekämpfen. Auch 30 Jahre nach dem Ende des Kommunismus dominieren noch immer Lokalbarone die Politik des Landes; Politiker, die Geld abzweigen, Geschenke verteilen oder Verwandte in der Stadtverwaltung anstellen. Viele von ihnen hat Dominic Fritz gegen sich aufgebracht. So erscheinen einige Beamte, die die Politik ihres neuen Chefs nicht mögen, einfach nicht mehr zur Arbeit. Zu seinen

Gegnern gehört auch der Präsident des Landkreises, in dem sich Fritz Stadt befindet. Dazu kommt zunehmende Kritik aus Dominic Fritz eigenem Lager. Nicht wenige Wähler sind enttäuscht, dass der deutsche Bürgermeister bisher nicht mehr erreicht hat. Trotz Dauerstress und Druck von allen Seiten: Dominic Fritz will weitermachen und Rumänien zum Bessern verändern. «International» auf SRF.ch

Russland – Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich am Donnerstag in Moskau beim Waldai-Forum gefragt, ob die Politiker in Washington „übergeschnappt" seien. Dieser Eindruck entstehe bei ihm, wenn er die derzeitige US-Außenpolitik betrachte. So beliefere Washington nicht nur die Ukraine mit Waffen in Milliardenhöhe, um gegen „Russland zu kämpfen", sondern verderbe sich zeitgleich die Beziehungen zu China. SP.ru

Saudiarabien -1.5 Milliarden Schweizer Franken frisches Kapital besorgt sich die Credit Suisse von der «Saudi National Bank». SRF.ch

Schweiz – Ohne Einwilligung der Schweiz darf Deutschland keine Munition an die Ukraine liefern, die diese für ihre Gepard-Flugabwehrpanzer benötigt. Die Schweiz hat ein betreffendes Gesuch erneut abgelehnt. «Die Politik darf sich nicht über das Neutralitätsrecht setzen», hiess FDP-Präsident Thierry Burkart in der «Arena» den Entscheid gut. Anders sieht das Mitte-Präsident Gerhard Pfister: «Wenn der Bundesrat Waffen an Saudi-Arabien exportiert, dann kann er auch den Deutschen erlauben, Munition in die Ukraine zu liefern.» Die Pandemie habe gezeigt, dass der Bundesrat in Notsituationen zur Wahrung von Landesinteressen Handlungsmöglichkeiten habe.
● Stipendienchaos. Im Kanton Zürich warten tausende Studenten auf ihr Geld.
● Derzeit machen Klimaaktivisten von sich reden, die in Museen gehen und Werke mit Tomatensauce beschmieren. Unser Museum will Plattform fürs Publikum sein und da gehört auch dazu, dass Menschen das Museum nutzen – um sich zu unterhalten, etwas zu lernen und manchmal auch zum Protestieren. Ich habe für diese Proteste Verständnis, das Anliegen ist ja dringend und wichtig. Unsere Aufgabe ist es aber trotzdem, die Kunstwerke zu schützen. Basler Museumsdirektor Sam Keller.
● Über 27 Grad in Delémont, 25 Grad in Fahy im Kanton Jura, so warm war es um diese Jahreszeit noch nie.
● Wert über 100'000 Franken. Wertvolle Kristalle bei Gotthard-Tunnelbau entdeckt. Der seltene Fund kam bei einer Sprengung zum Vorschein. Die Kristalle gehören dem Kanton Uri und werden nun ausgestellt. Das Gebiet um Göschenen im Kanton Uri ist bekannt für seine geologischen Schätze. Doch dieser Kristallfund bringt sogar Fachleute ins Schwärmen: «Der Fund der Rosafluorite ist zweifellos einer der besten seit Jahren in der Schweiz», sagt der Urner Geologie Peter Amacher von Geo-Uri.
● Energiekrise. Strom sparen oder Einbrecher mit Licht fernhalten: Was tun? Die Aargauer und die Zürcher Kantonspolizei empfehlen mehr Licht in den Abendstunden, um so Einbrüche zu verhindern.
● Lugano will zur europäischen Bitcoin-Metropole werden. Die Tessiner Metropole hat als Bankenplatz seit dem Ende des Bankgeheimnisses stark an Bedeutung verloren. SRF.ch

Tschechien – Zehntausende Menschen haben in der tschechischen Hauptstadt gegen ihre Regierung und deren Unterstützung für die Ukraine demonstriert. Auch die steigenden Energiepreise treiben die Menschen auf die Straße. Unter dem Motto „Tschechien an erster Stelle" versammelten sich die Menschen am Nationalfeiertag, am 28.10. auf dem zentralen Prager Wenzelsplatz. Die Organisatoren, die für ihre Ansichten bekannt sind, forderten die militärische Neutralität für Tschechien und ein Ende der Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Krieg mit Waffen und Geld. Zudem verlangten sie ein Ende der EU-Sanktionspolitik gegen Russland. Der regierenden Mitte-Rechts-Koalition warfen sie vor, der Ukraine mehr Aufmerksamkeit zu schenken als der eigenen Bevölkerung. Auch

angesichts der steigenden Energie-, Lebensmittel- und Wohnungspreise und der Angst vor einer Gasmangellage im Winter forderten die Demonstranten den Rücktritt der Regierung unter dem liberalkonservativen Premierminister Petr Fiala (58). Die Menge skandierte „Rücktritt!“ und schwenkte dabei Nationalflaggen. Unter den Rednern war auch der frühere Ministerpräsident Jiři Paroubek. „Wir müssen alle zu Recht Angst haben, dass es nicht genug Erdgas geben wird. SRF.ch

Türkei – Als Archäologen im Frühsommer 2022 mit ihren Ausgrabungen am Domitiansplatz in Ephesos anfingen, haben sie bereits vermutet, dass sie an dieser Stelle auf ein Geschäftsviertel stossen würden. Doch was sie nicht erwartet haben, war der gute Erhaltungszustand der Geschäfte und des Inventars. Dieser gute Erhaltungszustand erlaubt Vorstellungen von Einkaufsszenen vor 1400 Jahren. Der antike Mensch konnte in diesem Viertel etwa Lampen und christliche Pilgerdevotionalien kaufen sowie Gegenstände in einer Werkstätte reparieren lassen. Nach den Einkäufen konnte er in einer Garküche Speisen und Getränke bestellen. In Amphoren, also Tongefässen, die man zur Haltbarmachung von Lebensmitteln verwendete, wurden Fischgräten und Obstkerne gefunden. Zahlreiche Tonlampen, Pilgerampullen, Geschirr sowie Werkzeuge weisen auf die Funktion der Räumlichkeiten hin. Nicht zu vergessen ist das nötige Kleingeld, mit dem die Einkäufe bezahlt werden mussten. Die Archäologinnen und Archäologen haben über 2›000 Kupfermünzen und fünf byzantinische Goldmünzen ausgegraben. Doch es ist nicht nur der gute Erhaltungszustand, der die Ausgrabung so einzigartig macht, sondern auch die Tatsache, dass die Geschäfte abrupt zerstört worden sind. An vielen Stellen kam verbrannte Erde zum Vorschein. Eine Frage, die die Forschenden beschäftigte: Warum sind die Händlerinnen und Händler nach dem Brand nicht zurückgekehrt, um die wertvollen Gegenstände und vor allem das verdiente Geld aus den Lokalen zu holen? Auf den Münzen sind Jahreszahlen und die jeweiligen byzantinischen, oströmischen Kaiser abgebildet. Demzufolge dürfte das Geschäftsviertel vermutlich um 614/615 nach Christus niedergebrannt sein. Die Archäologin und Grabungsleiterin Sabine Ladstätter sagt: „In Ephesos sind wir in der glücklichen Lage, 9000 Jahre Menschheitsgeschichte erforschen zu können. ORF.at

Ukraine – Wie hilft die Schweiz derzeit? Einerseits setzen wir auf Finanzhilfen, die direkt an die großen Organisationen wie die UNO oder das IKRK fließen. Andererseits haben wir auch unsere eigenen Projekte. Zurzeit sind wir vor allem in den jüngst befreiten Gebieten, nördlich und östlich von Kiew, etwa in Chernigow, Sumy, Charkow, aktiv. Diese Gebiete brauchen Nothilfe, denn es wurde kritische Infrastruktur zerstört. Viele Häuser haben zum Beispiel keine Fenster mehr. Auch an der Wasserversorgung mangelt es vielerorts. Als Schweiz bringen wir da viel Know-how mit. So können beispielsweise unsere Ingenieure mit ihrem Wissen Pumpen und Elektromaschinen wieder instand setzen. Häufig ist dabei Kreativität gefragt – denn viele der beschädigten Maschinen stammen noch aus Sowjetzeiten. SRF.ch

● Zwei ukrainische Organisationen haben konkret ausformulierte Aufträge, eine sogenannte schmutzige Bombe zu bauen. Dies ist eine sogenannte radiologische Waffe, die als Wirkstoff eine radioaktive Füllung mittels einer konventioneller Sprengstoffladung verteilt. Die Arbeiten an derartigen Bomben befinden sich in der Endphase. Dies gab Generalleutnant Igor Kirillow, Leiter der russischen Truppen für Nuklear-, chemischen und biologischen Schutz, am 24.10. bei einem Briefing bekannt. Er legte Einzelheiten der Bedrohung offen, die Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu zuvor mit seinen Amtskollegen aus der Türkei, Frankreich, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten telefonisch erörtert hatte. Das Ziel, die Moskau mit diesen Gesprächen verfolgte, war die Schadensbegrenzung für die internationalen Beziehungen Russlands – auch und vor allem für die mit seinen nichtwestlichen Partnern – sowie für die Reputation des Landes in der

breiten internationalen Öffentlichkeit, Nun sind die vom Verteidigungsministerium gesammelten Informationen veröffentlicht worden. Kirillow informierte: Moskau besitzt Information über Kontakte zwischen dem Präsidialamt von Wladimir Selenskij und Grossbritannien bezüglich des möglichen Erwerbs von Atomwaffentechnologie. Auch verfügt die Ukraine mittlerweile über die gesamte Produktionsbasis und das wissenschaftliche Potenzial zur Herstellung mindestens einer „schmutzigen Bombe“, so der Leiter der russischen ABC-Schutztruppen. Er erinnerte daran, dass die Herstellung eines solchen Geräts – im Vergleich zur Herstellung echter Nuklearsprengköpfe – vergleichsweise einfach ist. Eine „schmutzige Bombe“ ist, wie bereits erwähnt, ein Behälter mit radioaktiven Isotopen und einer sie verteilenden Sprengladung

● Kiew fordert von Berlin 500 Millionen US-Dollar für den Staatshaushalt – monatlich SP.ru Der **US**-amerikanische Rock ’n‘ Roll-Musiker Jerry Lee Lewis ist tot. Er starb im Alter von 87 Jahren, wie sein Agent mehreren Agenturen bestätigte. Der als «The Killer» bekannte Autor von «Great Balls of Fires» wurde 1986 in die Rock and Roll Hall of Fame aufgenommen. Seine siebte Ehefrau Judith Coghlan Lewis sei an seiner Seite gewesen, als er starb, heißt es weiter. Jerry Lee Lewis galt als einer der einflussreichsten Künstler der Musikgeschichte. Er stand noch bis ins hohe Alter auf der Bühne. Seit einem Schlaganfall 2019 hatte er allerdings mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Lewis galt – neben Elvis Presley, Chuck Berry und Little Richard – als einer der Könige des Rock’n’Roll. Der Musiker war siebenmal verheiratet und hatte sechs Kinder, von denen zwei schon vor ihm gestorben waren. Jerry Lee Lewis wurde am 29. September 1935 in einer armen Familie in Ferriday, Louisiana, geboren. Mit neun Jahren entdeckte Lewis das Klavierspiel und seine Eltern nahmen eine Hypothek auf die Farm der Familie auf, um sein Instrument zu bezahlen. 1956 zog er nach Memphis (Tennessee), dem Mekka der neuen amerikanischen Musik, und war einer der ersten, der bei dem berühmten Plattenlabel Sun Records unter Vertrag genommen wurde. Sein erster Song «Whole lotta shakin‘ goin‘ on» aus dem Jahr 1957 war bereits ein Anzeichen seines wilden Stils. Während die Rockmusik noch in den Kinderschuhen steckte, drängte sich die Menge, um zu sehen, wie er mit Fingern, Ellbogen und Füßen wild auf die Tastatur einhämmerte, während sein Haar wild im Rhythmus mitschwang und er seinen Hocker in einem wilden Tanzschritt wegschleuderte. Wenige Monate später erschien «Great Balls of Fire», das 1989 auch der Titel eines Doku-Dramas über sein Leben wurde und ihn zu einem der beliebtesten Stars der Zeit machte.

● Der Ehemann der prominenten US-Politikerin Nancy Pelosi (82) ist im Wohnhaus des Paares in San Francisco angegriffen worden. US-Medienberichten zufolge war es eine gezielte Attacke auf das Zuhause des Ehepaares. Der Angreifer habe dabei in der Nacht zum Freitag mehrfach «Wo ist Nancy?» gerufen, schrieben unter anderem die «New York Times» und die «Washington Post» unter Berufung auf Behördenvertreter. Der 82-jährige Paul Pelosi sei im Spital und werde sich «voraussichtlich vollständig erholen», teilte ein Sprecher mit. Die von Leibwächtern geschützte Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses war zum Zeitpunkt des Angriffs nicht in der Stadt. Die Polizei von San Francisco äusserte sich zunächst nicht zu den Berichten und liess bei einer kurzen Medienkonferenz auch keine Fragen zu.

● Elon Musk (51) hat bei Twitter die Macht übernommen. Gemäß einem Insider will der reichste Mann der Welt nun zumindest vorerst selbst die Führung des Unternehmens übernehmen. Musk hat angekündigt, den dauerhaft verbannten US-Präsidenten Donald Trump (76) zurück auf die Plattform zu lassen. Zudem wird die Entlassung von Topmanagerin Vijaya Gadde, die für den Umgang mit Hassrede und Falschinformationen zuständig war, als zentrales Zeichen für einen Wandel gewertet.

● Der ehemalige US-Präsident Donald Trump will nicht zu Twitter zurückkehren, auch wenn dies mit Elon Musk als neuem Eigentümer möglich werden sollte. Er wird gemäß eigenen Angaben bei seinem eigenen Dienst Truth Social bleiben, der sich im Besitz der 2021 gegründeten Trump Media & Technology Group in Palm Beach befindet, die von dem

ehemaligen republikanischen Politiker Devin Nunes geführt wird. Sie wird als ein Versuch des ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump interpretiert, ein eigenes soziales Netzwerk zu etablieren. Die App lässt sich nur mit einer US- oder UK-Mobilfunknummer nutzen. SRF.ch

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.10.2022

100 Jahre Radio – Die allererste «Radiosendung» reklamierte die Flugfunkstation Lausanne für sich. Der Techniker und Funker Roland Pièce übertrug im Herbst 1922 Musik ab einem Wachswalzen-Phonographen via Sprechfunkmikrofon zu Flugzeugbesatzung und Passagieren der Fluglinie Lausanne-Paris. Auf diesem Weg übertrug man normalerweise nur Wetterdaten und Wetterprognosen. Wahrscheinlich am 26. Oktober 1922 – das genaue Datum gilt historisch als nicht gesichert, lediglich der Monat Oktober – wurde der Sender «Champ-de-l'Air» offiziell eingeweiht, mit einer erste Übertragung ins Hotel Beau Rivage in Lausanne-Ouchy. Riesige Antennen und miserabler Empfang. Es war eine Sensation, dass das neue Medium Rundfunk die weite Welt in die gute Stube brachte. Man musste allerdings in den Anfängen unpraktische Kopfhörer tragen und die Zuhörenden waren damit an den Apparat gefesselt. Der Bund war ab Beginn der Entwicklung die Konzessions- und Aufsichtsbehörde und hatte damit die Macht über das neue Medium. 1923 bewilligte er erste reguläre Radiosendungen mit den Flugfunksendern. In den 1920er-Jahren finanzierten sich die Radioveranstalter durch Empfangsgebühren der Konzessionäre und durch Beiträge von privater und öffentlicher Seite. Werbung war untersagt. Die privaten Radioveranstalter zu konzentrieren und gründete 1931 die Schweizerische Rundspruchgesellschaft SRG, heute: Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft. Das erste speziell für Radiozwecke errichtete Studiogelände der Schweiz wurde 1933 an der Brunnenhofstrasse in Zürich errichtet und blieb bis Ende August 2022 in Betrieb. In den Anfängen wurde nur am Nachmittag und am Abend gesendet. Die Nachrichten, der Wetterbericht und das regelmässig gesendete Zeitzeichen strukturierten das Programm. Klassische und volkstümliche Musik wurde ab Konserve oder live gespielt. Lesungen, Vorträge, Hörspiele, Gespräche und Predigten ergänzten das Programm. Selten wurde beispielsweise auch bei Fussballspielen der Kommentar live via Telefon ins Studio übermittelt. Explizit politische Sendungen waren aber verboten, Sendungen mit belehrendem Inhalt hingegen Verpflichtung; auch noch lange nach der Gründung der SRG. Auf Druck der Zeitungsverleger durften die Radios nicht einmal die Nachrichten produzieren. Diese wurden von der Nachrichtenagentur SDA zusammengestellt und verlesen. Mit den ersten brauchbaren Tonaufzeichnungsgeräten ab Mitte der 1930er-Jahre konnten Sendungen vorproduziert und zeitverschoben ausgestrahlt werden. Dies ermöglichte, dass Sendungen auch mehrfach ausgestrahlt werden konnten. Die Radioreporter verliessen nun immer mehr das Studio und es kam die Zeit der grossen Reportagen mit Reportagewagen über grosse Sportereignisse, Feste, Bräuche oder etwa Firmen. Nach Kriegsende wurde Unterhaltung wieder grossgeschrieben. Hörspiele, wie zum Beispiel «Polizischt Wäckerli», waren Strassenfeger und boten Gesprächsstoff am Stammtisch und zu Hause. Das Radio setzte zum Höhenflug an. 1949 konnte der millionste Radiokonzessionär begrüsst werden. Das Programm wurde laufend ausgebaut. Ab 1945 leistete sich das Radio eigene Korrespondenten. Für Radio Beromünster waren dies Hans O. Staub in Paris, Theodor Haller in London und Heiner Gautschy in New York. In der Zeit des Kalten Krieges durfte nicht alles gesendet werden. Sendeverbot erhielt zum Beispiel der Kabarettist Alfred Rasser wegen einer Chinareise. Und wer einmal nach Russland gereist war, wurde im Radio nicht mehr beschäftigt. Immer noch war das Programm edukativ, die Kultur musste ‹eine gewisse Höhe› haben. Der Sprechstil war immer noch eher gestelzt. Deshalb wanderte auch ein Teil der Jugend zu ausländischen Sendern ab. Das Fernsehen in der Schweiz nahm 1958

seinen definitiven Sendebetrieb auf. Bereits in den 60er-Jahren gab es einen rasanten Zuwachs an Fernsehzuschauenden. Damit verlor das Radio einen Teil seiner bisherigen Bedeutung. In den 60er-Jahren machten erste Radiopiraten von sich reden. In den 70er-Jahren herrschte ein regelrechter Boom. Es gab Sender mit kommerziellen und deren mit politischen Absichten: Radio Schwarze Katze, Sender radioaktiv-freies Gösgen, feministische Wällehäx, Radio AJZ, Radio Kangohammer, und viele mehr. Eine erste richtige Konkurrenz erwuchs der SRG durch Roger Schawinski mit Radio 24. 1983 vergab der Bundesrat 36 Konzessionen an private Lokalsender. Die SRG antwortete auf diese Herausforderung im selben Jahr mit der Gründung der Jugendsender Couleur 3 und DRS 3, heute SRF 3. Heute sind die privaten Radios durch die Ausstrahlung auf DAB+ zu nationalen Radios geworden, vom Gebührentopf. SRF.ch

China – Als Staatschef Xi Jinping vor knapp zehn Jahren erstmals seinen Plan für die «Seidenstraße des 21. Jahrhunderts» ankündigte, war das Konzept schwer zu fassen. Stand heute hat China entlang der Land- und Seehandelsrouten systematisch Beteiligungen an strategisch wichtigen Infrastrukturen erworben. Die Rede ist von rund einer Billion US-Dollar. Laut Xi erreichen Güterzüge aus China heute 200 Städte in 24 europäischen Ländern. Weltweit sei in rund 100 Häfen in über 60 Ländern investiert worden. So auch beispielsweise in Sri Lanka, wo sich China im Hafen Hambantota für 99 Jahre die Führung gesichert hatte. Experten gehen davon aus, dass China zum weltweit wichtigsten öffentlichen Geldgeber für Entwicklungs- und Schwellenländer geworden sei. Der Ökonom Sebastian Horn schätzte im Interview mit der NZZ, dass China mehr Kredite vergibt als die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds. China betreibe «Schuldendiplomatie». Martin Aldrovandi erklärt: «Viele Staaten haben sich für die Projekte hoch verschuldet, und es ist fraglich, ob sie das Geld je zurückzahlen können.» Auch darum habe die Skepsis gegenüber der neuen Seidenstraße in den vergangenen Jahren zugenommen. Denn letztendlich steigen mit den Schulden auch die chinesischen Einflussgebiete. So beobachtet SRF-Australien-Korrespondent Urs Wälterlin bei verschiedenen Pazifik-Inselstaaten: «Wer Geld will, muss Peking unterstützen und sich beispielsweise diplomatisch von Taiwan abwenden.» Doch schieben die Pandemie, der Krieg in der Ukraine und eine abkühlende Weltwirtschaft dem chinesischen Prestige-Projekt nicht einen Riegel vor? Das Gegenteil könnte der Fall sein.
Denn China kann mit seinen finanziellen Mitteln dort in die Bresche springen, wo gewisse Staaten selbst nicht mehr aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommen. So sprach Xi Jinping am diesjährigen kommunistischen Parteitag von «Chinas Beitrag zu einer Weltwirtschaft, die allen Völkern grösseren Nutzen bringt.» Chinas Staatschef betonte gleichermassen, wie die neue Seidenstraße den Wohlstand inmitten der anhaltenden Corona-Pandemie fördern würde. SRF.ch
● China eröffnet eigene Polizeibüros in den meisten europäischen Ländern, um chinesische Kriminelle besser anpacken zu können. NPO.nl

Deutschland – Der Hamburger Hafen sagt, ohne Beteiligung der Chinesen sind wir verloren – die europäischen Häfen funktionieren extrem kompetitiv. Das spielt den Chinesen in die Hände. Volker Treier vom deutschen Industrie- und Handelskammertag hält den chinesischen Investor Cosco für wichtig. Er sei schon in zig anderen europäischen Häfen präsent. Für Hamburg bestehe verglichen zu anderen europäischen Häfen ein Nachteil. «Wir würden ihn durch den Einstieg des chinesischen Investors ausgleichen. Der spielt in der Logistik eine wichtige Rolle und würde uns weiter den Zugang zu den chinesischen Märkten sichern», so Treier. Die deutsche Regierung will ihre künftige Beziehung zu China ändern. Sie will die Menschenrechte ansprechen und einpreisen, will der Systemrivalität Rechnung tragen. So hält sie es im Koalitionsvertrag fest. Namhafte Chinaexperten

befürworten mehr Härte im Umgang mit Peking. SRF.ch Die Bundesregierung hat genehmigt, dass der chinesische Staatskonzerns Cosco beim Hamburger Hafen einsteigen darf. RBB.de

Indien – feiert zum Fest des Lichts den neuen britischen Premier Rishi Sunak (42), der indischer Abstammung ist. SRF.ch

Italien – Giorgia Meloni, die neue Premierministerin Italiens, hat im Parlament ihre erste Regierungserklärung abgegeben. Die Ansprache dauerte über eine Stunde. Giorgia Meloni war sich klar, dass ihr heutiger Auftritt im In- und Ausland mit Argusaugen beobachtet würde. «Ich bin das, was die Briten einen Underdog nennen. Ich komme aus einfachen Verhältnissen und musste mich gegen alle Widrigkeiten nach oben durchbeissen. Das habe ich geschafft und habe es auch weiterhin vor», so Meloni. Meloni blieb auch ihrer Linie aus dem Wahlkampf treu. Sie gab sich als konservativ, wirtschaftsliberal, aber einigermassen moderat. Italien stehe ohne Wenn und Aber zur Nato und zum Westen im Ukrainekrieg. Italien werde innerhalb der EU Politik machen. Nicht gegen die EU. Aber Italien werde ohne Unterwürfigkeit gegenüber anderen EU-Mitgliedern auftreten. Gemeint waren Paris und Berlin. Dass Italien von den anderen Europäern über den Tisch gezogen werde, ist ein typisches Narrativ der Fratelli d'Italia. Es war schon anfangs des 20. Jahrhunderts ein gängiges Argument der Rechten bis Rechtsextremen. Meloni grenzte sich zwar klar vom italienischen Faschismus ab, bettete aber diese Abgrenzung in eine Ablehnung gegen jeglichen Totalitarismus ein. Und sie sagte damit quasi: Wir waren nicht die einzigen. Immerhin ergänzte sie, die Verbrechen liessen sich nicht gegeneinander aufrechnen. Giorgia Meloni ist die schwierige Lage Italiens bewusst: Eine Staatsverschuldung von 145 Prozent des BIP, die nur von Griechenland übertroffen wird, eine Inflation von über 11 Prozent, Wachstumsprognosen von unter einem Prozent bis zur Vorhersage einer Rezession. Meloni kündigte eine liberale Wirtschaftspolitik an, mit Steuersenkungen und Abbau der Bürokratie. Interessant war: Sie hielt an ihrem Ziel fest, in Italien ein Präsidialsystem wie in Frankreich einzuführen, was einer Regierung einerseits mehr Stabilität, aber auch viel mehr Machtfülle gibt. Und sie kündigte an, dass Italien im Falle einer neuen Covid-Welle viel weniger restriktiv als in der Vergangenheit vorgehen werde. Italien habe das strengste Covid-Regime in Europa gehabt, aber trotzdem zu den Staaten mit der höchsten Sterblichkeit und Sterberate gehört. Meloni widmete einen separaten Punkt in ihrer Rede der Förderung der Jugend und der Überalterung der Gesellschaft. Denn Italien habe die tiefste Geburtenrate seit 1861. Und sie kündigte an, sich für Hotspots für Flüchtlinge in Afrika einsetzen zu wollen, wo ihre Asylanträge nach Europa geprüft würden. Eine Kontrolle vor der nordafrikanische Küste solle Flüchtlingsboote frühzeitig abfangen. Im vielem war Melonis Regierungserklärung eine politische Standardrede. Kampf gegen die Mafia, Förderung des Südens, aufrecht gegen Brüssel. Und sie glich in vielen Punkten jenen ihres jetzigen Bündnispartners Silvio Berlusconi vor zehn Jahren. Was solche Ankündigungen wert sind und wie diese Regierung wirklich tickt, wird sich erst in der Praxis weisen. Beispielsweise, wenn es um Minderheitenrechte oder Abtreibung geht. So viel Geduld muss, so viel Skepsis darf man haben. SRF.ch

Japan – Ein Wissenschaftsteam erzeugt die derzeit kälteste Materie im ganzen Universum. Und zwar kühlt das Team sogenannte Fermionen wie Protonen, Neutronen und Elektronen von Yttrium-Atomen auf ein milliardstel Grad über dem absoluten Nullpunkt herunter. Der Nullpunkt ist jene Temperatur, bei welcher jegliche Bewegung aufhört. Dieser liegt bei minus 273,15 Grad. Kein Ort oder Gegenstand im Universum kann kälter werden. Seit Jahrzehnten versuchen Forschende, diesem Punkt so nahe wie möglich zu kommen. Der derzeit kälteste bekannte Ort im Universum ist der Bumerang-Nebel mit einem Grad über dem Nullpunkt. In dieser Kälte bekommt Materie ganz neue Eigenschaften und die Gesetzte

der klassischen Physik gelten nicht mehr. Stattdessen wird deutlich, wie sie sich auf Quantenebene verhalten. Die Physiker können die Atome in einem 3-D-Gitter fangen und direkt in Aktion beobachten, wie diese komplexen Quantensysteme funktionieren. SRF.ch

Österreich – Dietrich Markwart Eberhart „Didi" Mateschitz verstarb am 22.10. (* 20. Mai 1944 in Sankt Marein im Mürztal, Steiermark). Er machte die Marke Red Bull international bekannt und galt als reichster Österreicher. Außerdem gründete er das Red Bull Media House, das den Fernsehsender ServusTV betreibt. Mateschitz' Mutter Auguste aus der Steiermark und sein aus Marburg an der Drau / Maribor stammender Vater ließen sich früh scheiden. Er hatte eine vier Jahre ältere Schwester, Helgard. Nachdem er die Hochschule für Welthandel in Wien als Diplomkaufmann absolviert hatte, war er unter anderem als Handelsvertreter für Jacobs Kaffee und den Zahnpastahersteller Blendax im Marketing tätig. Während einer Geschäftsreise nach Thailand wurde Mateschitz 1982 auf den von Chaleo Yoovidhyas Firma T. C. Pharmaceuticals produzierten Energydrink Krating Daeng („roter Stier") aufmerksam. ORF.at

Russland – hat einen Resolutionsentwurf des UN-Sicherheitsrates veröffentlicht, der die Einrichtung einer Kommission vorsieht, die die Aktivitäten von US-Biolabors in der Ukraine untersucht. Der Entwurf soll während der Sitzung des Sicherheitsrates am 27. Oktober geprüft werden. Darin heisst es, dass der UN-Sicherheitsrat „eine aus allen Mitgliedern des Sicherheitsrats bestehende Kommission einsetzen sollte, um die in der Beschwerde der Russischen Föderation enthaltenen Behauptungen gegen die USA und die Ukraine bezüglich der Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Biowaffen- Übereinkommen im Zusammenhang mit den Aktivitäten biologischer Laboratorien im Hoheitsgebiet der Ukraine sowie Vorlage eines Berichts zu diesem Thema mit Empfehlungen bis zum 30. November 2022 an den Rat und Unterrichtung der Vertragsstaaten des Übereinkommens auf seiner neunten Überprüfungskonferenz Genf vom 28. November – 16. Dezember 2022 über die Ergebnisse der Untersuchung.".VESTI.ru

● Die US-Basketballerin Brittney Griner muss in Russland für neun Jahre hinter Gitter. Ein Gericht in Moskau hat eine Einsprache der Olympionikin gegen ihre Verurteilung abgewiesen. Griner sitzt seit Mitte Februar wegen Drogenschmuggels in Russland im Untersuchungshaft. Die zweifache Olympiasiegerin ist seit Februar inhaftiert. Sie war am Moskauer Flughafen Scheremetjewo festgenommen worden, weil sie Vape-Kartuschen mit Cannabis-Öl in ihrem Gepäck mitführte. Griner hatte in einer Videoschalte beteuert, die Haft sei «sehr, sehr stressig und traumatisch» und bat das Gericht darum, die Strafe zu reduzieren. Das Gericht lehnte dies ab, erklärte aber, dass jeder Tag ihrer Haft als eineinhalb Tage auf ihre Strafe angerechnet würde. Demnach muss Griner noch rund acht Jahre in Haft bleiben. Das Urteil war Anfang August gefällt worden. Marihuana ist in Russland verboten, Griner sagte aus, sie habe aufgrund ihrer zahlreichen Verletzungen die Erlaubnis eines US-Arztes, medizinisches Cannabis zu nutzen. SRF.ch

Schweiz – 43 % weniger Reingewinn. Novartis mit deutlichen Gewinnrückgang im 3. Quartal. Der Reingewinn beträgt neu 1.58 Milliarden US-Dollar, wie der Pharmakonzern mitteilt.

● UBS übertrifft Erwartungen trotz Gewinnrückgang. Die Schweizer Bank UBS hat im dritten Quartal 2022 einen Gewinn von 1.73 Milliarden Dollar geschrieben.

● Kommt es in der Schweiz vermehrt zu Streiks? Die Gewerkschaften wären dazu in der Lage, so Historiker Christian Koller. Und dann könne auch glaubhaft gedroht werden.

● Wölfe reißen viele Nutztiere. Glarner Bauern: «2022 darf sich nicht wiederholen». Der Wolf lässt in Bergkantonen die Emotionen hochgehen – auch in Glarus, wo in diesem Jahr 90 Tiere gerissen wurden.

● Swiss und Piloten mit Einigung.

● Am Dienstag, 25. Oktober findet um die Mittagszeit eine partielle Sonnenfinsternis statt.
● Saftige Preiserhöhungen: Heizen Grosskonzerne die Inflation an? Die Energiekosten befeuern die Inflation weltweit. Diskutiert wird aber auch, ob Grosskonzerne die Teuerung antreiben.
● Im Schweizer Asylsystem fehlt das Personal. In den Bundesasylzentren herrscht ein Fachkräftemangel. Eine Herausforderung bei steigender Zahl an Asylsuchenden.
● Mit der Klimaerwärmung steigt das Risiko für Waldbrände. Die Feuerwehren in der Schweiz rüsten auf.
● Sozialhilfebezüger sollen eher in Arbeitsmarkt integriert werden. Als vorbildlich gilt dabei das Basler Projekt «Enter», bei dem die Menschen besonders eng begleitet werden.
● Bundesasylzentren sind am Anschlag. Um allen Asylsuchenden eine Unterkunft zu garantieren, wird ein Teil früher als bisher den Kantonen zugewiesen. SRF.ch

Slowakei In der Slowakei sind heute 1500 ausländische Nato-Soldaten stationiert. Politisch sei das ein Riesenschritt, sagt in Pressburg / Bratislava Vize-Verteidigungsminister Marian Majer. Jets der Nato-Länder überwachen den slowakischen Luftraum. Noch vor kurzem war das unvorstellbar. In kaum einem anderen osteuropäischen Nato-Mitgliedsstaat ist die Skepsis gegenüber der Nato so gross. Vor dem Krieg in der Ukraine wäre das kaum vorstellbar gewesen. Zu groß war die Ablehnung gegen ausländische Soldaten auf slowakischem Boden. Noch Anfang dieses Jahres drohte ein neues Militärabkommen mit den USA am politischen Widerstand zu scheitern. Fast die Hälfte des Parlaments wollte keine zusätzlichen amerikanischen Soldaten in der Slowakei. Und in Umfragen befürworteten noch unmittelbar vor dem Ukraine-Krieg weniger als die Hälfte der Bevölkerung die Nato-Mitgliedschaft der Slowakei. Heute ist es eine Mehrheit. Und doch ist die Kritik an den ausländischen Truppen in der Slowakei nach wie vor lauter als in anderen osteuropäischen Nato-Staaten. Wichtige Oppositionspolitiker behaupten, die Nato sei mitverantwortlich für den russischen Überfall auf die Ukraine. SRF.ch

Sudan – Die Menschen in Sudan sind müde ob der vielen Toten. Die Auseinandersetzungen zwischen Militär-Junta und Demonstranten dauern an. SRF.ch

Ukraine – Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist in Kiew zu seinem ersten Besuch seit Beginn des Krieges. Er will sich mit dem ukrainischen Präsidenten Selenski treffen.
● Russland ist weiterhin überzeugt, dass Kiew mit einer nuklear verseuchten Bombe Moskau diskreditieren will. Außenminister Sergej Lawrow will den Fall vor die UNO bringen. SRF.ch

USA – US-Schulen rüsten auf. Immer mehr Lehrer nehmen ihre Schusswaffen in die Schule mit.
● In den Zwischenwahlen (Midterms) am 8. November geht es einerseits um die Mehrheit im Kongress, dem US-Parlament in Washington. In der großen Kammer, dem Repräsentantenhaus, werden alle Abgeordneten neu gewählt. In der kleinen Kammer werden ein Drittel der Sitze neu gewählt. Derzeit haben die Demokraten eine knappe Mehrheit in beiden Kammern. Historisch gesehen verliert die regierende Partei jedoch meist Sitze in den Zwischenwahlen. Zusätzlich geht es am Termin der Zwischenwahlen aber auch um viele einflussreiche Gouverneursposten sowie Parlamentssitze auf Ebene der Bundesstaaten.
● Forscher in den USA haben menschliche Hirnzellen in die Hirne von jungen Ratten eingepflanzt, überschreiten damit ethische Grenzen und hoffen auf Erkenntnisse zu Schizophrenie und Autismus. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 23.10.2022

Deutschland – Die Bundesregierung streitet zurzeit über die Abhängigkeit von China und die künftige China-Strategie. Als Exempel dient der Hamburger Hafen, wo sich die staatliche chinesische Reederei Cosco mit 35 Prozent an einem Terminal beteiligen will. Grüne und FDP sind dagegen, ganz zum Ärger von SPD-Kanzler Olaf Scholz, der in zwei Wochen in Peking Präsident Xi treffen will.
● Rolls-Royce konnte stark vom Mutterkonzern BMW profitieren. Geschäftsführer Müller-Ötvös geht sogar einen Schritt weiter. «Ich behaupte sogar, dass es die Marke Rolls-Royce ohne den BMW-Konzern nicht mehr gäbe. Wir haben natürlich hier Zugriff zu feinster Technologie und passen die entsprechend an.» Beim neusten Modell Spectre wurden Batterie und Motoren des Spectre in Zusammenarbeit mit BMW entwickelt. Auch Rolls-Royce hat eine zu kleine Stückzahl, um die gesamten Entwicklungskosten selbst zu stemmen. Der Kauf der Firma durch den BMW-Konzern in den 90er-Jahren rettete die Marke und ermöglicht nun das Weiterbestehen, trotz sich verändernder Rahmenbedingungen. Und so thront die Kühlerfigur Emily ab Ende 2023 auf einem elektrisch betriebenen Rolls-Royce. SRF.ch

Estland – Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat in Estland alte Wunden aufgerissen. Man erinnert sich an die sowjetische Besatzung und entfernt Denkmäler aus dieser Zeit. Die russischsprachige Minderheit schwankt derweil zwischen Anpassung und Trotz. Am 16. August hob ein Kran einen sowjetischen Panzer in Narva vom Sockel. Das Denkmal sollte an den Sieg der Sowjets im Zweiten Weltkrieg erinnern. Doch in Zeiten des Ukrainekriegs wollte die estnische Politik das Kriegsgerät der früheren Besatzungsmacht nicht mehr dulden. Denn in Estland fühlt man sich durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine an die eigene leidvolle Geschichte erinnert. Doch in Narva sind 95 Prozent der Menschen russischstämmig. Der Panzer ist zwar weg, geistert aber noch in den Köpfen herum. Viele fühlen sich um die eigene Geschichte betrogen, einige versammeln sich regelmässig am Standort des Denkmals, legen Blumen nieder und lassen Lieder ertönen, die den Sieg der Sowjets über die Nazis verherrlichen. Der Nachbar Russland gießt fleißig Öl ins Feuer: Er stellt in unmittelbarer Nachbarschaft von Narva einen typengleichen alten Sowjetpanzer auf einen Sockel und eröffnet das Denkmal mit viel Pomp – begleitet von Drohgebärden in Richtung Estland. Wie ernst sind die Drohungen zu nehmen? Stimmen und Einschätzungen aus dem nördlichsten Land des Baltikums. Russisch ist keine offizielle Sprache im Land, aber die Medien senden auch in dieser Sprache. SRF.ch

EU – Gipfel in Brüssel. Die EU überdenkt ihr Verhältnis zu China. Die EU ist wirtschaftlich abhängig von China. Peking vertritt jedoch andere politische Werte, als der EU lieb ist.
● Einigung innerhalb der EU. Europäische Union ist für Gaspreiskorridor und gegenseitige Hilfe. Die heiklen Fragen allerdings sind noch nicht geklärt. SRF.ch

Frankreich – Generalstreik – Wachsender Unmut in der französischen Bevölkerung. Nach Streiks in Raffinerien folgte der erste Generalstreiktag. Betroffen sind Transportunternehmen, Schulen und Krippen. SRF.ch

Großbritannien – Gut 24 Stunden ist es her, seit die britische Premierministerin im Parlament in Westminster auftrat. Dabei gab sich Liz Truss noch siegessicher: «Ich bin eine Kämpferin, ich gebe nicht auf», sagte sie. Ein Rücktritt nach gerade 45 Tagen im Amt ist

historisch, aber er kommt nicht ganz überraschend. Die Premierministerin hat schlicht jeglichen Rückhalt verloren. Während Truss gestern im Unterhaus Durchhalteparolen verkündete, zerlegte sich die Partei weiter auf offener Bühne. Überraschend trat gestern die Innenministerin zurück. Ein enger Berater musste wegen Indiskretionen den Hut nehmen. Und in der Wandelhalle des Unterhauses wurden Tory-Parlamentarier, die sich nicht stromlinienförmig verhielten, bedrohlich domestiziert. Diese Ereignisse brachten das Fass zum Überlaufen. Es waren Indizien, dass Liz Truss das Geschehen nicht mehr unter Kontrolle hat. Immer mehr Parlamentarier forderten in der Folge öffentlich ihren Rücktritt. Nun hat sie dem Druck nachgegeben. Namen für die Nachfolge werden seit Tagen herum geboten: der frühere Schatzkanzler Rishi Sunak, die frühere Kandidatin Penny Mordaunt oder Verteidigungsminister Ben Wallace. Selbst Boris Johnson wird als möglicher Kandidat feilgeboten. Zur Stunde ist das Rennen aber noch völlig offen. Absehbar ist dagegen, dass die nächste Regierung über eine grössere Artenvielfalt verfügen wird und nicht mehr nur aus loyalen Gläubigen eines Parteiflügels bestehen wird. Bis in zehn Tagen will die Regierungspartei eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger präsentieren. Für eine mehrwöchige Zeltmission durchs Land, wie in diesem Sommer, fehlt die Zeit. Die konservative Parlamentsfraktion will in den kommenden Tagen zwei Kandidaten auswählen. Danach soll die Parteibasis allenfalls das letzte Wort haben. Klar ist, dass die Mehrheit der 70 Millionen Britinnen und Briten einmal mehr nicht mitreden kann, wer als Nächstes in Downing Street einzieht. SRF.ch

Iran – Nutzt die russische Armee Drohnen aus dem Iran? Auch am Dienstag hat Russland seine Drohnen- und Raketenangriffe auf die Ukraine fortgesetzt. Bei den Drohnen handelt es sich um sogenannte iranische Kamikaze-Drohnen vom Typ Schahed-136. Russland bestätigt dies zwar offiziell nicht, doch Fachleute westlicher Staaten gehen von diesem Sachverhalt aus. Der Iran sei in Kriegszeiten auf keiner Seite, sagte Nasser Kananai, der Sprecher des iranischen Außenministeriums, bereits im Juli, und dies sagte er jetzt auch wieder. ARD-Reporterin Karin Senz, die aus Istanbul berichtet, sagt dazu, es sei durchaus möglich, dass die Drohnen schon vor dem Krieg nach Russland gelangt seien. «Der Iran hat 2017 und 2019 mit Drohnen an Militärausstellungen in Russland teilgenommen», sagt Senz, «und da war schon die Rede von einer militärischen Zusammenarbeit.» Es gebe wohl auch einen entsprechenden Kooperationsvertrag für militärische Ausrüstung zwischen den Ländern. Denkbar sei aber auch, dass die Drohnen aus dem Iran nicht auf direktem Weg nach Russland gelangt sind, so die Reporterin. Sowohl Venezuela, Äthiopien als auch der Irak haben bekanntermaßen solche Drohnen. Diese Drohnen kommen zudem auch im Libanon und im Jemen zum Einsatz. Werden die iranischen Drohnen in Tadschikistan gebaut? Der Iran hat im vergangenen Mai in diesem Land eine neue Fabrik für Drohnen eröffnet. Tadschikistan steht Russland auch sehr nahe. «Die drei Länder Iran, Russland und Tadschikistan sind zusammen in einem neuen Verbund, in einer Zusammenarbeit», sagt Senz. Doch zurzeit werden in der Fabrik andere Drohnentypen hergestellt als der, der mutmaßlich in der Ukraine durch die Russen eingesetzt wurde. Wieso baut der Iran Drohnen? «Dieser Fokus ist gewissermassen aus der Not heraus entstanden», sagt Senz. Aufgrund der internationalen Sanktionen und des Waffenembargos gegen den Iran habe sich das Land auf den Bau von Drohnen konzentriert. Kurz nach der Präsentation der Fabrik in Tadschikistan habe der Iran noch eine unterirdische Luftwaffenbasis unter dem Zagros-Gebirge enthüllt und mehrere hundert Kampf-, Aufklärungs- und Angriffsdrohnen präsentiert. Was können die iranischen Drohnen? Sie sind relativ günstig, pro Stück kosten sie laut Experten um die 20’000 Dollar. Dieser Drohnentyp kann keine beweglichen, sondern nur stationäre Ziele angreifen. Sie können von einem gewöhnlichen Lastwagen aus abgefeuert werden und habe eine Reichweite von ca. 2500 Kilometern. Sie sind allerdings langsam und laut. Sie werden oft in einem Drohnengeschwader eingesetzt, das das

Abwehrsystem des Gegners überlastet. «Mit dem Einsatz gegen die Ukraine kann der Iran seine Drohnen auch testen», sagt die ARD-Reporterin. SRF.ch CNN hat dabei Motore von Rotax iaus Oberösterreich entdeckt. ORF.at

Italien – Der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella hat am Freitag die Wahlsiegerin Rolls-Royce offiziell mit der Regierungsbildung beauftragt. Die 45-jährige Chefin der „Fratelli d´Italia“ nahm Mattarellas Auftrag an und stellte ihre Ministerliste vor. Die neue Regierung wird am Samstagvormittag vereidigt. Der scheidende Premier Mario Draghi wird seiner Nachfolgerin am Sonntag das Amt übergeben. Damit übernimmt die Politikerin als erste Frau das Amt als Regierungschefin. Außenminister und des Vizepremier in der neuen Mitte-Rechts-Regierung wird die Nummer zwei der konservativen Partei Forza Italia und Ex-EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani. Zum Wirtschaftsminister rückt die Nummer zwei der Lega, Giancarlo Giorgetti, auf. Der neuen Regierung wird auch Lega-Chef Matteo Salvini angehören, der den Posten des zweiten Vizepremiers und des Infrastrukturministers übernimmt. Der Spitzenpolitiker der Lega, Roberto Calderoli, wird das Ministerium für die Regionen führen. Der römische Polizeichef Matteo Piantedosi wird das Innenministerium leiten. Justizminister wird der pensionierte Richter Carlo Nordio von Fratelli d´Italia. Nur sechs der 24 Ministerämter werden von Frauen besetzt. Darunter ist die Spitzenpolitikerin von Melonis Partei, Daniela Santanché, die das Tourismusministerium übernimmt. Der Spitzenjournalist von Italiens öffentlich-rechtlicher TV-Anstalt RAI, Gennaro Sangiuliano, wird neuer Kulturminister. Eingerichtet wird erstmals ein Ministerium für das Meer und Süditalien, das der Sizilianer Sebastiano Musumeci übernimmt. Auch Silvio Berlusconis Forza Italia erhält Ministerien von Gewicht. Neben Aussenminister Tajani wird die Ex-Senatspräsidentin Maria Elisabetta Alberti Casellati das Amt der Reformenministerin übernehmen. Berlusconis Vertraute Annamaria Berini wird das Bildungsministerium führen. Das neue Kabinett besteht aus insgesamt 24 Mitgliedern. Melonis Fratelli d'Italia hatte mit 26 Prozent der Stimmen die Parlamentswahl am 25. September klar gewonnen. Die Gruppierung ist damit die stimmenstärkste Partei in dem Rechtsbündnis mit Lega und Forza Italia, die nur neun bzw. acht Prozent der Stimmen erhielten. Gemeinsam verfügt die Rechtsallianz über eine breite Mehrheit in beiden Kammern des italienischen Parlaments. Meloni löst den parteilosen italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi ab. RAI.it

Norwegen – Im Oktober 2011 verständigten sich vier Gründungsmitglieder, die norwegische IBSENtelecom, die israelisch-amerikanische Supreme Architecture, TriLumina (USA) und das Fraunhofer-Institut auf die Bildung eines Li-Fi-Konsortiums zur Bewerbung dieses Standards. Internet aus der Glühbirne. Li-Fi hat gegenüber Wi-Fi entscheidende Vorteile. Bandbreite: Via Li-Fi können viele Daten gleichzeitig gesendet werden. Das ist dort praktisch, wo viele Leute gleichzeitig aufs Internet zugreifen – zum Beispiel im Supermarkt, in der Schule oder an einem Event wie der Tour de France. Neue Frequenzen: Eine Vielzahl an Geräten kommuniziert heute kabellos: der Laptop mit dem Router, die Maus mit dem Laptop, das Smartphone mit dem Mobilfunk und der Boom-Box. Überlappen sich die Kanäle, kann es zu Störungen kommen. Li-Fi kann zusätzlich ein riesiges Frequenzspektrum erschließen und so die konventionellen Kanäle entlasten. Das ist dort von Vorteil, wo elektromagnetische Signale lebenswichtig sind, zum Beispiel in einem Flugzeug oder einem Spital. Sicherheit: Werden Daten mit Li-Fi geschickt, kommen sie nur so weit wie das Licht. Anders als Funkwellen aus dem WLAN gelangen sie nicht aus einem geschlossenen Raum. Abhören wird so schwieriger. Daran interessiert ist zum Beispiel die amerikanische Armee. Geschwindigkeit: Li-Fi kann mit sehr hoher Geschwindigkeit Daten übermitteln. Das wird in Zukunft eine wichtige Rolle spielen für Virtual Reality, selbstfahrende Autos und Warenlager voller autonomer Roboter. Infrastruktur: Li-Fi kann relativ einfach in bestehende Lichtquellen eingebaut werden, zum Beispiel in Deckenleuchten oder Straßenlaternen. Statt dass man Glasfaser in jede Wohnung zieht,

könnten Straßenlaterne das Signal durch die Fenster in die Häuser schicken und so die Feinverteilung des Internets sicherstellen. Vor allem in dicht besiedelten Städten, zum Beispiel in Indien, ist ein Lichtsignal viel attraktiver, als neue Kabel zu verlegen. Li-Fi funktioniert bereits einwandfrei und wird an vielen Orten erfolgreich eingesetzt. Dennoch ist Li-Fi noch eine Nischen-Technologie. Bis sich eine neue Technologie durchsetzt, dauert es – das war beim Automobil so, das war beim Smartphone so, und das wird auch bei Li-Fi so sein. Ein Grund für die Verzögerung: Li-Fi ist noch wenig bekannt und wird deshalb von potenziellen Kunden kaum in Betracht gezogen. Auch das Angebot ist noch limitiert. Erst wenn ein funktionierendes Ökosystem vorhanden ist, das die ganze Produktion vom Chip über die Glühbirne bis zum Empfänger im Smartphone und Laptop abdeckt, kann die Branche wachsen und massentaugliche Lösungen anbieten. Statt als Revolution kommt die neue Technologie schrittweise. Vorerst gibt es Li-Fi nur als Zusatz zum Wi-Fi und bei einigen wenigen Vorreitern. Die Erfahrung zeigt jedoch: Bei der Einführung neuer Technologien kann es plötzlich schnell gehen. Vielleicht schickt uns schon bald eine Strassenlaterne unsere Mails zu. SRF.ch

Österreich – Ex-Kanzler Sebastian Kurz ist ein Jahr nach seinem Rücktritt schwer belastet worden – nämlich von einem seiner engsten Gefolgsleute. Es geht um gefälschte Meinungsumfragen, die mit Steuergeld in Zeitungen publiziert wurden. Von diesen Machenschaften habe Kurz nicht nur gewusst, sondern er habe sie in Auftrag gegeben. Das sagt Thomas Schmid als einer der engsten Vertrauten von Ex-Kanzler Kurz. Während einiger Jahre war Schmid Generalsekretär im Finanzministerium und als solcher ganz massiv in die Affäre um gefälschte Wahlumfragen involviert. Bei dieser Affäre geht es darum, dass Schmid mit Geldern des Finanzministeriums – also mit Steuergeld – Wahlumfragen frisiert und publiziert haben soll, stets mit dem Ziel, Sebastian Kurz in einem möglichst günstigen Licht erscheinen zu lassen. Als diese Machenschaften vor einem Jahr aufflogen, stürzten Sebastian Kurz, Thomas Schmid und die ganze Entourage. Schmid setzte sich in die Niederlande ab und schwieg. Seit Dienstag ist nun Neues bekannt und plötzlich packt Schmid aus – und wie! Die Staatsanwaltschaft hat ihn in den letzten Monaten ganze 15 Mal ganztägig einvernommen. Am Dienstagabend kursierten dann Auszüge aus diesen Einvernahmeprotokollen. In diesen belastet Schmid den Ex-Kanzler schwer. Kurz habe von den gefälschten Wahlumfragen nicht nur gewusst, sondern er habe diese gar in Auftrag gegeben. Kurz selbst beteuerte noch vor einigen Tagen allerdings exakt das Gegenteil, er sei unschuldig. Wer recht hat, müssen wohl Richter entscheiden. So oder so wird die Partei von Kurz, die konservative ÖVP, noch mehr in Bedrängnis geraten. Denn die ÖVP regiert mit Kanzler Karl Nehammer zusammen mit den Grünen weiter. Auf Nehammer und die ganze ÖVP kommen unruhige Zeiten zu. Denn Schmid belastet offenbar nicht nur Kurz, sondern auch andere ÖVP-Granden wie zum Beispiel den aktuellen Parlamentspräsidenten und auch einflussreiche Geschäftsleute. Offiziell schweigt die Staatsanwaltschaft bisher zum Inhalt der Schmid-Einvernahme. Sie bestätigte gestern nur, dass Schmid ausgesagt hat und den sogenannten Kronzeugenstatus sucht, das heißt: Er möchte wegen seiner weitreichenden Aussagen möglichst straffrei ausgehen. Ob das so klappen wird, ist unklar. SRF.ch

Russland – Die Bezeichnung Kamikaze-Drohne ist irreführend. Anders als bei Japans Fliegerangriffen im Zweiten Weltkrieg lässt kein Pilot sein Leben. Denn es sitzt bei dieser Drohne gar niemand an Bord. Vernichtet wird am Ende hingegen die Waffe selber. «Es handelt sich um Einwegdrohnen», sagt Dominika Kunertova, Drohnenexpertin beim ETH-Zentrum für Sicherheitsstudien: «Die von Russland abgefeuerten iranischen Schahed-136-Drohnen sind weder manövrierbar noch präzis.» Doch weil die Drohnen pro Stück bloss um die 20’000 Schweizer Franken kosten, kann Moskau sie massenhaft einsetzen. Oft gleich in tiefffliegenden Schwärmen – also mehrere Drohnen visieren gleichzeitig dasselbe Ziel an.

«Das ukrainische Abwehrsystem wird so ausgetrickst und überfordert. Dennoch fangen Kiews Streitkräfte an guten Tagen manche ab», so Kunertova. Dies bedeutet aber zugleich: Viele Drohnen gelangen ans Ziel. Diese sind selten militärische. Dafür ist die Drohne zu wenig effizient; man gewinnt mit ihnen keine Schlacht. Doch sie genügen, um Zivilpersonen zu töten und Infrastruktur zu zerstören: Wohnhäuser, Spitäler, Schulen, Strassen, Schienen. Zwar sind sie mit maximal 180 km/h recht langsam. Aber die Reichweite von 2500 Kilometern erlaubt den Drohnen problemlos, jede ukrainische Stadt zu attackieren. SRF.ch

Schweiz – Die neuen Zahlen der Immobilienberatungsfirma Wüest Partner lassen aufhorchen: Plus 6.6 Prozent bei den Eigentumswohnungen, plus 7.2 Prozent bei den Einfamilienhäusern. So kräftig sind in den vergangenen zwölf Monaten die Preise gestiegen. Und allein im jüngsten, dritten Quartal von Juli bis September verteuerte sich das Wohneigentum in der Schweiz um gut ein Prozent. Manche Leute haben viel Geld. Wie ist das möglich, wo doch die Hypothekarzinsen seit geraumer Zeit steigen und es somit immer kostspieliger und schwieriger wird, mit einem Kredit den Haus- oder Wohnungskauf zu finanzieren? Die kurze Antwort: In der Schweiz haben offenbar viele Leute nach wie vor genug Geld, um sich ein Eigenheim zu leisten, fast egal, was es kostet.
● Drei Aktivisten von «Renovate Switzerland» haben sich am Morgen um 8 Uhr in Zürich auf eine Autobahnausfahrt geklebt. Die Protestaktion führte auf der Autobahn A3 stadteinwärts zu einem Stau. Die Polizei rückte aus, um die Beteiligten von der Straße zu entfernen.
● Nestlé wächst dank kräftiger Preiserhöhungen. Trotz Teuerung standen Tierfutter, Nespresso-Kapseln und Süssigkeiten bei den Kunden weiter hoch im Kurs.
● Es war ein Urteil, welches aufhorchen liess: Die Schweiz diskriminiert Männer bei Renten für verwitwete Personen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte die Beschwerde eines Witwers gutgeheißen. Um einen guten Überblick zu erhalten über die Thematik, dient das Postulat von FDP-Ständerat Andrea Caroni aus dem Jahr 2019. Er hatte den Bundesrat beauftragt, in einem Bericht darzulegen, welche Normen des Bundesrechts direkt nach Geschlecht unterscheiden. Direkte Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern im Bundesrecht. Darin werden die verschiedensten Ungleichbehandlungen von Männern aufgrund ihres Geschlechts erwähnt. Beispielsweise, dass das Kindesverhältnis in erster Linie an die Mutter, d.h. die gebärende Frau, angeknüpft wird. Beim Vater entsteht das Kindesverhältnis entweder durch Ehe mit der Mutter, durch Anerkennung oder durch Gerichtsurteil. Markus Theunert ist Generalsekretär von «Männer.ch», dem Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen. Er schätzt die wichtigsten Bereiche ein, bei welchen die Männer in der Schweiz rechtlich ungleich behandelt werden. Die Bundesverfassung unterscheidet bei der Landesverteidigung zwischen Frauen und Männern, indem einzig Männer verpflichtet werden, Militärdienst zu leisten, und indem alle Männer, die weder Militär- noch Ersatzdienst leisten, eine Abgabe schulden. Die Wehrpflicht nur für Männer steht im Widerspruch zur Bundesverfassung Art. 8. Hier ist klar formuliert, dass es in der Schweiz keine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts geben darf. Wenn die Wehrpflicht nur für Männer keine solche sein soll, dann muss man argumentieren, dass es Männern von Natur aus leichter fällt, Gewalt anzuwenden oder sie besser geeignet seien, Kriege zu führen. Das ist aber ein unhaltbarer Zirkelschluss, weil damit einfach soziale Zuschreibungen zu biologischen Tatsachen erklärt werden. Aus unserer Sicht muss der Grundsatz lauten: Dienstpflicht für alle oder niemand. Der Vaterschaftsurlaub unterscheidet sich aus rechtlicher Sicht vom Mutterschaftsurlaub durch seine kürzere Dauer und durch den fehlenden Kündigungsschutz für den Vater während dieser Zeit. Männer (genau genommen: Cis-Männer) können nicht schwanger werden und keine Kinder gebären. Deshalb ist es nicht grundsätzlich eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, wenn Frauen einen längeren Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen können als Männer einen

Vaterschaftsurlaub. Jedoch ist die Ausgestaltung stark von sozialen Erwartungen geprägt. Um Gleichstellung zu realisieren, sollten frisch gebackene Mütter und Väter möglichst gleiche Chancen haben, um Kompetenzen in der Kinderbetreuung zu erwerben und möglichst gleich stark in der Erwerbstätigkeit beeinträchtigt sein. Die Vergewaltigung, so wie sie im Strafgesetzbuch definiert ist, deckt einzig den Beischlaf ab, zu dem eine Frau genötigt wird. Der Ständerat hat sich im Juni für eine Änderung ausgesprochen, womit der Tatbestand geschlechtsunabhängig formuliert werden soll. Voraussichtlich in der Wintersession wird sich der Nationalrat damit befassen. Natürlich können auch Männer vergewaltigt werden. Die aktuelle Definition ist zu eng geführt. Im Rahmen der Revision des Sexualstrafrechts wurde dieses Problem erkannt und soll angepasst werden:
● Drohende Energieknappheit. Schweizer Bahn SBB senkt Temperatur in Zügen und fährt langsamer. Um Energie zu sparen, reduziert die SBB ab Ende Oktober die Temperatur in ihren Zügen teilweise von 22 auf 20 Grad. SRF.ch

Tschad – mindestens 50 Tote. Tausende Menschen haben in der Hauptstadt N'Djamena gegen die Regierung protestiert. Dabei starben zahlreiche Menschen. SRF.ch

Ukraine – Auch die besitzt Drohnen. Darunter ein paar wenige potente, mehrfach verwendbare und ausgefeilte türkische Bayraktar-Drohnen – mit Stückkosten von rund zwei Millionen Schweizer Franken jedoch recht teuer. Washington lieferte Kiew ein paar hundert Switchblade-Einwegdrohnen. Deren Reichweite ist weitaus geringer als die der iranischen.
● Der Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis wird am Bahnhof Kiew nur vom stellvertretenden Außenminister empfangen. Selensky wünscht den Umbau der Schweizer Neutraltät. Cassis stimmt zu. Die Schweizer Volkspartei warnt und rät ab. SRF.ch

Ungarn – Es liegt nicht in unserem Interesse, dass die Kommission verbindliche gemeinsame Energiebeschaffungen für die Mitgliedstaaten vorschreibt", stellte Orbán klar. „Ebenso wenig liegt die Anwendung eines europäischen Gaspreisdeckels in unserem Interesse. Denn damit würden die auf Ungarn bezogenen Gaslieferverträge ihre Gültigkeit verlieren und das Land ohne Energieversorgung bleiben". Den Gaspreisdeckel lehnte auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz noch einmal ganz klar ab, nur dass er sich damit gegen eine Mehrheit stellte, die von Frankreich angeführt wird. KR.hu

USA – Der frühere US-Präsident Donald Trump hat in seinem Privatanwesen einem Medienbericht zufolge auch äußerst vertrauliche Geheimdokumente über China und den Iran aufbewahrt. In mindestens einem der im August von der US-Bundespolizei FBI im Luxusanwesen Mar-a-Lago in Florida beschlagnahmten Dokumente gehe es um das iranische Raketenprogramm, berichtete die „Washington Post" gestern.
● Die USA fordern eine UNO-Untersuchung zu den Vorwürfen des Einsatzes iranischer Drohnen durch Russland im Krieg gegen die Ukraine. Russlands UNO-Botschafter Wassili Nebensja bezeichnete das bei dem Treffen des UNO-Sicherheitsrates als empörend. Er wies die Vorwürfe des Einsatzes iranischer Drohnen im Krieg gegen die Ukraine erneut zurück und wiederholte eine Warnung vor einer entsprechenden UNO-Untersuchung. Wenn es dazu käme, müsse Russland die Zusammenarbeit mit der UNO überdenken. ORF.at

Zentralafrika – Schon eine Tablette würde reichen, um die Frambösie zu besiegen. Die Krankheit plagt Menschen in abgelegenen Gegenden. Etwa das Aka-Pygmäenvolk in Zentralafrikas Regenwald. Die Behandlung wäre einfach und ist doch schwer. Nach einer halben Stunde Fussmarsch durch den Regenwald hört man erste Stimmen durch die grüne Blätterwand. Hier muss das Dorf der Aka sein. Das Pygmäenvolk in der Zentralafrikanischen Republik lebt in sehr einfachen Verhältnissen. Dorfvorsteher Bernard Songo heißt uns willkommen im Dorf Makaman, das aus einigen verstreuten Hütten besteht. Die

Dorfbewohner haben für die Besucher eine einfache Bank gezimmert und schattenspendende Palmwedel aufgestellt. Die Aka leben als Nomaden im tropischen Regenwald in der Region zwischen Zentralafrika, Kamerun und dem Kongo. Ihre Behausungen bauen sie aus Ästen und Blättern, oft fehlen die Wände. Die Menschen ernähren sich von Wurzeln, Blättern oder Raupen, die sie im Wald sammeln. Das Leben der Aka sei nicht schlecht, erklärt Dorfvorsteher Songo: «Doch unsere Kinder können nicht zur Schule. Und viele von uns leiden an Krankheiten.» Eine dieser Krankheiten ist die Frambösie. Laut der Hilfsorganisation Fairmed ist in gewissen Gegenden ein Viertel der Bevölkerung betroffen. Die Infektionskrankheit beginnt mit Blasen. Diese platzen auf und es entstehen himbeerrote Wunden – daher der Name Frambösie. Paul Mbomba zeigt seinen vernarbten linken Fuss. Dem Mann fehlen zwei Zehen. Die Krankheiten Frambösie und Lepra haben den Fuss stark in Mitleidenschaft gezogen. Mbomba hatte sich in einem weit entfernten Gesundheitszentrum behandeln lassen. «Doch dann ist die Krankheit wiedergekommen.» Die Lebensweise der Aka begünstigt die Verbreitung von Infektionskrankheiten. Die hygienischen Verhältnisse sind schlecht. Zudem schlafen die Familien nachts dicht beieinander, am Boden oder auf Holzplanken. «Am Morgen wacht man auf und entdeckt die Pickel», erzählt Raisa Ndobele. Sie ist die Tante der sechsjährigen Davi Bonguila. Kinder sind besonders oft von der Frambösie betroffen. Die Behandlung im zentralafrikanischen Regenwald wird von der Schweizer Organisation Fairmed durchgeführt, im Auftrag der regionalen Gesundheitsbehörden. Ghislain Gazon koordiniert die Massenbehandlung – schon über eine halbe Million Menschen erhielten die kleine weisse Tablette. Doch die Verteilung des Medikaments sei nicht einfach, erklärt Gazon: «Die Aka ziehen oft weiter, dann müssen wir sie im Wald suchen gehen, um sie behandeln zu können.» Die Massenbehandlung im Urwald Zentralafrikas hilft, die Frambösie einzudämmen. Für dieses Jahr ist sie abgeschlossen. Nun rückt die kleine weisse Tablette für die Aka wieder in weite Ferne. Das Antibiotikum kostet rund acht Franken – für die Waldbewohner praktisch unbezahlbar. Trotz vieler Nachteile wollen die Aka ihre traditionelle Lebensweise nicht aufgeben. Auf den ersten Blick würde es wohl Sinn machen, in die Nähe von medizinischen Einrichtungen und Schulen zu ziehen. Doch die Eingliederung der Pygmäen in die zentralafrikanische Gesellschaft ist schwierig. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 20.10.2022

Belarus – Russisch-Weissrussische Armee beginnt Grenzschutz zur Ukraine. BELTA.by. ● Ukraine-Konflikt könnte in einer Woche gelöst werden, es liegt nur bei den Vereinigten Staaten, sagte Präsident Lukaschenko auf NBC.us.

China – In Peking hat am Sonntag in der Grossen Halle des Volkes der Parteitag der Kommunistischen Partei begonnen. Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping warnte vor schwierigen Zeiten und «potenziellen Gefahren». Zum Auftakt des Kongresses rief der Präsident das Milliardenvolk dazu auf, sich «auf die schlimmsten Fälle vorzubereiten». «Deswegen richtet euch darauf ein und seid vorbereitet, starken Winden, schwerer See und selbst gefährlichen Stürmen standzuhalten», sagte Xi weiter. International sieht der Parteichef «immense Risiken und Herausforderungen» sowie «globale Veränderungen, wie sie in einem Jahrhundert nicht gesehen worden sind». Seine knapp zweistündige Rede vor roten Fahnen sowie goldenem Hammer und Sichel war stark ideologisch geprägt. Er rief die rund 2300 Delegierten dazu auf, loyal seiner Führung zu folgen, um ein «modernes

sozialistisches Land» zu bilden. Die nächsten fünf Jahre seien dafür entscheidend. Er enttäuschte Hoffnungen, dass die strikte Null-Covid-Strategie gelockert werden könnte. Er nannte sie «notwendig» und sprach von «enormen, ermutigenden Errungenschaften». Während der Rest der Welt versucht, mit dem Virus zu leben, verfolgt China weiter eine Null-Toleranz-Strategie – mit Lockdowns, Massentests, Quarantäne und digitaler Kontaktverfolgung, was die zweitgrösste Volkswirtschaft in eine Wachstumskrise gestürzt hat. Im Mittelpunkt des nur alle fünf Jahre stattfindenden Parteitages steht der Ausbau der Macht von Xi Jinping. Die Delegierten sollen ein neues Zentralkomitee mit Gefolgsleuten bestimmen und seine Ideologie noch tiefer als Leitlinie in der Verfassung der Partei verankern. «Die beständigen Veränderungen werden im Wesentlichen sicherstellen, dass die Partei tun muss, was Xi Jinping sagt», meinte Nis Grünberg vom China-Institut Merics in Berlin. Mitten in den wachsenden Spannungen um Taiwan drohte Xi Jinping mit einem Militäreinsatz. China strebe eine friedliche «Vereinigung» an, «aber wir werden uns niemals verpflichten, den Einsatz von Gewalt aufzugeben». Seine Führung werde sich die «Option bewahren, alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen». Peking betrachtet die demokratische Inselrepublik nur als Teil der Volksrepublik. Hingegen versteht sich Taiwan längst als unabhängig. Der Kongress findet unter massiven Sicherheitsvorkehrungen statt, die noch mal verschärft worden sind, nachdem es am Donnerstag einen seltenen Protest eines Mannes an einer Brücke mit einem viel beachteten Banner gegen «Diktator Xi Jinping» gegeben hatte. Nach Abschluss der einwöchigen Beratungen soll der 69-Jährige für eine dritte Amtszeit bestätigt werden, was ungewöhnlich ist. Während er sich über bisher respektierte Amtszeitbegrenzungen hinwegsetzt, wird hingegen das Politbüro um ihn herum aus Altersgründen neu besetzt. SRF.ch

Deutschland – Deutschland möchte seine Ukraineflüchtlinge auf alle EU Länder verteilen, was auf Protest stösst.

● Von Albanien bis Aserbaidschan: Bundeskanzler Scholz träumt von einer EU mit 36 Mitgliedern.

● Wegen eines Pilotenstreiks fällt von morgen bis Mittwoch fast jeder zweite Eurowings-Flug aus. SWR.de

Frankreich – In Frankreich berät die Nationalversammlung seit einer Woche das Budget für das kommende Jahr. Dabei sammelt die Regierung eine Niederlage nach der andern ein. Es ist klar, dass die Regierung vor der Schlussabstimmung die Notbremse ziehen und das Budget in eigener Kompetenz am Parlament vorbeibringen wird. Dies hat sie im Grundsatz bereits beschlossen. Trotzdem wartet sie noch zu. Das Budget wird zur ersten großen Kraftprobe zwischen Opposition und Regierung im Parlament. Dies war schon lange klar. Denn beim Budget stimmen Oppositionsparteien grundsätzlich gegen die Regierung und schreiben vereint den Voranschlag um. Das geschieht in der Opposition auch gegen die eigene Überzeugung: So strich das Parlament diese Woche etwa die Regel, dass das Defizit im nächsten Jahr maximal fünf Prozent der nationalen Wertschöpfung betragen dürfe. Selbst die rechten Républicains unterstützten dies. Und das, obwohl sie für gewöhnlich mehr Budgetdisziplin einfordern. Weil das Budget die finanzielle Basis für die Regierungsarbeit ist, ist auch klar, dass die Regierung irgendwann die Beratung im Parlament abbrechen und das Budget selbst bewilligen wird. Frankreichs Verfassung von 1958 sieht im Artikel 49, Absatz 3, ausdrücklich vor, dass die Regierung wichtige Gesetzesprojekte selbst – am Parlament vorbei – bewilligen kann. Alle französischen Präsidenten haben diesen Verfassungsartikel mindestens einmal angewendet. Entweder, weil ihre Mehrheit im Parlament zu schwach war oder weil ein Teil der eigenen Basis rebellierte. Mit dem Artikel beendeten Präsidenten aber auch endlos scheinende Debatten. Dass die Regierung im Moment noch zögert, das Budget in eigener Kompetenz zu bewilligen, ist auch eine Frage der Taktik: Wenn Verfassungsartikel 49–3 zum Zug kommt,

löst dies immer politische Empörung aus. Dies will die Regierung derzeit möglichst vermeiden. Denn für Sonntag hat die linke Opposition zu einem Protestmarsch aufgerufen. Und die Gewerkschaften planen am Dienstag einen landesweiten Streiktag. Ein politischer Kraftakt gegen das Parlament könnte beiden Demonstrationen zusätzlich Auftrieb geben. Höchste brisant sind auch die Streiks in den Raffinerien und Treibstoffdepots, die derzeit zu einem Treibstoffmangel führen. Die Regierung möchte die Streiks mit Zwangsmaßnahmen brechen. Dabei hat sie nach Meinungsumfragen sogar eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Aber die öffentliche Meinung ist wankelmütig: Wenn etwa zu Ferienbeginn in einer Woche zu wenig Treibstoff verfügbar ist, um mit einem gefülltem Tank ans Meer fahren zu können, dann steigt womöglich die Unzufriedenheit.
● Es fehlt an Treibstoff. SRF.ch

Großbritannien – Die BBC feiert 100er.

Haiti – Im Gefängnis in Port-au-Prince und in den Armenvierteln ist die Cholera ausgebrochen. Es gibt ein Bandenunwesen. Banden kontrollieren sogar den Hafen und das Gefängnis. SWR.de

Iran – Im Ewin-Gefängnis in Teheran ist bei einem Konflikt zwischen Inhaftierten und dem Sicherheitspersonal ein Feuer ausgebrochen. Die staatliche Nachrichtenagentur Irna berichtete am Samstagabend zunächst von einer Auseinandersetzung zwischen «Hooligans und Randalierern» mit den Gefängniswärtern. Das Textillager der Anstalt sei in Brand gesteckt worden, so die Agentur. Die Lage sei jedoch nach kurzer Zeit wieder unter Kontrolle gebracht worden, schreibt die Nachrichtenagentur weiter. Die Feuerwehr habe den Brand inzwischen gelöscht. Was genau in dem Gefängnis geschah, lässt sich nicht unabhängig überprüfen. Die Hintergründe bleiben bislang offen. Teherans Staatsanwalt bestritt einen Zusammenhang mit den anhaltenden systemkritischen Protesten, die sich seit vier Wochen im Land ausgebreitet haben. Er betonte, es habe sich bei dem Zwischenfall am Sonnabend um einen internen Konflikt im Gefängnis zwischen verurteilten Dieben gehandelt. In den sozialen Medien war auch von Schüssen in der Haftanstalt die Rede. Auf tausendfach geteilten Videos waren chaotische Bilder rund um das Gefängnis zu sehen. Die Bilder konnten bislang nicht verifiziert werden. Viele Angehörige der Inhaftierten eilten Medienberichten zufolge aus Sorge zum Ort des Geschehens. Ein Reporter der reformorientierten iranischen Tageszeitung «Shargh» hörte eigenen Angaben zufolge mehrere laute Explosionen am Ort des Geschehens. Mehrere Feuerwehrfahrzeuge fuhren demnach zu dem Gefängnis im Norden der Hauptstadt, um die Flammen zu bekämpfen. Die Straßen rund um die Haftanstalt seien abgesperrt worden. Auch Hupkonzerte wurden demnach vernommen, die während der landesweiten Proteste immer wieder Zeichen der Solidarität mit den Demonstrationen sind. Die USA äußerten sich besorgt über die dramatische Lage. «Wir verfolgen die Berichte aus dem Ewin-Gefängnis mit großer Dringlichkeit», schrieb der Sprecher des US-Aussenministeriums, Ned Price, am Sonnabend (Ortszeit) auf Twitter. «Iran trägt die volle Verantwortung für die Sicherheit unserer zu Unrecht inhaftierten Bürger, die unverzüglich freigelassen werden sollten.» Bereits vor wenigen Tagen war in einem Gefängnis im Nordiran eine Meuterei ausgebrochen, bei der auch einige Inhaftierte ums Leben kamen. Bei dem Vorfall in Teheran wurden laut der staatlichen Nachrichtenagentur Irna bislang acht Verletzte gemeldet. SRF.ch

Italien – Astronautin Samantha Cristoforetti (45) ist gemeinsam mit drei US-Amerikanern von der Internationalen Raumstation Iss zur Erde zurückgekehrt. Bilder der US-Raumfahrtagentur Nasa zeigten am Freitag, wie das Raumschiff Dragon im Atlantik vor der Küste Floridas in der Umgebung von Jacksonville landete. Nach 170 Tagen im All half man den Astronauten ins Freie, die sich erst wieder an die Schwerkraft gewöhnen mussten. An

Bord des Raumschiffs waren neben Cristoforetti von der Europäischen Raumfahrtagentur ESA die NASA-Astronauten Kjell Lindgren, Bob Hines und Astronautin Jessica Watkins. Das Kommando an Bord hat nun der russische Kosmonaut Sergej Prokopjew von Cristoforetti übernommen. Die Italienerin war die erste europäische Iss-Kommandantin. Im Rahmen ihrer Minerva-Mission wirkte die ESA-Astronautin an zahlreichen Experimenten in der Schwerelosigkeit mit, die sich über ein breites Spektrum an Disziplinen erstreckten. Die Palette reicht von Auswirkungen von Lärmbelastung auf das menschliche Gehör über die Erhaltung des Muskeltonus bis hin zu Materialien der Zukunft. „AstroSamantha“, wie sie in Italien häufig genannt wird, hält gegenwärtig den Rekord für den längsten ununterbrochenen Raumflug einer europäischen Frau – 199 Tage und 16 Stunden. Sie wuchs im Dorf Malé im Val di Sole-Tal im Trentino auf und besuchte mehrere Jahre lang die Oberschule in Bozen. Cristoforetti diente nach dem Studium in der Italienischen Luftwaffe. Im Rahmen ihrer fliegerischen Ausbildung studierte sie bis 2005 an der Accademia Aeronautica. Dabei erhielt sie auch ihren Bachelor in Luft- und Raumfahrttechnik, den sie an der Universität Neapel Federico II absolvierte. Nachdem sie an der Sheppard Air Force Base in Texas zur Kampfpilotin ausgebildet wurde, diente sie ab 2006 beim Geschwader 51º Stormo Ferruccio Serafini in Istrana und ab 2008 beim 32° Stormo „Armando Boetto“ in Amendola. Sie hat über 500 Flugstunden in Militärflugzeugen absolviert. Sie verliess die Luftwaffe 2019; Sie hatte zuletzt den Rang Hauptmann. Cristoforetti setzte sich beim Auswahlverfahren der ESA gegen mehr als 8’400 weitere Bewerber durch und wurde 2009 in Paris als einzige Frau unter sechs neuen Astronauten des Europäischen Astronautenkorps der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie schloss ihr Grundlagen-Training 2010 ab. 2014 startete sie zu einem Langzeitaufenthalt auf der Iss. RAI.it

Kiribati – Die Übersäuerung des Meerwassers durch den Anstieg des Klimagases CO2, die Ausbleichung und Zerstörung der Korallen als Folge höherer Wassertemperaturen, eine dramatische Zunahme der Zahl und Intensität von Stürmen und Zyklonen und der Anstieg des Meeresspiegels, das alles führt zum Verlust der Lebensqualität für die Menschen und zur Flucht aus dem Gebiet. Die Ältesten erinnern daran, dass nicht die kleinen Länder mitten im Pazifik für die globale Erwärmung verantwortlich seien, sondern die Industriestaaten. Sie kritisieren, dass die meisten dieser reichen Länder inzwischen zwar von apokalyptischen Folgen eskalierender Temperaturen sprechen, in Tat und Wahrheit aber noch immer zu wenig dagegen unternähmen. SRF.ch

Lettland – Sowjetische Denkmäler werden abgerissen – Russischsprachige fühlen sich bedrängt. In Riga tun sich Gräben auf. SRF.ch

Mali – Nachdem man die französische Armee rausgeschmissen hatte, kamen die Wagner Söldner aus Russland, die nun möglicherweise das Land verlassen werden, weil man sie für die Ukraine braucht. Unklar ist auch die Bezahlung. Zunächst zahlte man in US Dollar, doch jetzt will man mit Gold bezahlen. SWR.de

Malta – Mord an Journalistin. 40 Jahre Haft für zwei Brüder. Die Journalistin Daphne Caruana Galizia (*1964) war 2017 in ihrem Auto in die Luft gesprengt worden. SRF.ch

Polen – Das Leck am polnischen Teil der „Druschba“-Pipeline zwischen Russland und Deutschland ist nach Angaben des Betreibers behoben worden. Kein Fremdverschulden. PR.pl

Russland – Terroranschlag auf Soldaten in Belgorod an der Grenze zur Ukraine. ● Der Vorsitzende der Union von Myanmar besucht Präsident Putin in Wladiwostok. Es geht um Öl, Gas, Bodenschätze. SFR.ch

● „Wenn der Westen und Russland nicht miteinander reden, dann geben wir auch die Hoffnung auf den Frieden auf“, warnte Ungarns Außenminister Péter Szijjártó (43) aus Moskau. Dort nahm er am Donnerstag als einziger Minister aus EU und NATO an der Russischen Energiewoche teil. Ungarn halte an der Energie-Zusammenarbeit mit Russland fest, weil man mit ideologischen Phrasen nicht heizen könne. Es bleibe dabei, dass Ungarn keine EU-Sanktionen mittragen werde, in deren Folge die sichere Energieversorgung des Landes gefährdet würde. Die Orbán-Regierung lasse sich ausschliesslich von den nationalen Interessen leiten. KR.hu

Schweden – Jahrzehntelang wurde das Land einmal sozialdemokratisch regiert, dann wieder von einer bürgerlichen Koalition. Nun aber übernimmt erstmals eine rechtsstehende Mehrheit die Macht im Land. Sie verfügt im Parlament zwar nur über eine knappe Mehrheit von 176 der 349 Sitze. Zudem werden im Kabinett nur Minister von drei Parteien vertreten sein: den Moderaten des designierten neuen Ministerpräsidenten Ulf Kristersson, den Christdemokraten und den Liberalen. Letztere hatten zuvor ihr Veto gegen eine direkte Regierungsbeteiligung der Schwedendemokraten eingelegt. Sachpolitisch aber orientiert sich die Koalition in weiten Teilen am Parteiprogramm der Schwedendemokraten. Bei Flüchtlingen möchte man sich künftig am Minimalniveau orientieren, Aufnahmezentren ausserhalb Schwedens werden erwogen. SRF.ch

Schweiz – In Bern ist mit **«Pro Schweiz»** eine Nachfolgeorganisation der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) gegründet worden. «Pro Schweiz »geht aus der Fusion von drei EU-kritischen Vereinigungen hervor. Die Generalversammlung wählte den Zuger Arzt und Medtech-Unternehmer Stephan Rietiker als Präsidenten. Zum Auftakt hat Alt-Bundesrat Christoph Blocher die Gründungsversammlung von «Pro Schweiz» auf die Verteidigung der Neutralität eingeschworen. Im neuen Verein haben sich die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns), das Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt (EU-NO) und die Unternehmer-Vereinigung gegen den EU-Beitritt zusammengeschlossen. Zum Präsidenten wählte die Generalversammlung den Zuger Arzt und Medtech-Unternehmer Stephan Rietiker. Alt-Bundesrat Christoph Blocher leitete den Gründungsakt. Er erklärte, es sei gut, nicht jemanden aus der Politik an der Spitze zu haben, sondern einen Praktiker. Vizepräsident wird der auf die nächsten Wahlen hin zurücktretende Solothurner SVP-Nationalrat Walter Wobmann. Blocher lobte ihn als «den tüchtigsten Nationalrat». Denn Wobmann hatte die Minarett-Initiative und die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» (Burka-Initiative) zum Erfolg geführt. Solch einen Abstimmungskämpfer brauche «Pro Schweiz», denn der neue Verein solle schliesslich im Interesse der Schweiz als Kampforganisation Erfolg haben, so Blocher. In seiner Präsidialansprache kritisierte Stephan Rietiker die Politik während der Coronakrise. Die Meinungsfreiheit habe gelitten. Und wie während der Pandemie gehe es nun in der Energie-Krise blind weiter. Die Ausrichtung auf die EU muss nach Ansicht von Rietiker einer auf die wahren Wachstumsmärkte Asien und Amerika weichen. Auch das EU-Forschungsprogramm Horizon hinterfragte er, finde sich die beste Universität in Europa im globalen Ranking doch erst auf Platz 44. «Switzerland first and forever», rief Rietiker in den Saal. In den vorerst 13-köpfigen Vereinsvorstand wählte die Gründungsversammlung die Alt-Nationalräte der SVP, Adrian Amstutz (BE), Christoph Mörgeli (ZH) und Ulrich Schlüer (ZH). Als aktive SVP-Nationalräte gehören Piero Marchesi (TI) und Therese Schläpfer (ZH) dem Gremium an. Mit Florence Sager-Koenig nimmt eine weitere Frau Einsitz im Vorstand. Im Lauf der Arbeit soll die Zahl der Vorstandsmitglieder auf 15 wachsen. Werner Gartenmann wird Geschäftsführer, nachdem er dieses Amt schon bei der «Auns» innegehabt hatte. Schließlich warb Blocher für seine «Neutralitäts-Initiative», die einen Beitritt an ein Verteidigungsbündnis ausschließt. Auch Sanktionen will sie verbieten, denn diese seien ein Kriegsmittel. An die Verpflichtungen der UNO müsse sich die Schweiz allerdings halten. Am 20. Oktober gebe das Initiativkomitee seine Zusammensetzung bekannt, kündigte Blocher

an. Die Unterschriftensammlung soll im November starten. «Pro Schweiz» beschloss einstimmig, die Volksinitiative zu unterstützen. Gerne schicken wir Ihnen Exemplare des Magazins Pro Schweiz zu. Unterstützungsbeiträge: Stiftung Freiheit & Verantwortung, 6010 Kriens, CH05 0900 0000 6031 1317 3. www.proschweiz.ch

● Immer mehr Arbeitnehmende wollen nur Teilzeit arbeiten – Arbeitgeber müssen wegen des Fachkräftemangels mitziehen.

● Luzerns Grüne wollen Gott aus der Verfassung streichen.

● Der GNU Taler der Fachhochschule Bern (FHB) will die vielen Vorteile von Bargeld und Technologien wie Karte oder Apps in einem neuen Bezahlsystem kombinieren, möglichst ohne deren Nachteile: Wer Geld ausgibt, soll anonym bleiben, wer Geld empfängt, kann das nicht verschleiern. SRF.ch

Spitzbergen – oder Svalbard gilt als eine Art Fiebermesser des Weltklimas. Ein Ort, der für die Schweiz von großem Interesse ist. Der Sommer 2022 wird als zweitheißester Sommer in der Geschichte der Schweiz nach 1864 in die Annalen eingehen. Aber nicht nur hierzulande, sondern auch in weiten Teilen des übrigen Europas lagen die Temperaturen diesen Sommer weit über den Durchschnittswerten. Je weiter im Norden, desto deutlicher ist dieser Trend nach oben feststellbar – so auch in Longyearbyen. Die Hauptstadt von Spitzbergen hat gut zweitausend Einwohnerinnen und Einwohner. Sie liegt auf halbem Weg zwischen dem Nordkap auf dem norwegischen Festland und dem Nordpol. Viele der Bewohner von Longyearbyen sind in der Forschung tätig. Genauer gesagt in der Klimaforschung, wie Heikki Lihavainen erzählt. Der finnische Meteorologe lebt seit vier Jahren in Spitzbergen und leitet das auf dem Archipel angesiedelte globale Klimaüberwachungsinstitut Sios. Der schnelle und dramatische Klimawandel sei hier oben am 71. Breitengrad buchstäblich mit den Händen zu greifen: «Noch vor zehn, fünfzehn Jahren war der Fjord hier ausserhalb von Longyearbyen große Teile des Jahres eisbedeckt. Jetzt gefriert das Meer gar nicht mehr.» Spitzbergen ist ein von Norwegen verwaltetes internationales Territorium. Ein vom Völkerbund im Jahre 1920 ausgearbeiteter Vertrag macht das gut 60’000 Quadratkilometer große Landgebiet mitten im arktischen Meer zu einem neutralen und demilitarisierten Gebiet. Heute gibt es über Spitzbergen verteilt vier Standorte, wo Forschende aus der ganzen Welt den Klimawandel untersuchen und auswerten können. «Verschiedene Länder haben auf Spitzbergen Forschungszentren aufgebaut: neben Norwegen auch Russland und Polen», erzählt Heikki Lihavinen. Sein Überwachungsinstitut beurteilt und koordiniert die Ergebnisse tausender Forschungsprojekte. Ein zunehmend wichtiger Akteur auf Spitzbergen ist auch die Schweiz. Und das sei kein Zufall, erklärt der Botschafter der Schweiz in Norwegen, Bernard Jaggy. In den letzten Jahren hätten sich Schweizer Universitäten und andere Einrichtungen an über 200 Forschungsprojekten auf Spitzbergen beteiligt. Diese große Präsenz hätte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten dazu bewogen, in Longyearbyen ein Honorarkonsulat zu eröffnen. Als erstes Land überhaupt besitzt die Schweiz damit eine diplomatische Vertretung auf Spitzbergen. Zu den von der Schweiz unterstützten Projekten auf Spitzbergen gehört auch der größte Saatguttresor der Welt. Hier werden seit 2008 im Permafrost bei ständig minus sechs Grad Millionen von Samenproben aus der ganzen Welt für die Zukunft gelagert, darunter auch Tausende aus der Schweiz. Erst kürzlich sandte das landwirtschaftliche Forschungsinstitut des Bundes Agroscope mehrere Hundert Samenproben neuer Weizensorten in den Saatgutresor in Longyearbyen. Die sozusagen moderne Arche Noah muss aber gerade wegen der schnellen Erwärmung immer tiefer in den Untergrund hinein gebaut werden. SRF.ch

Taiwan – Trotz aller Drohungen, ist China von der höher entwickelten High-Tech auf der Insel abhängig. Experte auf SWR.de

Türkei – In der Türkei sind bei einer Explosion in einem Kohlebergwerk mindestens 40 Menschen ums Leben gekommen. Zahlreiche weitere wurden verletzt. Erste Hinweise deuteten auf eine sogenannte Schlagwetterexplosion, die Entzündung eines Gasgemischs aus Methan und Luft im Untertage-Bergbau. Die Explosion in einer Mine im Bezirk Amasra am Schwarzen Meer sei etwa 300 Meter unter der Erdoberfläche passiert, wie lokale Medien berichten. Rund 150 Menschen beteiligten sich an Such- und Rettungsmassnahmen. Gemäss dem türkischen Innenministerium waren zum Zeitpunkt des Unglücks 110 Arbeiter in der Miene, 49 von ihnen im gefährdeteren, tieferen Teil.

Uganda – Uganda verhängt Reiseverbot wegen Ebola. Der Ausbruch war bekanntgeworden, nachdem ein 24-jähriger Ende September gestorben war. Es wurde bei ihm die seltene Sudan-Variante des Virus nachgewiesen. ORF.at

Ukraine – Das Unternehmen SpaceX von Milliardär Elon Musk (51) will das Gratis-Internet für die Ukraine über den Satellitendienst Starlink weiter finanzieren. Dies kostet ihn 20 Mio USD im Monat. Starlink ist ein Satellitennetzwerk, das künftig weltweiten Internetzugang bieten soll. Mit 2500 Starlink-Satelliten im Erdorbit ist SpaceX der mit Abstand grösste Satellitenbetreiber weltweit. SRF.ch

● Das chinesische Aussenministerium habe die Bürger des Landes aufgefordert, das Territorium der Ukraine zu verlassen. Gleichzeitig veröffentlichte die US-Botschaft einen ähnlichen Aufruf. CGTN.cn

● Über mehreren Städten regnet es gleichzeitig Kamkazedrohnen, amde in Iran. Diese Einwegdrohnen fliegen 2500 km weit und kosten pro Stück 200›000 USD. Schwere Kämpfe stehen in Cherson bevor. Alle Menschen sollen das Gebiet verlassen. Selensky verlangt von Israel Schutzschilde, doch dort möchte man zuerst Geld sehen. SRF.ch

● Die Ukraine habe den Krieg schon gewonnen, weil alle Waffen auf dem neuesten Stand sind, Russland habe nur altes Zeug, womit man nicht gewinnen kann, so Selenski. ORF.at

Ungarn – Die Ungarn sind das einzige Volk, das über die Russlandsanktionen abstimmen darf. Nicht einmal die Schweizer dürfen das. KR.hu

USA – Vizepräsidentin Kamala Harris (58) kritisiert die chinesische Einmischung in Afrika, doch sind die Chinesen dort beliebter als Europäer und Amerikaner. NPO.nl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. e) Europa, Europa und die Welt Seiten E 57 - E 65

01) Europa sollte den „Amerikanischen Sektor“ verlassen – von Patrick Poppel

27. 10. 2022

P. Poppel - analysis of "the american sector"

Der Begriff des „amerikanischen Sektors“ ist Vielen von uns zweifellos aus diversen Dokumentationen, Berichten und Einigen womöglich noch aus eigener Erfahrung der Nachkriegs-und Besatzungszeit, wohl bekannt.

Damals waren die Territorien der „Kriegsverlierer“, vor allem Deutschland und Österreich in die Sektoren der „Kriegsgewinner“ des 2. Weltkrieges eingeteilt. Französischer, Britischer, Russischer und eben Amerikanischer Sektor. Im ökonomischen, wie auch in jüngster Zeit „schamlos unverhohlen“ im politischen Würgegriff des „amerikanischen Sektors“, befindet sich Europa, allen voran Deutschland und Österreich.

Der Russland-Experte Patrick Poppel durfte bei seinen zahlreichen Aufenthalten „außerhalb dieses Sektors“ vielfältige Erfahrungen mit anderen, als den Zugängen dieses „amerikanischen Sektors“ machen. Dazu hat er nun hier einige Gedanken für uns zusammengefasst:

- *Besonders im Zusammenhang mit der Ukrainekrise können ist der Einfluss der US-Politik auf Europa klar zu erkennen.*
- *EU und Nato scheinen nur die Werkzeuge für die geopolitischen Interessen der USA zu sein.*

- *Auch die Diskussion über die Inbetriebnahme von Northstream 2 hat dies klar gezeigt. Und zwar schon vor dem Krieg in der Ukraine.*
- *Nachdem wir den politischen und ökonomischen Einfluss seit Jahren bereits erkennen konnten, sollten wir auch uns selbst diesen kulturellen Einfluss einmal vor Augen führen.*
- *Wenn viele vom „kollektiven Westen" sprechen, so halte ich diese Bezeichnung für mangelhaft, da man hier versucht ist, auch gleichberechtigte Partner erkennen zu wollen. Dies ist aber nicht so, und auch bewusst so formuliert.*
- *Ich würde daher eher vom „Amerikanischen Sektor" sprechen.*
- *In diesem „Gebilde" ist völlig klar, dass die Befehle (nun auch transparent für Europa) in erster Linie aus Washington kommen.*
- *Die USA kennen keine Partner, sondern nur Vasallen und Gegner.*
- *Ist ein Staat dem Einfluss des Amerikanischen Sektors ausgesetzt, kommt es zu politischen und militärischen Verträgen, zumeist im Zuge dessen auch zur Stationierung von US-Truppen in diesen Ländern, zu einer Beeinflussung von Universitäten und Bildungseinrichtungen, Herbeiführung von Abhängigkeit der Wirtschaft und neuerdings auch jedes Jahr zu einer Gaypride Parade in der jeweiligen Hauptstadt dieser Länder.*
- *Das ist also somit nicht als der kollektive Westen, sondern vielmehr als der „Amerikanisch Sektor" zu bezeichnen.*

Eben genau diesen Sektor sollte Europa nun verlassen, damit es nicht wie die „Titanic untergeht". Denn einziger „Profiteur" des Niedergangs Europas wäre wohl zweifelsfrei die USA.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Zur Lage Europas – Dr. Dragana Trifković im Gespräch mit Russland-Experten Patrick Poppel

21. 10. 2022

Dr. Trifkovic in analysis with P. Poppel

Unser, auf *UM* bereits mehrfach durch seine Stellungnahmen, Expertisen und „vor Ort-Berichte“ bekannte Russland-Experte Patrick Poppel, hat mit Dr. Dragana Trifkovic ein Gespräch, unter anderem über die Hintergründe wie auch die derzeitige Lage Europas, geführt.

Generaldirektorin des Belgrader geostrategischen Institutes im Gespräch

Dr. Dragana Trifkovic, seit nunmehr rund neun Jahren Generaldirektorin des Zentrums für geostrategische Studien in Belgrad hat sich zu einer Analyse der derzeitigen geopolitischen Lage vor allem Europas, mit Patrick Poppel getroffen.

Die dazu gestellten Fragen und Analysen nachstehend in kurzer Zusammenfassung.

Poppel: Wie groß ist ihrer Ansicht nach der amerikanische Einfluss auf die europäische Außen- und Sicherheitspolitik?

Trivkovic: Ich denke das Hauptproblem Europas ist, dass es real gesehen keine Souveränität besitzt. Die einzelnen EU-Staaten stehen unter Kontrolle der EU-Eliten und der EU-Administration.

Dazu ist auch zu sagen, dass die EU-Administration unter großem Einfluss, um nicht zu sagen der Kontrolle „Washingtons“ steht. Dies ist auch der Grund warum hier eine Politik gemacht wird, die für europäische Staaten nicht „angemessen“ ist. Vielmehr wird diese Politik zum „Vorteil“ der USA gemacht und dies sehe ich als das Hauptproblem und Ursache der momentanen „Lage“ in der sich Europa befindet.

Die USA sind in vielfältigen „Interessensgebieten“ engagiert, wie etwa weltweite Politstrategien, NGO‚s, Erziehungsstrategien um nur einige zu nennen, dementsprechend hatten sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten intensiv daran gearbeitet, auch in Europa diesen Einfluss zu maximieren.

Das Hauptproblem Europas sehe ich nicht nur in diesen „kontrollierten Eliten“ sondern vielmehr in einer Art „negativer Selektion“ dieser. Führungspersönlichkeiten, die über hohe Intelligenz, politischen „Antrieb“, „politisch schlaue Herangehensweise“ zur Veränderung dieser „Einflussnahem“ verfügen würden, passen nicht in die, von den USA getriebene Strategie für Europa. Daher werden in den Führungsebenen Personen „bevorzugt“, die nicht übermäßig gebildet sind und auf politischer Ebene in Europa ansonsten nicht viele „Entwicklungsmöglichkeiten“ hätten.

Daher sehe ich diese als „treue Erfüllungsgehilfen“ der US-Strategie für Europa.

Poppel: Würden sie sich trauen zu sagen, dass Europa immer stärker zu einer Kolonie der USA wird?

Trifkovic: Unglücklickerweise ja, die EU muss mittlerweile durchaus als eine Art Satelliten-Staat der USA betrachtet werden. Auch wenn diese Aussage zurzeit als politisch inkorrekt gewertet wird, in der momentanen Situation wird dies offensichtlich, was in der Vergangenheit noch im Hintergrund ablief.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock etwa, die in einem Statement in Kiew vor Journalisten erklärte, sie werde Waffen an die Ukraine liefern, egal was die deutsche Bevölkerung darüber meine. Sie scheint also nicht die Außenministerin Deutschlands zu sein, sondern vielmehr eine Außenministerin unter US-Kontrolle, zu sein. Möglicher Weise fühlt sie sich auch der Ukraine mehr verbunden als Deutschland.

Poppel: Jetzt noch eine sehr spezielle Frage, da sie sich im Rahmen ihrer Tätigkeit auch mit Konflikten und militärischen Strategien auseinandersetzen. Warum gibt es eine europäische Verteidigungsstrategie und europäische Armeen, wenn man die NATO hat. Fast alle europäischen Staaten sind ja Mitglied der NATO, genügt das nicht?

Trifkovic: Die NATO gilt als Basis der Militärarchitektur und Basis der europäischen Sicherheit, von Anbeginn an, das gilt auch als Ausgangsbasis der Europäischen Union. Hierbei spielt die Kontrolle Washingtons, als „führendes“ NATO-Mitglied, ebenfalls eine maßgebliche Rolle.

Einige Länder wurden bei der Installierung einer europäischen Armee stark von den USA unterstützt, im Speziellen war es auch Frankreich, das hier Unterstützung erhielt. Beispielsweise Charles de Gaulle hatte geplant, Frankreich aus der NATO auszugliedern, Nicola Sarkozy war später hingegen gänzlich gegen eine solche „Entwicklung“ eingetreten.

Für lange Zeit kreierte diese Frage großes Konfliktpotential zwischen Frankreich und Großbritannien. Da die Briten sich zum absoluten Gegner einer EU-Armee erklärt hatten. Tatsache ist jedoch, dass die europäischen Länder nicht über schlagkräftige Armeen in den

einzelnen Mitgliedsstaaten verfügen, mit Ausnahme der ukrainischen Armee, da diese auf ein mögliches Kriegsgeschehen mit Russland ausgelegt wurde. Selbst Deutschland verfügt nicht über eine „schlagkräftige Armee“ nach heutigem Standard.

Dies stellt ein großes Problem der Verteidigungs-und Sicherheitspolitik europäischer Staaten dar.

Abschließend möchte ich noch erklären, dass es nach meiner Einschätzung notwendig sein wird, die Idee einer neuen globalen Sicherheitsarchitektur zu unterstützen. Diese sollte auf der Zusammenarbeit und demensprechenden Verträgen zwischen den größten „Global Players“ basieren und nicht länger auf dem Diktat der USA. Dieser Ansatz wurde bereits in erster Lesung von Russland eingebracht aber auch bereits von China unterstützt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E u r o p ä i s c h e U n i o n (EU) (Seiten E 62 – E 65)

03) Das russische Fernsehen bezeichnet die EU offiziell eine Kolonie der USA

24. 10. 2022

Nun wird auch im russischen Fernsehen offen gesagt, dass die EU nichts weiter als eine Kolonie der USA ist, die von der Hegemonialmacht USA ausgepresst und benutzt wird.

Die wirtschaftliche Katastrophe, in die die EU hineinrast, ist für jeden offensichtlich. Die EU opfert sich für die geopolitischen Ziele der USA. Das hat nun auch der Moderator des wöchentlichen Nachrichtenrückblicks des russischen Fernsehens in einem Kommentar thematisiert, der wegen seiner klaren Erklärung des Begriffs „Kolonie“ sehr lesenswert ist. Im ANTI-SPIEGEL findet sich eine Übersetzung des Kommentars. Eine interessante Betrachtung des Verhältnisses USA/EU, die in dieser Form in westlichen „Qualitätsmedien“, wo angeblich nur Wahrheiten verkündet werden, nicht einmal ansatzweise verkündet wird (werden darf). Beginn der Übersetzung:

Europa kommt nicht mehr hoch

Wir haben bereits ausführlich über die rassistische Rede des EU-Chefdiplomaten Josep Borrell bei der Eröffnung der Diplomatenakademie in Brügge, Belgien, berichtet, in der er die Europäer als „privilegierte Menschen“ bezeichnete. Dann beschrieb er Europa als einen „gepflegten Garten“ und den Rest der Welt als wilden „Dschungel“. In dieser Woche hat sich Josep Borrell bereits entschuldigt und erklärt, er sei missverstanden worden und lehne generell „sein Leben lang jede Form von Arroganz und Rassismus entschieden ab.“ Es folgte das wichtige Bekenntnis, dass er verstanden habe, dass „die Europäer bescheidener sein müssen.“ Und dann noch dies:

„Ich habe genug Erfahrung, ich weiß, dass Europa und der Westen unvollkommen sind, dass einige Länder des Westens manchmal die internationale Weltordnung verletzen“, sagte Borrell.

Lassen Sie uns hier genauer werden: „Einige westliche Länder verletzen manchmal die internationale Weltordnung.“ Wen meint er damit? Und warum zeigt er nicht direkt mit dem Finger darauf? Um der Klarheit der Beziehungen willen. Und wohin führen diese „Verstöße“ überhaupt? Borrell ist bescheiden, wo er es nicht sein sollte. Er muss in seinem Amt die Interessen Europas schützen, aber in Wirklichkeit gibt er sie auf. Was wir haben, und das ist unter Borrell ganz offensichtlich geworden, ist, dass Europa für die USA zu einer echten Kolonie geworden ist.

Das ganze westliche Konstrukt hat sich irgendwie sehr schnell verändert. Europa wurde aus der „goldenen Milliarde“ ausgeschlossen. Es gibt keine „goldene Milliarde“ mehr. Die USA haben in Europa eine große Kolonie gewonnen. Das heißt, Amerika ist jetzt die Kolonialmacht. Und Europa versucht sich jetzt wirklich an seinem guten alten Format, das es aus eigener Erfahrung sehr gut kennt – dem Format einer Kolonie. Nun ist ganz Europa, allen voran Deutschland, dabei, seine neuen Beziehungen zu den USA sorgfältig auszuarbeiten. Als Kolonie. Und sie wagen es nicht, einen Piepton von sich zu geben.

Noch kann man piepsen. Zaghaft, wie es zum Beispiel Macron tut. In einer Zeit, in der sein Volk zu Hause friert und auf den Straßen mit Tränengas auseinandergetrieben wird, spricht der französische Präsident bescheiden über die amerikanische „Doppelmoral“, als ob er gerade erst irgendeine Ungerechtigkeit der Kolonialmacht bemerkt hätte:

„Es gibt eine Entscheidung, die die amerikanische Wirtschaft getroffen hat. Das ist eine attraktive Wahl, die ich respektiere, aber sie führt zu einer Doppelmoral, wenn die amerikanischen Energiepreise viel billiger sind als unsere, weil die USA ein Energieproduzent sind. Und sie verkaufen ihr Gas bei sich zu einem Drittel oder einem Viertel von dem, was sie bei uns nehmen. Das ist Doppelmoral.“

Macron bückelt vor den USA, weil er am 1. Dezember Washington besuchen wird. Damit nichts schiefgeht…

Der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire sagt unverblümt, dass die USA ihr Flüssiggas an die Europäer zu einem Preis verkaufen, der viermal so hoch ist wie für ihre eigenen Verbraucher, was nicht akzeptabel ist. Und er macht eine Entdeckung: „Wir dürfen nicht zulassen, dass der Ukraine-Konflikt zu einer wirtschaftlichen Dominanz Washingtons und einer Schwächung Europas führt.“

Hey, hallo! Das ist bereits geschehen. Und die Dominanz Washingtons ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Europa ist eine Kolonie. Was sind denn die Kennzeichen einer Kolonie?

Das erste ist fehlende Souveränität, die sie daran hindert, eine unabhängige Politik in ihrem eigenen nationalen Interesse zu verfolgen. Die Zusammenarbeit mit Russland würde für Europa natürlich zu dauerhaftem Wohlstand für viele Generationen von Europäern führen. Aber nein, Amerika verbietet es mit dem Recht einer Kolonialmacht und sprengt auch noch brutal Nord Stream in die Luft, um selbst die hypothetische Möglichkeit, dass Europa mit Gas zu normalen Preisen versorgt werden kann, physisch zu zerstören. Das heißt, die USA zwingen Europa buchstäblich dazu, US-Gas zu kaufen, das viermal so teuer ist. Nach Angaben von Eurostat sind die Flüssiggas-Lieferungen aus den USA nach Europa allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres von sieben Milliarden auf mehr als 20

Milliarden gestiegen, also um das Dreifache. Die europäischen Eingeborenen werden auf diese Weise gnadenlos ausgebeutet, da sie gezwungen sind, ihr Letztes demjenigen zu geben, der sie mit dem Recht des Stärkeren unterdrückt.

Zweitens: Die Kolonialmacht stationiert ihre Truppen in der Kolonie, um im Falle eines Falles gewaltsam die Kontrolle auszuüben. Deutschland ist ein perfektes Beispiel, denn es ist bei der Anzahl der amerikanischen Militärstützpunkte Weltmeister, obwohl es auch im übrigen Europa viele davon gibt. (Anm. d. Übers.: Ich würde noch hinzufügen, dass die Kolonialmacht sich die Stationierung ihrer Truppen von der Kolonie auch noch bezahlen lässt. So war es beim British Empire und so machen es auch die USA)

Drittens: Eine Kolonie zeichnet sich durch Marionettenregime aus, also. durch Regierungen und Führer, die nicht im nationalen Interesse, sondern im Interesse der Kolonialmacht, also der USA, handeln. Genauso regieren europäische Offizielle, sei es die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, oder EU-Chefdiplomat, Josep Borrell, oder nationale Spitzenpolitiker wie der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz. Und seine Außenministerin, Annalena Baerbock, sagt unverblümt, dass ihre Wähler sie nicht interessieren. Nun, sind das keine amerikanischen Marionetten?

Das vierte Zeichen einer Kolonie: Die Kolonialmacht dehnt ihre Gesetze auf die Kolonie aus und ist dabei nicht zimperlich. Die Amerikaner können jeden in Europa verhaften und jedes Unternehmen mit einer Geldstrafe belegen. Gerade wurde das französische Unternehmen Lafarge wegen seiner Tätigkeit in Syrien zu einer Geldstrafe von 777 Millionen Dollar verurteilt. Im September wurde die Deutsche Bank wegen Verstoßes gegen die „Krim-Sanktionen“ zu einer Geldstrafe verurteilt. Und wer erinnert sich nicht an die 18-Milliarden-Dollar-Strafe, die gegen Volkswagen verhängt wurde? Ja, Volkswagen hat bei den Dieselabgasen geschummelt, aber 18 Milliarden sind eindeutig unverhältnismäßig. Aber sie haben wie ein Schnuckelchen bezahlt.

Und schließlich **fünftens**: Der Kolonie die fremde Kultur der Kolonialmacht aufzwingen. Im Falle Europas handelt es sich um ein „Schmelztiegel“-Modell, bei dem allmählich eine Art Durchschnittsbildung stattfindet, wobei die Gender-Komponente und das aggressive

Aufzwingen der LGBT-Kultur beigemischt werden: Europa verliert endgültig seine europäische Tradition. Im Ergebnis beutet Amerika seine Kolonie Europa bereits vollständig aus und saugt sie komplett aus. Die USA bringen Europa dazu, Waren zu Wucherpreisen zu kaufen, von Energieträgern bis zu Waffen, und die außenpolitischen Interessen der USA in der Konfrontation mit Russland zu bedienen, zum Nachteil Europas selbst.

Europa, so scheint es, wird nicht mehr hochkommen. Amerika hat es im Würgegriff. Es wird nicht mehr hoch kommen, denn ganz gleich, wie klug und kultiviert man ist, ohne Rohstoffe kann man in der heutigen Welt nichts erreichen. Energie ist der wichtigste Rohstoff. Für Europa ist sie nun sogar mehr als dreimal so teuer. Kein Wunder, dass bereits mehr als 20 Prozent der Produktion in Deutschland – von großen bis kleinen Firmen – entweder eingestellt oder reduziert wurde. Die Inflation in Europa liegt schon im zweistelligen Bereich, was für die Europäer überraschend und sehr schmerzhaft ist. Es überrascht nicht, dass die Arbeitslosigkeit und die Gefahr von Arbeitslosigkeit zunehmen. Hier ist es hoffnungslos. Die europäische Industrie flieht nach Amerika, wo die Energie um ein Vielfaches billiger ist. Selbst Autogiganten wie Volkswagen, BMW und Mercedes haben angekündigt, dass sie ihre Investitionen in den USA erhöhen wollen. Aber schon jetzt suchen sie außerhalb Europas nach Lieferanten für viele Teile, zum Beispiel für Windschutzscheiben und Fenster. Und dabei geht es nicht einmal nur um fossile Energieträger. Die europäischen Eliten haben keine Willenskraft mehr und selbst die Vernunft scheint sie bei der Einschätzung ihrer eigenen Perspektiven zu betrügen. Sie haben keine Strategie. Sie haben keine Antworten auf die Fragen, warum, woher, was und wer wir sind. Irgendwie so. Es ist kalt und traurig in der europäischen Kolonie der USA.

Ende der Übersetzung

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. f) Mitteleuropa Seite E 66

Keine Berichte

E. g) Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen S. E 67 – E 125

BENELUX-LÄNDER (Seite E 67)

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (E 68 – E 103)

01) Not amused - Das ZDF-Magazin Royale als Enthüllungsplattform.
Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 607-01 1. November 2022 47. Jahrgang

Not amused

Foto: ZDF

Das **ZDF-Magazin Royale** hat sich zu einer Enthüllungsplattform entwickelt, die es in dieser Form noch nicht im deutschen Fernsehen gab. Schlimme Sachen, unterhaltsam dargeboten. Neuester Coup ist die Veröffentlichung von Akten des hessischen Verfassungsschutzes zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Nachzulesen unter:

https://fragdenstaat.de/dokumente/234186-abschlussbericht-zur-aktenpruefung-im-lfv-hessen-im-jahre-2012/

Einen „**Abgrund von Landesverrat**" nannte Bundeskanzler **Konrad Adenauer** 1962 den Bericht des **SPIEGEL** über die (geheimen) Ergebnisse des NATO-Manövers „Fallex 62". *„Untauglich zur Vorwärtsverteidigung"* wurde der Bundeswehr bescheinigt. Da hat sich in den letzten 60 Jahren offenbar wenig verändert. Aus dem Bericht wurde die *„Spiegel-Affäre"*, die nachhaltig im positiven Sinne die Pressefreiheit in Deutschland beeinflusst hat. Denn der Umgang des Staates mit freien Medien erinnerte 1962 an eine längst überwunden geglaubte Zeit.

Verteidigungsminister **Franz-Josef Strauß** veranlasste persönlich die Verhaftung von Spiegel-Herausgeber **Rudolf Augstein** und Mitglieder der Chefredaktion, darunter **Conrad Ahlers**, dem späteren Regierungssprecher von Bundeskanzler **Willy Brandt**. Wie die Geschichte vor 60 Jahren ausging, wissen wir. **Franz-Josef Strauß** musste zurücktreten, **DER SPIEGEL** ging auflagengestärkt aus der Affäre, die seinen Namen bis heute trägt. 103 Tage verbrachte **Rudolf Augstein** in Untersuchungshaft. Erst am 13. Mai 1965 entschied der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs, dass keine Beweise vorlägen, die einen wissentlichen Verrat von Staatsgeheimnissen durch **Conrad Ahlers** und **Rudolf Augstein** belegen würden.

Die Spiegel-Affäre liest sich wie ein Krimi, vor allem der Teil, der sich mit der Einflussnahme des KGB beschäftigt und damit, dass auch der damalige Hamburger Innensenator **Helmut Schmidt** wegen Beihilfe zum Landesverrat, angeklagt wurde, weil er auf Bitten **Conrad Ahlers** den Artikel auf strafrechtliche Veröffentlichungshindernisse überprüfen sollte. Erst Anfang 1965 wurde auch dieses Verfahren eingestellt. Nachzulesen unter

https://de.wikipedia.org/wiki/Spiegel-Aff%C3%A4re

Jan Böhmermann, sein Team und das ZDF müssen keine Durchsuchungen oder Untersuchungshaft befürchten. Böhmermann muss nicht ins Ausland fliehen und sich in irgendeiner Botschaft verstecken. Dennoch: Der Zorn des Bundeskanzlers ist ihm gewiss. **Olaf Scholz** ist *„nicht begeistert"* von der Veröffentlichung, schreibt ZDF-Redakteur **Dominik Rzepka** in einem Kommentar. Der hessische Verfassungsschutz stellt Strafanzeige, nicht gegen das ZDF, sondern gegen Unbekannt.

„Grundsätzlich gelte, dass Akten aus guten Gründen als geheim eingestuft werden könnten, ließ Scholz am 31. Oktober durch einen Sprecher ausrichten. Es gebe Regeln für die "Entstufung von Akten", also die Aufhebung der Geheimhaltung. Die Vorgehensweise von ZDF-Moderator Jan Böhmermann und der Plattform FragDenStaat nannte Scholz einen Verstoß gegen diese Regeln, der nicht Schule machen sollte."

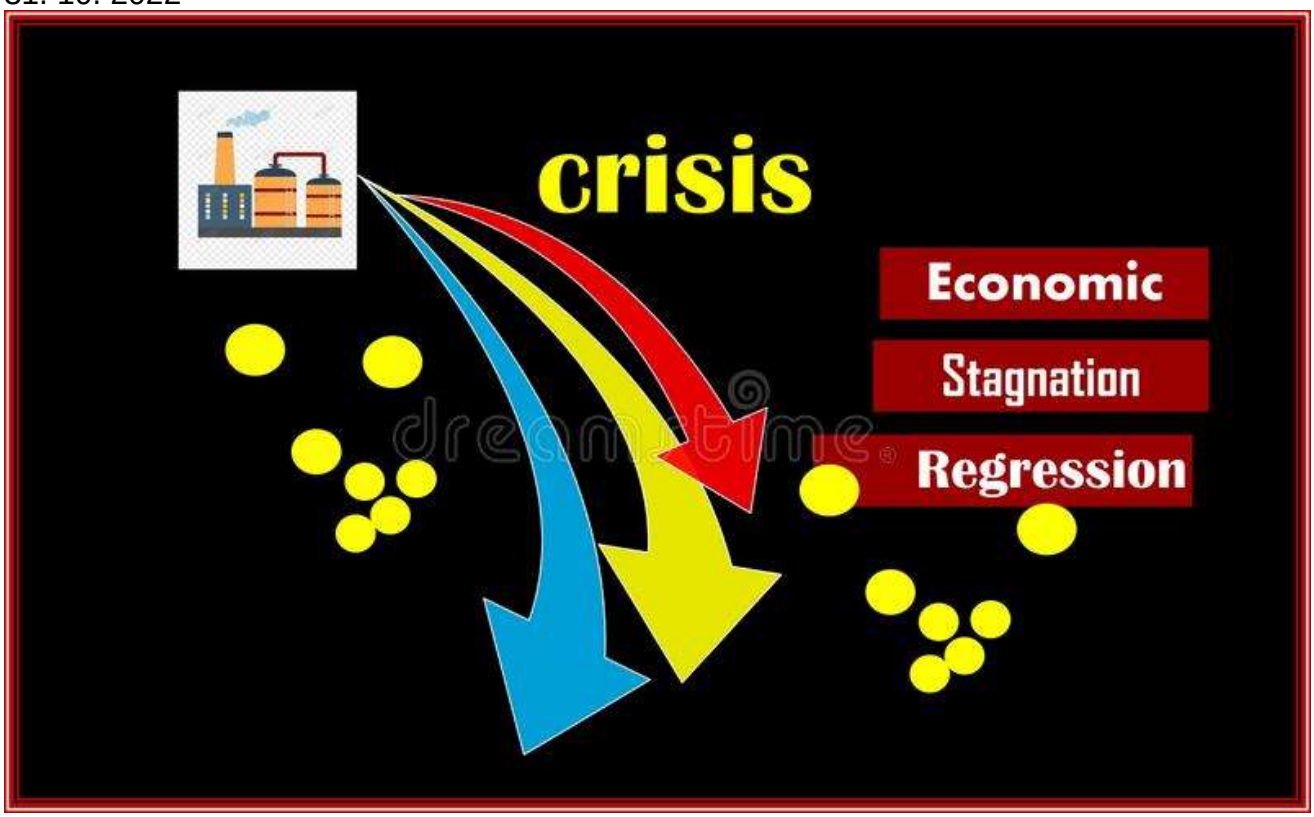
Was sind gute Gründe? Wenn durch die Veröffentlichung namentlich nicht bekannte Personen in Gefahr geraten. OK. Das ist durch Schwärzungen zu verhindern. Ansonsten haben wir sehr wohl ein Recht darauf zu erfahren, wie unsere Behörden arbeiten. Im Falle des hessischen Verfassungsschutzes ist das wohl eine einzige Katastrophe. Erst in 120 Jahren, später auf 30 reduziert, sollte die Nachwelt erfahren, dass der Verfassungsschutz 200 Dokumente *„verloren"* hat. Nicht das, aber weitere Enthüllungen sollten Schule machen. Alles muss ans Licht kommen. Die Enthüllungen von WikiLeaks sind mit den NSU-Akten nicht vergleichbar, auch wenn in beiden Fällen Menschen getötet wurden. Deshalb schließen wir diesen Beitrag mit dem Aufruf: **Free Assange!**
https://freeassange.eu/#aktionsuebersicht

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pireg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress.newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

02) Dank linksgrüner Chaos-Politik: Nachfrage nach deutschen Staatsanleihen bricht dramatisch ein

31. 10. 2022



Deutsche Staatsanleihen plötzlich Ladenhüter

Festverzinsliche Anleihen, die Wertpapiere, mit denen Deutschland seine Staatsschulden finanziert, galten weltweit seit eh und je als der Inbegriff einer sicheren, beinahe risikolosen Geldanlage. Übertroffen nur noch von den “Öffentlichen Anleihen der Schweizerischen Eidgenossenschaft”, die aber seit Jahren kaum noch auf den Markt kommen.

Verdienst mit Negativzinsen vorbei

Dementsprechend hoch war bisher die Nachfrage nach diesen deutschen Schuldpapieren. Wann immer die Finanzagentur der Bundesrepublik Deutschland in Frankfurt am Main, die staatseigene Geldbeschaffungs-Institution in der Rechtsform einer GmbH, neue Anleihen auf den Markt gebracht hat, wurde das Angebot vielfach überzeichnet. Vier- bis fünfmal soviel wollten Investoren oft kaufen als wie tatsächlich Staatsanleihen angeboten wurden. Da konnte sich der Finanzminister in Berlin im Auktionsverfahren die günstigsten Angebote rauspicken, und verdiente in besten Zeiten über sieben Millionen Euro pro Schuldenmilliarde, pro Jahr wohlgemerkt, dank Negativ-Verzinsung und EZB-Geldschwemme.

Doch das ist mittlerweile Geschichte, der Wind hat sich total gedreht. Überraschend kam das freilich nicht, wir haben schon Anfang Februar diese Entwicklung korrekt vorhergesagt. Da ist es noch das kleinste Problem, dass die Umlaufrendite für 10-jährige “Bunds”, das heißt die Zinsen, die Deutschland für seine längerfristigen Schulden zahlen muss, aktuell

auf 2,2 % angestiegen ist. Das ist zwar immer noch relativ wenig, und der niedrigste Zins aller Euroländer, aber ein himmelweiter Unterschied zu den Mini-Werten der letzten 10 Jahre.

Nachfrage bricht ein

Doch jetzt bricht plötzlich auch die Nachfrage nach bundesdeutschen Staatsanleihen ein, und zwar dramatisch. Seit Anfang Oktober hat gerade mal eine einzige Anleiheemission von insgesamt zwanzig mehr Kaufangebote erhalten als Papiere zum Verkauf standen. Und hier reden wir über ein Emissionsvolumen von 43,3 Milliarden Euro für den abgelaufenen Monat! Im Schnitt konnte die Bundes-Finanzagentur mal gerade 70% der Summe am Markt platzieren, die eigentlich geplant war. Trauriger Negativ-Rekord war die Emission 7-jähriger Bundesanleihen am 18. Oktober, wo nicht einmal die Hälfte der dort angebotenen Wertpapiere von insgesamt 4 Mrd. € einen Abnehmer fanden, trotz durchaus attraktiver Rendite von 2,23% per annum.

Profi-Investoren skeptisch

Denn obwohl Deutschland nach wie vor mit der höchsten Bonitätsnote “AAA” von den großen Rating-Agenturen wie Standard & Poors, Moody’s und Fitch bewertet wird, werden immer mehr Profi-Investoren skeptisch, was die zukünftige Wirtschaftskraft Deutschlands betrifft. Denn in ein linksgrünes Wolkenkuckucksheim zu investieren, dem potentiell die Deindustrialisierung drohen könnte, dazu haben die milliardenschweren Anleiheexperten keine Lust. Den Stein ins Rollen gebracht hat nun das 200 Milliarden Euro schwere “Rettungspaket” zur Abmilderung der Folgen der Energiepreisexplosion. Dazu soll der zu Corona-Zeiten eingerichtete Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) reaktiviert werden und eben die 200 Milliarden Euro per neuen Schulden am Kapitalmarkt auftreiben.

Doch da spielen die internationalen Kapitalgeber nun plötzlich nicht mehr mit, zumal auch andere Länder der Eurozone und die EU selbst in 2023 rekordverdächtige 400 Mrd. € an neuen Schulden machen wollen. Dass es da jetzt irgendwo eine Schmerzgrenze gibt, musste im September leidvoll Großbritannien erfahren, dessen zusätzlicher Finanzbedarf von 70 Mrd. Euro für deren eigenes Energiehilfsprogramm nicht nur das Britische Pfund in den Keller schickte, sondern Finanzminister Kwasi Kwarteng und Premierministerin Liz Truss gleich mit.

Dieser Beitrag erschien zuvor auf *ZURZEIT*, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Sag mir, wo die Freunde sind…
Zusammenstellung und Kommentierung von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-26 31. Oktober 2022 47. Jahrgang

Sag mir, wo die Freunde sind...

...wo sind sie geblieben. Sag mir, wo die Freunde sind, was ist geschehen? *Frei nach Marlene Dietrich*

Foto: Bundesregierung Ernst Schwahn

Was sind das für Bilder? Deutschlands Bundeskanzler **Konrad Adenauer** und Frankreichs Präsident **Charles de Gaulle** nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags am 22. Januar 1963 in Paris.

Foto: Bundesregierung

Oder Bundeskanzler **Helmut Kohl** und Präsident **François Mitterrand** im September 1984 in Verdun.

Ähnliche Fotos gibt es auch von **Valéry Giscard d'Estaing** und **Helmut Schmidt**, von **Willy Brandt** und **Georges Pompidou**, von **Gerhard Schröder** und **Jacques Chirac**, vor allem aber von **Angela Merkel** und **Emmanuel Macron**. Ziemlich weit davon entfernt sind die Beziehungen zwischen **Olaf Scholz** und **Emmanuel Macron**. Dieser schaute in letzter Zeit eher etwas angewidert auf seinen deutschen Kollegen. Über Scholz unabgestimmte Alleingänge ist Macron eher *„Pas amusé"*.

Man kann über **Friedrich Merz** denken, was man will, in einem Punkt hatte er in seiner Rede auf dem CSU-Parteitag allerdings recht: Scholz ist respektlos. Nicht nur gegenüber seinen Koalitionspartnern, sondern vor allem auch gegenüber den Verbündeten. Und Frankreich ist aus gutem Grunde einer unserer engsten Verbündeten in Europa und darüber hinaus. Scholz fehlt es an so vielem, was einen Regierungschef ausmachen sollte. Am schlimmsten ist seine Kommunikationsschwäche.

Mit der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich ist es zurzeit nicht zum Besten bestellt. Gerade in Krisenzeiten ist das gefährlich, denn Putin versucht alles, um die Einheit der Europäischen Union zu schwächen.

Das größte Scholze-Unding ist der Teilverkauf eines Terminals im Hamburger Hafen. Auch mit 24,9 Prozent hat China einen Fuß in der Tür. Und so zu tun, als könne man dem Miteigentümer unternehmensvertrauliche Dokumente vorenthalten, ist schlicht und einfach dumm und geht an der Wirklichkeit vorbei. Entlang der neuen chinesischen Seidenstraße hat China alles aufgekauft, was nicht bei Drei von der Ladentheke genommen werden konnte.

Es ist schlimm genug, dass dem chinesische Staatskonzern Cosco bereits Anteile an den niederländischen Häfen Rotterdam und Antwerpen gehören und dass die Griechen 67 Prozent von Piräus den Chinesen verkauft haben. Muss sich deswegen Deutschland dem Ausverkauf anschließen? Kann der Hamburger Hafen nicht auch ohne China überleben?

Der chinesische Diktator **Xi Jinping** hat sich gerade von seinem Marionetten-Parlament in einen Status versetzen lassen, den kaum ein Kaiser der frühen Dynastien innehatte. Es ist nicht eine Frage ob, sondern wann, sich der neue Kaiser von China Taiwan einverleibt. Xi schaut genau zu, welche Fehler, und es sind viele, Putin in der Ukraine macht, um diese zu vermeiden. Welche Sanktionen wollen wir, die so genannte freie Welt, denn China antun? Mit ihrer Hafenmacht schneiden die uns von allem Nachschub ab. Und dann stellt sich die Frage, die Annexion von Taiwan hinzunehmen, oder zu verhungern. Außerdem würde eine Flüchtlingswelle aus Taiwan Europa nicht verkraften.

Würden sich die Niederländer oder Griechen Sanktionen anschließen, wenn dadurch ihre Häfen in Gefahr gerieten? Darauf sollte man nicht wetten. Welche Freunde würden uns bleiben? Unsere amerikanischen vielleicht? Am 8. November finden dort Zwischenwahlen statt. Alle 435 Sitze im Repräsentantenhaus werden neu vergeben. Derzeit haben die Demokraten von Präsident **Joe Biden** 221 Sitze, die Republikaner 212, zwei sind vakant. Das Blatt kann sich leicht wenden und dann wäre **Nancy Pelosi** nicht mehr Sprecherin des Parlaments, sondern

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-26 31. Oktober 2022 47. Jahrgang

wieder Minderheitsführerin. Im Senat wird ein Drittel der Mandate neu vergeben. 48 haben derzeit die Demokraten, 50 die Republikaner, zwei Senatoren sind unabhängig. Die nächsten zwei Jahre seiner Präsidentschaft könnten für Biden ungemütlich werden. Dieses Schicksal haben viele Präsidenten vor ihm erleiden müssen, und davon sind die Vereinigten Staaten nicht untergegangen.

Sollte es der US-Justiz nicht gelingen, **Donald Trump** endlich hinter Schloss und Riegel zu bringen, wäre eine erneute Präsidentschaft nicht ausgeschlossen, und dann: Gute Nacht, liebe Welt.

Deutschland, vor allem aber die Bürger West-Berlins haben den USA unendlich viel zu verdanken. Nicht mehr und nicht weniger als ihre Freiheit. Wir bezeichnen die USA gern als unseren Freund. Es ist aber ein problematischer Freund, denn *„America First"*, ist keine Erfindung von **Donald Trump**.

Mirko Drotschmann, ein 36-jähriger Journalist aus Malsch im Landkreis Karlsruhe, erklärt uns in einer ZDF-Terra X-Kolumne, mit wem wir es zu tun haben, wenn wir von unseren amerikanischen Freunden reden. *„Die USA gerieren sich gern als Bollwerk für Freiheit und Demokratie. Eine weiße Weste hat das Land historisch gesehen allerdings nicht."*, beginnt Drotschmann seine Betrachtung.

Hier einige Auszüge:

*US-Präsident **Joe Biden** ist ein Mann der ganz großen Worte. Dort, wo sein Vorgänger **Donald Trump** in staccatohaften Hauptsätzen Wörter wie "great" und "big" in wechselnder Abfolge aneinanderreihte, packt Biden gerne die rhetorische Bazooka aus. "Fürchtet euch nicht", rief er bedeutungsschwanger im März in Warschau den Menschen angesichts der Bedrohung durch den russischen Angriff auf die Ukraine zu. Und dann: "Wir sind aus dem großen Kampf für die Freiheit neu erwachsen: dem Kampf (...) zwischen einer regelbasierten Ordnung und einer Ordnung, die von roher Gewalt beherrscht wird."*

Die Botschaft: Wo die USA sind, ist Freiheit. Das ist seit Jahrzehnten das Selbstverständnis der Vereinigten Staaten, über alle Parteigrenzen hinweg. Eigenes Fehlverhalten? Kein großes Thema.

In einer Zeit, in der sich die USA angesichts der russischen Aggressionen allzu gerne als Bollwerk der Freiheit und Demokratie gerieren, darf man den Blick aber auch auf die weniger ruhmreichen Kapitel Amerikas richten - und über die Dinge sprechen, die in den Reden von US-Präsidenten kaum auftauchen und die das Bild von den "ordentlichen" Staaten wieder etwas geraderücken.

Einen guten Überblick bietet hier, wieder einmal, Wikipedia. Dort findet sich eine Liste "militärischer Operationen", an denen die USA bis heute beteiligt gewesen sind. Was sich auf den ersten Blick harmlos liest, ist auf den zweiten Blick ein Katalog des Grauens: Regime Changes, Stellvertreterkriege und direkte Angriffe.

Die lesenswerte Kolumne in voller Länge unter:

https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/usa-krieg-terrax-mirko-drotschmann-kolumne-100.html

Drotschmann schließt seine Kolumne mit dem Fazit: *Die USA sind also alles andere als der lupenreine "good guy", der Russland moralisch überlegen ist. Selbstreflexion ist hier Mangelware. Wer in Diskussionen darauf verweist, hat nicht Unrecht.*

Und fast versöhnlich: *Allerdings kann all das eines niemals sein: eine Rechtfertigung für die Aggressionen anderer, nach dem Motto "Aber die USA haben ja auch...". Denn diese Argumentationslinie befördert uns ganz schnell zurück ins Kindergartenalter - und bietet Nährboden für weitere Konflikte.*

Heute: ARD Themenabend USA

Ingo Zamperoni hat mal wieder seine Familien in den USA besucht und ein Kamerateam mitgebracht. *„Trump, Biden, meine US-Familie und ich"* heißt der Film, der heute Abend um 20:15 Uhr im Ersten zu sehen ist, jetzt bereits in der Mediathek.

Seit der Abwahl Donald Trumps haben sich die Gräben in den USA weiter vertieft. Joe Biden ist zwar mit dem Ziel angetreten, das Land wieder zu einen – doch die politische Stimmung ist kurz vor den Midterms, den wichtigen Zwischenwahlen zum US-Kongress, in den USA angespannter denn je. Dabei waren die Hoffnungen, dass sich die aufgeheizte politi-

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-26 31. Oktober 2022 47. Jahrgang

sche Stimmung etwas beruhigen könnte, groß. Auch bei Ingo Zamperoni und seiner US-amerikanischen Frau Jiffer. Aber Trumps Weigerung, die Wahl anzuerkennen, der Sturm auf das Kapitol, auf das Herz der amerikanischen Demokratie, und auch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, das bundesweite Recht auf Abtreibung zu kippen – all das hat den Riss und die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft noch verschärft. Und dieser Riss geht nach wie vor durch die amerikanische Familie des ARD-"tagesthemen" Moderators Ingo Zamperoni.

Zamperonis politisches Road-Movie beginnt auf einer Familienfeier im republikanischen Montana. Schwiegervater Paul ist überzeugter Republikaner. Seine Enttäuschung über die verlorene Wahl Trumps ist noch immer groß, sehr zum Ärger von Zamperonis Frau Jiffer. Nach zwei Jahren treffen Vater und Tochter auf Onkel Stans Ranch im Bitterroot Valley wieder aufeinander. Es dauert nicht lang und zwischen den beiden wird es politisch: Ob über illegale Einwanderung, über die Pandemie oder über die Supreme-Court-Urteile – die beiden geraten aneinander, wenn es um Politik geht und die Konfliktlinien sind schnell klar.

Zamperonis familiär-politische Spurensuche führt von Montana einmal durch die USA, nach Texas, Louisiana und Neuengland. Im südlichen Texas macht sich Zamperoni ein Bild, wie es entlang der Grenze um die Lage der Einwanderung wirklich bestellt ist. In New Orleans besucht Zamperoni seinen Stief-Schwiegervater Greg, der die Rassentrennung der amerikanischen Südstaaten hautnah erlebt hat. Greg zeigt Zamperoni das Armenviertel, in dem er aufwuchs und in dem seit dem verheerenden Wirbelsturm Katrina 2005 nur wenig wieder aufgebaut wurde. Am Ende der Reise trifft Zamperoni noch alte College-Freunde seiner Frau Jiffer in Upstate New York. Sie gehören zum progressiven Flügel der Demokraten, der Biden nur gewählt hat, um Trump zu vermeiden. Und der sich viel mehr sozialpolitischen Wandel und Reformen gewünscht hätte. Wie tief sitzt der Schock über das Ende des bundesweiten Rechts auf Abtreibung? Und glauben sie wirklich, dass die USA auf einen Bürgerkrieg zusteuern?

Die Doku gibt einen intimen politischen Einblick in die konträren Sichtweisen des Familien- und Freundeskreises Zamperonis. Es ist ein Ringen um Antworten auf die Frage: Wohin entwickelt sich das Land in dieser aufgeladenen politischen Zeit?

Hart aber fair

Nicht vorab in der Mediathek, weil live, folgt um 21:00 Uhr *„Hart aber fair"* mit **Frank Plasberg**. Titel der Sendung: *„Unter Feinden: Spaltet der Populismus die Demokratien?"* Gäste: **Ingo Zamperoni**, **Norbert Röttgen** (CDU), **Aladin El-Mafaalani** (Professor am Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück), **Susanne Gaschke** (Neue Zürcher Zeitung) und **Matthew Karnitschnig** (Europa-Korrespondent des US-amerikanischen Online-Nachrichtenportals „Politico").

Anschließend, nach den **tagesthemen**, um 22:50 Uhr beschließt die Reportage *„Trumps Erbe(n) – Wie die jungen Rechten Amerika verändern wollen"* den USA Themenabend.

Donald Trump ist schon lange nicht mehr Präsident der USA. Und doch begeistert er immer noch viele junge Menschen in dem Land. Und noch mehr als das: Sie kämpfen für sein politisches Erbe und für seine Wiederkehr. Warum lassen sich junge Männer und Frauen von einem fast 80-Jährigen für die Politik mobilisieren?

Junge Rechte wie Savanah Hernandes, erfolgreiche YouTuberin, kennen nur das Amerika von heute. Aber sie setzen ihre ganze Kraft und Energie für ein Amerika von früher ein, in dem aus ihrer Sicht noch alles besser war. Warum lehnen junge Konservative in den USA erkämpfte Menschenrechte ab? Sie wollen einen Erdrutschsieg für die Republikaner bei den Midterms Anfang November und Donald Trump als Präsidenten für 2024. Das Abtreibungsurteil von Juni soll erst der Anfang sein für eine große erzkonservative Welle: nicht nur das Verbot von Abtreibungen, sondern auch das Verbot von Verhütungsmitteln, von gleichgeschlechtlichen Ehen, von Einwanderung, das Aufweichen der Trennung von Kirche und Staat. Und vor allem: Sie wollen Teil werden der jahrzehntelangen und bislang nicht sonderlich beachteten Strategie der Republikaner, Schlüsselposten innerhalb der Gesellschaft zu übernehmen. Mittlerweile sehr erfolgreich.

*"Weltspiegel"-Reporterin **Kerstin Klein** erlebt die Widersprüche, Aktionen und Träume der jungen Konservativen in Amerika. Warum lehnen sie erkämpfte Menschenrechte ab? Was treibt sie an? Was fehlt ihnen im modernen Leben?* Quelle: ARD

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

04) Schlechte Laune.
Zusammenstellung und Kommentierung von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-25 30. Oktober 2022 47. Jahrgang

Schlechte Laune

Man muss schon sehr gute Nerven haben, um in diesen Tagen und Wochen keine schlechte Laune zu bekommen. In Berlin bereitet sich die Politik auf eine Wiederholungswahl vor. Das erinnert ein wenig an die Schulzeit, in der man wegen zu schlechter Noten das Jahr wiederholen musste. Und die Noten, die bei der Berlin-Wahl im September 2021 verteilt wurden, sind nun mal schlecht. Die Wahl fällt in eine Zeit, in der wir andere Probleme haben, als Politiker zu bewerten. Anstatt die großen Themen anzugehen, streiten die Parteien um 500 Meter einer Straße, aus der die Grünen die Autos verbannen möchten. Das Stück **Friedrichstraße** wird sicherlich den Klimawandel stoppen.

Danke an den Klimawandel konnten wir in den sommerlichen Oktobertagen sagen, oder war es nur das Wetter? *„Wir haben die Wahl: Kollektives Handeln oder kollektiver Suizid."* sagte **António Guterres**, der UN-Generalsekretär, in diesem Jahr. Die Antwort ist leider sehr einfach: *„Kollektiver Selbstmord!"* Ein kollektives Handeln wird es nicht geben, nicht mit denen, die auf dieser Welt das Sagen haben. Wie soll man angesichts dieser Tatsachen gute Laune haben können. Und wenn zu Weihnachten Wahlplakate in Berlin aufgestellt werden, bleibt nichts mehr übrig von der Heiligen Nacht.

Am Untergang ändert auch die **„Letzte Generation"** nichts. Ihre Mitglieder können sich festkleben, wo sie wollen, es nützt nichts. Mit ihren Straßenblockaden und Beschädigungen von Kunstwerken haben sie das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollen, nämlich ihnen zuzuhören und aus den durchaus richtigen Argumenten die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Immer wieder erschreckend und die schlechte Laune fördernd ist es, wenn sich Ex-Politiker zu irgendwelchen Themen äußern. Warum muss **Sigmar Gabriel** kurz vor der umstrittensten Fußball-Weltmeisterschaft aller Zeiten, dem Ausrichter-Land Katar beispringen? Ungefragt twitterte er: *„Die deutsche Arroganz gegenüber Qatar ist ‚zum Ko…'! Wie vergesslich sind wir eigentlich? Homosexualität war bis 1994 in D strafbar. Meine Mutter brauchte noch die Erlaubnis des Ehemanns, um zu arbeiten. ‚Gastarbeiter' haben wir beschissen behandelt und miserabel untergebracht."* Ja, alles richtig, bloß mit dem Unterschied, dass Homosexualität bei uns nicht mehr strafbar ist und dass Frauen keine Erlaubnis brauchen, wenn sie einen Job annehmen möchten. *„Gastarbeiter"* sind in Deutschland nicht nur besser als in Katar untergebracht, auch ihre Überlebenschancen sind deutlich höher. Staatsoberhaupt **Emir Scheich Tamim bin Hamad Al Thani** und sein Premierminister **Scheich Chalid bin Chalifa bin Abd al-Aziz Al Thani** hatten, seit sie 2010 die WM kauften, genügend Zeit, um die Menschenrechte in ihrem Land zu verbessern. Der Emir hat die exekutive und legislative Gewalt im Staat, von der judikativen Unabhängigkeit brauchen wir gar nicht erst zu reden. *„Als Quelle der Staatsgewalt legt die Verfassung das Volk fest. Ein Parlament oder politische Parteien existieren nicht."* Wie praktisch.

Im Februar 2021 veröffentlichte die britische Tageszeitung **The Guardian** die Zahl von 6.500 toten Arbeitsmigranten aus fünf Ländern seit Vergabe der Weltmeisterschaft im Jahr 2010. Da passt es doch bestens, dass die WM am Totensonntag beginnt.

Bei dieser Faktenlage fällt Gabriel nichts Besseres ein, als die deutsche Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in Katar als arrogant zu bezeichnen. *„Die Deutschen würden das Emirat täglich beleidigen, obwohl es Fortschritte mache." „Die UNO, die ILO loben das Land für seine Reformen. Nur wir Deutschen beleidigen es jeden Tag"*, meint Gabriel.

ILO: Die Internationale Arbeitsorganisation ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und damit beauftragt, soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu fördern. Dies schließt die Bekämpfung des Menschenhandels mit ein.

Gabriels Parteifreund **Henning Tillmann** antwortete Gabriel: *„Kann mich nicht erinnern, dass 1993 Homosexuelle Angst vor Peitschenhieben haben mussten. Oder dass 'Gastarbeiter' in Deutschland massenhaft gestorben sind. Sigmar, ernsthaft, du kannst doch nicht ernst meinen was für einen Stuss du da in dem Tweet schreibst?"* Und der 21-jährige SPD-Nachwuchspolitiker **Dario Schramm** kommentierte: *„Dieser Tweet verharmlost die Tausenden Tote, die ihr Leben aufgrund dieser gekauften WM verloren haben. Kein Sozialdemokrat würde so twittern."*

Das Nachrichtenmagazin **Focus** fasst Stimmen von Kritikern zusammen: *„Gabriel pflegt Kontakte nach Katar und verteidigte das Emirat schon öfter. Die Äußerungen Gabriels lassen sich auf seine engen Kontakte in dem Emirat zurückführen. Seit 2020 sitzt Gabriel im Aufsichtsrat der Deutschen Bank. Acht Prozent der Aktien hält Katar, mehr als jeder andere Investor. Das Emirat würde vieles bei der Bank maßgeblich mitentscheiden, schrieb* ***DER SPIEGEL*** *im Januar 2021. So auch die Entscheidung, dass Gabriel*

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pireg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-25 30. Oktober 2022 47. Jahrgang

Jahre der Friedensdividende, von der wir Deutsche in der Mitte des vereinten Europas reichlich profitiert haben.

Und vielleicht auch das: Unser eigenes deutsches Glück prägte unseren Blick auf die Welt. Wir setzten darauf, dass wir von Freunden umgeben und der Krieg in Europa jedenfalls unvorstellbar geworden sei. Freiheit und Demokratie schienen überall auf dem Vormarsch, Handel und Wohlstand in alle Richtungen möglich.

Trotz aller Krisen jener Zeit und obwohl natürlich nicht alles gelungen ist, was wir uns erhofft haben: Diese Jahre waren gute Jahre! Deutschland, ein Land mit dieser dunklen Geschichte, war hineingewachsen in die Gemeinschaft der Staaten, respektiert, sogar beliebt bei den Partnern, mit wachsenden Gestaltungsspielräumen, auch wachsender Verantwortung in der Welt.

Und: Deutschland, ein Land so klein im Weltmaßstab und praktisch ohne eigene Ressourcen und Bodenschätze, war eine starke, moderne, global vernetzte Volkswirtschaft geworden – dank guter Bildung und Ausbildung, der Bereitschaft zu Reformen und Handelsbeziehungen in die ganze Welt.

Deshalb sage ich: Diese Jahre mit Rückenwind, sie waren gute Jahre. Nichts ist uns in den Schoß gefallen. Wir haben gearbeitet für Frieden und Wohlstand. Wir haben auf internationale Kooperation gesetzt und nach Regeln gespielt.

Dann kam der 24. Februar. Am 24. Februar hat Putin nicht nur Regeln gebrochen und das Spiel beendet. Nein, er hat das ganze Schachbrett umgeworfen!

Russlands brutaler Angriffskrieg in der Ukraine hat die europäische Sicherheitsordnung in Schutt und Asche gelegt. In seiner imperialen Besessenheit hat der russische Präsident das Völkerrecht gebrochen, Grenzen in Frage gestellt, Landraub begangen. Der russische Angriff ist ein Angriff auf alle Lehren, die die Welt aus zwei Weltkriegen im vergangenen Jahrhundert gezogen hatte.

Heute sind diese gemeinsamen friedenswahrenden Lehren verblasst. An die Stelle des Austausches, der Suche nach dem Verbindenden tritt mehr und mehr das Ringen um Dominanz. Chinas wirtschaftlicher und politischer Machtanspruch ist darin ein zentraler Faktor. Dieses Ringen wird die Zukunft der internationalen Beziehungen auf lange Sicht prägen. Die traurige Wahrheit ist leider: Die Welt ist auf dem Weg in eine Phase der Konfrontation – obwohl sie doch dringender denn je auf Kooperation angewiesen wäre. Klimawandel, Artensterben, Pandemien, Hunger, Migration, nichts davon lässt sich lösen ohne die Bereitschaft und den Willen zu internationaler Zusammenarbeit. Und deshalb darf das Bemühen darum– trotz Krise und Krieg – nicht aufgegeben werden!

Was bedeutet das für uns in Deutschland? Meine Antwort ist: Es kommen härtere Jahre, raue Jahre auf uns zu. Die Friedensdividende ist aufgezehrt. Es beginnt für Deutschland eine Epoche im Gegenwind.

Um in dieser Zeit zu bestehen, können wir auf die Kraft und Stärke bauen, die wir uns in den vergangenen Jahren erarbeitet haben. Und helfen werden uns Erfahrungen, die wir bei der Überwindung anderer schwerer Krisen gemacht haben. Vergessen wir – bei allen Sorgen –gerade jetzt nicht: Wir sind wirtschaftlich stark, stärker als viele andere. Wir haben gute Forschung, starke Unternehmen und einen leistungsfähigen Staat. Wir haben eine große und starke Mitte in unserer Gesellschaft.

Aber zu den Stärken, die uns bislang geholfen haben, muss etwas hinzukommen: Wir müssen konfliktfähig werden, nach innen wie nach außen. Wir brauchen den Willen zur Selbstbehauptung, und wir brauchen auch die Kraft zur Selbstbeschränkung. Wir brauchen keine Kriegsmentalität – aber wir brauchen Widerstandsgeist und Widerstandskraft!

Dazu gehört zuallererst eine starke und gut ausgestattete Bundeswehr. Diese Erwartung haben unsere Bürger, und die haben auch unsere Nachbarn und Partner. Wir sind das starke Land in der Mitte Europas. Wir sind in der Pflicht, unseren Beitrag zur Bündnisverteidigung zu leisten – heute viel mehr als in einer Zeit, in der andere, vor allem die USA, die schützende Hand über uns gehalten haben. Wir konnten uns lange auf andere verlassen und können das auch weiterhin, aber jetzt müssen sich andere auch auf uns verlassen können.

Ich versichere unseren Partnern: Deutschland nimmt seine Verantwortung an, in der NATO und in Europa. Das zeigen die sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung seit der Zeitenwende vom 24. Februar. Das zeigt vor allem aber auch die breite öffentliche Zustimmung, mit der diese Entscheidungen getragen werden.

Und – das ist mir besonders wichtig – das zeigt vielleicht auch die wachsende Aufmerksamkeit und der wachsende Respekt für die Bundeswehr in der Breite der Gesellschaft. Endlich, sage ich. Das ist höchste Zeit. Diese Gesellschaft braucht eine starke Bundeswehr – aber die Bundeswehr braucht auch eine Gesellschaft, die ihr den Rücken stärkt. Dafür werde ich als Bundespräsident weiter einstehen.

Konfliktfähigkeit und Widerstandskraft erfordern noch mehr als das. In dem Maße, in dem die Erwartungen an uns

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pireg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-25 30. Oktober 2022 47. Jahrgang

wachsen, wird auch die Kritik an uns zunehmen. Damit müssen wir erwachsen umgehen und nicht jede Kritik von außen umgehend als Munition in der innenpolitischen Auseinandersetzung missbrauchen.

Dass ein Land wie unseres in der Kritik steht, daran werden wir uns gewöhnen müssen. Schauen wir auf die USA, die haben viel Übung darin. Die USA sind globale Führungsmacht. Sie werden kritisiert für das, was sie tun, und das, was sie nicht tun. Sie können nicht auf andere zeigen oder höhere Instanzen anrufen. Sie müssen wissen, was sie tun und warum.

Und Deutschland? Nein. Deutschland ist keine globale Führungsmacht. Aber wir sind einer der Großen in Europa. Von uns wird Führung erwartet. Führung im Interesse Europas. Entscheidend ist nicht der Applaus des Publikums. Entscheidend ist die Stärkung Europas. Je unsicherer die Welt um uns herum, desto sicherer müssen wir uns über diesen gemeinsamen Weg sein.

Zu einem offenen Blick in die neue Zeit gehören auch schwierige Fragen an uns selbst. Die Welt seit dem Epochenbruch ist eine andere – und das bedeutet, dass wir von alten Denkmustern und Hoffnungen Abschied nehmen müssen.

Das gilt ganz besonders für unseren Blick auf Russland. Ich weiß, dass sich viele Menschen in unserem Land Russland und seinen Menschen verbunden fühlen, russische Musik und Literatur lieben. In Ostdeutschland kommen ganz unterschiedliche, höchst kontroverse Erinnerungen an vierzig Jahre Geschichte hinzu, die bis heute nachwirken. Im Osten und im Westen sind wir dankbar für das Wunder der Wiedervereinigung und vergessen nicht, dass wir Michail Gorbatschow verdanken, dass sie friedlich blieb.

Dass die sowjetischen Truppen, ohne einen Schuss abzugeben nach Hause zurückgekehrt sind, das hat viel Hoffnung auf eine friedliche Zukunft gemacht. Und diese Hoffnung hatte auch ich, und sie war Antrieb für meine Arbeit in vielen Jahren.

Aber wenn wir auf das Russland von heute schauen, dann ist eben kein Platz für alte Träume. Unsere Länder stehen heute gegeneinander.

Putin führt eine Invasionsarmee, und die Ukrainer verteidigen ihr Land, das sie seit ihrer Unabhängigkeit, seit dreißig Jahren aufbauen. Russlands Angriffskrieg hat Gorbatschows Traum vom „gemeinsamen Haus Europa" zertrümmert. Es ist ein Angriff auf das Recht, auf die Prinzipien von Gewaltverzicht und unverletzlicher Grenzen. Er ist ein Angriff auf alles, wofür auch wir Deutsche stehen. Wer also schulterzuckend fragt „Was geht denn dieser Krieg uns hier in Deutschland an?", der redet – wie ich finde – unverantwortlich, aber vor allem geschichtsvergessen. Mit dieser Haltung können wir als Deutsche in Europa nicht bestehen – diese Haltung ist falsch!

Und deshalb, lieber Herr Botschafter Makeiev, unterstützen wir die Ukraine, solange es nötig sein wird. Wir unterstützen sie militärisch – Ihr Präsident hat mir gerade berichtet, wie lebensrettend die deutschen Luftverteidigungssysteme sind. Wir unterstützen sie auch finanziell und politisch. Wir unterstützen sie ganz akut beim schnellen Wiederaufbau nach Russlands wirklich niederträchtigen Angriffen auf Strom, Heizung, warmes Wasser, auf alle lebenswichtigen Infrastrukturen vor dem nahenden Winter.

Und ich rede nicht nur, Herr Botschafter, über Unterstützung durch Politik. Es gibt so viele Menschen in Deutschland, die mithelfen, die Flüchtlinge aufgenommen haben oder ihnen auf dem Weg in unsere Schulen, Ämter und Betriebe zur Seite stehen. Es gibt unzählige zivilgesellschaftliche Initiativen, Städtepartnerschaften, kommunale Netzwerke, die ganz konkret in der Ukraine Hilfe leisten. Dafür möchte ich Ihnen allen in unserem Land heute danken, Ihnen allen, die diese lebenswichtige Hilfe leisten und dafür sorgen, dass sie weitergeht – meinen aufrichtigen Dank für das, was Sie tun!

Und weil dieser Krieg auch uns betrifft, führt auch an wirtschaftlichem Druck auf Russland kein Weg vorbei. Das sage ich denen, die mich fragen, warum wir denn Lasten tragen sollen für den Krieg in einem anderen Land. „Schaden die Sanktionen nicht vielmehr uns selbst? Können wir sie nicht einfach sein lassen?" Solche Fragen höre ich häufig in diesen Tagen, und ich will sie gar nicht abtun, denn die Ängste, die dahinterstehen, sind real. Was ich sagen will: Wir müssen diese Fragen beantworten.

Sanktionen, Abbruch von Kontakten, Waffenlieferungen in einen tobenden Krieg: Nichts davon ist Alltag, nichts davon verträgt sich mit unseren bisherigen Vorstellungen von einem friedlichen Miteinander. Aber wir leben eben nicht in einer idealen Welt, wir leben im Konflikt. Und dafür brauchen wir Konfliktinstrumente. Und ja, Sanktionen haben Kosten, auch für uns. Was wäre denn die Alternative? Tatenlos diesem verbrecherischen Angriff zuschauen? Einfach weitermachen, als wäre nichts geschehen? Es ist doch unser Interesse, dass wir uns mit unseren Partnern Russlands Rechtsbruch entgegenstemmen. Es ist unser Interesse, dass wir uns aus Abhängigkeiten von einem Regime lösen, das Panzer rollen lässt gegen ein Nachbarland und Energie als Waffe benutzt. Es ist unser Interesse, uns selbst zu schützen

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-25 30. Oktober 2022 47. Jahrgang

und unsere Verwundbarkeit zu reduzieren. Niemand hat das klarer und kürzer gesagt als die estnische Ministerpräsidentin vor Kurzem: „Energie mag teurer werden, aber die Freiheit ist unbezahlbar."

Ich habe gesagt: Wir leben im Konflikt, und dieser Krieg geht uns etwas an. Aber ebenso wichtig ist mir: Unser Land ist nicht im Krieg. Und wir wollen auch nicht, dass sich das ändert. Eine Ausweitung des Krieges, gar eine nukleare Eskalation, die muss verhindert werden.

Und ich weiß, viele Menschen in unserem Land sehnen sich nach Frieden. Einige glauben, es fehle an ernsthaften Bemühungen unsererseits, ja gar an Bereitschaft zum Verhandeln. Ich kann Ihnen versichern: Niemandem, der bei Sinnen ist, fehlt der Wille. Aber die Wahrheit ist: Im Angesicht des Bösen reicht eben guter Wille nicht aus.

Denn nichts anderes sind Russlands brutale Attacken in den letzten acht Monaten: niederträchtig und menschenverachtend. Ein vermeintlicher Friede, der solches Handeln belohnt, ein Friede, der Putins Landraub besiegelt, ist kein Friede. Er würde für viele Menschen in der Ukraine eine Schreckensherrschaft bedeuten, würde sie der Willkür und Gewalt der russischen Besatzer überlassen. Schlimmer noch: Ein solcher Scheinfriede würde Putins Hunger noch vergrößern. Moldawien und Georgien, auch unsere Partner im Baltikum leben in Angst.

Auch die Menschen in der Ukraine, die Frauen und Männer und Kinder, die täglich vor den russischen Raketenangriffen in die Keller flüchten, auch die wünschen sich Frieden, dringlicher noch als wir. Aber sie haben doch recht, wenn sie sagen: Der Friede, den wir uns ersehnen, muss ein gerechter Friede sein. Ein Friede, der die Unabhängigkeit und Freiheit der Ukraine bewahrt. Ein ungerechter Friede ist keine Lösung, weil er den Keim neuer Gewalt in sich trägt. Mehr noch, ein ungerechter Friede würde all jene auf der Welt bestärken, deren Machthunger kein Recht und keine Regeln kennt. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

Den Frieden wollen, aber Waffen ins Kampfgebiet liefern; eine Kriegspartei unterstützen, aber selbst nicht im Krieg sein; Sanktionen gegen andere beschließen, aber auch selbst darunter leiden – ja, das sind Widersprüche, und ich höre jeden Tag, wie viele Deutsche daran zweifeln, manche sogar verzweifeln.

Es ist für uns Deutsche eine Zerreißprobe. Der Gegenwind bläst tief hinein in unser Land. Die neue Zeit fordert uns heraus wie lange nicht mehr. Es ist eine Zerreißprobe, die uns auch keiner abnimmt und für die es keinen einfachen Ausweg gibt. Wie können wir das bestehen als Land, das selbst verunsichert ist? Woher nehmen wir die Stärke, Widersprüche auszuhalten, wenn wir selbst von Zweifeln geplagt sind?

Ich glaube: Dieser Moment der Krise, der muss für uns zunächst ein Moment der Selbstvergewisserung sein. Machen wir uns klar: Das, was uns im Kern ausmacht, das hat Bestand. Auch in Zeiten des Gegenwinds bleiben wir, wer wir sind: eine starke Demokratie in der Mitte Europas. Eine freie, vielfältige Republik von selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürgern.

Was der Epochenbruch, von dem ich spreche, was der verändert, sind nicht die Werte, für die wir stehen. Aber die Ziele müssen wir schärfen und anpassen auf die neuen Herausforderungen. Wir wollen in zwei Jahren sagen können: Wir haben die wirtschaftliche Talsohle durchschritten. Wir wollen in fünf Jahren sagen können: Nicht nur die Ukraine hat ihre Souveränität behauptet – auch wir selbst müssen keine Angst vor neuen Kriegen in Europa haben. Wir wollen in zehn Jahren sagen können: Wir haben diese Gesellschaft zusammengehalten, mit den Schwächeren untergehakt und mitgenommen, und die Mehrheit hat ihr Vertrauen in die Demokratie bewahrt. Wir wollen in fünfzehn Jahren sagen können: Trotz Krieg und Krise – wir haben sichergestellt, dass auch den nachfolgenden Generationen ein gutes Leben auf unserer Erde möglich ist.

Ja, wahrscheinlich können wir die Erfolgsgeschichte unseres Landes nicht in derselben Taktzahl fortschreiben wie in den letzten drei Jahrzehnten. Aber das Wesentliche wird wieder wichtig, und das verdient unsere ganze Kraft.

Ich sage „unsere" Kraft, und ich sage das ganz bewusst. Liebe Landsleute, diese neue Zeit, sie fordert jeden Einzelnen. Vielleicht konnte man in den Zeiten mit Rückenwind noch durchkommen, ohne sich selbst großartig einzusetzen. Vielleicht konnte man es sich erlauben, Politik einfach anderen zu überlassen. Das gilt heute nicht mehr. Deutschland, unser Land braucht Ihren Willen zur Veränderung, braucht Ihren Einsatz für das Gemeinwesen, damit wir dort ankommen, wo wir hinwollen!

Was also verlangt das Wesentliche? Und was sind wir bereit, uns abzuverlangen? Klar ist: Wir müssen in den nächsten Jahren Einschränkungen hinnehmen. Das spüren die meisten längst. Jeder muss beitragen, wo er kann. Und diese Krise verlangt, dass wir wieder lernen, uns zu bescheiden.

Das mag nun wie Hohn klingen in den Ohren derer, die schon heute nicht über die Runden kommen. Ich weiß, dass auch in unserem reichen Land viele nicht verzichten können, weil ihr gesamter Alltag bereits aus Verzicht besteht. Diese Krise trifft Menschen, die schon vor dem Kriegsausbruch jeden Tag für ihr Auskommen zu kämpfen hatten, für

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-25 30. Oktober 2022 47. Jahrgang

ihre Wohnung oder für ein gutes Leben ihrer Kinder. Diese Krise trifft Betriebe, Selbstständige, Läden, die gut liefen, aber jetzt wegen unterbrochener Lieferketten und hoher Energiepreise in die Schieflage geraten.

Deshalb muss am Beginn jeder Debatte die Versicherung stehen: Unser Staat lässt Sie auch in dieser Zeit nicht allein! Er setzt seine Kraft ein, um denen zu helfen, die es allein nicht schaffen. Entlastungspakete, Abwehrschirm, Gaspreisbremse, Wohngeld und Unterstützungsleistungen für Unternehmen, die großen wie die kleinen, zeugen von diesem Willen. Wichtig ist: Diese Unterstützung muss jetzt rasch bei den Betroffenen ankommen. Kein Staat, auch das gehört zur Wahrheit, kein Staat in Europa kann so viel für seine Bürger tun wie unser Land. Aber auch unser Staat wird nicht jede Belastung auffangen können. Und er muss es nicht! Denn die Krise trifft auch auf die vielen, denen es – zum Glück! – gut geht, die stark sind, die in den Jahren des Rückenwinds auch zu Wohlstand und Sicherheit gekommen sind. Sie können sich einschränken, ohne dass existenzielle Not entsteht. Und es gibt auch Bereitschaft dazu, wie mir manche sogar schreiben. Vertrauen wir auf diese starke Mitte unserer Gesellschaft!

Und schließlich trifft diese Krise auch auf viele wohlhabende, reiche Menschen in unserem Land. Menschen, die viel haben und mehr tragen können. Sie müssen jetzt helfen, um die immensen Kosten der notwendigen Entlastungen überhaupt stemmen zu können. Sie müssen jetzt beitragen, um neue Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Beeindruckende Entlastungspakete sind wichtig – aber nicht weniger wichtig ist Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten! Davon wird viel abhängen, glaube ich.

Liebe Landsleute, mir ist völlig klar: Niemand schränkt sich gern ein. Aber ich wünsche mir, dass wir unsere Perspektive verändern. Dass wir nicht als erstes fragen: „Wer kann mir die Last abnehmen?" Sondern eher: „Hilft das, um gemeinsam durch die Krise zu kommen?" Das ist die Haltung, mit der wir jetzt, so hoffe ich, gemeinsam durch den Winter gehen.

Doch zur Wahrheit gehört auch: Mit diesem Winter ist es nicht getan. So sehr uns die Sorgen vor Inflation, Energiepreisen und dem Krieg gerade umtreiben: Es wird auch nach diesem Winter, auch nach dieser wirtschaftlichen Talsohle kein einfaches Zurück zum Davor geben können. Denn auch wenn der Krieg die politische Tagesordnung verschoben hat – auch der Klimawandel fordert unser entschiedenes Handeln, auch und gerade jetzt! Ich mache mir ehrlich gesagt Sorgen, dass diese Menschheitsaufgabe zu sehr in den Hintergrund gerät. Der Klimawandel macht keine Ukraine-Pause! Klar ist: Wenn wir Emissionen drastisch reduzieren und uns von fossilen Energien lösen wollen, müssen wir manche lieb gewordene Gewohnheit aufgeben, im Kleinen wie im Großen. Von der Frage, wie – und wie schnell – wir uns fortbewegen und was wir essen, bis hin zur Frage, wie wir bauen und wohnen. Auch hier kann jeder Einzelne seinen Beitrag leisten. Beginnen wir sofort damit! Jeder noch so kleine Schritt ist besser als keiner.

Aber trotzdem werden diese individuellen Anstrengungen natürlich nicht ausreichen. Unser Land, unser erfolgreiches Wirtschaftsmodell steht vor einem historischen Umbau. Wir verlassen gerade die Ära der fossilen Industrialisierung, eine Ära, die Deutschlands Aufstieg als Exportnation begründet und begleitet hat. Und wir treten ein in ein Zeitalter zunehmend ohne Kohle, Öl und Gas, in dem sich Deutschland neu beweisen muss und neu beweisen wird. Darin liegen, bei aller Herausforderung, über die ich spreche, auch wirklich große Chancen für unser Land! Dass wir diese Chancen tatsächlich nutzen, dass neuer Wohlstand auf neuen, besseren Grundlagen möglich wird, das ist jetzt die vordringliche Aufgabe von Ingenieurinnen und Entwicklern, von Wirtschaft und Politik. Und dafür, dass diese Aufgabe gelingt, dafür sind unsere Chancen, wie ich finde, gut.

Und weil der Klimawandel in der Welt nur gemeinsam abgewendet werden kann, müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass es in Zukunft weiterhin Institutionen und Kooperationen geben wird, die über die wachsenden geopolitischen Gräben hinweg eine neue Blockkonfrontation vermeiden. Eine Zweiteilung der Welt in „wir gegen die", die ist, so bin ich überzeugt, nicht in unserem Interesse. Ja, wir müssen unsere Verwundbarkeit reduzieren, wir müssen einseitige Abhängigkeiten verringern. Aber das bedeutet eben nicht weniger Vernetzung mit der Welt, sondern, das wird Sie überraschen, mehr. Nicht binden an wenige, sondern Chancen und Risiken streuen. Deshalb rate ich uns: Verlernen wir nach dem Epochenbruch, über den wir sprechen, nicht all das, was deutsche Außenpolitik stark gemacht hat: die europäische Verankerung, das Bemühen um internationale Zusammenarbeit, um gemeinsame Regeln, der Dialog zwischen den Verschiedenen, das Werben um Partner, die anders sind als wir. Das ist eben keine Stilfrage, sondern das ist eine Überlebensfrage.

Ohne den Kampf gegen den Klimawandel ist alles nichts. Er braucht unsere ganze Kraft. Beweisen wir jetzt unsere Stärke in der Veränderung! Ermöglichen wir unseren Kindern und Kindeskindern ein gutes Leben auf unserem Planeten! Wir haben das in der Hand! Wir schränken uns ein, um durch die Krise zu kommen. Wir verändern uns, um unsere Erde zu erhalten. Noch ein Drittes wird uns abverlangt in dieser Epoche: Wir brauchen aktive, widerstandskräftige

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-25 30. Oktober 2022 47. Jahrgang

Bürgerinnen und Bürger. Denn in diesen Zeiten des Gegenwinds nehmen die Angriffe auf unsere freie Gesellschaft zu. Putin versucht, Europa zu spalten, und er trägt dieses Gift auch ins Innere unserer Gesellschaft. Wir sind verletzlich, weil wir offen sind und weil wir auch offenbleiben wollen. Das Netz der Bahn, das freie Internet, die Software auf unseren Handys, unsere Energieversorgung – all das, das wissen Sie, ist bereits Ziel von Angriffen geworden. Wir werden uns besser schützen müssen.

Aber auch unsere Demokratie gehört zur kritischen Infrastruktur. Und sie steht unter Druck. Sie schützen können nur wir selbst. Das verlangt von uns Demokraten mehr als Bekenntnisse. Es verlangt Engagement und – auch hier wieder – Widerstandsgeist und Widerstandskraft.

Widerstandskräftige Bürger treten ein für ihre Meinungen, äußern ihre Sorgen – aber sie lassen sich nicht vereinnahmen von denen, die unsere Demokratie attackieren. Widerstandskräftige Bürger unterscheiden zwischen der notwendigen Kritik an politischen Entscheidungen – und dem Generalangriff auf unser politisches System. Widerstandskräftige Bürger halten Unsicherheit aus und lassen sich nicht verführen von denen, die einfache Lösungen versprechen. Sie erwarten mit Recht, dass Politik sich in dieser schwierigen Zeit auf das Wichtigste konzentriert, dass Pragmatismus über ritualisierte Schaukämpfe siegt. Widerstandskräftige Bürger fordern Freiraum für ihre eigene Art zu leben – aber vergessen nicht, wie sehr wir alle auf andere angewiesen sind. Widerstandskräftige Bürger verlangen sich etwas ab: Respekt und Vernunft zum Beispiel. Das ist schwer, richtig schwer! Aber nur so können wir dem Gift des Populismus, der Gefahr des Auseinanderdriftens wirksam etwas entgegensetzen.

Und am Ende kommt es auch darauf an, wenn wir im Gegenwind stehen: Anstatt uns weiter auseinandertreiben zu lassen, müssen wir alles stärken, was uns verbindet.

Alles stärken, was uns verbindet – zum Beispiel zwischen Jung und Alt. Viele jüngere Menschen sind ungeduldig und werfen den Älteren vor, dass sie zu sorglos mit unserem Planeten umgegangen sind, zu zögerlich umgesteuert haben. Die Jüngeren fühlen sich betrogen – die Älteren fühlen sich abgewertet in dem, was sie für ihre Kinder und ihr Land getan haben. Spielen wir die Generationen nicht gegeneinander aus! Daraus kann nichts Gemeinsames entstehen. Und wir alle haben doch hoffentlich das gleiche Ziel! Wir wollen unser Land verändern, wir wollen es zu einem besseren machen – und das geht eben nur gemeinsam. Und so kommt auf uns Ältere, auf meine Generation jetzt die Aufgabe zu, selbst spät im Leben das Gewohnte noch einmal zu überdenken und mitzuhelfen, dass Veränderung gelingt. Und den Jüngeren, auch den vielen hier im Saal, sage ich: Es ist jetzt an Euch, in die Verantwortung zu gehen, Euch einzubringen, gerne kritisch, nicht destruktiv, und unser Land zu verändern, es vielleicht sogar besser zu machen als die Generationen davor. Meine Unterstützung habt Ihr, haben Sie!

Oder schauen wir auf manches Unverständnis zwischen Ost und West. Auch hier ist zu stärken, was uns verbindet. Viele Menschen in Ostdeutschland erleben gerade gefühlt die Rückkehr in die neunziger Jahre, als schon einmal Sicherheiten einstürzten und Existenzen zusammenbrachen. Wie viel von dieser Erfahrung, von dieser Angst ist im Westen wirklich angekommen? Wir müssen es diesmal besser machen, im Angesicht einer Krise, die den Osten erneut härter trifft, weil natürlich auch 32 Jahre nach der Wiedervereinigung die Energieversorgung schwieriger, die Einkommen niedriger und die Ersparnisse geringer sind bei den Menschen. Zu stärken, was uns verbindet, bedeutet heute dafür zu sorgen, dass der Osten nicht hinten runterfällt. Ich weiß, dass dort die Sorgen groß sind. Aber ich weiß auch, wie viel Licht am Horizont ist, wie viele Gründer, wie viel innovative Technologien auf Weltniveau aus Ostdeutschland kommen dank bester Universitäten und Forschungsinstitute. Ein Unternehmen aus Thüringen ist gerade zum zweiten Mal mit dem Deutschen Zukunftspreis ausgezeichnet worden. Ersehnte Ansiedlungen von Halbleiterproduktion finden in Sachsen und demnächst auch in Sachsen-Anhalt statt. Führende Unternehmen der Elektromobilität finden auch in Brandenburg ihren Platz. Das alles sind mehr als ermutigende Einzelfälle. Arbeiten wir an dieser neuen und nachhaltigen Stärke Ostdeutschlands, das ist unsere gemeinsame Aufgabe!

Und das Verbindende zu stärken, diese Aufgabe stellt sich auch zwischen Stadt und Land. Viele Menschen, die in ländlichen Regionen leben – und das ist die Mehrheit in unserem Land –, finden sich nicht wieder in den Debatten, die wir in der Hauptstadt führen, Debatten, die häufig noch viel weiter von ihren tatsächlichen Problemen entfernt sind als der nächste Facharzt oder die Poststelle. Umgekehrt blicken viele Menschen in der Großstadt manchmal in einer Mischung aus Verklärung und Überheblichkeit auf die ländlichen Räume, sehnen sich nach Ruhe und Abgeschiedenheit – die man aber nur am Wochenende genießen will. Woran es häufig fehlt, ist die ehrliche Anerkennung von unterschiedlichen Lebensbedingungen von Stadt und Land; woran es fehlt, ist die Bereitschaft, die Bedürfnisse von Menschen im ländlichen Raum ernst zu nehmen, auch die Lebensqualität in den Dörfern und kleinen Städten zu erhalten. Und dazu braucht es mehr als eine stabile Internetverbindung. Es verlangt Aufmerksamkeit, und es verlangt Respekt

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-25 30. Oktober 2022 47. Jahrgang

für ein anderes Leben. Wagen wir doch ruhig häufiger einmal den Blick über den eigenen Tellerrand, über die eigene Wirklichkeit hinweg! Ich glaube, das können, das müssen wir uns abverlangen in einem gemeinsamen Land.

Reich und Arm, Jung und Alt, Stadt und Land: Verbindungen stärken, über Generationen und vor allen Dingen Lebenswelten hinweg – darum geht es mir jetzt. Ich bin jedem dankbar, der an mehr denkt als nur sich selbst. Viele Menschen in unserem Land tun es, diese Menschen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Aber dieses Lob aufs Ehrenamt, das darf nicht mehr nur Sache von Sonntagsreden sein. Fakt ist: Das klassische Ehrenamt altert. Verantwortung verteilt sich auf weniger Schultern. Dabei ist der Einsatz für andere – gerade in den Zeiten des Gegenwinds – unverzichtbar! Oder ich könnte sagen: systemrelevant! Eben deshalb müssen wir neue Wege finden, wie wir Entfremdung entgegenwirken, unsere Gesellschaft, unseren Gemeinsinn stärken.

Dazu habe ich einen Vorschlag gemacht, und ich sage es offen, ich habe auch nicht erwartet, dass die Idee einer sozialen Pflichtzeit nur Begeisterung hervorruft. Was ich will, ist eine ehrliche Debatte über unser Engagement für das gemeinsame Ganze. Eine Debatte, die hoffentlich nicht wieder im Nichts enden wird! Ich bin und bleibe überzeugt, dass es keine Zumutung ist, wenn wir die Menschen fragen, was sie für den Zusammenhalt in diesem Lande zu tun bereit sind.

Denn, und das ist meine wirklich tiefe Überzeugung: Demokratie geht nicht ohne Zusammenhalt. Zusammenhalt entsteht nicht von selbst. Er muss auch eingeübt werden. Er ist das Ergebnis von Menschen, von Empathie, von Verantwortung, von Nächstenliebe. Die Idee der sozialen Pflichtzeit einfach nur abzulehnen, das ist keine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Vielleicht gibt es andere überzeugende Konzepte. Aber soll das ewige Plädoyer für Zusammenhalt nicht folgenlos bleiben, dann brauchen wir mehr: mehr Ideen und mehr Menschen, die – mindestens einmal im Leben – für eine gewisse Zeit sich den Sorgen ganz anderer, zuvor fremder Menschen widmen, für diese Menschen schlicht und einfach da sind. So stärken wir, was uns verbindet, und darauf kommt es jetzt an – mehr als je zuvor!

Zum Schluss: Staatsbürger und Staatsbürgerin zu sein in Zeiten der Krise, Widerstandskraft beweisen im Gegenwind, das verlangt uns etwas ab. Wir stehen heute zum ersten Mal in der Geschichte des vereinten Deutschlands gemeinsam an einem Scheidepunkt. Trauen wir uns zu, aufzubrechen in diese neue Zeit mit ihren neuen Herausforderungen? Sind wir gewappnet für das, was von uns gefordert wird? Ich bin überzeugt: Aus dieser Herausforderung heraus kann neue Stärke, kann auch neue Einheit wachsen. Es wird nicht einfach sein, und es wird anstrengend sein. Ja, wir werden durch eine Zeit der Belastungen und der Unsicherheiten gehen, bevor wir neue Sicherheiten und wieder ganz festen Grund unter den Füßen haben. Ich wünsche mir, dass wir uns bei all den Mühen nicht aus den Augen verlieren, dass wir unsere Kraft jetzt nicht im täglichen Gegeneinander vergeuden. Wenn wir zusammenhalten, wenn wir Mut und Ehrgeiz beweisen, dann bin ich mir sicher: Wir werden dieser Aufgabe gewachsen sein.

Wir bewahren unsere Freiheit, unsere Demokratie. Wir machen Deutschland zu einer neuen Industrienation – technologisch führend, klimaverantwortlich, in der Mitte Europas. Vernetzt, aber weniger verwundbar. Wehrhaft, aber nicht kriegerisch. Ein offenes, freundliches Land mit mehr und neuen internationalen Partnern.

Ich bin überzeugt: Unser Land hat die Kraft, Krisen zu überwinden. Es hat die Menschen, die immer wieder dafür arbeiten, die Unternehmerinnen, die Forscher, die Ingenieure, die Facharbeiterinnen. Unser Land hat das Wissen und die Ideen, die Erfahrung von Generationen und den Ehrgeiz der Jugend.

Vertrauen wir einander – und vertrauen wir uns selbst! Und lassen wir uns nicht entmutigen vom Gegenwind, der uns in dieser neuen Zeit entgegenweht. Es kommt nicht darauf an, dass alle dasselbe tun – aber, dass wir eines gemeinsam im Sinn haben: alles zu stärken, was uns verbindet!

Das ist die Aufgabe. Tun wir's.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

05) Männerproblem in der Politik. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-24 29. Oktober 2022 47. Jahrgang

Männerprobleme

Zuvor erst einmal dieser Link, der Sie zu den NSU-Akten führt

https://nsuakten.gratis/

„FragDenStaat und das ZDF Magazin Royale veröffentlichen eine vorläufige Fassung aus dem Jahr 2013, sowie den finalen Abschlussbericht mit Stand September 2014. Auf der Titelseite prangt der Vermerk: ‚Die VS-Einstufung [Verschlusssache-Einstufung] endet mit Ablauf des Jahres: 2134'. In vielen Medien wird dieser Untersuchungsbericht als ‚NSU-Bericht' bzw. als ‚die NSU-Akten' bezeichnet. Diese Formulierungen können missverständlich sein. Untersucht wurde nicht der NSU, sondern der hessische Verfassungsschutz und seine Rolle in Bezug auf die Taten des NSU."

2134? Wen interessieren in 112 Jahren noch diese Akten? Jetzt aber schon. **Jan Böhmermann**, der gerade dafür gesorgt hat, dass der Chef des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, **Arne Schönbohm**, seinen Job verlor, holt zum nächsten Schlag aus. Wer muss jetzt zurücktreten?

Als Mann an der Seite einer einflussreichen Frau kann es schon zu Problemen kommen. Dass der Gatte von Ex-rbb-Intendantin **Patricia Schlesinger**, **Gerhard Spörl**, bei den Abendessen auf Kosten des Senders mitverpflegt wurde und offenbar auch an einer dienstlich abgerechneten privaten Reise teilnehmen durfte, ist ja noch ein kleineres Problem. Wenn aber die Meldungen zutreffen, die **DER SPIEGEL** verbreitet, dann fragt man sich ein weiteres Mal, wes Geistes Kind die Verantwortlichen beim **rbb** sind.

Welche journalistischen oder beruflichen Qualitäten **Oliver Jarasch** hat, wissen wir nicht. In den *tagesthemen* im April 2020 trug Jarasch zeitweise eine Sturmhaube und kommentierte zum Thema *„Maskenpflicht."* Als *„Übersprungshandlung der Politik und Aktionismus"* bezeichnete er die Maskenpflicht. Jarasch hatte schon viele Aufgaben im rbb, was nicht störte, solange seine Frau **Bettina Jarasch** nicht so zentral in der Öffentlichkeit stand wie heute.

Nun aber ist die Grüne Politikerin Bürgermeisterin und Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz und vielleicht sogar die künftige Regierende Bürgermeisterin, sollte es eine Wiederholungswahl geben. Da sieht es nicht gut aus, wenn ihr Mann beim rbb Programmchef des Fernsehens werden soll und damit auch Einfluss auf die Nachrichten- und Magazinformate hätte. Natürlich würde das rbb-Programm, das den Anspruch *„Bloß nicht langweilen"*, nicht immer erfüllt, nicht grüner werden, bloß weil der Mann der Grünen Spitzenfrau das Sagen hat. Diesem möglichen Vorwurf darf man sich aber nicht aussetzen. So hat **Oliver Jarasch** das Problem, das viele Männer mit einer einflussreichen Frau haben, nämlich zurückstecken zu müssen, oder, wie einst bei der Queen, wo Prinz Philip stets drei Schritte hinter ihr laufen musste.

Das ist aber nur der eine Teil der Geschichte. Viel merkwürdiger ist der vom SPIEGEL aufgedeckte Vorgang, wonach der Direktor für das rbb-Gesamtprogramm, **Jan Schulte-Kellinghaus**, offenbar ohne Ausschreibung Jarasch zum Fernseh-Chef machen wollte. Noch schlimmer ist der Vorwurf, dass Schulte-Kellinghaus seine Pläne von seinem privaten E-Mail-Konto an das private von Schlesinger sandte. Privat und dienstlich auseinanderzuhalten, scheint ein große Problem beim rbb zu sein.

Hintergrund ist, dass der Fernseh-Programm-Direktor **Jens Riehle** abgesetzt und **Oliver Jarasch** seinen Platz einnehmen sollte. *„Auf dem Papier"* sollte Riehle weiterhin Chef bleiben und vermutlich seine Bezüge behalten. So etwas Ähnliches gab es doch schon. Da wurde ein Medienmanager kaltgestellt, erhielt aber weiterhin Geld. Das sind doch Traumjobs, nicht arbeiten zu müssen und trotzdem Geld zu bekommen.

Ist es nicht möglich, dass Ehepaare ihre Jobs so gestalten, dass sie sich nicht in die Queere kommen können? Und noch ein aus Lebenserfahrung geborener Hinweis: E-Mails sind nicht sicher, wie man immer wieder sieht. Auch Anrufe können abgehört werden. Am besten man trifft sich Face to Face, um heikle Themen zu besprechen.

In diesem Sinne: Ein schönes Wochenende mit Freunden!

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckzentrum www.pereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

06) Der Ökoterrorismus hat begonnen – Wie weit gehen radikale Umweltschützer noch?

Von ZOLTÁN VECZÁN

29. 10. 2022

Monet und Van Goghs Meisterwerke fielen ihnen zum Opfer: Doch die Aufmerksamkeit schwindet, weshalb Klimaaktivisten radikaler werden. Es ist jedoch zweifelhaft, ob es einen positiven Nutzen für Vandalismus gibt.

Ein Gespenst geht um in Europa: das Gespenst des Ökoterrorismus. Wer in den letzten Wochen auch nur einen Blick auf die ausländischen Nachrichten geworfen hat – neben den Schrecken und unangenehmen globalen Folgen des russisch-ukrainischen Krieges natürlich – mag bemerkt haben, dass sich diverse Aktionen extremistischer Klimaschützer in Westeuropa vervielfacht haben.

Aber der Reihe nach:

- Van Goghs Gemälde wurde von Umweltaktivisten in London mit Tomatensuppe zerstört.
- Kartoffelpüree wurde auf Monets teuerstes Gemälde in einem Museum geschüttet. geschüttete.
- Ein Denkmal für einen hundertjährigen britischen Veteranen, der zuvor Geld für das Gesundheitssystem gesammelt hatte, wurde mit Fäkalien überschüttet.
- Klimaaktivisten haben sich in einem Autosalon festgeklebt. Dann waren sie verärgert, weil ihnen niemand einen Nachttopf brachte, um sich entleeren zu können. Und sogar das Licht wurde ihnen abgedreht.
- Einen Tag später wiederholte sich dasselbe in Paris.

Deutlich zu erkennen ist: Die Aktivisten versuchte im Wesentlichen, in zwei Richtungen zu provozieren: Indem sie Kunstwerke beschädigten, die nichts mit Klimaschutz zu tun haben.

Und indem sie den Betrieb der Autofabriken behinderten, die sie für den Klimawandel verantwortlich machen.

Eine solche plötzliche Ausbreitung gewalttätiger Aktionen ist sicherlich bezeichnend. Laut Gergely Kitta, Leiter „Strategie und Kommunikation an der Budapester Mathisa-Corvinus-Universität am Institute for Climate Policy", ist die Situation relativ klar: Krieg und Krisen haben den Fokus von den Klimaproblemen in Westeuropa weggelenkt. Deshalb kämpfen nun Aktivisten um jeden Preis um Aufmerksamkeit.

Sorgen um die Marktnische

Nach der Theorie des „finite pool of worries" („endlicher Sorgenpool") kann sich eine Person gleichzeitig nur um eine bestimmte Anzahl von Dingen kümmern. Und ist normalerweise mehr besorgt über jene Probleme, die ihr zeitlich und räumlich näher stehen, bzw. sie direkt persönlich betreffen – erklärt der Experte.

„Der bevorstehende Winter und die Energiekrise, die Inflation, die Gefahr einer Ausbreitung des Krieges, die Gefahr einer drohenden wirtschaftlichen Rezession sind für die Menschen heute viel besorgniserregender als der Klimawandel, der weniger greifbar und nah ist" – fügte er hinzu. „Was werde ich essen? „Womit heize ich?" Diese Fragen sind viel deprimierender. Dies wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass im Eurobarometer-2021 nach dem Klimawandel nun die materiellen Lebensgrundlagen, der Energieknappheit und die internationalen Lage in den Fokus gerückt sind.

Frühere Aufmerksamkeit zurückgewinnen – durch radikale Mittel

Laut dem Experten wird sich dieser Trend in Zukunft nur noch verstärken. Das Mittel dazu: symbolische Gewalt. – „Die Grünen wollen eine Kommunikation starten, der verletzend, sinnlos, unerklärlich ist, alle Grenzen überschreitet, um dabei auf sich aufmerksam zu machen", was heutzutage nicht einfach sei, da dieselben Gruppen mit immer radikaleren Mitteln untereinander konkurrieren, betont Kitta.

Fortsetzung des Ökoterrorismus der 1980er- 2000er Jahre

Übrigens: So neu das Phänomen auch erscheinen mag, ist dieses es wiederum nicht… Wie Kitta betont, sei die Absicht, gezielten Schaden anzurichten, als Hauptmerkmal mit der Ideologie der grünen Anarchie und den Instrumenten des sogenannten Ökoterrorismus verbunden, welche die westliche Welt in den 1980er bis 2000er Jahren charakterisierten. „Damit meine ich Aktionen, die eine Gefahr darstellen, eine Gefahr für menschliches Eigentum, Gesundheit oder Leben, und die nicht rein symbolisch sind", betont der Experte und listet die inzwischen abgenutzten Namen auf: Earth First!, Animal Liberation Front, Sea Shepherd.

Für diese NGOs gehörten auch Angriffe auf Fabriken, Schiffe, Geschäfte, Vandalismus, Brandstiftung, Vergiftungsversuche und Detonationen zum Werkzeugkasten. Indosfern aber wären im Vergleich dazu Instant-Kleber oder Kartoffelpüree nur Vorspeisen. – „Nach der Jahrtausendwende war dies aber nicht mehr der Fall, der Radikalismus blieb eher in der Kommunikation", sagt Kitta, der die Angriffe auf Kunstwerke als Kehrtwende in Richtung Ökoterrorismus interpretiert.

Wie die Taliban

Kitta vergleicht die radikalen grünen Bewegungen mit religiösem und politischem Fundamentalismus. Eine kühne Aussage, die durch konkrete Beispiele untermauert wird: die täglichen moralischen Verbote der Taliban in Afghanistan, die unsere Freiheit ebenso einschränken wie die radikalen Grünen, die sagen, es sei sündhaft, Fleisch zu essen, Kinder zu haben, Autos zu benutzen. „Der Unterschied zwischen religiösem und grünem Fundamentalismus besteht darin, dass wir nicht von den Richtern verstümmelt oder gesteinigt werden, sondernabsichtlich angreifen, vandalisieren, Schaden und Schmerzen verursachen."

Gleichzeitig ist es spannend, dass die Grünen in der westlichen Welt immer wieder protestieren. Wie der Experte erklärt, ist Europa Motor und Flaggschiff der grünen Transformation, auch wenn hier die Treibhausgasemissionen stetig sinken. „Unser Kontinent hat seine Treibhausgasziele für 2020 erreicht, bis 2050 wird er klimaneutral sein", betont der Experte.

Das Problem der europäischen Politik besteht darin, dass sie oft die Umweltinteressen über die sozialen und wirtschaftlichen Interessen stellt, obwohl Europe nur 7–8% der weltweiten Treibhausgasemissionen ausmacht. „Ich kann also nicht verstehen, warum diese Aktionen hier passieren müssen."

Umgekehrt wäre es in Asien undenkbar, sich beispielsweise dafür einzusetzen, *dass* „keine Kinder geboren werden, weil sie nur die Erde zerstören." Dort sieht man in jedem geborenen Menschen eine Chance für die Zukunft, keine Sünde oder ein Opfer.

Deshalb sind aber jene Regionen nicht von grüner Radikalität geprägt, obwohl der grüne Wandel auch dort als wichtig erachtet wird. Es gibt aber keinen Extremismus, keine Vorwegnahme des Weltuntergangs, keine Selbstgeißelung. Asiaten denken, dass der Mensch die Ursache des Klimawandels ist, aber er allein wird in der Lage sein, ihn zu lösen, unter anderem dank des technologischen Fortschritts.

Grüner Radikalismus ist kontraproduktiv

Kitta glaubt, dass Angstmacherei, Schaden und negative Kommunikation nicht gut für die Sache der Umwelt sind, weil sie Aufmerksamkeit erregen können, aber: Statt Sympathie, Begeisterung und Handlungsbereitschaft provoziert alles nur Angst, Schock und Wut bei den Menschen.

Ihm zufolge „dienen diese Aktionen tendenziell individuellen Zielen und Ambitionen. Sie sind opportunistisch und dienen nicht der Sache der Umwelt." Denn angesichts konservativer Klimapolitik geht grüner Radikalismus „nie weiter, als das Problem anzusprechen. Eine Lösung wird nie angeboten. Und selbst wenn sie angeboten wird, ist sie völlig unvernünftig und undurchführbar." Und Gewalt gegen Artefakte passt in diese Linie.

Dieser Artikel erschien als Erstveröffentlichung bei MANDINER, unserem Partner der Medienkooperation

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Öl ins Feuer – Göring Eckardt behauptet „Putin will ukrainische Kultur und Sprache zerstören“

28. 10. 2022

Bedingungslose Unterstützung der Ukraine durch Grüne, auch um den Preis der Unwahrheit

Die grüne Bundestagsabgeordnete Katrin Göring-Eckardt behauptet, dass Putin wolle „ukrainische Sprache und Kultur zerstören“.

Entgegen der grünen „Hetz-Spekulationen“ erklärte der russische Präsident jedoch bereits am 14. Oktober, dass die Militäroperation rein gar nichts mit der ukrainischen Kultur zu tun habe. Auf der Krim sei Ukrainisch zudem eine der drei Amtssprachen.

2 Milliarden mehr für Ukraine aus Deutschland

Der ukrainische Ministerpräsident Denis Schmygal gab am 26. Oktober auf Telegram bekannt, dass die Bundestagsfraktionen der Grünen und der Union sich einig seien, die Erhöhung der Verteidigungshilfe für die Ukraine im nächsten Jahr auf mehr als zwei Milliarden Euro zu unterstützen.

Dies erklärte Schmygal im Anschluss an ein Treffen mit den Bundestagsabgeordneten Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen, deren Co-Parteivorsitzenden Ricarda Lang sowie dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz. Der ukrainische Ministerpräsident zeigte sich dabei überzeugt, dass der Bundestag weiterhin bereit sei, „die Ukraine mit Waffen, Geldmitteln sowie technischer und humanitärer Hilfe zu unterstützen“.

„Insbesondere sind beide Fraktionen bereit, eine Erhöhung der Verteidigungshilfe für die Ukraine im nächsten Jahr auf mehr als 2 Milliarden Euro zu unterstützen. Wir sind den deutschen Parlamentariern für ihre Konsolidierung und ihre klare Position zur Unterstützung der Ukraine dankbar, erklärte Schmygal dazu.

„Hetz-Tweet“ von Göring-Eckardt

Katrin Göring-Eckardt fand nach dem Treffen deutlich drastischere Worte und erklärte dazu auf Twitter, „Putin greift unser gemeinsames Europa an, er will die ukrainische Sprache und Kultur zerstören. Wir sind Verbündete“.

Das haben @Ricarda_Lang und ich @Denys_Shmyhal versichert. Für uns ist klar, der Wiederaufbau der Ukraine muss jetzt beginnen!“

Die Äußerungen Göring-Eckardts stehen allerdings wie so oft in der Grünen „Kriegshetze-Kampagne“ im deutlichen Widerspruch zur Realität. Der russische Präsident Wladimir Putin wies erst am 14. Oktober nach dem Gipfeltreffen der GUS-Staaten ausdrücklich darauf hin, dass die ukrainische Sprache auf der Krim neben dem Krimtatarischen und dem Russischen eine Amtssprache sei und bleibe.

„Realität“ wieder einmal „adaptiert“

Ein Verbot der ukrainischen Sprache wäre daher sogar rechtswidrig. Außerdem gebe es laut Putin auch etwa drei Millionen Menschen ukrainischer Nationalität in Russland.

„Wie können wir denn ihre Sprache verbieten? Das fällt uns doch nicht einmal ein.“

Er sei sich auch sicher, dass in vielen russischen Familien die ukrainische Kultur geliebt werde. In der Sowjetunion habe es auch Lieder in ukrainischer Sprache gegeben, die „wahre Hits“ waren. Man solle hier nicht dem Beispiel anderer Länder folgen, die beispielsweise die russische Kultur „canceln“ wollen, so Putin.

„Die Kultur hat damit überhaupt nichts zu tun.“

Auch wenn es in der Ukraine Neonazis gebe, habe dies keinen direkten Bezug zur ukrainischen Kultur und mache etwa das ukrainische Liedgut nicht automatisch faschistisch, erklärte man dazu von russischer Seite.

In der öffentlichen Debatte in Russland ist die Bedeutung der ukrainischen Sprache und Kultur auch im Hinblick auf die künftigen Beziehungen zwischen beiden Völkern ein Thema.

Der russische Schriftsteller und Politiker Sachar Prilepin vertritt beispielsweise die Meinung, „wir wollen die ukrainische Sprache nicht den Nationalisten überlassen.“

Im Gegensatz zu diesen Aussagen Putins wird hingegen immer wieder von Kiewer Spitzenpolitikern vehement, die Auslöschung der russischen Sprache gefordert. Möglicher Weise hat man da seitens der „übereifrigen“ Grünen, wie auch der „oppositionell bemühten“ CDU/CSU, mal wieder etwas gänzlich verwechselt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Peinlich: Verteidigungsministerin Lamprecht bettelt Schweiz um „Gepard“-Munition-Exporte für Ukraine an

27. 10. 2022

„Gepard“-Flugabwehrpanzer im Einsatz

Christine Lambrecht hat einmal mehr für eine Peinlichkeit der Extraklasse gesorgt. Die Bundesverteidigungsministerin richtete nach SPIEGEL-Informationen nun einen Appell an die Schweiz um Re-Exportgenehmigung für entsprechende in der Schweiz hergestellte Munition für die von Deutschland an die Ukraine zu liefernden „Gepard“-Flugabwehrpanzer.

Nach Absage aus Bern jetzt Druck aus Berlin

Ist es die Liebe zu den Ukrainern oder pure Kriegsbegeisterung die Lambrecht ermutigt die Neutralität der Schweiz zu ignorieren, gerade so als ob die Eidgenossenschaft ein unterwürfiger Befehlsempfänger von Deutschland wäre. Genauso wie Deutschland es gegenüber den USA ist.

Schweiz will neutral bleiben

Bereits Anfang Juni hat der Bundesrat entschieden, der deutschen Regierung die Wiederausfuhr von Schweizer Flugabwehrmunition an die Ukraine zu untersagen. Es ging um 35-Millimeter-Geschosse, die Schweizer Rüstungsfirmen an die deutsche Bundeswehr geliefert hatten. Deutschland wollte diese Munitionsbestände an die Ukraine weitergeben – zusammen mit Flugabwehrpanzern vom Typ Gepard. Der Schweizer Bundesrat sagte aber Anfang Juni, eine solche Lieferung sei nicht kompatibel mit dem Neutralitätsrecht und dem Kriegsmaterialgesetz, wie der Schweizer „Tages-Anzeiger“ berichtete.

Aufgrund der grundsätzlichen Regel, keine Rüstungsgüter in Kriegsgebiete zu liefern hatte es die Schweiz abgelehnt, die nötigen Genehmigungen zum Re-Export für die vom Zürcher Unternehmen Oerlikon-Bührle hergestellte „Gepard“-Munition zu erteilen. Außerdem blieb die Schweiz in internationalen Konflikten stets neutral und will das offensichtlich auch in

Zukunft bleiben und hat deshalb bislang jegliche Unterstützung für die Ukraine abgelehnt. Wie in diesem Krieg auch Israel, das keinen ukrainischen Nazi-Horden aus verständlichen Gründen helfen will. In Deutschland hingegen hat man die Aversion gegen lupenreine Nazis, wie man sie in der Ukraine vorfindet, bereits überwunden, wenn es der „guten Sache“ dient.

„Humanitäre“ Gründe vorgeschoben

Um der verantwortungslose und für Deutschland brandgefährliche Kriegspolitik gegen Russland der Schweiz gegenüber einen „humanitären“ Anstrich zu verleihen, entblödet man sich nicht, die Lieferung von schweren Waffen dadurch zu rechtfertigen, dass man mit dem Gerät im Süden der Ukraine auch Seehäfen sichern will, die für den Export ukrainischen Getreides entscheidend seien. Angesichts der „weltweiten humanitären Auswirkungen“, die ein Stopp der Getreidelieferungen nach sich ziehen würde, so Lambrecht, sollten Deutschland und die Schweiz der Bitte um Munitionsnachschub „unbedingt nachkommen“. Wie edel, wie human!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) De-Industrialisierung geht wie vorhergesagt los: BASF will Deutschland Richtung China verlassen

27. 10. 2022

Der Wahl-Slogan der Grünen „Erleben Dein Grünes Wirtschaftswunder“ erfährt gerade seine grandiose Umsetzung: Mit der Wirtschaft geht es steil bergab, eine Rekord-Inflation steht in den Startlöchern und die Energiepreise explodieren. Dabei dürfen wir erst am

Anfang einer fatalen Entwicklung stehen, denn die Regierenden tun so, als ob die Melkkuh Deutschland nach wie vor die Milch geben wird, die halb Europa und im Inland hunderttausende nach wie vor hereinströmende zu Versorgende nährt.

Mittelstand wird vernichtet – Konzerne wandern ab

Neben der Vernichtung des Mittelstandes hat nun auch die Vertreibung von Schlüsselindustrien begonnen. Viele Betriebe investieren ausgerechnet dort, wo man am tatkräftigsten an der Schädigung Deutschlands „arbeitet“: in den USA. Aber auch China wird Nutznießer der Verlagerung ganzer Produktionslinien sein, denn dort sind keine Grünen am Ruder. Dort gibt es auch Energie zu Preise, die einen Konzern konkurrenzfähig machen und dort werden sich jetzt Betriebe verstärkt niederlassen, wie beispielsweise BASF. Denn die Bedeutung Deutschlands und Europas als Industriestandort nimmt immer stärker ab.

BASF baut in Deutschland ab und keine neuen Fabriken mehr

Wie *wallstreet-online* berichtet, stehen BASF mit ihrem Chemiegeschäft zusehends unter Druck und verläßt Deutschland. Außerdem setzt der deutliche Anstieg der Erdgas- und Strompreise die chemischen Wertschöpfungsketten zu. Die Mehrkosten für Erdgas an den europäischen BASF-Standorten hätten sich in den ersten neun Monaten des Jahres auf rund 2,2 Mrd. Euro im Vergleich zum Vorjahreszeitraum belaufen. Um diese Mehrkosten abzufedern, habe BASF weitere Preiserhöhungen umgesetzt, hieß es bei Vorlage der endgültigen Quartalszahlen in einer Telefonkonferenz. Die Ludwigshafener werden daher neue Fabriken nicht mehr in Deutschland bauen, sondern in China.

Dreifachbelastung gefährdet Wettbewerbsfähigkeit

Der Vorstandsvorsitzende des Chemiekonzerns, Martin Brudermüller, sagte in einer Mitteilung., dass die europäischen Standorte wegen einer dreifachen Belastung aus schleppendem Wachstum, hohen Energiekosten und Überregulierung auf ein „dauerhaft“ geringe Maß gesenkt werden müssen. Geplant ist deshalb die Expansion nach China:

„Diese herausfordernden Rahmenbedingungen in Europa gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Produzenten und zwingen uns, unsere Kostenstrukturen schnellstmöglich und auch dauerhaft anzupassen“, so Brudermüller.

Die Mehrkosten für Erdgas an den europäischen BASF-Standorten hätten sich in den ersten neun Monaten des Jahres auf rund 2,2 Mrd. Euro im Vergleich zum Vorjahreszeitraum belaufen. Am Standort Ludwigshafen, wo BASF rund 39.000 seiner global ungefähr 111.000 Mitarbeiter beschäftigt, will der Vorstand über die Hälfte der Einsparungen umsetzen. Was das bedeutet ist klar: tausende Arbeitslose.

Die „Energiewende“ in Kombination mit dem Kampf gegen Russland entpuppt sich zunehmend als wirtschaftszerstörendes Explosivgemisch. Sollte sich der Unmut der betroffenen und teilweise verzweifelten Bürger in Form von Demonstrationen entladen, laufen bereits jetzt schon die mediale Diffamierung an, diese anständigen Leute als „Rechtsextreme“ zu bewerfen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Rekordinflation und Euroschwäche als angebliche Gründe für Stopp der Rüstungsprojekte der Bundeswehr

27. 10. 2022

Vorbei mit lustig - Panzer für Ukraine nicht aber für Bundeswehr?

Das Rüstungsprogramm der Bundeswehr sei laut dem *Handelsblatt* von massiven Kürzungen betroffen. Die Zeitung erläutert darin, dass die Inflation der Hauptgrund für die Kürzungen sei.

Diese verteuere die geplanten Rüstungseinkäufe für die Armee erheblich.

Ursache – zunehmende Stärke des Dollar

Die Bundesregierung streiche wegen der hohen Inflation und der Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro eine Reihe von Aufrüstungsprogrammen für die Bundeswehr, berichtete das *Handelsblatt* unter Berufung auf nicht näher genannte Politiker und Vertreter der Rüstungsindustrie.

Die Inflation und der starke US-Dollar, so heißt es, hätten die geplanten Waffenkäufe teurer gemacht als ursprünglich angenommen, wobei Projekte für die Marine und die Luftwaffe besonders betroffen seien, erläutert die Zeitung.

Eine mit der Situation vertraute Quelle behauptete, „da viele Projekte über fünf bis sieben Jahre laufen, schafft eine Inflation in dieser Dimension ein ernstes Finanzproblem."

Darüber hinaus werde die Bestellung von US-Kampfjets der fünften Generation F-35 gekürzt, da Berlin die Käufe auf dem Vorkrisenniveau des US-Dollars gegenüber dem Euro kalkuliert hatte. Der starke US-Dollar verteuere die Einfuhren aus den USA, was sich auf die Pläne zum Kauf der Ausrüstung auswirkt.

In Ukraine geliefertes Kriegsgerät kann nicht nachbestellte werden

Nach Angaben der Zeitung handele es sich dabei um die dritte Serie von K130-Korvetten, neue Eurofighter-Flugzeuge in der Version für elektronische Kampfführung, neue Fregatten sowie neue Panzerhaubitzen, die als Ersatz für die, an die Ukraine gelieferten Maschinen bestellt werden sollten.

Eine ungenannte Quelle in der Koalitionsregierung erklärte gegenüber dem Handelsblatt, dass die Größe der zweiten Charge von Puma-Schützenpanzern, für die man in diesem Jahr 304 Millionen Euro ausgeben wollte, von Woche zu Woche abnehme.

Unterdessen hätten Vertreter der Rüstungsindustrie beklagt, dass der 100-Milliarden-Etat nicht ausreicht, um die Wünsche der Bundeswehr zu erfüllen. Einem „Insider“ zu Folge würden zumindest 200 Milliarden Euro benötigt.

„Flut an ukrainischen Waffenlieferungen“ kann nicht ersetzt werden

Politico hatte letzte Woche berichtet, dass die europäische Finanzstabilisierungsfazilität, die den Ländern helfen soll, die an die Ukraine gelieferten Waffen zu ersetzen, nicht in der Lage war, die Flut von Erstattungsanträgen zu bewältigen. Offenbar hatte man hier im Vorfeld auch keineswegs mit der immer dreister werdenden „Maßlosigkeit“ der ukrainischen Forderungslisten und deren nachdrücklich geforderter Erfüllung durch die EU-Führung, gerechnet.

Die westlichen Länder sehen sich aufgrund der Sanktionen gegen Moskau und der Abkehr von russischen Kraftstoffen mit steigenden Energiepreisen und einer Rekordinflation konfrontiert.

Vor dem Hintergrund höherer Brennstoffpreise, insbesondere für Gas, hat die Industrie in Europa ihren Wettbewerbsvorteil weitgehend eingebüßt, was sich auch auf andere Bereiche der Wirtschaft auswirkt.

Hierzu hatte sich ebenfalls bereits der Ex-Bundeswehr Generalinspekteur Kujat erneut zu Wort gemeldet. Er forderte unmissverständlich, keinerlei Offensivwaffen mehr an die Ukraine zu liefern.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Danksagungen sind überflüssig. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-22 27. Oktober 2022 47. Jahrgang

Danksagungen sind überflüssig

Frei nach Rilkes Herbsttag-Gedicht: *„Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr."*, kann man nun sagen, *„Wer im letzten Herbst keinen Kredit aufgenommen hat, wird in diesem keinen mehr aufnehmen."* Die Europäische Zentralbank erhöht den Leitzins von 1,25 auf 2,0 Prozent. Ein weiterer Anstieg, korrespondierend zur Inflationsrate, ist nicht ausgeschlossen.

Die Wirtschaftsleistung unseres Landes schrumpft, die Steuereinnahmen steigen. Finanzminister **Christian Lindner** erwartet bis 2026 rund 126,4 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Mit den gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen finanzieren wir die Entlastungspakete der Bundesregierung. Kein Rentner muss sich für 300 Euro Energiekostenzuschuss im Dezember bedanken, ein Mehrfaches davon hat er bereits ins Steuersäckel eingezahlt.

Und es kommt noch mehr Geld in die Kasse. Fernsehkoch **Alfons Schuhbeck** muss seine Steuerschuld in Höhe von 2,3 Millionen Euro nachzahlen. In seinen zwei Münchner Restaurants soll er über mehrere Jahre etwa fünf Millionen Euro durch Manipulation von Umsätzen aus den Kassen entnommen haben. Was hat er damit gemacht? Das bayerische Gefängnis, in das er jetzt einfährt, kann sich zwei Jahre und drei Monate lang freuen, denn sicherlich wird er sofort in der Küche eingesetzt. Ob es dann tatsächlich *„Bavette al Pesto"* oder *„Rumpsteak ‚Pizzaiola'"* gibt, wissen wir natürlich nicht. Bei mir gibt es jetzt Spätzle in Bolognese mit mageren Schinkenwürfeln und Parmesan.

Lassen Sie sich also nicht erzählen, wie großzügig uns *„Vater Staat"* in diesen bescheidenen Zeiten versorgt. Wir haben alles selbst erwirtschaftet.

Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1979 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Herbsttag

Herr, es ist Zeit. Der Sommer war sehr groß.
Leg deinen Schatten auf die Sonnenuhren,
und auf den Fluren lass die Winde los.

Befiehl den letzten Früchten, voll zu sein;
gib ihnen noch zwei südlichere Tage,
dränge sie zur Vollendung hin, und jage
die letzte Süße in den schweren Wein.

Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.
Wer jetzt allein ist, wird es lange bleiben,
wird wachen, lesen, lange Briefe schreiben
und wird in den Alleen hin und her
unruhig wandern, wenn die Blätter treiben.

Rainer Maria Rilke, 21.9.1902, Paris

12) Präsident des Bundesverfassungsschutzes: „Energisches Vorgehen gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung“

26. 10. 2022

sdr

Anbei ein Auszug aus:

„**Öffentliche Anhörung der Präsidenten der Nachrichtendienste des Bundes**“ (Montag, 17.10. 2022, Berlin, Paul-Löbe-Haus) gemäß § 10 Absatz 3 PKGrG (bundestag.de)

- **Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz**:

„Autokratie gegen Demokratie. Und das, was Russland tut, aktuell in Deutschland hat demokratie-zersetzende Relevanz… Ansonsten wird aber auch jedes Thema für Propaganda und Desinformation genutzt, das geeignet ist, die Gesellschaft zu spalten… Und das ist jetzt eben diese aktuelle Entwicklung am Energiemarkt, die steigenden Preise, Inflation… Und hier nutzt dann Russland alle Einflusselemente…, etwa Influencer, die auf der Paylist von Moskau irgendwo stehen…

Wichtig ist, darauf zu reagieren… Die Bundesregierung hat das getan… Und die Empfehlung an die Bürger wäre: Informiert euch bitte nicht einseitig in euren bisher bekannten Bubbles, sondern nützt ein breites Medienangebot… Dann bekommt man eben ein klareres Bild von dem, was in der Welt geschieht.

Kurz zu den konspirativen Geschichten…: Da wird der Bürger nicht allzu viel mitbekommen… Das ist unser Job, das zu analysieren: … Wo finden Anbahnungsversuche statt, wo klassische Spionage…

Eine Gefahr besteht auch, dass Oppostionellenbeobachtung sehr viel stärker stattfinden wird. Und dass **möglicherweise auch energisches Vorgehen gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung vorstellbar** erscheint.“

https://www.youtube.com/watch?v=-k9-j0XPTxE

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Anlassgesetz gegen Russland im Schnellverfahren beschlossen: „Verharmlosung“ von Kriegsverbrechen künftig strafbar

Von DAVID BERGER

25. 10. 2022

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit hat die Bundesregierung am letzten Donnerstag den Volksverhetzungsparagraphen erweitert: Absatz 5 stellt nun u.a. die „Leugnung von Kriegsverbrechen“ unter Strafe. Es drohen Geldstrafen und bis zu drei Jahre Haft. Es wird befürchtet, dass auch dieses Gesetz unter dem Leitmotiv des doppelten Standards missbraucht wird.

Die Verabschiedung der Erweiterung des Straftatbestands der Volksverhetzung nach § 130 Strafgesetzbuch (StGB) erfolgte am späten Donnerstagabend nahezu unbemerkt und ohne längere Beratungen:

Gummiargument „öffentlicher Frieden“

Ein neuer Absatz § 130 Abs.5 StGB stellt künftig das öffentliche Billigen, Leugnen und gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen unter Strafe, wenn die Tat in einer Weise begangen wird, die geeignet ist, zu Hass oder Gewalt aufzustacheln und den öffentlichen Frieden zu stören.

Darunter können künftig auch Äußerungen fallen, die während einer Versammlung, etwa im Rahmen einer Demonstration, getätigt werden. Nach Einschätzung von Rechtspolitkern ist es damit nicht ausgeschlossen, dass zum Beispiel auf Pro-Putin-Versammlungen, wenn gegen Menschen aus der Ukraine gehetzt wird, Straftaten auf Grundlage der neuen Vorschrift begangen werden.

Hintergrund der schnellen Gesetzesänderung ist ein von der EU-Kommission im Dezember 2021 angestrengtes Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik. Die Kommission hatte gerügt, dass Deutschland den „Rahmenbeschlusses 2008 / 913 / JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ insbesondere bezüglich des öffentlichen Leugnens und gröblichen Verharmlosen nur unzureichend umgesetzt habe.“ (Quelle).

Wer sagt mir, was ich als Kriegsverbrechen einschätzen muss und was eine siegreiche Aktion gegen das Böse war?

Liege ich ganz falsch,

- wenn ich jetzt davon ausgehe, dass ich nach der Verabschiedung dieses Gesetzes verpflichtet bin, alles, was unser Staatsfunk als Kriegsverbrechen bezeichnet, auch so gläubig hinzunehmen und öffentlich zu vertreten?
- dass, sollte ich Informationen, z.B. von Amnesty International oder russischen Medien zu ukrainischen Kriegsverbrechen auf meinem Blog verbreiten, es in Zukunft bedeutet, dass ich eine Pro-Putin-Aktion durchführe und demnach mindestens mit der Eröffnung eines Verfahrens gegen mich durch einen willigen Staatsanwalt mit anschließender Hausdurchsuchung und einer folgenden hohen Geldstrafe oder Haft zu rechnen habe?
- Und: werde ich auch schon kriminell, wenn ich an einer Demonstration teilnehme, auf neben der ein Demonstrant läuft, der eine der wenigen richtigen Aussagen von Merz zur Problematik der ukrainischen Immigrationspolitik auf seinem Banner stehen hat?

Neben Nazi- nun auch Putinkeule

Der Jurist Alexander Neumann betrachtet dieses Gesetzesänderung sehr kritisch:

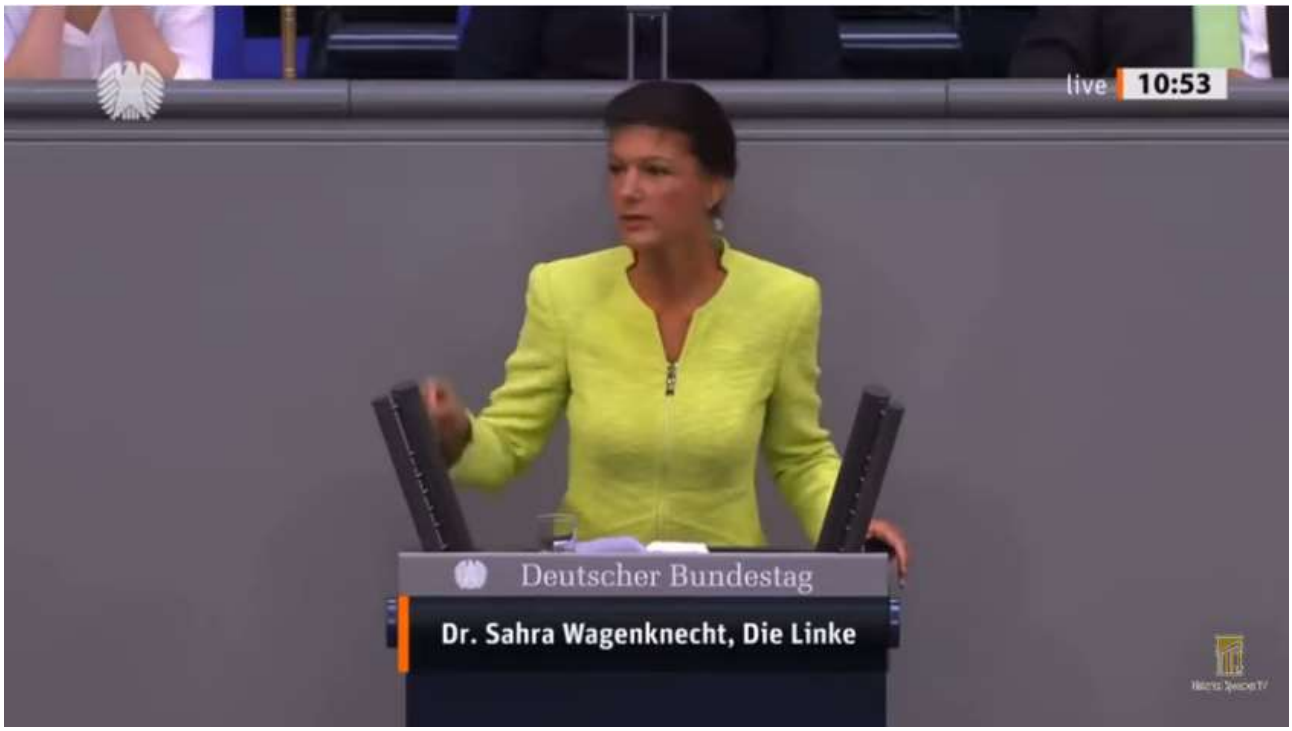
„Was ein weiteres Tor für Doppelmoral und ‚liberale‘ Gesinnungsdiktatur öffnet. Zur Nazikeule kommt die Putinkeule. Immerhin ist nun (theoretisch) auch die Leugnung ukrainischer Kriegsverbrechen strafbar – aber dann müsste fast die gesamte politische Klasse samt Hofberichterstatter in Haft.“

Dieser Artikel erschien zuerst auf PHILOSOPHIA PERENNIS, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Sahra Wagenknecht – Grüne Energiepreistreiber stoppen!

25. 10. 2022



Sahra Wagenknecht (Die Linke) bringt in einer mitreißenden Rede im Bundestag die ganze Problematik rund um die Energie-Preistreiberei auf den Punkt.

Die Politikerin zeigt nicht nur die Gründe der explodierenden Kosten für Strom und Treibstoffe auf, nämlich Profitgier und Spekulation, sie erklärt auch an Beispielen wie andere Länder die Situation gut im Griff haben. Wagenknecht verweist auch auf die Sinnlosigkeit der Sanktionen gegen Russland, die uns mehr schaden als Putin, beklagt die höchste Inflation seit 40 Jahren, den Euroverfall und warnt vor dem drohenden Verlust von Industriebereichen wenn sich der Baerbock-Kurs durchsetzt. Auch zur Aussage Habecks „wir werden alle ärmer werden“ hat sie eine treffende Antwort parat.

https://www.youtube.com/watch?v=apxpLpUJNCo

15) Quizz, Quizz, Quizz - Wissen Non-Stop. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-19 25. Oktober 2022 47. Jahrgang

Wissen Non-Stop

„Wer weiß denn sowas?" gehört zu den beliebtesten Quizz-Shows des deutschen Fernsehens. Vermutlich auch deshalb, weil das Publikum und nicht, wie sonst üblich, die Kandidaten Geld gewinnen können.

Unter Leitung von Quiz-Master **Kai Pflaume** treten zwei Teams gegeneinander an, das Team **Bernhard Hoëcker** und das Team **Elton**. Zur Seite gestellt bekommen sie jeweils einen mehr oder minder prominenten Zeitgenossen. Aus zwölf Kategorien können die Teams wählen und erhalten teilweise abenteuerliche Fragen vorgesetzt. Die Antworten kann man wissen oder muss notfalls raten. Für jede richtige Antwort gibt es 500 Euro.

In der Finalrunde können die Teams Teile der erspielten Summe oder auch alles einsetzen. Ist die Antwort richtig, wird der gesetzte Betrag auf den erspielten raufgerechnet und unter den Zuschauern aufgeteilt. Die rund 120 Zuschauer können sich aussuchen, hinter welchem Team sie Platz nehmen möchten. Überwiegen befinden sich hinter Team Bernhard die meisten, weil dessen Gewinnquote am höchsten ist. Und wenn dann mal Elton gewinnt, was durchaus vorkommt, ist der Einzelgewinn für die Zuschauer entsprechend höher. Die Gewinnsummen schwanken zwischen 10 und über 100 Euro pro Gast.

Ein ganz einfaches System, bei dem man als Zuschauer nicht viel nachdenken muss, außer natürlich über die Fragen. Aufregen kann man sich regelmäßig über Elton, der einfachste Antworten vergeigt und damit Bernhard den Gewinn überlässt. Wo wird das meiste Speiseeis hergestellt, in Deutschland, Frankreich oder Italien. Natürlich ist Italien eine Falle, weil es so viele italienische Eisdielen gibt. Dass im einwohnerstärkeren Deutschland mehr Eis hergestellt wird als in Frankreich, liegt auf der Hand. Dennoch tipp Elton auf Frankreich und verliert.

Gestern Abend um 18:00 Uhr startete die neue Staffel. Die Sendungen sind vorproduziert und werden nun jeden Abend um 18:00 Uhr ausgestrahlt. Gestern gab es eine Premiere: Das Quizz fand live statt, Partner von **Bernhard Hoëcker** war **Oliver Welke** und von **Elton Fabian Köster**. Die **heute-show** Protagonisten schlugen sich wacker, Elton/Fabian hatten am Ende 2.000 Euro auf dem Konto und setzten davon die Hälfte ein, Team Bernhard/Oliver hatten nur 1.500 Euro, setzten davon 500 Euro ein, gewannen aber die Eisfrage und konnten 2.000 Euro an ihre Zuschauer verteilen, während das hinter Elton sitzende Publikum leer ausging.

Die 18:00 Uhr-Sendung war aber nur der Auftakt für weitere 19 Live-Folgen, die bis heute Abend 17:15 und 18:00 Uhr zu sehen sein werden. Die ganze Nacht hindurch und den heutigen Tag bis 17:15 Uhr waren bzw. sind die Sendungen live in der ARD-Mediathek zu sehen.

Zwischendurch werden die T-Shirts gewechselt, gibt es ein paar Snacks und starken Kaffee. Um 7:00 Uhr verabschiedete sich eine Zuschauerin, weil sie zur Arbeit musste. Da wird sich der Arbeitgeber freuen, wenn die Dame im Laufes des Tages sanft am Schreibtisch einschläft.

Während Hoëcker den Duracell-Hasen gibt, wird Elton immer ruhiger und bei Kai Pflaume schwächelte heute früh schon langsam die Stimme. Ob alle drei den Marathon bis heute Abend durchhalten, muss man abwarten. Im Publikum sieht man den einen oder anderen schon vor sich hinschlummern.

Es gibt keinen Promi, der nicht schon in der Sendung war, die seit 2015 ausgestrahlt wird und von der es bislang rund 900 Folgen gab. Von Welke und Köster abgesehen, taucht in der Marathon-Gästeliste kein Name auf, von dem ich jemals etwas gehört habe, was nichts sagen will. Es sind überwiegen Youtuber. Podcaster und Influencer, die über ihre eigenen Fankreise verfügen.

Die gesamte in den 25 Stunden erspielte Summe wird verdoppelt und kommt gemeinnützigen Zwecken zugute, der Tafel und einer freiwilligen Feuerwehr.

Ohne Spielverderber sein zu wollen, darf die Frage erlaubt sein, was das ganze Spektakel soll. Austesten, wie weit man gehen kann. Schlafentzug ist ungesund. Sicherlich kann man das einmal veranstalten, wiederholen muss man es nicht. Hoffen wir, dass alle gesund über die Runden kommen.

Ed Koch

Impressum: paperpress - gegründet am 7.4.1976 - Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch - Mathias Kraft - Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press - Postfach 42 40 03 - 12062 Berlin - E-Mail: paperpress@berlin.de - Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pireg.de
paperpress erscheint kostenlos - Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de - Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die maskuline Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Propaganda? Satire? Lesen Sie selbst!

16) Deutschland auf der Verliererstraße – Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!

Von REDAKTION

24. 10. 2022

Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!

Dieser alte Bibelspruch dürfte auf die derzeitige Politik des Westens gegenüber Russland seine Anwendung finden, zumindest insoweit die EU und im Besonderen Deutschland betroffen sind.

Die ganze Sanktionspolitik soll also Russland und Putin auf die Knie zwingen. Tatsächlich zeichnet sich das genaue Gegenteil ab. Insbesondere Deutschland wird von seiner derzeitigen staatsfeindlichen Regierung im Interesse der USA direkt gegen die Wand gefahren. Über die abenteuerliche Energiepolitik Deutschlands seit 2011, die Deutschland zum Wohle des Weltklimas in ein Agrarland verwandeln will, wurde an dieser Stelle und von vielen anderen Autoren bis zum Erbrechen geschrieben.

Wird allerdings Deutschland als Zahlmeister ruiniert, ist auch die ganze EU angezählt. Die Konflikte innerhalb der EU werden eskalieren und die EZB wird über die Geldpresse versuchen die Lage zu kalmieren, bis hin zur Hyperinflation. Dann ist aber Schluss mit Lustig. In dieser Situation wird jeder EU Staat sein eigenes Heil suchen.

Wird die EU sich spalten?

Insbesondere die Balkanstaaten und auch teilweise Mitteleuropa werden wieder auf die russische Gasversorgung setzen, selbst wenn die EU dies gar nicht will. Putin hat schon

den Ausbau der Turkstream Pipeline angeboten. Damit könnte der gesamte Ausfall der Nordstream Leitungen kompensiert werden. Dieses Szenario wird sich umso sicherer entfalten, je länger dieser Krieg dauert und die EU starrsinnig an den Sanktionen festhält.

Noch kämpft Russland mit halber Kraft

Aus diesem Blickwinkel wird es auch verständlich, dass Putin an einem schnellen Ende des Krieges gar nicht interessiert ist. Die bisherigen Kriegsanstrengungen Russlands sind in jeder Hinsicht verhalten. Erst nach den erfolgreichen Gegenoffensiven der Ukraine hat man sich dazu durchgerungen, die russischen Truppen durch die Teilmobilisierung zu verstärken. Putin geht es offensichtlich nur darum, den Status quo zu erhalten und nicht darum weitere Gebiete der Ukraine zu besetzen. Auch die Luftangriffe auf die ukrainische Stromversorgung kann man nur als zurückhaltend bezeichnen, nachdem hauptsächlich leicht zu reparierende Umspannwerke getroffen wurden und nicht die Kraftwerke selbst. Diese Angriffe auf die Stromversorgung hätten genauso gut am Beginn dieser Militäroperation durchgeführt werden können. Erst nach den vielfältigen Terrorangriffen der Ukraine und ihren Verbündeten, insbesondere der Sprengung der Nordstream Leitungen und des Angriffs auf die Krimbrücke schaltete Putin einen Gang höher. Verwendet wurde für diese Angriffe auch hauptsächlich iranische Kamikazedrohnen, die man nur als eine Art „Pfitschipfeile“ des russischen Arsenals betrachten kann.

Russland könnte nach Ansicht von Experten etwa das zwanzigfache an Vernichtungskraft mit einem Schlag entfalten, was bisher gegen die Elektrizitätsinfrastruktur eingesetzt wurde, tut es aber nicht. Dies hat aber sicher nichts mit humaner Kriegsführung, sondern mit Strategie und den Zielsetzungen zu tun. Offenbar ist der Weg das Ziel und nicht der unmittelbare Sieg über die Ukraine und die NATO.

Zerschlagung der unipolaren Weltordnung

Für Putin ist der Sieg über die Ukraine und der NATO einem anderen Ziel untergeordnet, nämlich der Zerschlagung der unipolaren Weltordnung der Amerikaner. Dieser Prozess ist durch den Ukrainekrieg erst so richtig dadurch in die Gänge gekommen, dass der Westen jeden zwingt, sich auf die Seite der Ukraine zu stellen. Wer dies nicht tut, ist ein Feind.

Bekanntlich wenden sich immer mehr alte Verbündete der USA, wie zum beispielsweise die arabischen Staaten oder die Türkei von den USA ab und wollen sich den BRICS-Staaten, einem Gegenkonzept zur EU, annähern oder beitreten.

Dabei geht es um eine Neuordnung der Welt – auf Basis des Völkerrechts, unter Anerkennung der Souveränität der Nationen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, also einem Graus für die EU und die USA. Besonders pikant ist, dass sich sogar Israel weigert die Ukraine militärisch zu unterstützen! Je länger also der Ukrainekrieg andauert, desto mehr zerbröselt die Macht und der Einfluss der USA und ihrer europäischen Lakaien. So versteht man, dass dieser Krieg für Putin gar nicht lange genug dauern kann!

Putin ist mit seinen Zielsetzungen auf einer Linie mit dem chinesischen Parteivorsitzenden Xi Jinping, der die kommenden Umwälzungen weltweit als die Größten in den letzten hundert Jahren bezeichnete!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Verwandte kann man sich nicht aussuchen. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-18 24. Oktober 2022 47. Jahrgang

Verwandte kann man sich nicht aussuchen

Heute ist ein besonderer Tag. Vor genau acht Monaten begann Putins Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine.

Und heute Nachmittag akkreditiert Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** den neuen ukrainischen Botschafter **Oleksij Makejew**, der **Andrij Melnyk** ablöst. Wie Makejew die Präsentation seines Amtes anlegt, müssen wir abwarten. Sein Vorgänger Melnyk wurde zum Medienstar, der immer wieder die Bundesregierung unter Druck setzte, selbst oft den Beleidigten gab, **Olaf Scholz** aber auch schon mal eine „beleidigte Leberwurst" nannte. *Foto: Wikipedia*

Eines wird sich nicht ändern. Schon vor Amtsantritt sagte der 1975 in Kiew geborene Makejew, dass sein Land sehr viel mehr Waffen benötige. Makejew war im ukrainischen Außenministerium *„Sonderbeauftragter für Sanktionen."* Wir können deshalb vermutlich davon ausgehen, dass uns der neue Botschafter immer wieder daran erinnern wird, die Sanktionen gegen Russland zu verstärken.

Von der Wirksamkeit der Sanktionen gegen Russland hört man wenig, die Auswirkungen bei uns sind hingegen enorm und haben das Land in eine schwere Wirtschaftskrise gebracht. Die Milliardenschweren Entlastungspakete werden noch viele Generationen nach uns abzahlen müssen.

Skeptisch gegenüber den Sanktionen äußerte sich Sachsens Ministerpräsident **Michael Kretschmer**. *„Sanktionen sind immer besser als der Einsatz von Waffen. Aber sie müssen bei dem Aggressor auch die nötige Wirkung entfalten. Uns muss klar sein, welche Auswirkungen die Sanktionen für die deutsche Wirtschaft haben. Da baut sich gerade ein Tsunami auf.",* sagte er der **BILD**-Zeitung. Außerdem spricht sich der CDU-Politiker dafür aus, wieder Gas aus Russland zu beziehen, wenn der Krieg vorbei ist. Eine Wiederinbetriebnahme von Nord Steam 1 und eine Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ist aber eher unwahrscheinlich, abgesehen davon, dass sie durch ein Sprengstoff-Attentat beschädigt wurden. Wer dafür verantwortlich ist, ist bislang nicht bekannt. Spekulationen gibt es reichlich. Natürlich steht zuerst Russland auf der Liste, wobei die Frage erlaubt sein muss, warum die ihre eigene Leitung zerstören würden. Als Täter wird auch die Ukraine genannt. Diese hat im Augenblick andere Sorgen. Immer gern genannt werden auch die USA, die das größte Interesse daran haben dürften, dass durch diese Leitungen niemals wieder Gas fließt.

Kretschmer hat sich für ein *„Einfrieren des Krieges"* ausgesprochen und setzt vor allem auf diplomatische Lösungen. Der Ruf danach wird immer lauter. Einen *„Diktatfrieden"* darf es nicht geben, sagte schon vor längerer Zeit **Olaf Scholz**. Welche Form von Frieden es auch geben wird, die Ukraine braucht Garantien. Eine Garantie-Urkunde mit der Unterschrift Putins dürfte nicht viel wert sein.

Russland wird die besetzten Gebiete einschließlich der Krim nicht wieder hergeben. Und die Ukraine wird darauf nicht verzichten. Wenn Putin den Krieg irgendwann beendet, muss er Trophäen vorzeigen können. Beide Ziele lassen sich nicht zusammenbringen, sie blockieren sich gegenseitig. Putin hat die Möglichkeit, weiterhin die Ukraine kaputt zu bomben, bis die gesamte Infrastruktur zerstört ist. Und dann? Die Ukraine wird sich freiwillig nicht ergeben und schon gar nicht Satellitenstaat von Russland werden wollen wie Belarus.

Wie auch immer, nach acht Monaten Krieg muss irgendetwas geschehen. Vorsorglich sprechen sich schon **Olaf Scholz** und **Ursula von der Leyen** für einen *„Marshallplan"* zum Wiederaufbau der Ukraine aus. Vorerst geht aber auf der einen Seite das Zerstören weiter und erobert die Ukraine auf der andere Seite Gebiete zurück. Das ist äußerst verwirrend.

Michael Kretschmer steht mit seinen Ansichten nicht allein da. Sie sind in Ostdeutschland weit verbreitet und kompatibel mit dem, was die AfD propagiert. Die AfD ist nach den aktuellen Umfragen in Brandenburg (25%), Sachsen (28%) und Thüringen (26%) stärkste Kraft, in Mecklenburg-Vorpommern (24%) und Sachsen-Anhalt (20%) zweitstärkste Partei. Zeit also darauf zu schauen, warum die Ostdeutschen einen anderen Blick auf Russland haben.

Die ARD veranstaltet heute einen Themenabend:
Russland, Putin und wir Ostdeutsche

Los geht es um 20:15 Uhr. *„Putins Angriffskrieg hat das deutsch-russische Verhältnis fundamental verändert. Dies ist vor allem für die Menschen, die in der DDR aufgewachsen sind, ein besonderes Thema. Denn was für viele im Westen die USA waren, war*

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-18 24. Oktober 2022 47. Jahrgang

für viele im Osten die Sowjetunion: ‚der große Bruder'". Meine Ostverwandten haben mir immer wieder erklärt, warum man die Sowjets nicht Freunde, sondern Brüder nennen musste, weil man sich Verwandte nicht aussuchen kann.

*„In ‚Russland, Putin und wir Ostdeutsche' unternimmt die ARD-Journalistin und Moderatorin **Jessy Wellmer** eine sehr persönliche Reise durch den Osten Deutschlands. 1979 geboren im mecklenburgischen Güstrow, hat der russische Angriffskrieg auch in ihrer Familie für intensive Diskussionen gesorgt, die letztlich der Auslöser für diesen Film waren. Wie ticken die Ostdeutschen in Sachen Russland? Warum gibt es hier häufig eine größere Nähe gegenüber Russland? Und was sagt das über Gräben aus, die in der deutschen Bevölkerung auch mehr als 30 Jahre nach dem Mauerfall immer noch existieren?*"

Wellmer besuchte ihre Familie und Freunde in Güstrow, sprach mit einem ehemaligen NVA-Offizier, dem Ostbeauftragten der Bundesregierung **Carsten Schneider** und den bei diesem Thema unvermeidlichen **Gregor Gysi**. *„Insgesamt liefert der Film von **Jessy Wellmer** und **Falko Korth** eine spannende Auseinandersetzung mit dem Russlandbild der Ostdeutschen, die medial bisher so noch nicht stattgefunden hat. Teil des Films ist auch eine eigens für die Dokumentation in Auftrag gegebene Infratest-dimap-Umfrage zum Russland-Bild in Ost- und Westdeutschland.",* heißt es in einer Pressemitteilung der ARD. Der Film ist bereits jetzt in der ARD-Mediathek zu sehen.

Um 21:00 Uhr geht's weiter bei *„Hart aber Fair."* *„Eine Frage der Herkunft: Warum sehen Ost- und Westdeutsche Russlands Krieg so anders?" „Putins Krieg gegen die Ukraine macht Menschen in West und Ost erneut klar: Sie ticken in vielen Fragen unterschiedlich. Woher kommt im Osten die Nachsicht mit Russland? Leidet die Wirtschaft dort stärker unter Energiekrise und Sanktionen?"*

Die Gäste bei **Frank Plasberg**:

Henry Maske (ehem. Boxweltmeister; heute als Geschäftsführer für ein Sporttechnologie-Unternehmen tätig)

Ralf Fücks (Publizist; Leiter der Denkfabrik „Zentrum Liberale Moderne"; seit 1982 Mitglied der Grünen)

Jessy Wellmer (Journalistin und Moderatorin; Autorin der ARD-Reportage "Russland, Putin und wir Ostdeutsche")

Antje Hermenau (Politikberaterin; Buchautorin „Ansichten aus der Mitte Europas: Wie Sachsen die Welt sehen")

Stefan Creuzberger (Historiker; Professor für Zeitgeschichte an der Universität Rostock; Buchautor *„Das deutsch-russische Jahrhundert")*

Darüber hinaus zeigt **Das Erste** am selben Abend um 22:50 Uhr die Doku *„Deutsche und Russen – Frieden und Krieg"* (rbb) von **Artem Demenok**. Der Film schildert die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und sucht nach Antworten darauf, warum Putins fatale Ambitionen so lange unterschätzt wurden. Diese Dokumentation ist erst nach Ausstrahlung in der Mediathek verfügbar.

Bei *„Hart aber fair"* können sich die Zuschauer einbringen, auch während der Sendung per Telefon, Fax, Facebook und Twitter und schon jetzt über die aktuelle Internet-Seite (www.hart-aber-fair.de) ihre Meinung und Fragen an die Redaktion übermitteln.

Nach dem Themenabend werden wir vielleicht einen Teil der Ostdeutschen besser verstehen, denn **die** Ostdeutschen gibt es natürlich nicht. Obwohl es ohne die USA keine Wiedervereinigung gegeben hätte, sind viele Ostdeutsche den Amerikanern gegenüber sehr skeptisch bis hin zu dem Vorwurf, dass es ohne die USA erst gar nicht zum Angriffskrieg gegen die Ukraine gekommen wäre.

In Jessy Wellmers Film gehen die Meinungen zwischen Ost und West in Punkto Sanktionen auseinander. Die Sanktionen gehen im Osten 35% zu weit, 25% finden sie angemessen und 25% nicht weit genug. Im Westen sind es 21%, die finden, dass die Sanktionen zu weit gingen, 32% halten sie für angemessen und 38% gehen sie nicht weit genug. Angesichts der gefühlten Wirksamkeit der Sanktionen ist das ein erstaunliches Ergebnis.

Näheres zu den Wirkungen der Sanktionen unter:

https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/impact-sanctions-russian-economy/

Die Einfuhren gingen in Russland um 32,5% zurück, die Ausfuhren um 30,9%. Bei den Einfuhren sind die iranischen Drohnen, die auf die Ukraine niederprasseln, vermutlich nicht berücksichtigt. 22% beträgt die Inflationsrate in Russland, wobei es sich um einen geschätzten Wert handelt. Die Inflationsrate ist in Deutschland von 5,1% zu Beginn des Krieges auf jetzt 10% gestiegen. Auf ein Weihnachtswunder werden wir nicht hoffen dürfen.

Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress.newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

B e r l i n und B r a n d e n b u r g allein (Seiten E 104 – E 113)

18) DHL-Solarboot – Eher Delphin als Ente. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-21 27. Oktober 2022 47. Jahrgang

Eher Delphin als Ente

Für **Sven Goerke**, dem Berliner DHL-Paket-Chef, ist es eindeutig. Das Solarboot, das seit dem 6. Oktober Pakete übers Wasser vom Spandauer Südhafen in den Westhafen transportiert, gleicht, unabhängig von den Eigenschaften der Wasserwesen, eher einem Delphin als einer Ente. Einen Namen hat man noch nicht gefunden. Flipper wäre zu banal, über andere Vorschläge kann man sprechen.

Das sind die Drei vom DHL-Solarboot mit ihrem Chef, korrekter formuliert, das Team des Projektes *„Nachhaltige Transport- und Zustelllösungen"* der Berliner DHL-Niederlassung, v.l.n.r. **Andreas Schwager**, **Matthias Gerlach**, **Felix Glaubitz** und **Sven Goerke.**

Die Jungfernfahrt des DHL-Solarbootes Anfang Oktober löste ein bundesweites Echo aus, nicht nur in den Berliner Medien. Für die **rbb24-Abendschau** war die Geschichte der Aufmacher. Als Projektleiter **Andreas Schwager** kürzlich in Hamburg war, traute er seinen Augen nicht. In der U-Bahn gibt es dort, wie unser *„Berliner Fenster"*, auch einen Nachrichtenmonitor. Und plötzlich, kurz vor der Station Königstraße tauchte die Meldung über das Berliner Solarboot auf. So schnell konnte Schwager sein Handy gar nicht startklar machen und fuhr so lange hin und her, bis die Meldung wieder auftauchte und er sie abfotografieren konnte.

Auch in der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT wurde das Berliner Projekt erwähnt.

Ob der erlangte Bekanntheitsgrad des Solarboot-Teams die ARD zu einer Fernsehserie, analog zu *„Die Drei von der Müllabfuhr"* inspiriert, wissen wir nicht. Viel zu erzählen gäbe es, sagt Post-Urgestein **Felix Glaubitz**. Die neuen sehr unterhaltsamen Episoden der Müllabfuhr-Serie mit **Uwe Ochsenknecht**, die in Berlin spielt, liefen gerade am 14. und 21. Oktober, und natürlich noch in der ARD-Mediathek.

Andreas Schwager war so freundlich, mich kurz nach 6 Uhr mit in den Westhafen zu nehmen. Sonnenaufgang über dem riesigen Areal der *Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH*, **BEHALA**. Das Foto zeigt das Verwaltungsgebäude, rechts daneben, zwischen den Kränen der Fernsehturm als Alex. Natürlich kennt man den Westhafen, aber meistens nur vom Namen her oder Vorbeifahren mit dem ICE. Dort gewesen waren vermutlich die wenigsten.

Am 25. Oktober tagte hier die Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine. Am 26. Oktober berichtete die ARD erneut aus dem Hafen, dabei ging es um das Solarboot der DHL. **Arndt Breitfeld** rückte mit Kamera- und Ton-Mann an, um für die Sendung *„Live nach Neun"* direkt aus dem Hafen zu berichten. Treffpunkt war erst einmal die Kantine mit dem Charme einer Hafenkneipe. Frischer Kaffee und belegte Brötchen, Fischbrötchen habe ich nicht gesehen.

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-21 27. Oktober 2022 47. Jahrgang

rbb-Reporter **Arndt Breitfeld** führt letzte Absprachen mit der Redaktion. Und dann ging es los auf den Kanälen, eine ganz besondere Hafenrundfahrt. Natürlich auch auf einem Solarboot des Unternehmens SolarWaterWorld. *„Wir haben nur Solarboote"*, sagt **Louise Ahrens** vom Unternehmen. Und diese kann man auch mieten. Es gibt große und kleinere Boote, je nach Gruppenstärke. Wir sind mit dem Solar-Katamaran *„SunCut 46"* mit **Käpt'n Matze** unterwegs, das bequem 20-25 Personen Platz bietet. Übrigens: Für das Drei-Gänge-Weihnachtsmenü sind noch Plätze frei: Infos unter

https://www.solarwaterworld.de/

Innerhalb von nur neun Monaten hat das DHL-Nachhaltigkeits-Team das Projekt aufs Wasser gebracht. Angesichts der Größe des Unternehmens mit Hauptsitz in Bonn, ist das eine große Leistung. Nicht nur unternehmensintern müssen alle dahinterstehen, man braucht auch Verbündete. So zum Beispiel **Petra Cardinal**, die Chefin der **BEHALA**, die für das tägliche Be- und Entladen sorgt.

Viel Herzblut hat **Tim-Derek Schultze**, der Vorstandsvorsitzende der **SolarWaterWorld AG**, in das Projekt gesteckt. Sein Unternehmen stellt die Barkasse zur Verfügung und hatte nichts dagegen, dass sie mit einer Folie in der bekannten Post-Gelb-Farbe beklebt wird. Nicht nur das. Wie kommen die Pakete in das Boot und wieder hinaus? Möglichst nicht einzeln, sondern auf einem Container. Ganz einfach: Man schneidet ein Loch ins Dach. Die einfachsten Lösungen sind immer die besten. Auf der Kaimauer sind die neuen Lastenfahrräder der DHL zu sehen, mit denen die Pakete direkt vom Boot aus zugestellt werden.

Der Berliner DHL-Pressesprecher **Johannes Nedo** koordinierte den Einsatz des ARD-Teams und versorgte die auf dem Begleitboot Mitfahrenden mit den aktuellen Informationen: *„Noch fünf Minuten bis zur Schalte."* **Arndt Breitfeld** hatte die Schalte natürlich geprobt, schließlich sollte das Paket- am Begleitboot zur richtigen Zeit anlegen. Kapitän **Thomas Klabunde** bekam das gut hin, in der Probe und live, als ihn Breitfeld interviewte. Im Gespräch mit Paket-Chef **Sven Goerke** sagte dieser, dass er mit dem Start sehr zufrieden sei und dankte allen Kooperationspartnern für die *„tolle Zusammenarbeit."* Mit dem Projekt wolle die DHL dem Land Berlin die Hand reichen, um durch mehr Packstationen die Zustellung noch einfacher zu gestalten. 250.000 Pakete werden täglich allein durch DHL ausgeliefert, hinzu kommen noch hunderttausende der anderen Zusteller.

Natürlich ist der kleine gelbe Delphin nur ein Mosaiksteinchen, aber auf einem bislang vernachlässigten Terrain, dem Wasser. Wenn man die Stausituation auf den Straßen entzerren will, muss es andere Möglichkeiten geben als das Zustellen mit Sprintern. Ob diese elektrisch oder fossil angetrieben werden, ist egal, beide stehen im Stau beziehungsweise verursachen ihn, wenn sie wie auf dem Tempelhofer Damm zwischen abgesperrtem Fahrradstreifen und linker Fahrbahn die mittlere Spur blockieren.

Auf dem Landweg dürften vor allem die E-Bikes das Zustellfahrzeug der Zukunft sein. Die DHL ist in dieser Frage erfreulich innovativ. *Fotos: Ed Koch*

Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

19) Franziska Giffey (SPD) / Bettina Jarasch (Grüne) – Konflikt um die Friedrichstraße. Von Ed Koch

26.10.2022

Der Konflikt um die Friedrichstraße spitzt sich zu. Während die Regierende Bürgermeisterin **Franziska Giffey** (SPD) auf Umsetzung des Urteils des Verwaltungsgerichts drängt, will Verkehrssenatorin **Bettina Jarasch** (Grüne) erst einmal alles prüfen. Sie bleibt bei ihrer Meinung, dass sich durch das Urteil nichts daran geändert habe, dass die Friedrichstraße Fußgängerzone und die parallel verlaufende Charlottenstraße Fahrradstraße wird.

Jarasch in der rbb-Abendschau: Giffey hat das Urteil nicht verstanden!

Um zu verstehen, was Verkehrswende in Berlin bedeutet, und mit welcher Brachialgewalt sie durchgesetzt werden muss, muss man offenbar Mitglied bei den Grünen sein und über diese unglaubliche Eigenschaft verfügen, zu wissen, was gut für die Menschen ist. Eine 18,9-Prozent-Partei will die Stadt umkrempeln und dominieren. Und wer sich dem entgegenstellt, hat die Grüne Vision einfach nicht verstanden.

Hier der Beitrag aus der Abendschau von gestern.

https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20221025_1930/Verkehrsversuch-verwaltungsGericht-Sperrung-Friedrichstrasse-flaniermeile-bettina-jarsch.html

Giffey hat auch die Grüne Gesundheitssenatorin **Ulrike Gote** offenbar nicht richtig verstanden. Gote wollte eine Maskenpflicht für Innenräume durchsetzen. Giffey lehnt das ab.

Noch steht der Termin für Neuwahlen nicht fest, der Wahlkampf hat aber längst begonnen. Hauptgegner der SPD scheinen die Grünen zu sein (die AfD lassen wir in dieser Betrachtung außen vor, denn diese Partei ist grundsätzlich Gegner aller demokratischen Kräfte).

Schon kürzlich gab es einen Streit zwischen dem Grünen Finanzsenator **Daniel Wesener** und SPD-Chef **Raed Saleh**. Wesener wollte Steuer-Mehreinnahmen auf die Hohe Kante legen, Saleh das Geld für Entlastungsmaßnahmen verwenden.

Nicht verstanden haben Jarasch, Gote und Wesener offenbar, dass sie von der Regierenden Bürgermeisterin ernannt worden sind und von ihr auch wieder entlassen werden können. Darüber sollte die SPD mal nachdenken.

Da fahren zwei Züge mit hoher Geschwindigkeit aufeinander zu, und das in diesen Zeiten.

Mit freundlichen Grüßen

paperpress
seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin
Textarchiv: www.paperpress.org
Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de
Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Träger: Paper Press e.V.
Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

20) Sinnlose Verkehrspolitik der Grünen mit SPD-Billigung. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-20 25. Oktober 2022 47. Jahrgang

Sinnlose Verkehrspolitik

Was die Grünen in dieser Stadt, mit Billigung der SPD, verkehrspolitisch veranstalten, spottet jeder Beschreibung. Hunderttausende Euro werden für sinnlose Projekte verpulvert, während viele Berliner Schulen verfallen. Den Schülern eines Gymnasiums droht nach den Ferien wieder Homeschooling, weil ihr Schulgebäude unbenutzbar ist. Am Rosa-Luxemburg-Gymnasium in Pankow wurden schon zwei Millionen Euro für die Planung eines dringend benötigten Erweiterungsbaus ausgegeben, den es nun erst einmal nicht geben wird. Und wenn, irgendwann, beginnen die Planungen und die damit verbundenen Kosten von vorne. Den ganzen erschreckenden Beitrag können Sie in der rrb-Abendschau vom 24. 10.2022 sehen:

https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20221024_1930/Gymnasium-Europasportpark-Homeschooling-sanierung-krise-marcel-hopp.html

Was für das großartige Verkehrskonzept in der Friedrichstraße ausgegeben wurde, wissen wir nicht. Aber auch dieses Geld hat der in Verkehrsfragen grün dominierte Senat verbrannt. Das Berliner Verwaltungsgericht hat entschieden, dass die Sperrung der Friedrichstraße rechtswidrig ist. Die nächste Instanz kann natürlich wieder zu einem ganz anderen Ergebnis kommen. Aber erst einmal muss die Friedrichstraße für den Autoverkehr wieder freigegeben werden. Die ganzen Hindernisse, die zur Verschönerung dienen sollten, müssen beseitigt werden.

Aus Sicht des Gerichts liegen keine Voraussetzungen für eine Straßensperrung vor. *„Bemängelt wird in dem Zusammenhang auch, dass ‚ein auf städtebaulichen Gesichtspunkten basierendes Verkehrskonzept' gefehlt habe, um die Sperrung zu untermauern."*, schreibt die **Berliner Morgenpost**. Wozu braucht man ein Konzept, wenn man eine Vision hat?

Die Stellungnahme von Wirtschaftssenator **Stephan Schwarz** klingt nicht gerade so, als sei er über die Gerichtsentscheidung besonders traurig. *„Gerade in der Friedrichstraße haben Gewerbetreibende seit Jahren mit verschiedenen Herausforderungen gleichzeitig zu kämpfen, angefangen von der Corona-Pandemie, über Baustellen und Sperrungen, und aktuell auch Auswirkungen der Energiekrise." „Bei zukünftigen Konzepten sei es deshalb umso wichtiger, die Gewerbebetreibenden gut einzubinden und ihre Lage und Bedarfe fest im Blick zu haben, um weitere Belastungen zu vermeiden, betonte er."*

Die Grüne Verkehrssenatorin **Bettina Jarasch** zeigt sich erwartungsgemäß uneinsichtig. *„Das Verfahren zur endgültigen Umwandlung und die Einrichtung der Fahrradstraße in der Charlottenstraße laufen unabhängig von der heutigen Gerichtsentscheidung weiter." Ziel für die Friedrichstraße sei „eine gute dauerhafte Lösung als Fußgängerzone"*. Gut für wen? Für die Fahrradfahrende Klientel der Grünen in Mitte?

FDP-Fraktionschef **Sebastian Czaja** erklärte: *„Wenn die eigene Ideologie dazu führt, dass einem offensichtliche Rechtsvorschriften und die Anliegen der Menschen vor Ort egal sind, dann ist das zutiefst problematisch." „Er forderte ein Gesamtkonzept, das die Aufenthaltsqualität erhöhe und für einen wirtschaftlichen Aufschwung sorge."*

Für CDU-Partei- und Fraktionschef **Kai Wegner** war *„diese Klatsche für den rot-grün-roten Senat absehbar." „Die Sperrung aus ideologischen Gründen sei eine Zumutung gewesen." „Die Geschäftsleute in der Friedrichstraße und den Nebenstraßen mussten deutliche Einbußen hinnehmen. Die Straße verkam zur Rennstrecke für Fahrradfahrer." „Die historische Mitte Berlins brauche ein nachhaltiges, vernünftiges Verkehrskonzept."*, fordert Wegner.

Robert Rückel, Vizepräsident der IHK Berlin, äußerte sich wie folgt: *„Die heutige Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin macht deutlich, dass es weiterhin nicht gelungen ist, offene Fragen rund um die Entwicklung der Friedrichstraße zu klären. Viele Gewerbetreibende vor Ort sind unzufrieden mit der Sperrung der Straße und ihrer Gestaltung. Zur ehrlichen Analyse eines Versuchs gehört dabei auch, dass dieser ohne zufriedenstellendes Ergebnis nicht fortgeführt werden kann. Die Entscheidung sollte ein Startschuss für eine neue Qualität des Dialogs sein, bei dem gemeinsam mit allen Beteiligten tragfähige Lösungen für das gesamte Gebiet rund um die Friedrichstraße und den Gendarmenmarkt entwickelt werden." Quelle: Berliner Morgenpost*

Sollte es im Frühjahr 2023 zu Neuwahlen kommen, haben die Grünen die Chance, stärkste Kraft zu werden. Beruhigend ist, dass dies schon mehrfach der Fall war, aber nie zum Sieg gereicht hat. Stets lief die SPD als erste durchs Ziel. 22 Prozent, laut September-Umfrage, bringen die Grünen auf die Waage. Das ist ein gutes Fünftel, aber alles andere als eine Mehrheit. Um die Ziele durchzusetzen, braucht man immer ein paar Mehrheitsbeschaffer. Wie lange will die Berliner SPD noch der Steigbügelhalter der Grünen sein? Gebracht hat es den Sozialdemokraten bislang nichts. Den kommenden Wahlkampf sollte die SPD vor allem gegen die Grünen führen.

Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

21) RBB - Widerwärtige Maßlosigkeit. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-17 23. Oktober 2022 47. Jahrgang

Widerwärtige Maßlosigkeit

Um es gleich vorwegzusagen: Ich bin ein großer Anhänger des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er ist das beste Mediensystem der Welt, wenn auch mit vielen Schwächen, die nicht allein am System, sondern an einigen Menschen liegen, in die ihm tätig sind. Wir können in Deutschland dankbar sein, dass sich nach dem Krieg und Neuanfang das Modell des ÖRR am Beispiel der BBC durchgesetzt hat und wir nicht das US-amerikanische privatwirtschaftliche System übergestülpt bekamen.

Die BBC ist gerade 100 Jahre alt geworden und befindet sich mehr oder minder, Dank der britischen Chaosregierung in der Abwicklung. Polen und Ungarn lassen grüßen. In einem Beitrag über das BBC-Jubiläum wurde ein Beispiel gezeigt, wie zugespitzt der Konflikt zwischen der machtbesessenen britischen Regierung und dem öffentlich-rechtlichen Sender ist. Ein Journalist stellt einem Minister eine simple Frage. Dieser antwortete nicht, sondern behauptete, dass der Journalist mit seiner Frage die Neutralitätspflicht, der die BBC unterliege, verletzt habe.

Es geht um diese Fragestellung: *„Sind Sie nicht der Meinung, dass…?"* In dieser Frage kann eine persönliche Einschätzung oder Bewertung eines Journalisten stecken. Der Journalist baut seine Frage aus Vermutungen, Verdächtigungen und Erkenntnissen zusammen. Das zu fragen muss möglich sein, weil der Befragte die Möglichkeit erhält, zu Gerüchten und Vermutungen, aber auch Erkenntnissen Stellung zu nehmen. Dass Journalistenfragen häufig für die Befragten unangenehm sind, liegt auf der Hand. Die Fragestellung ist aber völlig legitim. Wie sollte es denn anders gehen: *„Bitte sagen Sie mir, was ich Sie fragen soll, es fällt Ihnen leichter zu antworten?"* Das kann es ja wohl nicht sein.

Wenn Politiker nur den Medien für Interviews zur Verfügung stehen, von denen sie sich eine wohlwollende Berichterstattung versprechen, können wir die Pressefreiheit gleich beerdigen. **Donald Trump** hat Fragen von kritischen Sendern wie CNN erst gar nicht zugelassen und sie als *„Fake-News"* beschimpft. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen, dass der größte Lügner, der je im Weißen Haus saß, andere der Falschaussage bezichtigt. Politiker sollten sich im Griff haben, auch wenn die Fragen unangenehm sind. Wenn sie über genügend Intelligenz verfügen, schaffen sie es spielend, einen Journalisten in einem Interview schlecht aussehen zu lassen und sich selbst als kompetent darzustellen. Das haben beispielsweise **Willy Brandt** und **Helmut Schmidt** mehrfach bewiesen. **Helmut Kohl** hingegen pflegte lange vor Trump ein recht eigenartiges Verhältnis zu den Medien. So wollte er von einem Journalisten, der ihm eine Frage stellte, wissen, von welchem Medium er käme, und als dieser NDR antwortete, sagte Kohl *„So sehen Sie auch aus."* Angesprochen mit *„Herr Kohl"* erwiderte dieser, *„Dr. Kohl, bitte."*

Auch **Franziska Giffey** verlor schon mal die Contenance in der rbb-Abendschau. Die als unangenehme Fragestellerin berüchtigte **Eva-Maria Lemke** wollte Anfang März während der Flüchtlingskrise von Giffey wissen, wann das Land Berlin seiner Verantwortung gerecht werden wolle und nicht alles auf den Schultern der Freiwilligen ablade. Diese Fragestellung empfand Giffey als *„empörend."* Damit hatte sie nicht ganz Unrecht, denn das Land Berlin tat viel, die Ehrenamtlichen aber mehr. Anstatt sich zu empören, hätte Giffey mit sachlich vorgetragenen Fakten den in der Frage enthaltenen Vorwurf auseinandernehmen können. Es gibt doch Akademien, in denen Politiker den Umgang mit Medien lernen können.

Und jetzt zum Thema

Es gibt auch Führungskräfte-Akademien, in denen man den korrekten Umgang mit fremden Geld lernen kann. **Patricia Schlesinger** hat dieses Angebot leider nicht wahrgenommen und den ganzen öffentlich-rechtlichen Rundfunk damit nachhaltig beschädigt.

Was hätte man für tolle Programme mit einer halben Million Euro machen können? Aber das Geld kassiert eine Anwaltskanzlei, die mit 18 Juristen drei Monate lang die Finanzen des **rbb** durchforstete. Leider gut angelegtes Geld, denn nur durch lückenlose Aufklärung kann es in der Zukunft besser werden. Es ist bedauerlich, dass die Kompetenzen der Kontrollgremien verschärft werden müssen, weil offenbar nicht davon ausgegangen werden kann, dass an der Spitze eines Senders nur ehrenwerte Menschen tätig sind, sondern auch solche, die 12,32 Euro für Gummibärchen, verzehrt auf einer Bahnfahrt nach Hamburg, abrechnen?

„Ist ein Jahressalär von 303.000 Euro (plus Boni) nicht ausreichend, um persönliche Bedürfnisse nach einem Snack zwischendurch aus der eigenen Geldbörse zu befriedigen?", fragt Morgenpost-Chefredakteurin **Christine Richter** in einem Kommentar. Es geht nicht um Pillepalle, weil hier eine Geisteshaltung deutlich wird, in der es kein moralisches Korrektiv

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierog.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-17 23. Oktober 2022 47. Jahrgang

gibt. Was ist aus der kritischen Journalistin Schlesinger des NDR-Polit-Magazins *Panorama* bloß geworden? Wie kann jemand, der sich journalistisch mit Korruption beschäftigt hat, selbst auf die schiefe Bahn geraten?

Schlesinger schien den öffentlich-rechtlichen Sender als Selbstbedienungsladen für sich zu verstehen. Was muss in einem Kopf vorgehen, eine private Reise nach London den Gebührenzahlern in Rechnung zu stellen. Von den ganzen Essen in teuren Restaurants und bei sich zu Hause, wollen wir gar nicht erst reden. Natürlich muss es in diesen Kreisen Champagner sein, denn Fürst von Metternich trinken ja nur Proleten.

Diese Verschwendungssucht geht zu Lasten des Programms und der unendlich vielen Wiederholungen. Selbst geächtete Indianer-Filme schaffen es immer wieder ins Programm und Winnetou lebt. Viel schlimmer als die exzessiven Champagnerbesäufnisse der Intendanz sind die Kosten, die die Führungsetage nach ihrem Ausscheiden hinterlassen.

Nach einer Recherche der **WELT**, soll der *„ehemalige Intendant des Hessischen Rundfunks, **Manfred Krupp**, zusätzlich zu seiner staatlichen Rente mehr als 15.000 Euro pro Monat als Betriebsrente erhalten. Der frühere Intendant des Bayerischen Rundfunks, **Ulrich Wilhelm**, soll eine Betriebsrente von mindestens 20.000 Euro pro Monat bekommen. Der Rekordhalter soll jedoch der ehemalige ZDF-Intendant **Thomas Bellut** sein: 30.000 Euro soll Bellut jeden Monat als Pension kassieren."* Wofür?

„All das ist maßlos und schon lange nicht mehr zeitgemäß. Wenn der Öffentliche-Rechtliche Rundfunk seine Strukturen, auch die der Gehälter, nicht ändert, wenn er nicht mehr Transparenz schafft, dann wird er weiter Vertrauen verlieren. Massiv.", schreibt **Christine Richter**.

Der ÖRR muss abspecken, nicht im Programm, sondern in seiner Verwaltung. Rechtlich dürfte das aber ein großes Problem sein, denn Besitzansprüche und geltende Verträge lassen sich nicht einfach schreddern. Am Ende der Affäre Schlesinger werden wir erfahren, welche Pensionsansprüche ihr auf unsere Kosten zustehen. Davon ließen sich leicht viele Abschlagzahlungen des Gasversorgers finanzieren. Dennoch ist der Preis für ihr Fehlverhalten groß. Sie ist geächtet bis ans Ende ihres Daseins. Und den Schampus immer nur allein saufen zu müssen, macht auf Dauer auch keinen Spaß.

Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

22) „Da kann man sich nur an den Arsch fassen…,
weil der Kopf viel zu schade dafür ist!“
Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-16 20. Oktober 2022 47. Jahrgang

„Da kann man sich nur an den Arsch fassen...,

weil der Kopf viel zu schade dafür ist!"

Nur all zu oft wird man an dieses berühmte Zitat von **Dieter Hildebrandt** erinnert. Und da wir gerade bei derben Sprüchen sind, sei noch **Helmut Schmidt** erwähnt, der regelmäßig alles Mögliche *„zum Kotzen"* fand, beispielsweise die *„Weinerlichkeit"* der *„Jammer-Ossis."* *(11.10.2003 Der Spiegel / Sächsische Zeitung)*

Die Berliner Verwaltung hat die Wahlen 2021 vergeigt. Nicht flächendeckend, aber in auffällig vielen Wahllokalen. Nun stehen in den nächsten Tagen die Entscheidungen an, ob ganz oder teilweise der Urnengang wiederholt werden muss. Ich befürchte einen Urnengang der Demokratie, der sich in einer sehr geringen Wahlbeteiligung ausdrücken wird.

Tagesspiegel-Chefredakteur **Lorenz Maroldt** hat in seinem Montags-Newsletter ausgerechnet, dass die Plakatierung für den Wahlkampf vermutlich zu Weihnachten beginnen könnte. *„Die Wiederholungswahl muss spätestens 90 Tage nach der Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren stattfinden."* Diese ist für den 16. November avisiert, d.h. spätester Wahltermin wäre der 14. Februar 2023. Das ist nicht nur Valentinstag, sondern auch ein Dienstag. Und dienstags wird in den USA, aber nicht bei uns gewählt. Also müssen wir uns vermutlich am 12. Februar in die Wahllokale begeben, wenn wir nicht so schlau sind und per Brief unsere Stimme abgeben.

Die Plakatierung, teilt uns Maroldt nach einem Blick in das Berliner Straßengesetz mit, ist *„ausschließlich für einen Zeitraum von sieben Wochen vor (...) dem Wahl- oder Abstimmungstag zu erlauben."* Sieben Wochen mal sieben Tage = 49, vom 12. Februar an zurückgerechnet landen wir auf dem 25. Dezember, dem ersten Weihnachtsfeiertag. Und das würde bedeuten, dass die Plakatklebekolonnen in der Heiligen Nacht durch die Straßen ziehen.

Da es sich um eine Wiederholungs- und nicht Neuwahl handelt, stehen dieselben Menschen auf den Wahlscheinen, die schon 2021 kandidiert haben. Mittes abgewählter Bezirksbürgermeister **Stephan von Dassel** dürfte allerdings nicht mehr auf dem Wahlschein stehen. In den Bezirksverordnetenversammlungen könnten sich nach der Wiederholungswahl die Mehrheitsverhältnisse ändern, aber nicht die Zusammensetzung der Bezirksämter, denn die Mitglieder dieses Gremiums sind für fünf Jahre gewählt worden und könnten nur mit einer Zweidrittelmehrheit aus dem Amt gehievt werden. Unwahrscheinlich.

Was soll also der ganze Aufwand? Anders sieht es beim Senat aus. Umfragen sind keine Wahlergebnisse, sie kommen aber häufig diesen sehr nahe. Danach würde die SPD nur noch auf Platz Drei landen und **Franziska Giffey** wäre ihr Amt los. **Bettina Jarasch** würde ihren Feldzug gegen die Autos ab Februar als Regierende Bürgermeisterin fortsetzen. Und bald sähen alle Straßen so aus wie der Tempelhofer Damm, den die Grünen, mit freundlicher Unterstützung der SPD, mit rot-weißen Pollern verschandelt haben, damit ein paar Drahtesel ungestört ihre Rennen, ungeachtet roter Ampeln fahren können.

Auch die Bundestagswahl könnte in 431 von 2.256 Stimmbezirken nachgeholt werden, meldet der Tagesspiegel. Und Landeswahlleiter **Stephan Bröchler** rechnet mit einer Verfassungsbeschwerde von Abgeordneten, die nicht wiedergewählt werden. Das wiederum könnte zur Folge haben, dass wir durch die Zeitverzögerung gleich zweimal im nächsten Jahr wählen dürfen, einmal für das Land und einmal für den Bund. *„Im Sinne der Demokratie"* sei dies *„nur konsequent"*, sagte er dem Tagesspiegel. *„Es geht darum, zu zeigen, dass unsere Demokratie korrekturfähig ist." Er hoffe, dass dieser Gedanke viele zum Wählen motiviere.* Und genau das glaube ich nicht, ganz im Gegenteil. Die Wiederholungswahl schadet mehr als sie nutzt. Um den Kreis von der Überschrift bis zum Schlusssatz zu schließen, werden meines Erachtens die meisten vermutlich auf ihrem Arsch zu Hause sitzen bleiben.

Ganz anderes Thema, aber auch geeignet, sich nicht an den Kopf zu fassen. Ich freue mich sehr, dass am 24. Oktober wieder *„Wer weiß denn sowas?"* startet, mit dem smarten **Kai Pflaume**, den klugscheißerischen **Bernhard Hoëcker** und dem etwas drögen **Elton**. Die Sendung vermittelt unterhaltsamer als andere Quiz-Shows Allgemeinwissen, das man nicht braucht, sich aber freut, davon gehört zu haben. Der erspielte Gewinn geht ans Studiopublikum, das gefällt mir. Beginnend um 18:00 Uhr am Montag bis Dienstag um 18:50 Uhr wird zum Auftakt der neuen Staffel live und durchgehend gequizzt. Nach den ersten beiden Folgen im ARD-Programm geht es in der Nacht und am folgenden Tag in der Mediathek weiter. Tut mir leid, aber ich finde das schwachsinnig. Ist es unterhaltsam zuzuschauen, wie die Protagonisten mit der Müdigkeit kämpfen? Nein. Das ist unterstes Privatfernsehniveau.

Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

23) Die GASAG - Berlin zum Erleuchten gebracht.
Zusammenstellung und Kommentierung Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-15 19. Oktober 2022 47. Jahrgang

Berlin zum Erleuchten gebracht

Eine außergewöhnliche Chronik

In diesem Jahr feiert die GASAG ihr 175-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass hat das Unternehmen eine Chronik herausgegeben, die viel mehr ist als die Geschichte eines Energielieferanten. Es ist auch die spannende Entwicklung Berlins, einer Metropole, die im Guten wie im Schlechten nichts ausgelassen hat.

Die Versorgung mit Gas begann in Berlin lange vor der Gründung der GASAG. Schon 1816 baute der Mechaniker **Georg Christian Freund** mit Hilfe von Apparaten aus England zwei kleine Gasproduktionsstätten für Gewerbetreibende. England hatte eine große Bedeutung auf dem Weg bis zum eigenen städtischen Gasversorger. Die *Imperial Continental Gas Association London* schloss mit dem preußischen Innenministerium am 25. April 1825 einen Vertrag zur Errichtung des ersten Gaswerks in Berlin ab. Schon am 30. August desselben Jahres wurde der Grundstein auf dem Areal des 1956 entstandenen Sommerbades Kreuzberg (Prinzenbad) gelegt, *„unter der Regierung des Königs von Preußen Friedrich Wilhelm III."* Im September 1826 wurde das Werk in Betrieb genommen. Rekordzeit, wenn man bedenkt, dass Berlin heute sieben Jahre benötigt, um einen Zebrastreifen einzurichten.

1845/46 entstand die erste städtische Gas-Erleuchtungs-Anstalt Berlins in unmittelbarer Nähe der englischen Gaswerke an der Gitschiner Straße am Urbanhafen, der durch den Landwehrkanal mit der Spree verbunden ist.

Den Engländern wurde letztlich für ihre Pionierarbeit gedankt, sie zogen sich zurück und 1847 wurden die städtischen Gaswerke gegründet, die nach der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft ab 1923 GASAG heißt. Die städtischen Gasanstalten wurden damals von einem *„Curatorium für das städtische Erleuchtungswesen"* geleitet. Berlin wurde erleuchtet und nicht beleuchtet. Und, was sich im Laufe der Jahrzehnte auch geändert hat, das Unternehmen war nicht auf Gewinnerzielung aus, sondern sollte *„den Kostenbeitrag für die öffentliche Beleuchtung in mäßiger Weise sichern"*. Von mäßig ist heute nichts mehr übriggeblieben, was allerdings der GASAG nicht angelastet werden kann.

Überall in der Stadt entstanden zwischen 1859 und 1873 Gaswerke, Müllerstraße, Danziger Straße, Schmargendorf und Mariendorf. Die Gasanstalt Schöneberg wurde 1871 zur Versorgung von Schöneberg und der südlich der Spree gelegenen Teile Berlins gegründet. 1913 entstand dort der heute berühmteste Gasometer Deutschlands. Hier befindet sich seit 2008 das Europäische Energie-Forum (EUREF-Campus) und seit 2021 die Firmenzentrale der GASAG.

Noch ein paar Blicke zurück. 1905 war das Unternehmen der größte Gasversorger Europas. Der Höhenflug wurde durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen und zwischen 1916 und 1919 herrschte ein Gasnotstand in der Stadt. So wie Berlin, hat sich auch sein Gasunternehmen immer wieder neu erfunden. Es folgten die *„Goldenen Zwanziger"*, in denen 1923 das Unternehmen seinen heutigen Namen GASAG erhielt.

Die Freude währte leider nicht lange, denn schon 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Aber auch danach entstanden Berlin und die GASAG wie Phoenix aus der Asche neu. Allerdings mit erheblichen Problemen. Erst einmal folgten die Berlin-Blockade und die Teilung der Stadt in Ost und West. Wie lässt sich eine gewachsenen Infrastruktur in zwei voneinander unabhängige Bereiche trennen? *„Lebensadern durchziehen den urbanen Raum als ununterbrochenen Kreislauf der Versorgung. Werden sie gekappt, kann das zum Kollaps führen. Und das auf beiden Seiten."*, heißt es in der Chronik.

„Das Leitungsgeflecht, das alle Stadtteile miteinander verbindet, funktioniert nach dem Prinzip kommunizierender Röhren. Sinkt auf der einen Seite der

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 606-15 19. Oktober 2022 47. Jahrgang

Druck, findet auf der anderen automatisch ein Ausgleich statt." Man kann also nicht einfach eine Röhre sperren. Und so ist die sowjetische Verwaltung in Ost-Berlin während der Blockade sogar damit einverstanden, dass Braunkohle an die GASAG zur Versorgung der ganzen Stadt geliefert werden kann. Als dann allerdings alle Weg nach Berlin geschlossen werden und die Kohle per Flugzeug nach West-Berlin kommt, sehen die Alliierten nicht länger ein, mit ihrer Kohle den Osten mitzuversorgen. Es kommt also zur Kappung der Leitungen – auf Zeit.

Denn: Tausendjährige Reiche sind oft nur von kurzer Dauer. Erst einmal musste aber Berlin die Teilung überstehen und später überwinden. Die GASAG entwickelte sich in West-Berlin gut, so wie die Stadthälfte selbst. Das Kohlezeitalter ging 1980 zu Ende, das Motto lautete nun: *„Kohle war gestern, Gas kommt aus der Erde."* 1981, als sich die Lage zwischen West und Ost immer mehr entspannte, begannen Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenhandelsunternehmen Sojuzgazexport, das wir heute unter Gazprom kennen. Das war der Beginn einer wunderbaren Geschäftsbeziehung, die 40 Jahre später katastrophal endete.

„Im Juli 1985 erreichte die Erdgasleitung, die über weite Strecken entlang der Autobahn von Dresden nach Berlin führt, die Grenze West-Berlins bei Groß Ziethen." Kurios dabei ist, dass, um das Geschäft, also den Gasfluss zum Laufen zu bringen, die Grenzbefestigung auf einer Länge von 20 Metern demontiert werden musste. Die GASAG schlug also eine Bresche in die Mauer. Man kann sich vorstellen, unter welchen Sicherheitsvorkehrungen diese Maueröffnung erfolgte. Nur vier Jahre später war die komplette Mauer, die West-Berlin umgab, Geschichte.

Nach der Wiedervereinigung, die in Berlin schwieriger zu meistern war als irgendwo anders in Deutschland, wuchs zusammen, was zusammengehörte. Natürlich auch die Gasleitungen. Doch das *„Direktorat Gas"* des Energiekombinats dachte nicht daran. Es wollte sich als ein unabhängiges Unternehmen erneuern und einen selbständigen Weg gehen. Nach langen Auseinandersetzungen ging die GASAG als Sieger vom Platz und wurde 1993 zum größten urbanen Gasversorger West-Europas.

Im Jahr 2000 zog die GASAG ins Shell-Haus und bot eine Vollversorgung der Berliner mit Gas vom Wäschetrockner bis zum Pool, den sich heute niemand mehr traut zu beheizen. 2011 lautete das Motto: *„Raus aus den Fossilen – GASAG goes green!"* Neuer Firmensitz: Hackescher Markt. Im gleichen Jahr nimmt die GASAG ihre erste eigene Bio-Erdgasanlage in Betrieb. Das Biogas kommt von Brandenburgs Feldern.

„Ob Gas oder Strom – Hauptsache Licht!" Ab 2013 bietet die GASAG auch Strom an und lehrt Vattenfall das Fürchten. Oberflächlich betrachtet, denn Vattenfall gehört 31,575 Prozent der GASAG.

2021 verlegt die GASAG erneut ihren Firmensitz, und diesmal auf ein Areal in Schöneberg, wo sie einst Gas produzierte und in großen Behältern speicherte. Der größte davon ist übriggeblieben. Schon bevor die GASAG ihr neues Domizil bezog, versorgte sie alle Gebäude auf dem EUREF-Campus über *„eine hochmoderne und effiziente Energiezentrale mit Wärme und Kälte. Drei Blockheizkraftwerke – zwei werden mit Biomethan, eines mit Erdgas betrieben – erzeugen nachhaltig erzeugte Energie. Drei Kälteanlagen kühlen ein Rechenzentrum und sorgen für angenehme Temperaturen auch im Sommer. Ist es draußen kühl, kann auf freie Kühlung umgeschaltet werden. Dazu kommt eine Power-to-Heat-/Power-to-Cold-Anlage, die Wärme und Kälte aus erneuerbarem Strom erzeugt."*

„Durch den Einsatz regenerativer Energieträger, neuer Energiespeicher, die konsequente Vernetzung modernster Technik sowie den Bau von energieeffizienten und intelligenten Gebäuden haben wir den EUREF-Campus zu einem echten Zukunftsort der Energiewende in Deutschland gemacht. Gemeinsam mit der GASAG beweisen wir hier schon seit 2014, dass eine CO_2-neutrale Energieversorgung möglich und finanzierbar ist.", sagt EUREF-Chef **Reinhard Müller**.

„Unsere Zukunft gestalten wir nicht mit dem Blick in den Rückspiegel. Aber auf unserem Weg ist die seit vielen Generationen enge Verbindung an Berlin und seine Menschen eine große Motivation. Wir wissen, wo wir herkommen – und wo wir hinwollen", schreibt GASAG-Chef **Georg Friedrichs** im Vorwort der Chronik. Geht es nach dem Berliner Senat, soll sich die Zukunft der GASAG wieder im kommunalen Schoße Berlins abspielen. Warten wir es ab. Die Geschichte der GASAG ist, wie die Berlins, noch lange nicht zu Ende geschrieben.

Die **GASAG** hat uns freundlicher Weise **drei Chroniken** zur Verfügung gestellt. Bei Interesse bitte bis zum 31.10.2022 an **paperpress@berlin.de** eine E-Mail senden. Den Gewinnern werden die Chroniken in der alten Schmiede auf dem EUREF-Campus übergeben.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

24) Der Volkspark Mariendorf dank! Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 606-14 18. Oktober 2022 47. Jahrgang

Der Volkspark dankt!

Diese beiden Herren haben die letzten 40 Jahre ihres Lebens größtenteils an der frischen Luft verbracht. **Wolfgang Spranger** (l.) und **Manfred Könings** haben sich in all den Jahren um ein 4,5 Hektar großes Waldstück in Lichtenrade Ost, am Domstift und Hanowsteig, als Mitglieder des Trägervereins Volkspark Lichtenrade gekümmert. Spranger ist seit Dezember 1982 Mitglied im Verein und war von März 2006 bis zu diesem Jahr Vorsitzender. Könings ist bereits im Juni 1981 eingetreten und war seit 1994 durchgängig bis 2022 Schriftführer.

Jetzt haben sie ihre Ämter niedergelegt und an Jüngere übergeben.

Foto v.l.: die neuen und alten Vorstandsmitglieder Birgit Helmlinger, Dieter Genz, Manfred Könings, BVV-Vorsteher Stefan Böltes, Wolfgang Spranger, Gunnar Thiem und Kristina Heuck.

Wie sich das für langgediente Vereinsmitglieder gehört, fand eine Feierstunde statt, auf der beide mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet wurden.

Im Mittelpunkt des Ehrenamtes steht natürlich immer das Projekt. Aber auch klappern gehört zum Handwerk. Ohne Öffentlichkeitsarbeit und ein vernünftiges Marketing geht es nicht. **Wolfgang Spranger** pflegte als Vorsitzender intensiv den Kontakt zur Kommunalpolitik.

Und so durften bei der Ehrung auch die Abgeordnete **Melanie Kühnemann-Grunow** und der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg, **Stefan Böltes**, nicht fehlen.

Ab 1970 wurde in Lichtenrade-Ost eine Hochhaussiedlung gebaut. Die Zugezogenen stellten allerdings schnell fest, dass die wenigen Grünflächen ihren Vorstellungen einer Siedlung am Stadtrand bei weitem nicht genügten, denn bis 1989 befanden sich östlich der Siedlung die Grenzanlagen der DDR, sodass das Umland nicht genutzt werden konnte.

Aus diesem Grund wurde im September 1979 zu einer ersten Pflanzaktion durch die Bürgerinitiative Lichtenrade-Ost e.V. (BILO) aufgerufen. Aus der BILO-Arbeitsgruppe Volkspark entstand am 10. Juni 1981 der Trägerverein Lichtenrader Volkspark e.V.

Nach langer Kontroverse erhielt der Verein am 27. September 1984 einen Pachtvertrag des Bezirksamtes Tempelhof. Die öffentliche Parkanlage wird in reinem Ehrenamt von Freiwilligen gepflegt. Im Park gibt es eine Festwiese für Veranstaltungen wie dem jährlichen Erntedankfest, einen Spielplatz, eine Streuobstwiese, ein Wäldchen und den Werkhof mit Blumenrabatten und Gemüsebeeten.

Der Lichtenrader Volkspark wird aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen betrieben. Seit 2020 wird der Park nach und nach zum Naturpark umgestaltet. Es werden neue Lebensräume geschaffen, wie beispielsweise eine Trockenmauer und eine Wildgehölzhecke. Dies soll der Erhöhung der Biodiversität dienen. Hierfür wurde auch ein Waldrandbiotop angelegt.

Ed Koch

Quelle: Wikipedia – Fotos: Trägerverein Volkspark Lichtenrade e.V.

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Ö s t e r r e i c h (Seiten E 114 – E 123)

25) Österreichs Linke voller Kultur-Selbsthass zum Nationalfeiertag

27. 10. 2022

dav

Warum die sozialistischen Studenten Österreich hassen

Man weiß mittlerweile nicht mehr, ob man lachen oder weinen soll… Wenn der österreichische sozialistische Studentenbund VSSTÖ solch autogene Kultur-Hasswünsche zum Nationalfeiertag ins www postet:

„Wir sind nicht stolz auf Österreich: Österreich ist ein von Patriarchat und Femiziden geplagtes Land. Österreich ist ein Land, in dem Rechtsextreme hofiert und Linke kriminalisiert werden."

Multi-Kulti-Femizide gibt es nicht

Und das knapp drei Wochen, nachdem erneut ein links-grüner Open-Border-Politiker, Van der Bellen, zum Bundespräsident gewählt worden ist. Welcher zusammen mit linken Studiosis hauptverantwortlich für Multi-Kulti-Vergewaltigungen und -Fremd-Kultur-Femizide ist.

Wieder Vergewaltigung am Wiener Praterstern

Letztes Vorkommnis am Wiener Kriminialitäts-Hotspot Praterstern: Wo „eine 18-Jährige am späten Dienstagnachmittag in einer WC-Anlage am Wiener Praterstern mutmaßlich sexuell missbraucht wurde. Zwei verdächtige Burschen" sollen „während der Tat ‚Wache gestanden' " haben – und erst zwölf Jahre alt sein. (Krone) Es soll sich dabei laut Krone um Syrer handeln.

Deja vue: Multi-Kulti-Vergewaltigungen sind eine Art von Kavaliersdelikt

Und wohl mittlerweile auch Nachahmungs-Delikte:

„Drei junge Afghanen vergewaltigten eine 21-jährige türkische Studentin 2016 auf der Toilette am Praterstern. Nun, vier Jahre nach der Tat, wurden sie vorzeitig aus der Haft entlassen." (oe24)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Österreich: Narrentanz um Zeltlager – ein ZurZeit-Podcast mit Andreas Mölzer

ANDREAS MÖLZER

25. 10. 2022

Es strömen Massen an jungen Männern aus Urlaubsländern wie Tunesien, Marokko oder Indien in unser Land, um in unsere Sozialsysteme einzuwandern. Und es werden also wieder Zelte aufgestellt, um diese Massen an illegal ins Land strömenden Migranten aufnehmen zu können. Und es sind mehr als im Chaosjahr 2015.

Der Innenminister schlägt zwar Alarm und erklärt, wir seien an unserer Belastungsgrenze angelangt. Aber reagiert wird nicht wirklich … Die Grünen wiegeln natürlich ab und erklären, dass die meisten ohnedies weiterziehen wollten und gar nicht in Österreich um Asyl ansuchen würden – also alles halb so schlimm.

https://www.youtube.com/watch?v=I33FSSj55RA

Dieser Podcast erschein zuerst auf ***ZURZEIT***, unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

27) Dr. Johannes Hübner erteilt Gutmenschen im Bundesrat Österreichs einen Nachhilfeunterricht

22. 10. 2022

Johannes Hübener **bei seiner Rede zu Sanktionen am 6.10.2022 im Bundesrat**

Dr. Johannes Hübner hielt am 6. Oktober im Österreichischen Bundesrat eine bedeutsame Rede über die wahren Zusammenhänge zwischen westlicher Sanktionspolitik und wachsenden Immigrationsströmen, welche die Bevölkerungen Europas verstärkt vor existentielle Fragen stellen: Es passt nicht zusammen, dass, während das atlantische Establishment verbissen von Digitalisierung, Automatisierung und künstlicher Intelligenz predigt, Europa in immer stärkeren Masse von illegalen und beruflich weitgehend unqualifizierten Zuwanderern geflutet wird.

Zu selten nur wird zu diesem Thema Klartext gesprochen. Aus diesem Grund veröffentlicht Unser-Mitteleuropa das Transkript der Rede, um unseren Lesern die deutlichen Worte von Bundesrat Johannes Hübner nachstehend bekannt zu geben:

Danke Herr Präsident,
sehr geehrte Damen & Herren,
liebe Kollegen,

ja, ich glaube, was der Kollege (Marco) Schreuder (Grüne) hier gesagt hat, das kann so nicht stehen bleiben und soll auch nicht unwidersprochen bleiben: Zuerst einmal zu den Sanktionen an sich. Sie haben die Sanktionen dargestellt als einen Teil des europäischen Friedenswerkes, also ein Teil des Kampfes für Menschenrechte gegen Gewalt, gegen Tötung, gegen Missbrauch, gegen Zerstörung als ein genuin europäisches Projekt, das uns zeigt, wie die europäischen Werte den Putin-Werten gegenüberstehen.

Herr Kollege, haben Sie jemals die Genealogie der Russen Sanktionen verfolgt? Wissen Sie auf was die zurückgehen? Das glauben Sie? Ich werden Ihnen ein bisschen davon erzählen? Begonnen hat das Ganze im Juni 2017: Da wurde im amerikanischen Senat ein Gesetzesentwurf der Demokraten eingebracht. Im Jahr 2017 – da waren keine Kriege – nichts! Krim war lang vorbei.

Der Entwurf hat den bezeichneten Titel gehabt – «Countering Russian Influence in Europe and Eurasia» – *dem russischen Einfluss in Europa und Eurasien entgegenzutreten.* Das haben die Demokraten eingebracht und dem sind dann die Republikaner gefolgt und **das Gesetz am 2 August 2017 beschlossen** und vom amerikanischen Präsidenten unterschrieben worden, damals aber bereits unter dem trügerischen, aber doch auch recht enthüllenden Namen **«Countering American Adversaries through Sanctions Act»**

PUBLIC LAW 115–44—AUG. 2, 2017

COUNTERING AMERICA'S ADVERSARIES
THROUGH SANCTIONS ACT

Das US Gesetz H.R.3364 für den US-Wirtschaftskrieg – auch gegen eigene «Verbündete»

Das heißt, amerikanischen Gegnern durch Sanktionen zu begegnen. Dieses Gesetz sieht vor, dass Beschlüsse der USA zur Sanktionierung aller Staaten – man hat es nicht einmal auf Russland beschränkt – internationales Recht darstellen und international durchgesetzt werden können und auch ausländische, insbesondere europäische Firmen, die gegen amerikanische Sanktionsbestimmungen verstoßen, amerikanisches Unrecht begehen und zivil und strafrechtlich in den USA verfolgt werden können.

Kern sagte: «Ein eklatanter Verstoss gegen das Völkerecht!»

Ich schau zum Kollegen (Stefan) Schennach (SPÖ), weil er so ruhig vor sich hindöst: Ja, ich schau hin, weil interessanterweise der damalige Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzende Kern dazu gesagt hat: «Das ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht». Es wurde in den Medien natürlich sehr wenig berichtet. Auch diese Äußerung von Kern nicht. Das ganze Gesetz wurde eher mit peinlichem Schweigen übergangen, weil es natürlich die Grundsätze einer offenen gerechten und rechtsbasierten Weltordnung auf den Kopf stellt.

Was ist daraufhin passiert? Es ist – da muss jetzt mal nachlesen, wann es genau war, am 29.01 2018 ist zu diesem Gesetz der erste sogenannte Report erschienen und der hat vorgeschlagen 96 Persönlichkeiten russischer Abstammung oder mit russischen Staatsbürgerschaften und mehrere hundert Unternehmen auf die sogenannte

Sanktionsliste, auf die Blacklist zu setzen. Tatsächlich wurden dann auch mit Beschluss der amerikanischen Häuser vom April 2018 29 russische Personen oder russisch-stämmige Leute und 17 Unternehmen auf diese Liste gesetzt.

Es ist interessant, Sie können das in der Kongressbibliothek einsehen: Die Klausel 257 dieses Acts begründet ihn damit, dass es darum geht – ich zitiere jetzt wörtlich – ***«den Export von US-Energieressourcen Vorrang vor anderen Exportströmen zu erwirken und dadurch in den USA Jobs zu schaffen.»*** Das ist der Hintergrund dieser ganzen Gesetze:

(9) to continue to oppose the NordStream 2 pipeline given its detrimental impacts on the European Union's energy security, gas market development in Central and Eastern Europe, and energy reforms in Ukraine; and

(10) that the United States Government should prioritize the export of United States energy resources in order to create

[[Page 131 STAT. 932]]

American jobs, help United States allies and partners, and strengthen United States foreign policy.

Auszug aus H.R. 3364 Sec. 257 «Ukrainian Energy Security» – dem englischen Original

Die erste drastische Auswirkung war dann im Dezember 2017 gegen europäische Firmen, die bei NordStream 2 mitgearbeitet haben, Sanktionen erlassen wurden. Man hat einen eigenen Act (Gesetz) schnell gemacht, der skurriler Weise geheißen hat: ***«Protecting Europe,s Energy Security Act».***

AUTHENTICATED U.S. GOVERNMENT INFORMATION GPO

I

116TH CONGRESS
1ST SESSION

H. R. 3206

To impose sanctions with respect to the provision of certain vessels for the construction of Russian energy export pipelines, and for other purposes.

A BILL

To impose sanctions with respect to the provision of certain vessels for the construction of Russian energy export pipelines, and for other purposes.

Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled,

SECTION 1. SHORT TITLE.

This Act may be cited as the "Protecting Europe's Energy Security Act of 2019".

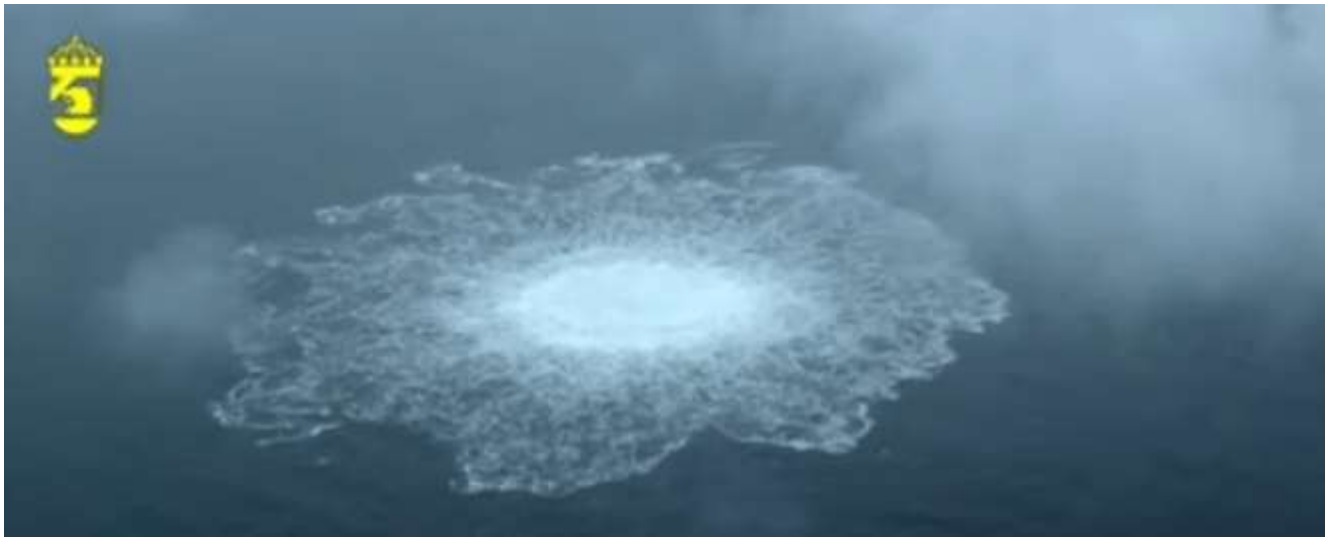
SEC. 2. SENSE OF CONGRESS ON RUSSIAN ENERGY PROJECTS.

"Protecting Europe,s Energy Security Act of 2019" oder PEESA vom 11.6.2019 – das US Gesetz, welches in den Folgejahren noch mehrfach Zusätze erfuhr:

Ein beispielloser Eingriff in unsere Rechtsordnung

«Protecting Europe,s Energy Security Act (PEESA)» hat als Hauptziel (gehabt) zu verhindern, dass weitere Gaspipelines auf dem Festland oder unter See errichtet werden können. Man hat damals auch die Bauarbeiten an NordStream 2 – einem ja zur Hälfte von Europa auch von Österreich finanzierten Projekt – zum Erliegen gebracht, indem man an die Firma Allseas, ein Schweizer holländisches Gemeinschaftsunternehmen, das die Verlegungsarbeiten durchgeführt hat, einen **Brief** – gerichtet hat – unterschrieben von den Fraktionsführern beider Parteien – den Republikanern und Demokraten: Damit wurde dem Vorstand mitgeteilt, dass das Unternehmen, wenn es nicht binnen 48 Stunden die Arbeiten an NordStream 2 einstelle, von den USA vernichtet würde. Das hat dazu geführt, dass die Firma unverzüglich die Bauarbeiten abgebrochen hat.

Nicht einmal gegen diesen beispiellosen Eingriff in unsere Rechtsordnung hat irgendjemand reagiert oder protestiert. In Deutschland hat es zwar lahme Beschlüsse gegeben, trotzdem am Projekt festzuhalten und darauf hinzuweisen, dass es zu 96 – oder 95 Prozent fertig sei und das Milliarden hier bereits versenkt wären. Einziges Ziel ist es gewesen sicherzustellen, dass keine Energie aus Russland oder aus Pipelines, die aus Russland, Kasachstan oder vielleicht sogar dem Iran oder Aserbaidschan Gas nach Europa bringen, fertiggestellt oder in Betrieb gehalten werden können.



Terroranschlag auf NS I & II am 26.09.2022 – *Quelle: Video Sreenshot Swedish Coast Guard*

Es wird Ihnen vielleicht nicht entgangen sein, was mit den beiden Pipelines NordStream 1 und 2 vor einer Woche etwa passiert ist.

Die Schweiz musste ihre Neutralität aufgeben

Gehen wir mal weiter zu dieser Sanktionspolitik. Die Sanktionspolitik hat ja auch dazu geführt, dass die Schweiz, die über 200 Jahre neutral war, ihre Neutralität aufgeben musste. Aber nicht, weil die Schweizer gesagt haben: «Es war eine schlechte Idee – jetzt schließen wir uns im Ukraine-Russlandkrieg den Ukrainern an», sondern weil die USA der Schweizer Bundesregierung und führenden Schweiz Unternehmen de facto mit der Vernichtung gedroht haben, falls die Neutralität nicht aufgegeben würde. Tatsächlich hat die Schweiz nur wenige Tage standgehalten und sich diesen Sanktionen angeschlossen.

Sanktionen überhaupt – Sanktionen als Mittel der Friedenspolitik. Da darf ich einmal die Grünen und auch die SPÖ, die ja immer davon reden, dass wir die Migrationsströme und Elend in der Dritten Welt in den Herkunftsländern der Migration dadurch bekämpfen müssen, dass wir vor Ort Hilfe leisten. So ist ja unsere Entwicklungszusammenarbeit begründet. So sind die 100 Millionen, die wir direkt und indirekt jedes Jahr dafür aufwenden unter anderem auch begründet. Wie sieht das nunmehr aus? Nehmen wir uns drei Herkunftsländer – Haupt Herkunftsländer der Migrationsströme her: Nehmen wir Afghanistan, Iran und Syrien. Das sind Länder, die seit Jahren – teilweise schon seit Jahrzehnten – mit den schärfsten amerikanischen Sanktionen belegt sind. Syrien hat überhaupt die schärfsten Sanktionen, die es in der Geschichte gegeben hat und denen sich nolens volens die Europäische Union natürlich angeschlossen hat.

Keine europäische Bank, kein Unternehmen kann es sich leisten gegen den ***«Countering American Adversaries through Sanctions Act»*** und die beigeschlossene laufend aktualisierte schwarze Liste zu verstoßen, weil das dazu führt, dass allen amerikanischen Unternehmen untersagt wird, mit diesen Firmen Geschäfte zu machen und Beschlagnahme

des Vermögens in den USA droht und vor allem die Abkoppelung vom internationalen Dollar Transfer – also die Unmöglichkeit in Dollar Geschäfte zu machen. Was das bedeutet brauche ich nicht weiter zu sagen. Dieses Land ist nicht in der Lage irgendwelche Geschäfte zu machen, etwas zu finanzieren, Investitionen hereinzuholen und daher kehrt auch niemand nach Syrien zurück. Nicht weil der Krieg dort tobt – der ist seit zwei, drei Jahren mehr oder minder eingefroren, aber weil die wirtschaftlichen Grundlagen systematisch zerstört werden. Das einzige was man hier hört ist: «Ach Gott, der Erdogan, der wird uns jetzt die Flüchtlinge schicken – der wird die nicht behalten.» Ja, die Türken haben drei, vier Millionen, die sich weigern zurückzukehren, weil sie dort keine Lebensgrundlage sehen. Und die Gefahr besteht natürlich, dass die Türkei die nicht auf ewige Zeiten behalten wird.

Aber glauben Sie irgendjemand in der Europäischen Union diesem großen Friedensprojekt oder in der großen Entwicklungshilfe Szenerie kommt auf die Idee zu sagen: *«Bitte hören wir mit diesen Sanktionen gegen Syrien auf. Es gibt so viele Länder, die nicht perfekte Demokratien sind. Die strangulieren wir auch nicht in einer Weise, dass die Bevölkerung flüchten muss.»* Nein – das wird nicht gesagt, weil es dem Grundkonsens des amerikanischen Imperiums und den hier gleich geschaltet agierenden europäischen Akteuren widerspricht.

Wo liegen die wahren Wurzeln der Migrationsströme?

Afghanistan ist ja noch dramatischer! Nachdem die dortige von den USA – sagen wir mal freundlich – eingesetzte Regierung innerhalb von drei Monaten nach Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen kollabiert ist, hat man nicht nur aufgehört Afghanistan irgendeine Unterstützung zu geben, sondern eine der ersten Taten der USA war es das gesamte Devisenguthaben der afghanischen Zentralbank zu beschlagnahmen. Es waren ca 4,75 Milliarden Dollar, so dass die lokale Währung Afghani ungedeckt und praktisch wertlos gewesen ist und Importe für die Afghanen unmöglich geworden sind. Die können also nur Barter-Geschäfte mit den Nachbarn machen, wo Sie Früchte und kleine Menge von Mineralien und dergleichen liefern und dafür Lebensmittel und andere lebensnotwendige Güter erhalten. Glauben sie das Friedensprojekt hat irgendetwas unternommen – ist in den USA vorstellig geworden und hat gesagt: *«Bitte gebt denen doch die Devisen zurück. Holt Euch die 4,75 Milliarden irgendwoher, aber nicht ausgerechnet von Afghanistan.»* Nein, hier wird aber gefordert – egal, ob im Parlament bei uns oder in internationalen Foren oder bei NGOs: *«Wir müssen die Quellen und die Wurzeln der Probleme in Angriff nehmen.»*

«Iran» brauche ich gar nicht zu nennen: Die stehen seit 40 Jahren unter Sanktionen und diese Sanktionen – das weiß ja jeder – die treffen ja nicht die Führungsschicht – die treffen ja nicht…die Mullahs dort, sondern die treffen den Durchschnittsbürger insbesondere die sogenannten verletzlichen unteren Einkommensschichten einer Bevölkerung, die keine Möglichkeit hat auch nur eine basismedizinische Versorgung zu erhalten.

Mit dem Irak ist es ähnlich. Der ist da eingesperrt unter lauter Sanktionskonditionen – auch dort ist die Wirtschaft massiv behindert, abgesehen davon, dass das von den Amerikanern dort installierte System hinten und vorne nicht funktioniert und von der lokalen und noch dazu importierten Korruption und Unfähigkeit der Leute zerfressen wird.

Wir sind also in einer Situation, wo wir wesentlichen Dingen gegenüber die Augen verschließen mit dem merkwürdigen Argument, das diene alles der Vermeidung von Gewalt, Übergriffen und sexuellen Missbrauch und so weiter, um nicht Völker zu strangulieren, doch unsere eigene Bevölkerung massivst beschädigen – das Real-Lohnniveau senken, die Zukunft weder wirtschaftlich noch energietechnisch, noch privathaushaltsmäßig in irgendeiner Weise absichern und zu all dem schweigen.

Und jetzt komme ich nochmal zum Kollegen Schenner, weil er heute zwei Anträge eingebracht hat. Ich kann nur sagen: «Ja, guten Morgen SPÖ – offensichtlich erwacht nach langem Dauerschlaf… Heute… am 6 Oktober kommt sie auf die Idee einen Gaspreisdeckel und aber skurrilerweise unter der Überschrift: «Aufschiebung…» – die Aufschiebung der CO2-Abgabe zu verlangen – seit Monaten. Diese Anträge haben wir jedenfalls zweimal eingebracht – einmal in einer Sitzung sogar, wo es eine Oppositionsmehrheit gegeben hat oder gegeben hätte. Von wem wurde sie abgelehnt? Von der SPÖ!… Liebe Kollegen von der SPÖ – gefordert haben sie es vielleicht mit dem Mund, aber ich habe keinen einzigen Antrag von Ihnen gesehen, um die CO2-Abgabe abzuschaffen, aufzuschieben und jetzt, wo sie in Kraft bereits ist – guten Morgen – am ersten Oktober in Kraft getreten, verlangen Sie eine Aufschiebung. Wenn: Verlangen sie eine *Aufhebung* oder *Aussetzung*, aber in der Überschrift steht *Aufschiebung* – das zeigt ungefähr wie lang sie den Antrag schon vorbereitet haben. Aber offenbar haben sie sich nicht getraut ihn einzubringen, weil er natürlich zur Politik, die in Wien gefahren wird von der SPÖ Stadtverwaltung im konträren Gegensatz dazu steht: Da wird ja alles gemacht, um die Preise hoch zu halten, um die möglichen Gewinne, die man trotz der Spekulation vielleicht noch erzielen könnte, hereinzufahren auf dem Rücken der Bürger.

Wir werden diesen Anträgen natürlich zustimmen, weil nachdem die SPÖ erwacht ist und ihr auch klar geworden ist, dass es eine Inflation gibt und es vielleicht ein Problem bei den Gaspreisen gibt, dass es vielleicht nicht so gescheit ist in einer Zeit der Inflation und der Real-Lohn Schmälerung noch eine Steuer auf Benzin & Co darüber zu erheben. Da werden wir natürlich zustimmen und wir gratulieren zu diesem Erwachen und freuen uns mit der SPÖ auf eine nunmehr hoffentlich wirklich bürgernahe und an den Realitäten orientierte Politik!

Vielen Dank [Applaus]

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S ü d t i r o l (Seite E 124)

Keine Berichte!

S c h w e i z (Seite E 125)

Keine Berichte!

E. h) Ostmitteleuropa Seiten E 126 – E 137

S l o w a k e i (Seiten E 126 - E 127)

01) Slowakei: Parlament lehnt Stärkung von LGBTQ-Rechten nach Schwulenmord ab

20. 10. 2022

Eine Woche nach der Schießerei vor einer Schwulenbar in Bratislava lehnte das slowakische Parlament einen Vorschlag der Opposition zur Stärkung von LGBTQ-Rechten ab.

In der Slowakei hatten Tausende der, vor einer Schwulenbar in Bratislava, getöteten Menschen gedacht. Nach der Bluttat wurde der Vorfall am vergangenen Mittwoch von den Behörden zum Terrorakt erklärt. Seinen Hass auf Schwule und den Mord hatte der Täter einen Tag zuvor in den sozialen Medien angekündigt. Dessen Leiche wurde am Morgen nach dem Mord am Mittwochabend gefunden. Außerdem soll der Mörder am 12. Oktober vor der Tat den slowakischen Ministerpräsiden Eduard Heger erfolglos als Mordopfer ausgesucht haben. (Krone)

Keine Anlass-Gesetzgebung

Anlässlich der Mahnwache zum Gedenken an die beiden Verstorbenen hatte auch die slowakische Präsidentin demonstrativ die Regenbogenfahne an ihrem Büro gezeigt. Nun aber lehnte das slowakische Parlament den Vorschlag zur Stärkung von LBTGQ-Rechten ab.

Die liberale Partei „Freiheit und Solidarität“ (SaS) hatte einen parlamentarischen Vorschlag zur Stärkung von LGBTQ-Rechten vorgelegt. Dieser wurde aber nur von durch 50 von 130 Abgeordneten unterstützt. Nach der Entscheidung kam es zu einer Antifa.Demonstration in der Hauptstadt.

IWA - AIT

@IWAAIT

.
Folgen
A demonstration we have never seen in Bratislava before

https://iwa-ait.org/content/demonstration-we-have-never-seen-bratislava

https://priamaakcia.sk/A-demonstratio

1:18 nachm. · 19. Okt. 2022·Twitter Web App

8
Retweets

31
„Gefällt mir"-Angaben

https://priamaakcia.sk/A-demonstration-we-have-never-seen-in-Bratislava-before-photo-.html

https://twitter.com/IWAAIT/status/1582692766999379968?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1582692766999379968%7Ctwgr%5Eed6d549927917504a31492ec72b54f7d793e7caa%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fslowakei-parlament-lehnt-staerkung-der-lgbtq-rechte-nach-schwulenmord-ab%2F

Keine formell eingetragene Partnerschaft

Der Vorschlag hätte gleichgeschlechtlichen Paaren eine formelle Beziehung gewährt, was ihnen den Erwerb von gemeinsamen Eigentum, die Erbfolge, den Zugang zu den Gesundheitsdaten des Partners oder den Antritt einer Witwenrente erlaubt hätte.

Jana Bittó Cigániková, Mitglied der SaS, bedauerte: „Es ist erstaunlich, dass auch nach dem Tod zweier junger Menschen weder Politiker noch Gesellschaft in der Lage sind, ihren eigenen Schatten zu überwinden. Wir bedauern, dass unser Parlament aus solchen Leuten besteht." Einige Mitglieder der Regierungskoalition kündigten eigene Vorschläge an.

Im Gegensatz zum laizistische-atheistischen Nachbarland Tschechien dürfen gleichgeschlechtliche Paare in der vorwiegend katholischen Slowakei keine eingetragene Partnerschaft eingehen. (Index)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

U n g a r n (Seiten E 128 – E 135)

02) Ungarische Revolution 1956 – Ungarn kämpft weiter für die Freiheit gegen Brüssel (VIDEOS)

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

23. 10. 2022

1956 hielt der damalige Ministerpräsident Imre Nagy seine letzte öffentliche Rede für die Freiheit:

„Sowjetische Truppen haben im Morgengrauen zu einem Angriff auf unsere Hauptstadt angesetzt, (um) die gesetzmäßige demokratische Regierung der ungarischen Volksrepublik zu stürzen. Unsere Truppen stehen im Kampf. Die Regierung ist auf ihrem Platz.“

https://www.youtube.com/watch?v=gYv1iCRusis

1956 – 2006 – 2022: Gegen Moskau und jetzt Brüssel

50 Jahre später kam es zur größten Revolution gegen Fremdbestimmung nach 1956: Die Ungarn protestierten 2006 erneut, dieses Mal gegen die Lügenrede (UM berichtete) des sozialistischen Ex-Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcany. Auch damals wurde der Feiheitswille der Ungarn verraten: Dieses Mal von den EU-Links-Eliten.

Hier die im Westen zensierten Videos der brutalsten Niederschlagung eines Volksaufstandes nach 1956:

„Ein Volk erklärte: Es reicht!“ (Sándor Márai)

Der berühmte ungarische Exildichter Sándor Márai schrieb das Gedicht „*Vom Himmel, ein Engel herab*“ zu Weihnachten 1956 in seinem Exil in New York: Verzweifelt-zerrissen zwischen dem gleichgültig-monoton-schweigenden Frieden im freien Westen und dem mit Blut getränktem Schweigen aus Sehnsucht nach Freiheit in Budapest. Im Angesicht einer unerträglichen Hoffnungslosigkeit hielt Márai die letzte noch glimmende Glut mit einer ultimativ christlichen Hoffnung aus eigener Kraft am Leben: Er verstand 1956 als christliches Opfer und Wunder für die Welt zugleich. Es ist das Geheimnis des Ostens: Mit seiner Nähe zu Tod, und Hoffnung auf Freiheit, und: Dass das Schicksal trotz allen Leids voller Sinn ist und das Leiden hinter sich zurücklässt…

„Und die Welt spricht vom Wunder: Priester predigen von Tapferkeit, Staatsmänner von Beistand, Gesegnet durch des Papstes Eminenz.
Und alle nur erdenklichen Völker und Regime fragen sich, worum alles schlussendlich so gekommen sein musste…
‚Warum dieses Volk nicht ausgelöscht wurde, wie sie es begehrten?
Warum hat es nicht in Stille sein Ende erduldet?
Warum nur bloß ist der Himmel aufgebrochen,n indem ein Volk erklärte: ’Es reicht!‘ ?“

„*Es gibt Schlimmeres als das Leiden und den Tod… Schlimmer ist es, seine Selbstachtung zu verlieren.*“ (Sándor Márai)

https://www.youtube.com/watch?v=vllOsXQ-sBs

Sándor Márais Gedicht zu 1956: „Engel, eile, vom Himmel herab!“

„Engel, eile, vom Himmel herab,
ins brandig-schwelende, eisige Budapest.
Wo russische Panzer

den Glocken lauschen.
Wo zur Weihnacht nichts funkelt,
und keine Silbernüsse hängen an den Bäumen.
Nichts anderes dort: Als Frost, Zittern und Hunger.
Sag es ihnen allen so, dass alle verstehen.
Sprich es nur laut aus der Nacht heraus aus:
Engel, überbring die Kunde vom Wunder.

Schlag deine Flügel forsch zusammen,
Flieg, flattere los, denn alle warten schon ungeduldig auf die Kunde vom Wunder.
Nicht erzähle ihnen von einer Welt,
wo jetzt Kerzenschimmer brennt,
wo sich in warmen Häusern ein Tisch bereitet,
Ein Priester tröstende Worte findet, …
Engel, du: Gib Kunde vom Wunder.

Sprich es aus, denn dies ist das Wunder der Welt:
Eines armen Volkes sein Weihnachtsbaum
ging in der Stillen Nacht in Flammen auf -
Und viele bekreuzigen sich jetzt.

Aller Welten Länder Völker, (…)
Sie beten oder erschauern,
Weil nicht am Baum hängt Zuckerwerk:
Sondern Ungarn, des Christus' sein Volk.

Und viele schreiten vor Christus einher:
Der Soldat, der das Herz durchbohrte, …
Jener, der ihn dreimal verleugnete,
Der seine Hand in die Schüssel tauchte,
Der dreißig Silbermünzen geboten bekam.
Und während er schmähte, prügelte, lästerte:
Aß er von seinem Fleische und trank von seinem Blut.
Jetzt stehen und starren so viele.
Aber mit ihm zu sprechen, wagt keiner.

Weil ES weder spricht, noch klagt an,
Schaut es herab wie Christus vom Kreuz.
Seltsam ist dieser Weihnachtsbaum,
Gebracht muss ihn haben der Teufel oder ein Engel.
Diejenigen, die um seinen Mantel würfeln,
– denn sie wissen nicht, was sie tun -
Sie murren, rätseln, vermuten nur:
Das Geheimnis der Nacht.

Sehr seltsame Weihnachten sind diese:
Denn an den Bäumen hängt jetzt das ungarische Volk.

Und die Welt spricht vom Wunder:
Priester predigen von Tapferkeit,

Staatsmänner von Beistand,
Gesegnet durch des Papstes Eminenz.
Und alle nur erdenklichen Völker und Regime
Sich fragen, worum alles schlussendlich so gekommen sein musste…
„Warum dieses Volk nicht ausgelöscht wurde, wie sie es begehrten?
Warum hat es nicht in Stille sein Ende erduldet?
Warum nur bloß ist der Himmel aufgebrochen,

indem ein Volk erklärte: 'Es reicht!' ?"

Nur wenige verstehen das alles,
Was hier, wie das Meer, überflutet hat alles.
Warum erbebte der Weltmächte Regime?
Ein Volk schrie auf. Danach nur mehr Stille.
Nun fragen auf einmal viele, was war:
„Wer machte aus Knochen und Fleisch ein Gesetz?"
Das fragen auf einmal sich immer mehr.–

Stammelnd, weil sie überhaupt nichts versteh'n,
Sie, die dieses Erbe geschenkt bekamen -:
„Ist Freiheit denn wirklich ein solch großes Ding?"

Engel, du! Überbring endlich die Kunde vom Himmel herab,
Dass immer neues Leben wird werden aus Blut.
Einige Male waren sie schon zusammen:

Das Kind, der Esel, der Hirte,
im Stall, neben der Krippe.
Wenn das Leben Lebendiges gebärt:
Dieses Wunder beschützen sie jetzt*,*
Nur mit ihrem Atem halten sie Wache.

Wenn der Stern brennt, bricht die Morgenröte an,
*Sag es ihnen alle – Engel, vom Himmel herab.“ (*Freie Übersetzung durch Elmar Forster*)*

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Linke Journaille („Der Standard“) empört: Orban hält Volksbefragung zu den Sanktionen ab

Von unserem Ungarn-Korrespondent ELMAR FORSTER

21. 10. 2022

Linker Standard-Schreiberling und Exil-Österreicher in Wahlheimat Budapest

Besonders erbost zeigte sich einer der größten Ungarn-Diffamierer, Gregor Mayer vom Standard, indem er die Anwendung direkter Demokratie, weil in Ungarn und dazu noch EU-kritisch, verächtlich macht: „Orban ‚konsultiert‘ das Volk zu EU-Sanktionen“. – Um so seine totalitaristische und undemokratische EU-Partei-Anhängerschaft kundzutun: „Die

ungarische Regierung lässt über die Strafmaßnahmen gegen Russland abstimmen und wirbt mit Anti-EU-Plakaten.“ Denn, so Mayer…: Unangenehme Fragen gegen die EU würden (linke) „Beobachter als manipulativ kritisieren“. (Mayer)

Das „Skandal“-Plakat

Gleichzeitig appelliert Mayer an einen nationalistisch-chauvinistischen, ostrassistisch unterlegten Futter-Neid: „Erfreut sich doch Ungarn tatsächlich bei den Ölsanktionen gegen Russland einer vollumfänglichen Ausnahmeregelung.“ (Mayer) – Ja, das tut linken „Frieren-gegen-Putin“-Fanatikern weh…

Und dann auch noch das Plakat selbst: „Tauchten doch in ganz Ungarn Plakate auf, die eine Bombe mit der Aufschrift ‚Sanktionen‘ zeigen“. Orban hat es also wieder getan: EU-Kritik als Provokation – mittels direkter Demokratie.

Mayer außer sich: „Dazu steht der Text: ‚Die Brüsseler Sanktionen ruinieren uns!‘ “ Und dann noch die manipulative Behauptung einer linken Kaffeehaus-Journaille, die fälschlicherweise von sich aus auf die Meinung von Ungarn schlussfolgert: „Viele empfanden das als geschmacklos.“ (Mayer)

Die Angst der linken System-Günstlinge vor direkter Demokratie

Diese Angst ist unüberhörbar groß: Dass nämlich der Plakat-Text – „Die Brüsseler Sanktionen zerstören uns.“ – mittlerweile auch in der West-EU längst mehrheitsfähig geworden ist. Und dass Orbans gelebte direkte Demokratie auch dort verfängt: “ ‚Nationale Konsultation‘ “ – wie derartige Fragebogenaktionen der Regierung heißen“. (Mayer)

Ostrassistische Diffamierung und neo-kolonisatorische Bevormundung

Orban hat Mayers linken Totalitarismus stellvertretend einmal so umschrieben:

„Wenn in Ungarn etwas geschieht, was die Interessen der Großmächte, großer Firmen oder wichtiger Menschen verletzt, dann springt das EU-Parlament als erster und greift Ungarn an.“ (UngarnHeute)

Mayer in diesem Diffamierungs-Kontext, wo die 4-malige demoratische Pro-Orban-Regierungs-Wahl-Entscheidung des ungarischen Volkes – ganz im Sinne links-totalitärer Umsturz-Phantasien – verächtlich gemacht wird:

„Im eigenen Land setzte er in zwölfjähriger Herrschaft die komplette Zentralisierung von Macht und Korruption durch, allerdings ohne die in Russland übliche Gewalt. Aber auch die Politik der Repression von LGBTQI-Menschen und NGOs, das angebliche Eintreten für ‚christliche Werte‘ und die Abkanzelung des Westens als ‚dekadent‘ sind an Moskauer Vorbilder angelehnt.“ (Mayer)

Hier zur Erinnerung die neueste ungarische Umfrage: Orbans Fidesz kommt auf 52% Zustimmung (vadhajtasok)

Warum geht Mayer nichts ins korruptions-geschüttelte Wien zurück und schreibt dagegen an? Das weiß mittlerweile auch der links-grüne österreichishe Bundespräsident Van der Bellen:

„Das, was in den letzten Tagen zum Korruptionsthema öffentlich wurde, ist kein kleiner Wasserfleck. Wir brauchen hier eine Generalsanierung.“ Lehne er doch jede Form von Korruption und Freunderlwirtschaft ab, so der Bundespräsident. (Krone)

Aha…

Linke-System-Schreiberlinge als Handlager linker EU-Eliten

EU-Sprecherin Spinant

Ungarn-Diffamierer Mayer (screenshot)

„Die Herren der globalistischen Politik verkündeten: Wenn in irgendeinem Land nicht die Liberalen die Wahlen gewinnen, dann gibt es dort keine Demokratie mehr. Sie verkünden, dass das Volk eine Gefahr für die Demokratie darstellt.“ (Orbán: „Rede zur Lage der Nation“)

Die vorgegebenen EU-Meinungs-Diktate werden dann auch umgehend und identisch von Mayer und co übernommen: Denn die EU-Kommission sei „sich der nationalen Konsultation Ungarns bewusst“ und habe die „Plakatkampagne gesehen“ – so ein EU-Statement mit drohendem „Big-brother-is-watching“-Unterton.

Dazu das offizielle EU-wording durch Dana Spinant, der rumänische Sprecherin des EUGremiums: Es sei „unangemessen, Bomben auf Sanktionen zu richten, weil: Die

Strafmaßnahmen zielen genau darauf ab, Russlands Bombardierung der Ukraine zu stoppen.“ (vadhajtasok) – Aha…

Mayer in diesem Kontext als EU-Sprech-Puppe:

Ungarische Medien würden „zunehmend prorussische Narrative verbreiten, wie etwa, dass der Westen an der Eskalation schuld sei oder dass es Russland trotz Sanktionen nicht schlechter gehe und es militärisch nicht zu besiegen sei.“ (Mayer)

ANHANG: **Ungarn-Diffamierungen linker System-Medien**

…zur **Medien-Hasskampagne** gegen Ungarn (UM)

https://unser-mitteleuropa.com/erneute-medien-hass-verleumdungskampagne-gegen-ungarn/

Lügenpresse gegen Ungarn (Arte-TV, ORF und co) (UM)

https://unser-mitteleuropa.com/luegenpresse-gegen-ungarn-arte-tv-orf-u-co/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Orban vor EU-Gas-Embargo-Gipfel kämpferisch: „Werden es nicht zulassen!“

20. 10. 2022

BRÜSSZEL
INDUL

Orbán Viktor

Der ungarische Ministerpräsident Orban gibt sich vor dem heutigen Brüsseler Gas-Preis-Embargo-Gipel kämpferisch, und zwar ganz im Sinne der Verteidgung nationaler Interessen.

„Wir sind in Brüssel angekommen. Der EU-Gipfel beginnt“ – wie Orban auf seiner facebook-Seite bekannt gab.

Der Premierminister sagte vor dem Treffen, dass Brüssel erneut ein Gasembargo vorschlagen würde. Zuvor hatte er klargestellt: Seine Regierung werde nicht zulassen, dass die Interessen „von Ungarn ignoriert werden“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Kroatien (Seiten E 136 - E 137)

05) Kroatischer Präsident gegen Ausbildung ukrainischer Soldaten: „Das bringt Krieg zu uns“ – Deutschland prescht hingegen vor

26. 10. 2022

Symbolfoto Soldaten-Ausbildung

Der kroatische Präsident Zoran Milanović hat bezüglich der EU-Mission zur Ausbildung ukrainischer Soldaten und Offiziere im Gegensatz zu den deutschen Kriegstreibern eine rote Linie gezogen.

Als Oberbefehlshaber der kroatischen Streitkräfte habe er zwar keinen Einfluss auf den Umfang von Waffenlieferungen an die Ukraine, dafür aber in solchen kritischen Fragen wie der Ausbildung der Ukrainer, sagt er:

„Wir sind korrekt, solidarisch, aber nicht weiter als das. Als Oberbefehlshaber werde ich das nicht erlauben. .. Das bringt den Krieg nach Kroatien.“

Während Milanović offensichtlich die Auffassung vertritt, dass dieser Schritt Kroatien zu einem Kriegsteilnehmer gegen Russland machen würde, kennt Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht derartige Bedenken nicht. Im Gegenteil: Die Kriegstreiberin sieht Deutschland „ganz vorne mit dabei was die Ausbildung ukrainischer Truppen betrifft, wo Deutschland jetzt ein Vorreiterrolle spielen will. Das peinliche Flintenweib wörtlich:

„Wir sind da ganz vorne mit dabei. … Es ist uns wichtig, dass die Soldaten, die da ins Gefecht, in den Krieg ziehen, dass die auch entsprechend ausgebildet sind“.

Lambrechts Aussage macht erneut deutlich, dass Berlin nicht nur knöcheltief, sondern bis zum Hals im NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland drinsteckt. Man wird sehen, wie Russland mittelfristig auf den Bruch des Waffenstillstandes von 1945 mit Deutschland (Friedensvertrag gibt es ja bekanntlich noch keinen) reagieren wird.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. i) Osteuropa: Seiten E 138 – E 163

U k r a i n e (Seiten E 138– E 143)

01) Ukraine setzt Hass gegen ungarische Minderheit fort: Nationaldenkmal zerstört

27. 10. 2022

Demütigung mittels Ungarn-Hass

Mitten im Krieg wurde in der Karpato-Ukraine mit seiner ungarischen Minderheit ein nationales Denkmal entfernt, das als Symbol ungarischer Identität gilt.

Proteste der ungarischen Minderheit

Der Staatssekretär des „Ministerpräsidiums für Nationale Politik und ungarische Organisationen in der Karpato-Ukraine“ protestierte gegen die Entscheidung des Stadtrats von Munkatsch (Munkács/Mukatschewo), die Statue des Turul-Vogels, als Symbol der Stadt und der ungarischen Identität, von der Burg Munkatsch zu entfernen. János Árpád Potápi, bedauerte auch, dass „es der Führung der Stadt mitten im Krieg am wichtigsten sei, ein Denkmal abzureißen, das ein Symbol der lokalen und transkarpatischen ungarischen Identität sei, während Ungarn die größte humanitäre Hilfsaktion seiner Geschichte durchführe, um den Kriegsflüchtlingen in der Ukraine zu helfen.“

Ukrainische Provokation zur Destabilisierung des multikulturellen Transkarpatien

Er verwies darauf, dass in einem Land mit europäischen Werten die Erhaltung historischer Denkmäler einer der wichtigsten Maßstäbe für die Minderheitenpolitik eines Landes sei. Nach Ansicht von Potápi könnte dieser Schritt die Stabilität des multi-ethnischen Transkarpatiens zerstören.

Hohes Identifikations-Symbol für die ungarische Minderheit – Erinnerung an Trianon

Die ungarische Statue in der Burg von Munkatsch wurde 1896 als eines der sieben Milleniumsdenkmäler Ungarns errichtet. Nach dem Trianon-Diktatfrieden wurde der Vogel 1924 von den tschechoslowakischen Behörden demontiert, und die Besatzer der Rote Armee, schmolzen die fast eine Tonne schwere Bronzestatue 1945 ein.

1945 wurde schließlich eine Kopie der vernichteten Statue durch den Bildhauer Mihály Belény angefertigt. Das Restaurierungsprojekt wurde damals zur Gänze von dem ungarisch-amerikanischen Geschäftsmann *Imre Pákh* finanziert.

Demütigung durch Vandalismus

Auf Anordnung des Stadtrates von Mukatsch wurde nach Aufforderung des örtlichen historischen Museums die Statue des Turul-Vogels in der Munkatscher Burg abgebaut und durch das ukrainische Staatswappen ersetze. Die Ukraine setzt somit ihre Politik des Minderheitenhasses weiter fort: Innerhalb weniger als zwei Stunden wurde die Statue entfernt, indem sie einfach von ihrem Sockel abgesägt wurde. Die bronzenen Krallen des Vogels waren noch auf der Säule, während das fast eine Tonne schwere Kunstwerk in den Burggraben geworfen wurde. „All dies geschah in Windeseile in einem Land, in dem die Reparatur eines einfachen Schlaglochs Monate dauern kann“, fügte Karolina Darcsi, „Kommunikationssekretärin des Transkarpatisch-Ungarischen Kulturvereins“ (KMKSZ), hinzu.

Ein ukrainisches Nachrichtenportal bewertete diese Aktion als eine Reaktion auf die „anti-ukrainische und feindselige Rhetorik der ungarischen Regierung“. Bereits 2018 war aber das Büro des Bürgermeisters von Munkatsch (ungarischer Bevölkerungsanteil ca. 10 %) fest entschlossen entschlossen, das Denkmal für die angebliche „militärische Macht Ungarns“ auf der Bastion durch das Staatssymbol der Ukraine zu ersetzen.

Ungarn zitiert ukrainischen Botschafter ins Außenministerium

Am darauffolgenden Tag (13. Oktober 2022) wurde der Geschäftsträger der ukrainischen Botschaft ins Außenministerium einberufen, wo ihm die ernsthafte Besorgnis der ungarischen Regierung angesichts dieser unnötigen Provokation zur Kenntnis gebracht wurde.

„Es steht außer Frage, dass die ungarische Volksgruppe in der Ukraine vor dem Krieg nicht korrekt behandelt wurde, aber die ungarische Regierung hat diese Frage seit Ausbruch des Krieges in den Hintergrund gedrängt“, wie der ungarische Außenminister Szijjártó festhielt.

Anordnung von ganz oben

Szijjártó deutete an, dass hinter diesem anti-ungarischen Minderheitenhass andere Kreise als die transkarpatische Regionalregierung stecken: Hätte doch dessen Gouverneur Viktor Mikita, bisher viel zur Eindämmung der anti-ungarischen Stimmung in seinem Oblast getan, weswegen er die Entfernung der Statue sicher nicht gutheißen konnte.

Ungarische Interessenvertretungen in Transkarpatien protestierten umgehend gegen die Entfernung des Turul-Denkmals. Diesbezüglich hält es auch der Transkarpatisch-Ungarische Kulturverein (KMKSZ) für äußerst seltsam, dass nämlich 2008 die Wieder-

Errichtung des Turul-Vogels auf Initiative der gesamten Stadtverwaltung errichtet wurde, und zwar „im Geiste der gemeinsamen historischen Vergangenheit und des friedlichen Zusammenlebens der Nationalitäten“.

Das Präsidium der „Ungarischen Demokratischen Allianz der Ukraine“ (UMDSZ) enttarnte den ukrainischen Minderheitenhass: „Zum ersten Mal in den Jahrzehnten der unabhängigen Ukraine lässt eine Gemeinde nicht die Errichtung oder auch nur die Restaurierung eines Denkmals der Kultur und Geschichte des ungarischen Volkes zu“, sondern im Gegenteil ordnet sie seine Zerstörung an. Die Organisation „protestiert nachdrücklich gegen diese Entscheidung“ und forderte die Mitglieder des Exekutivausschusses des Stadtrats von Munkatsch auf, sie zu widerrufen. (Ungarnreal)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Selenskyj: Energiesystem vor dem Zusammenbruch +UPDATE 27.10.+ Notfallplan für Kiew

27. 10. 2022

+++UPDATE **27.10.2022+++**

„Nehmt Kerzen!“ – Ganz Kiew bald ohne Strom

Infolge eines erneuten nächtlichen russischen Angriffs auf die Energieinfrastruktur der Region Kiew hat sich die Versorgungssituation deutlich verschlechtert – wie RBK Ukraine berichtet. In den sozialen Medien werden die Menschen aufgefordert, Kerzen und Thermoskannen zu kaufen.

„In der Nacht wurde eine der großen Energieanlagen in der Ukraine getroffen, weshalb wir in der Zentralregion einen großen Mangel haben. Dies betrifft vor die Region Kiew sowie die Regionen Schytomyr, Tscherkassy und Tschernihiw. Der Feind hat alle unsere Pläne durchkreuzt, die wir geplant hatten“ – wie Kirilo Timoschenko, stellvertretender Leiter des Büros des Präsidenten erklärte.

Vadhajtások.hu

@BedeZsolt2

.

Folgen

Az éjszaka folyamán egy jelentős energetikai létesítményt ért találat Kijev közelében. Emiatt egész Kijev áram nélkül maradhat. A képeket ma hozták nyilvánosságra.
7:04 nachm. · 27. Okt. 2022

89

Antworten

https://twitter.com/BedeZsolt2/status/1585678938420183040?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1585678938420183040%7Ctwgr%5Ee518d1ddaa8c53797d5b6aa48ce9f0a0cf71ec87%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fselenskyj-ukrainisches-energiesystem-vor-dem-zusammenbruch%2F

Notfallplan vor Ausarbeitung

Timoschenko kündigte außerdem an, diese Woche einen klaren Zeitplan für Stromausfälle auszuführen. Derzeit kommt es zu Notstromausfällen von mehr als 4 Stunden. Man könne aber keine weiteren Vorhersagen machen. Allerdings solle aber „der Stromverbrauch minimiert werden. Das gilt nicht nur für Haushaltskonsumenten."

Allein „in Kiew kann der Strommangel 30% erreichen. Normalerweise verbraucht die Stadt 1000–1200 MW. Derzeit wird die verfügbare Kapazität auf 600–800 MW geschätzt. Das heißt, fast die Hälfte von Kiew kann ohne Strom bleiben", sagte der Stromversorger Yasno.

Wird die U-Bahn in Kiew funktionieren?

Laut Timoschenko soll die U-Bahn aber weiterhin verkehren. Gleichzeitig wurden aber elektrische Trolleybusse bereits durch Busse ersetzt.

Kiew Donnerstagabend:

Vadhajtások.hu

@BedeZsolt2

.
Folgen

Kijev áram nélkül
8:36 nachm. · 27. Okt. 2022

77

https://twitter.com/BedeZsolt2/status/1585702029401677825?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1585702029401677825%7Ctwgr%5Ee518d1ddaa8c53797d5b6aa48ce9f0a0cf71ec87%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fselenskyj-ukrainisches-energiesystem-vor-dem-zusammenbruch%2F

ERST-Artikel 20.10.2022

Selenskyj: Energiesystem vor dem Zusammenbruch

Selenskyj forderte auf einem strategischen Treffen, gestern Mittwoch seine Minister dazu auf, sich auf alle Szenarien vorzubereiten. Es wurden dann Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen im Falle eines Total-Zusammenbruchs des ukrainischen Stromsystems diskutiert.

Weiters wurden aktuelle Fragen betreffend der Sicherheit kritischer Infrastruktur erörtert, welche zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Aktivitäten vonnöten ist. Außerdem erforderliche Schritte, um die Heizperiode im Zusammenhang mit den anhaltenden russischen Angriffen auf Kraftwerke zu überleben – wie es in der Erklärung heißt.

Selenskyj will demnach mobile Stromverteilungspunkte für kritische Infrastruktur von Städten und Dörfern aufstellen. Bereits für heute und morgen sei mit kontinuierlichen Stromausfällen zu rechnen – sagte Oleksandr Harchenko, Berater des ukrainischen Energieministers, mitteilte: „Derzeit sind etwa 40% unserer gesamten Infrastruktur und Produktionskapazität schwer beschädigt.“ Er riet den Menschen via Telegram.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seiten E 144 – E 163)

03) Sensationelle Rede Putins am Valdai-Treffen: Die Abrechnung mit unipolarer Weltherrschaft

29. 10. 2022

Die grosse Rede Präsident Putins am 27.10.22, Valdai Club, Moskau

Das diesjährige Forum stand unter dem Motto:

Eine Post-Hegemoniale Welt: Gerechtigkeit und Sicherheit für alle

An dem viertägigen Treffen nahmen 111 Experten, Politiker, Diplomaten und Wirtschaftswissenschaftler aus Russland und 40 anderen Ländern teil, darunter Afghanistan, Brasilien, China, Ägypten, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Iran, Kasachstan, Südafrika, die Türkei, die Vereinigten Staaten und Usbekistan, um nur einige zu nennen.

Moderator der Plenarsitzung des Valdai-Clubs war **Fyodor Lukyanov**:

Guten Tag, Herr Präsident,

Wir freuen uns jedes Jahr darauf, Sie zu sehen, aber dieses Jahr waren wir vielleicht ungeduldiger als sonst, denn es gibt viele Themen zu besprechen.

Wladimir Putin: Ja, das denke ich auch.

Fyodor Lukyanov: Das Forum konzentrierte sich vor allem auf Fragen der internationalen Ordnung, z. B. wie sich die Welt verändert und vor allem, wer tatsächlich am Steuer der Welt steht, wer sie lenkt bzw. ob die Welt überhaupt gelenkt werden kann.

Wir diskutieren dies jedoch nur als Beobachter, aber Sie haben die Macht – also teilen Sie uns bitte Ihre Gedanken mit.

Wladimir Putin: Ich danke Ihnen vielmals!

Die Rede des russischen Präsidenten im Wortlaut:

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

ich hatte die Gelegenheit, mir ein Bild von dem zu machen, was Sie hier in den letzten Tagen diskutiert haben. Es war eine interessante und gehaltvolle Diskussion. Ich hoffe, dass Sie es nicht bereuen, nach Russland gekommen zu sein und sich untereinander auszutauschen.

Ich freue mich, Sie alle zu sehen.

Wir haben die Plattform des Valdai-Clubs mehr als einmal genutzt, um die großen und schwerwiegenden Veränderungen zu erörtern, die in der Welt bereits stattgefunden haben und noch stattfinden, sowie die Risiken, die sich aus der Schwächung der globalen Institutionen, Aushöhlung der Grundsätze der kollektiven Sicherheit und Substituierung des Völkerrechts durch „Regeln“ ergeben. Ich war versucht zu sagen: *„Wir sind uns darüber im Klaren, wer sich diese Regeln ausgedacht hat“*, aber das wäre vielleicht nicht die richtige Aussage. Wir haben keinerlei Ahnung, wer sich diese Regeln ausgedacht hat, worauf diese Regeln beruhen oder was in diesen Regeln enthalten ist.

Es sieht so aus, als ob wir Zeugen eines Versuchs sind, nur eine einzige Regel durchzusetzen, nach der die Mächtigen – wir sprachen von Macht, und ich spreche jetzt von globaler Macht – leben könnten, ohne sich an irgendwelche Regeln zu halten, und mit allem davonzukommen. Das sind die Regeln, auf die sie, wie man sagt, ständig pochen, d.h. unaufhörlich darüber sprechen.

Die Valdai-Diskussionen sind wichtig, weil man hier eine Vielzahl von Einschätzungen und Prognosen zu hören bekommt. Das Leben zeigt immer, wie richtig sie lagen, denn das Leben ist der strengste und objektivste Lehrmeister. So zeigt das Leben, wie genau die Prognosen der vergangenen Jahre zutrafen.

Die Ereignisse haben sich zu einer Systemkrise ausgeweitet

Leider folgen die Ereignisse weiterhin einem negativen Trend, wie wir bei unseren früheren Treffen mehr als einmal erörtert hatten. Darüber hinaus haben sie sich zu einer größeren systemweiten Krise ausgeweitet, die sich nicht nur auf den militärisch-politischen, sondern auch auf den wirtschaftlichen und humanitären Bereich erstreckt.

Der sogenannte Westen, der natürlich ein theoretisches Konstrukt darstellt, weil er nicht geeint ist und es sich eindeutig um ein hochkomplexes Konglomerat handelt, hat in den letzten Jahren und vor allem in den letzten Monaten eine Reihe von Schritten unternommen, die auf eine Eskalation der Situation abzielen. Sie versuchen eigentlich immer, die Dinge zu verschärfen, was auch nichts Neues ist. Dazu gehören das Schüren des Krieges in der Ukraine, die Provokationen rund um Taiwan und die Destabilisierung der globalen Lebensmittel- und Energiemärkte. Letzteres geschah natürlich nicht mit Absicht, das steht ausser Zweifel. Die Destabilisierung des Energiemarktes war das Ergebnis einer Reihe systemischer Fehlleistungen westlicher Behörden, wie ich eingangs erwähnt hatte. Wie wir jetzt sehen, wurde die Situation durch die Zerstörung der paneuropäischen Gaspipelines noch verschärft. Das alles klingt jenseitig, aber wir wurden dennoch Zeugen dieser traurigen Entwicklungen.

Es geht um globale Macht und ein schmutziges Spiel

Die globale Macht ist genau das, um was es dem sogenannten Westen bei seinem Spiel geht. Aber dieses Spiel ist ganz sicher gefährlich, blutig und, ich würde sagen, schmutzig. Es setzt sich über die Souveränität der Länder und Völker, deren Identität und Einzigartigkeit

hinweg und tritt die Interessen anderer Staaten mit Füßen. Auch wenn das Wort *„Aberkennung“* nicht verwendet wird, tun sie es stets im realen Leben. Niemand außer denen, welche die erwähnten Regeln aufstellten, sind berechtigt, ihre Identität zu bewahren: Alle anderen haben sich diesen Regeln zu fügen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie an die Vorschläge Russlands an unsere westlichen Partner erinnern, um Vertrauen und ein kollektives Sicherheitssystem aufzubauen. Sie wurden im Dezember 2021 einmal mehr nur verworfen.

Doch Aussitzen kann in der modernen Welt kaum noch funktionieren. Wer den Wind sät, wird den Sturm ernten, so ein Sprichwort. Die Krise hat in der Tat globale Dimensionen erreicht und jeden getroffen. Darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben.

Die Menschheit steht an einer Wegkreuzung: Entweder sie lässt die Probleme weiter akkumulieren und wird schließlich unter ihrer Last zerbrechen, oder sie arbeitet gemeinsam an Lösungen – auch an unvollkommenen, solange sie funktionieren -, die unsere Welt stabiler und sicherer machen.

Wissen Sie, ich habe immer an die Kraft des gesunden Menschenverstands geglaubt. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass früher oder später sowohl die neuen Zentren der multipolaren Weltordnung als auch der Westen einen Dialog auf Augenhöhe über eine gemeinsame Zukunft für uns alle aufnehmen müssen – je früher, desto besser natürlich. In diesem Zusammenhang möchte ich einige der wichtigsten Aspekte für uns alle herausstreichen.

Die aktuellen Entwicklungen haben Umweltfragen in den Hintergrund gedrängt. So seltsam es klingen mag, aber genau darüber möchte ich heute zuerst sprechen. Der Klimawandel steht nicht mehr ganz oben auf der Tagesordnung. Aber diese grundlegende Herausforderung ist nicht verschwunden, sie ist immer noch da, und sie nimmt zu.

Der Verlust biologischer Artenvielfalt ist eine der gefährlichsten Folgen der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts. Damit komme ich zu dem zentralen Punkt, wegen dem wir alle hier zusammengekommen sind. Ist es nicht ebenso wichtig, die kulturelle, soziale -, politische – und zivilisatorische Vielfalt beizubehalten?

Der Westen verfolgt Nivellierung und Annullierung

Gleichzeitig bedeutet Nivellierung und Auslöschung aller Unterschiede im Wesentlichen das, was den modernen Westen ausmacht. Was steht dahinter? In erster Linie das schwindende kreative Potenzial des Westens und sein Wunsch, die freie Entwicklung anderer Zivilisationen zu hemmen und zu blockieren.

Natürlich gibt es auch ein offen geschäftliches Interesse. Indem sie anderen ihre Werte, Konsumgewohnheiten und Standardisierung aufzwingen, versuchen unsere Gegner – ich werde meine Worte mit Vorsicht wählen – die Märkte für ihre Produkte zu erweitern. Das damit verfolgte Ziel, ist letztlich sehr primitiv. Es ist bemerkenswert, dass der Westen den universellen Wert seiner Kultur und Weltanschauung verkündet. Auch wenn sie dies nicht so offen ansprechen und oft so tun, handeln sie so, als ob es Bestandteil des Lebens wäre, indem die von ihnen betriebene Politik zeigen soll, dass diese Werte von allen anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft bedingungslos akzeptieren werden müssten.

Ich möchte aus der berühmten Harvard Abschlussansprache von Alexander Solschenizyn aus dem Jahr 1978 zitieren. Er sagte, typisch für den Westen sei, *„eine notorische Blindheit an Überlegenheit“* – und sie hält bis heute an -, die *„den Glauben hochhält, dass weite Landstriche überall auf unserem Planeten sich nach dem heutigen westlichen System zu entwickeln und reifen hätten.“* Das sagte er 1978. Daran hat sich nichts verändert.

Deformierte Auswüchse der unipolaren Weltordnung

In den fast 50 Jahren, die seither vergangen sind, hat die Blindheit, von der Solschenizyn sprach und die offen rassistisch und neokolonialistisch ist, besonders deformierte Formen angenommen, insbesondere nach dem Entstehen der so genannten unipolaren Welt (Ordnung). Worauf beziehe ich mich? Der Glaube an die eigene Unfehlbarkeit ist sehr gefährlich; er ist nur einen Schritt entfernt von dem Wunsch der Unfehlbaren diejenigen zu vernichten, die ihnen nicht gefallen, oder, wie sie sagen, ihrem Wunsch sie zu annullieren («cancel culture»). Denken Sie einmal über die Bedeutung dieses Wortes nach.

Selbst auf dem absoluten Höhepunkt des Kalten Krieges, dem Höhepunkt der Konfrontation der beiden Systeme, ihrer Ideologien und militärischen Rivalität, kam es niemandem in den Sinn, die Existenz der Kultur, der Kunst und der Wissenschaft anderer Völker oder ihrer Gegner, abzuerkennen. Es kam auch niemandem in den Sinn. Ja, es gab gewisse Einschränkungen bei den Kontakten in Bildung, Wissenschaft, Kultur und leider auch im Sport. Doch, gleichwohl verstanden sowohl die sowjetische als auch die amerikanische Führung, dass es notwendig war, den humanitären Bereich taktvoll zu behandeln, ihren Rivalen zu erforschen und zu respektieren und manchmal sogar von ihm zu lernen, um zumindest eine Grundlage für solide, produktive Beziehungen in der Zukunft zu sicherzustellen.

Über vormalige Nazis und heutige «Cancel Culture»

Und was geschieht heute? Einst gingen die Nazis so weit, Bücher zu verbrennen, und jetzt sind die westlichen *„Hüter des Liberalismus und des Fortschritts“* so weit, Dostojewski und Tschaikowski zu verbieten. Die sogenannte *„Annullierung der Kultur (Cancel Culture)“* und in Wirklichkeit – wie wir schon oft gesagt haben – die wirkliche Abschaffung der Kultur besteht darin, alles Lebendige und Kreative auszurotten und das freie Denken in allen Bereichen, sei es in der Wirtschaft, der Politik oder Kultur, zu ersticken.

Heute hat sich die liberale Ideologie selbst bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Verstand man unter klassischem Liberalismus zunächst die Freiheit eines jeden Menschen, zu tun und zu sagen, was er will, so begannen die Liberalen im 20. Jahrhundert Feinde der sogenannten offenen Gesellschaft zu benennen, deren Freiheit zu limitieren, wenn nicht zu beseitigen. Es hat den absurden Punkt erreicht, an dem jede alternative Meinung zu subversiver Propaganda und einer Bedrohung der Demokratie erklärt wird.

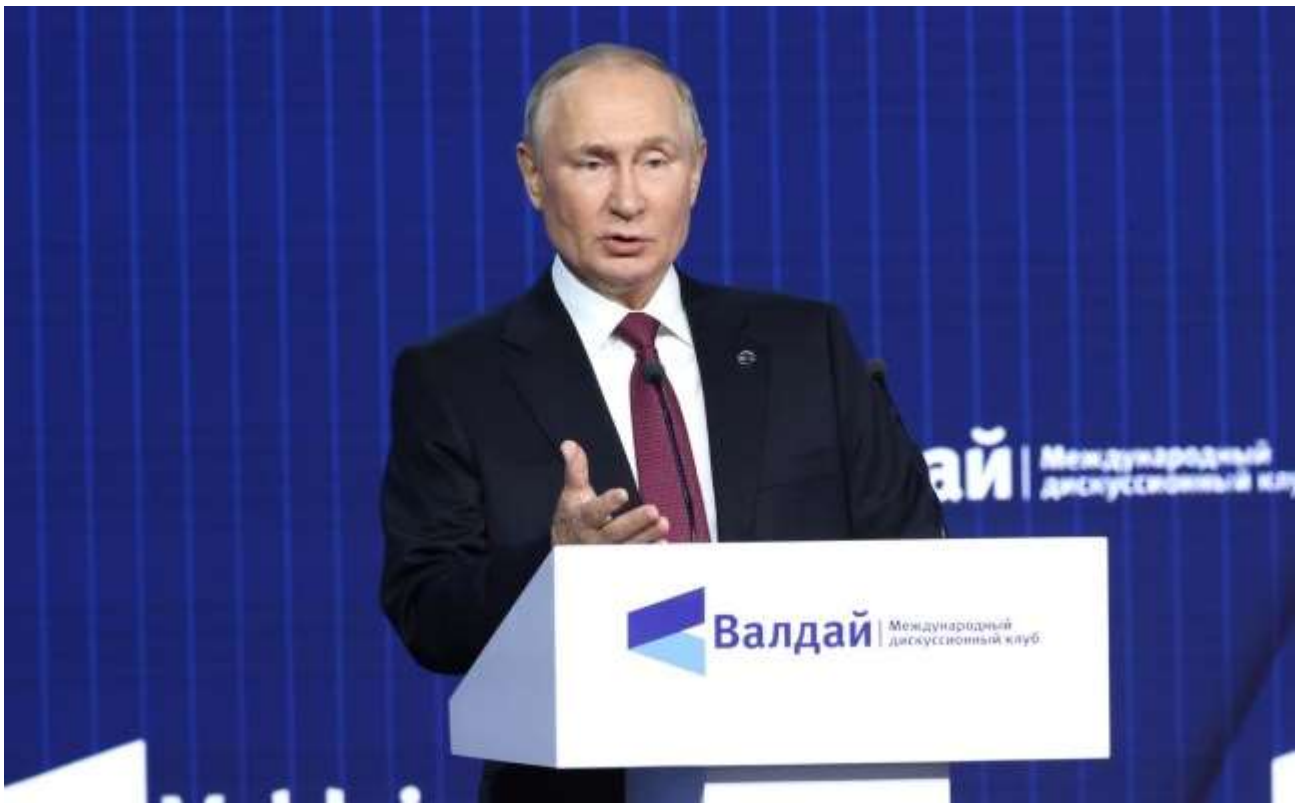
Alles, was aus Russland kommt, wird als *„Kreml-Intrigen“* gebrandmarkt. Aber sehen Sie sich es selbst an. Sind wir wirklich so allmächtig? Jede Kritik an unseren Gegnern – jede – wird als *„Kreml-Intrige“* oder als *„die Hand des Kremls“* wahrgenommen. Das ist wahnwitzig. Wie tief sind sie gesunken? Sie sollten hingegen Ihren Verstand benutzen, etwas Interessanteres zu artikulieren oder ihren Standpunkt konzeptionell darzulegen. Man kann nicht alles auf die Intrigen des Kremls schieben.

Fjodor Dostojewski hat das alles schon im 19. Jahrhundert prophetisch vorausgesagt. Eine der Figuren seines Romans *Dämonen*, der Nihilist Schigalew, beschrieb die strahlende Zukunft, die er sich vorstellte, folgendermaßen: *„Von der grenzenlosen Freiheit ausgehend, ende ich mit grenzenloser Willkür.“* Das ist es, wo unsere westlichen Gegner angekommen sind. Eine andere Figur des Romans, Pjotr Werchowenskj, spricht von der Notwendigkeit des allgemeinen Verrats, Meldeerstattung und Spionage und behauptet, dass die Gesellschaft keiner Talente oder größeren Fähigkeiten benötigt: *„Ciceros Zunge wird herausgeschnitten, Kopernikus werden die Augen ausgestochen und Shakespeare wird gesteinigt.“* Das ist es, worauf unsere westlichen Gegner hinauswollen. Was ist das, wenn nicht westliche Annullierungskultur?

Das waren große Denker, und ich bin, offen gesagt, meinen Helfern gegenüber dankbar, dass sie diese Zitate ausfindig machten.

Die Geschichte wird wissen, wen sie zu annullieren hat

Was soll man dazu sagen? Die Geschichte wird mit Sicherheit alles an seinen Platz weisen und wissen, wen sie zu annullieren hat, und das werden mit Sicherheit nicht die größten Werke universal anerkannter Genies der Weltkultur sein, sondern diejenigen, die aus irgendeinem Grund sich das Recht zuerkannten, Weltkultur nach ihrem Belieben zu verwenden. Ihr Selbstwertgefühl kennt wirklich keine Grenzen. In ein paar Jahren wird sich niemand mehr an ihre Namen erinnern. Aber Dostojewski wird weiterleben, ebenso wie Tschaikowsky und Puschkin, so sehr sie sich auch das Gegenteil wünschten.



Das neokoloniale Modell der Globalisierung

Standardisierung, finanzielle und technologische Monopolisierung, die Auslöschung aller Unterschiede – das ist es, was dem westlichen Modell der Globalisierung zugrunde liegt, das von Natur aus neokolonial ist. Ihr Ziel war klar: Die Errichtung der bedingungslosen Dominanz des Westens über die Weltwirtschaft und Weltpolitik. Zu diesem Zweck stellte der Westen die natürlichen und finanziellen Ressourcen des gesamten Planeten sowie alle intellektuellen, menschlichen und wirtschaftlichen Fähigkeiten in seinen Dienst, während er behauptet, dies sei ein natürliches Merkmal der sogenannten neuen globalen Interdependenzen.

An dieser Stelle möchte ich an einen anderen russischen Philosophen erinnern, Alexander Sinowjew, dessen hundertsten Geburtstag wir am 29. Oktober begehen. Vor mehr als 20 Jahren sagte er, dass die westliche Zivilisation als Mittel zur Existenz den gesamten Planeten und alle Ressourcen der Menschheit benötigt, um auf dem erreichten Niveau zu überleben. Das ist es, was sie wollen, das ist exakt das, was es ist.

Darüber hat sich der Westen von Beginn an einen riesigen Vorsprung in diesem System gesichert, weil er die Prinzipien und Mechanismen aufstellte – so wie die Regeln heute, von denen sie andauernd sprechen, die jedoch ein unverständliches schwarzes Loch bleiben, weil niemand wirklich weiß, wie sie lauten. Doch, sobald Nicht-Westliche-Länder begannen, von der Globalisierung zu profitieren, vor allem die großen Nationen in Asien, hat der Westen viele dieser Regeln sofort geändert oder ganz abgeschafft. Und die so genannten heiligen Prinzipien des Freihandels, der wirtschaftlichen Offenheit, des gleichen Wettbewerbs und sogar der Eigentumsrechte waren plötzlich völlig vergessen. Sie ändern die Regeln im Vorbeigehen, auf der Stelle, wenn immer sie eine Gelegenheit für sich erkennen.

Hier ein weiteres Beispiel für den Austausch von Begriffen und Bedeutungen. Viele Jahre lang haben westliche Ideologen und Politiker der Welt erzählt, es gäbe keine Alternative zur Demokratie. Damit meinten sie freilich das westliche, das so genannte liberale

Demokratiemodell. Alle anderen Varianten und Formen der Volksherrschaft lehnten sie arrogant ab, und zwar, das möchte ich betonen, mit Verachtung und Geringschätzung. Dieses Verhalten hat sich seit Kolonialzeiten herausgebildet, als ob alle Menschen zweitklassig wären, während nur sie selbst eine Ausnahme bildeten. Das geht schon seit Jahrhunderten so und hält bis heute an.

Demokratische Grundsätze in internationalen Beziehungen

Gegenwärtig fordert eine überwältigende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft Demokratie in internationalen Angelegenheiten und lehnt jede Form von autoritärem Diktat durch einzelne Länder oder Ländergruppen ab. Was ist das, wenn nicht die direkte Anwendung demokratischer Grundsätze in internationalen Beziehungen?

Welche Haltung nimmt der „zivilisierte“ Westen dazu ein? Falls sie Demokraten wären, sollten Sie den natürlichen Freiheitsdrang der Milliarden an Menschen begrüßen, aber nein: Der Westen nennt es Untergrabung der liberalen, auf Regeln basierten Ordnung. Er greift auf Wirtschafts- und Handelskriege, Sanktionen, Boykotte und farbige Revolutionen zurück und bereitet alle Arten von Umstürzen vor und führt sie auch durch.

Einer davon führte 2014 in der Ukraine zu tragischen Folgen. Sie haben den Putsch unterstützt und sogar angegeben, wie viel Geld sie dafür ausgegeben hatten. Sie haben die Dreistheit zu handeln, wie es ihnen gefällt, und zeigen keinerlei Skrupel bei all ihrem Tun. Sie töteten (Qasem) Soleimani, einen iranischen General. Man kann über Soleimani denken, wie man will, aber er war ein ausländischer Staatsoffizieller. Sie haben ihn in einem Drittland getötet und die Verantwortung dafür übernommen. Was soll das heißen, um Himmels willen? In was für einer Welt leben wir eigentlich?

US-Repressionen und Sanktionen sogar gegen Verbündete

Wie üblich bezeichnet Washington die derzeitige internationale Ordnung als *liberal-amerikanisch*, aber in Wirklichkeit vervielfacht diese berüchtigte *„Ordnung“* täglich das Chaos und wird sogar gegenüber den westlichen Ländern und ihren Versuchen, unabhängig zu handeln, immer intoleranter. Alles wird im Keim erstickt, und sie zögern nicht einmal, Sanktionen gegen ihre eigenen Verbündeten zu verhängen, die mit gesenkten Köpfen solchem Treiben einwilligen.

So wurden beispielsweise die Vorschläge der ungarischen Abgeordneten im Juli (dieses Jahres), das Bekenntnis zu den europäischen christlichen Werten und zur europäischen Kultur im Vertrag zur Europäischen Union zu verankern, nicht einmal als Affront, sondern als offener und feindseliger Sabotageakt aufgefasst. Was bedeutet das? Was soll das bedeuten? Manchen mag es gefallen, anderen nicht.

Im Laufe von tausend Jahren hat Russland eine einzigartige Kultur der Wechselbeziehung zwischen allen Weltreligionen entwickelt. Es gibt keinen Grund, irgendetwas zu streichen, seien es christliche Werte, islamische Werte oder jüdische Werte. Wir haben auch andere Weltreligionen. Alles, was man tun muss, ist, sich gegenseitig zu respektieren. In einigen unserer Regionen – das weiß ich aus erster Hand – feiern die Menschen christliche, islamische, buddhistische und jüdische Feiertage gemeinsam, und sie tun das gerne, weil sie sich gegenseitig gratulieren und sich füreinander freuen.

Aber hier nicht. Warum eigentlich nicht? Zumindest könnten sie darüber diskutieren. Erstaunlich!

Über die doktrinäre Systemkrise des neoliberalen Modells

Ohne Übertreibung handelt es sich hier nicht einmal um eine systemische, sondern um eine doktrinäre Krise des neoliberalen Modells der internationalen Ordnung amerikanischer Prägung. Sie haben keine Ideen für Fortschritt und positive Entwicklung. Sie haben der Welt einfach nichts zu bieten, außer die Weiterführung ihrer Vorherrschaft.

Ich bin davon überzeugt, dass echte Demokratie in einer multipolaren Welt in erster Linie von der Fähigkeit jeder Nation – ich betone – jeder Gesellschaft oder Zivilisation abhängt, ihren eigenen Weg zu beschreiten und ihr eigenes sozio-politisches System zu organisieren. Wenn die Vereinigten Staaten oder die EU-Länder dieses Recht beanspruchen, dann haben die Länder Asiens, die islamischen Staaten, die Monarchien am Persischen Golf und die Länder auf anderen Kontinenten sicherlich auch dieses Recht. Natürlich hat auch unser Land, Russland, dieses Recht, und niemand wird unserem Volk jemals vorschreiben können, welche Art von Gesellschaft wir aufbauen und auf welchen Prinzipien sie beruhen soll.

Eine unmittelbare Bedrohung für das politische, wirtschaftliche und ideologische Monopol des Westens besteht darin, dass die Welt alternative Gesellschaftsmodelle hervorbringen kann, die wirksamer – ich möchte betonen: wirksamer, intelligenter und attraktiver sind als die gegenwärtigen. Diese Modelle werden mit Sicherheit zustande kommen. Das ist unvermeidlich. Übrigens schreiben auch amerikanische Politikwissenschaftler und Analysten darüber. Ehrlich gesagt, hört ihre Regierung nicht auf das, was sie sagen, obwohl sie nicht umhinkönnen, diese Konzepte in politikwissenschaftlichen Zeitschriften und Diskussionen wahrzunehmen.

Gemeinsames Fundament für die Zukunft der Menschheit

Die Entwicklung sollte sich auf einen Dialog zwischen den Zivilisationen und geistigen und moralischen Werten stützen. In der Tat können sich Auffassungen von Zivilisationen dahin gehend unterscheiden, was den Menschen und sein Wesen ausmacht, aber diese

Unterschiede sind oft nur oberflächlich, doch alle erkennen letztendlich die Würde und das spirituelle Wesen des Menschen an. Ein gemeinsames Fundament, auf dem wir unsere Zukunft aufbauen können und müssen, ist von entscheidender Bedeutung.

Hier möchte ich etwas betonen. Traditionelle Werte sind kein starres Postulat, an das sich jeder halten muss, natürlich nicht. Der Unterschied zu den so genannten neoliberalen Werten besteht darin, dass sie in jedem einzelnen Fall einzigartig sind, weil sie auf den Traditionen einer bestimmten Gesellschaft, ihrer Kultur und ihrem historischen Hintergrund beruhen. Deshalb kann man traditionelle Werte niemandem aufzwingen. Sie müssen einfach respektiert werden, und alles, was jede Nation im Laufe der Jahrhunderte für sich selbst gewählt hat, muss mit Sorgfalt behandelt werden.

So verstehen wir die traditionellen Werte, und die Mehrheit der Menschheit teilt und akzeptiert unseren Ansatz. Das ist verständlich, denn die traditionellen Gesellschaften des Ostens, Lateinamerikas, Afrikas und Eurasiens bilden die Grundlage der Weltzivilisation.

Die Achtung der Sitten und Gebräuche von Völkern und Zivilisationen liegt im Interesse aller. Dies liegt auch im Interesse des *„Westens“,* der auf der internationalen Bühne schnell zu einer Minderheit wird, da er seine Vormachtstellung verliert. Natürlich muss das Recht der westlichen Minderheit auf eine eigene kulturelle Identität – das möchte ich betonen – gewährleistet und respektiert werden, aber vor allem gleichberechtigt mit den Rechten aller anderen Nationen.

Über die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer

Wenn die westlichen Eliten glauben, dass sie ihre Menschen und ihre Gesellschaften dazu bringen können, die meiner Meinung nach seltsamen und trendigen Ideen wie Dutzende von Geschlechtern oder Schwulenparaden anzunehmen, dann soll es so sein. Sollen sie doch machen, was sie wollen. Aber sie haben sicherlich nicht das Recht, anderen vorzuschreiben, in ihre Fußstapfen zu treten.

Wir sehen die komplizierten demografischen, politischen und sozialen Prozesse, die in den westlichen Ländern stattfinden. Das ist natürlich ihre eigene Angelegenheit. Russland mischt sich nicht in solche Angelegenheiten ein und hat auch nicht die Absicht, dies zu tun. Anders als der Westen kümmern wir uns um unsere eigenen Angelegenheiten. Aber wir hoffen, dass der Pragmatismus siegen wird und der Dialog Russlands mit dem echten, traditionellen Westen sowie mit anderen ebenbürtigen Entwicklungszentren einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer multipolaren Weltordnung leisten wird.

Multipolarität der Welt – die echte und einzige Chance

Ich füge hinzu, dass die Multipolarität eine echte und eigentlich die einzige Chance für Europa ist, seine politische und wirtschaftliche Identität wiederherzustellen. Um die Wahrheit zu sagen – und dieser Gedanke wird heute in Europa ausdrücklich geäußert – ist die Rechtsfähigkeit Europas sehr begrenzt. Ich habe versucht, es milde auszudrücken, um niemanden zu beleidigen.

Die Welt ist von Natur aus vielfältig, und die Versuche des Westens, alle in das gleiche Schema zu pressen, sind eindeutig zum Scheitern verurteilt. Es wird nichts dabei herauskommen.

Das eitle Streben nach globaler Vorherrschaft und im Wesentlichen nach Diktat bzw. dem Erhalt der Führungsrolle durch Diktat schmälert in der Tat das internationale Ansehen der führenden Politiker der westlichen Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten, und verstärkt generell das Misstrauen gegenüber ihrer Verhandlungsfähigkeit . Sie sagen heute das eine und morgen das andere; sie unterzeichnen Dokumente und widerrufen sie, sie machen, was sie wollen. Es gibt keine Stabilität in irgendetwas. Wie Dokumente unterzeichnet werden, was besprochen wurde, worauf wir hoffen können – all das ist völlig unklar.

Früher haben es nur wenige Länder gewagt, mit Amerika zu streiten, und es sah fast sensationell aus, während es jetzt zur Routine geworden ist, dass alle möglichen Staaten die unbegründeten Forderungen Washingtons zurückweisen, obwohl Washington weiterhin versucht, Druck auf alle auszuüben. Das ist eine verfehlte Politik, die zu nichts führt. Aber lassen Sie sie – auch das bleibt ihre Wahl.

Ich bin überzeugt, dass die Völker der Welt ihre Augen vor einer Politik des Zwangs nicht verschließen werden, die sich selbst diskreditiert hat. Jedes Mal wird der Westen einen höheren Preis für seine Versuche zahlen müssen, seine Hegemonie zu bewahren. Wäre ich

eine westliche Elite, würde ich diesen Aspekt ernsthaft abwägen. Wie ich bereits sagte, denken einige Politikwissenschaftler und Politiker in den Vereinigten Staaten bereits darüber nach.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen des intensiven Konflikts werde ich bestimmte Dinge direkt ansprechen. Als unabhängige und eigenständige Zivilisation hat sich Russland nie als Feind des Westens gesehen und sieht sich auch nicht als solcher. Amerikafeindlichkeit, Anglophobie, Frankophobie und Germanophobie sind die gleichen Formen von Rassismus wie Russophobie oder Antisemitismus und im Übrigen auch Fremdenfeindlichkeit in all ihren Erscheinungen.

Es gibt mindestens zwei Formen des Westens

Man muss sich einfach darüber im Klaren sein, dass es, wie ich bereits erwähnte, zwei Westen gibt – mindestens zwei, vielleicht auch mehr, aber mindestens zwei -, den Westen der traditionellen, vor allem christlichen Werte, der Freiheit, des Patriotismus, der großen Kultur und jetzt auch der islamischen Werte – ein wesentlicher Teil der Bevölkerung in vielen westlichen Ländern folgt dem Islam. Dieser Westen ist uns in gewisser Weise nahe. Wir teilen mit ihm gemeinsame, sogar uralte Wurzeln. Aber es gibt auch einen anderen Westen – aggressiv, kosmopolitisch und neokolonial. Er agiert als Werkzeug der neoliberalen Eliten. Natürlich wird Russland niemals mit den Diktaten eines solchen Westens übereinstimmen.

Nachdem ich im Jahr 2000 zum Präsidenten gewählt wurde, werde ich mich immer daran erinnern, was mich erwartete: Ich werde mich an den Preis erinnern, den wir für die Zerschlagung der Höhlen des Terrorismus im Nordkaukasus gezahlt haben, die der Westen zu jener Zeit beinahe offen unterstützte. Wir alle hier sind Erwachsene; die meisten von Ihnen in diesem Saal verstehen, wovon ich spreche. Wir wissen, dass genau das in der Praxis geschah: finanzielle, politische und informationelle Unterstützung. Wir alle haben es durchgemacht.

Der Westen hat Terrorismus nicht nur unterstützt

Mehr noch, der Westen hat Terroristen auf russischem Territorium nicht nur aktiv unterstützt, sondern diese Bedrohung in vielerlei Hinsicht grossgezogen. Das wissen wir. Dennoch haben wir, nachdem sich die Lage stabilisiert hatte und die wichtigsten Terrorbanden auch dank der Tapferkeit des tschetschenischen Volkes besiegt worden waren, beschlossen, nicht umzukehren, nicht die Beleidigten zu spielen, sondern vorwärts zu gehen, Beziehungen auch zu denjenigen aufzubauen, die tatsächlich gegen uns vorgingen, Beziehungen zu allen zu knüpfen und zu entwickeln, die dies wollten, auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens und gegenseitiger Achtung.

Wir dachten, das sei im Interesse aller. Russland hatte, Gott sei Dank, alle Schwierigkeiten dieser Zeit überstanden, war standhaft, wurde stärker, konnte mit dem Terrorismus von innen und außen fertig werden, seine Wirtschaft blieb erhalten, es begann sich zu entwickeln und seine Verteidigungsfähigkeit wurde immer besser. Wir haben versucht, Beziehungen zu den führenden Ländern des Westens und zur NATO aufzubauen. Die Botschaft war dieselbe: Lasst uns aufhören, Feinde zu sein, lasst uns als Freunde zusammenleben, lasst uns den Dialog aufnehmen, lasst uns Vertrauen und damit Frieden schaffen. Wir waren absolut aufrichtig, das möchte ich betonen. Wir waren uns über die Komplexität dieser Annäherung im Klaren, aber wir haben ihr zugestimmt.

Das Ziel des Westens hiess Vernichtung – nicht Kooperation

Was haben wir als Antwort erhalten? Kurz gesagt, wir erhielten ein „Nein“ in allen wichtigen Bereichen der möglichen Zusammenarbeit. Wir erfuhren einen immer stärkeren Druck gegen uns mit Spannungsherden in der Nähe unserer Grenzen. Und was, wenn ich fragen darf, ist der Zweck dieses Drucks? Worin besteht er? Ist er nur zur Übung da? Nein, natürlich nicht. Das Ziel war es, Russland verwundbarer zu machen. Das Ziel besteht darin, Russland zu einem Werkzeug zu machen, um die eigenen geopolitischen Ziele zu erreichen.

Tatsächlich ist dies eine universelle Regel: Sie versuchen, jeden zu einem Werkzeug zu machen, um diese Werkzeuge für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Und diejenigen, die sich diesem Druck nicht beugen, die kein solches Werkzeug abgeben wollen, werden sanktioniert: Es werden alle möglichen wirtschaftlichen Restriktionen gegen sie und in Bezug auf sie durchgeführt, Putsche werden vorbereitet oder wenn möglich durchgeführt und so weiter. Und am Ende, wenn gar nichts getan werden kann, ist das Ziel dasselbe: sie zu vernichten, sie von der politischen Landkarte zu tilgen. Aber es ist nicht möglich und wird auch nie möglich sein, ein solches Szenario in Bezug auf Russland zu konzipieren und auszuführen.

Was kann ich noch hinzufügen? Russland fordert die westlichen Eliten nicht heraus. Russland hält lediglich sein Recht auf Existenz und freie Entwicklung hoch. Wesentlich ist, dass wir selbst kein neuer Hegemon werden. Russland versucht nicht, eine unipolare Welt durch eine bipolare, tripolare oder andere dominierende Ordnung oder die westliche Vorherrschaft durch eine Vorherrschaft aus dem Osten, Norden oder Süden ersetzen zu wollen. Dies würde unweigerlich in eine weitere Sackgasse führen.

Es gilt Fortschritt hat in alle Richtungen zu betreiben

An dieser Stelle möchte ich die Worte des großen russischen Philosophen Nikolai Danilewski zitieren. Er war der Meinung, dass der Fortschritt nicht darin besteht, dass alle in die gleiche Richtung gehen, wie es einige unserer Gegner zu wollen scheinen. Dies würde nur dazu führen, dass der Fortschritt zum Stillstand kommt, so Danilewski. Der Fortschritt sagte er, bestehe darin, *„das Feld, das die historische Aktivität der Menschheit darstellt, in alle Richtungen zu durchschreiten“,* und fügte hinzu, dass sich keine Zivilisation anmassen sollte, den Höhepunkt der Entwicklung darzustellen.

Ich bin überzeugt, dass Diktatur nur durch die freie Entwicklung der Länder und Völker begegnet werden kann; die Entwürdigung des Individuums kann durch die Liebe des Menschen als Schöpfer überwunden werden; primitive Vereinfachung und Verbote können durch die florierende Komplexität von Kultur und Tradition ersetzt werden.

Die neue Weltordnung muss auf Recht und Gesetz beruhen

Die Bedeutung des heutigen historischen Moments liegt in den Möglichkeiten eines demokratischen und eigenständigen Entwicklungsweg eines jeden, der sich gegenüber allen Zivilisationen, Staaten und Vereinigung der Integration auftut. Wir glauben vor allem, dass die neue Weltordnung auf Recht und Gesetz beruhen und frei, unverwechselbar und fair sein muss.

Missbrauch globaler Finanzstrukturen ist zu unterbinden

Auch die Weltwirtschaft und der Handel müssen fairer und offener werden. Russland hält die Schaffung neuer internationaler Finanzplattformen für unumgänglich; dies schließt

internationale Transaktionen ein. Diese Plattformen sollten über den nationalen Gerichtsbarkeiten stehen. Sie sollten sicher, entpolitisiert und automatisiert sein und nicht von einem einzigen Kontrollzentrum abhängen. Ist dies nun möglich oder nicht? Natürlich ist es möglich. Es wird jedoch große Anstrengungen erfordern. Viele Länder werden ihre Anstrengungen bündeln müssen, aber es ist möglich.

Dies schließt die Möglichkeit des Missbrauchs in einer neuen globalen Finanzinfrastruktur aus. Sie würde es ermöglichen, effektive, vorteilhafte und sichere internationale Transaktionen ohne den Dollar oder eine der sogenannten Reservewährungen durchzuführen. Dies ist umso wichtiger, als der Dollar jetzt als Waffe eingesetzt wird; die Vereinigten Staaten und der Westen im Allgemeinen haben die Institution der internationalen Finanzreserven diskreditiert. Zuerst haben sie diese durch Inflation in der Dollar- und Eurozone entwertet und dann unsere Gold- und Währungsreserven genommen.

Über die Notwendigkeit einer neuen Finanzpolitik

Der Übergang zu Transaktionen in nationalen Währungen wird schnell an Dynamik gewinnen. Das ist unvermeidlich. Natürlich hängt es vom Status der Emittenten dieser Währungen und dem Zustand ihrer Volkswirtschaften ab, aber sie werden stärker werden, und diese Transaktionen werden sich zwangsläufig allmählich gegenüber den anderen durchsetzen. Dies ist die Logik einer souveränen Wirtschafts- und Finanzpolitik in einer multipolaren Welt.

Darüber hinaus verfügen die neuen globalen Entwicklungszentren bereits über unübertroffene Technologie und Forschung in verschiedenen Bereichen und können in vielen Bereichen erfolgreich mit westlichen transnationalen Unternehmen konkurrieren.

Es liegt auf der Hand, dass wir ein gemeinsames und sehr pragmatisches Interesse an einem freien und offenen wissenschaftlichen und technologischen Austausch haben. Wenn wir uns zusammentun, können wir mehr gewinnen, als wenn wir getrennt handeln. Die Mehrheit sollte von diesem Austausch profitieren, nicht einzelne superreiche Konzerne.

Wie sieht es heute aus? Wenn der Westen Medikamente oder Saatgut an andere Länder verkauft, sagt er ihnen, sie sollen ihre nationalen Pharmaindustrien und Auswahl vernichten. Im Grunde läuft es darauf hinaus, dass seine Lieferungen an Werkzeugmaschinen und Ausrüstungen die einheimische Maschinenbauindustrie zerstören. Das habe ich schon zu meiner Zeit als Premierminister erkannt. Sobald man seinen Markt für eine bestimmte Produktgruppe öffnet, geht der lokale Hersteller sofort unter und es ist fast unmöglich für ihn wieder hoch zu kommen. Auf diese Weise bauen sie Beziehungen auf. Auf diese Weise übernehmen sie Märkte und Ressourcen, und die Länder verlieren ihr technologisches und wissenschaftliches Potenzial. Das ist kein Fortschritt, sondern Versklavung und Rückführung der Volkswirtschaften auf primitive Niveaus.

Fortschritt soll Ungleichheit verringern – nicht verstärken

Die technologische Entwicklung sollte die globale Ungleichheit nicht verstärken, sondern eher verringern. Auf diese Weise hat Russland traditionell seine technologische Außenpolitik betrieben. Wenn wir zum Beispiel Kernkraftwerke in anderen Ländern bauen, schaffen wir Kompetenzzentren und bilden lokales Personal aus. Wir schaffen eine Industrie. Wir bauen nicht nur eine Anlage, sondern eine ganze Industrie. Wir geben anderen Ländern die Möglichkeit, in ihrer wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung neue Wege zu beschreiten, Ungleichheit zu verringern und ihren Energiesektor auf ein neues Niveau von Effizienz und Umweltfreundlichkeit zu bringen.

Ich möchte noch einmal betonen, dass Souveränität und ein eigener Entwicklungsweg keineswegs Isolation oder Autarkie bedeuten. Im Gegenteil, es geht um eine tatkräftige und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit, die auf den Grundsätzen der Fairness und Gleichheit beruht.

Wenn es bei der liberalen Globalisierung darum geht, die ganze Welt zu entpersönlichen und ihr das westliche Modell aufzuzwingen, dann geht es bei der Integration im Gegensatz dazu darum, das Potenzial jeder Zivilisation zum Nutzen aller zu erschließen. Wenn Globalisierung ein Diktat ist – worauf sie letztlich hinausläuft -, dann ist Integration eine gemeinsame Anstrengung zur Entwicklung gemeinsamer Strategien, von denen alle profitieren können.

Über die grossen Räume und multipolare Weltordnung

In dieser Hinsicht ist Russland der Ansicht, dass die Mechanismen zur Schaffung großer Räume, die auf der Wechselwirkung zwischen benachbarten Ländern beruhen, deren Volkswirtschaften und Sozialsysteme sowie deren Ressourcen und Infrastrukturen sich gegenseitig ergänzen, stärker genutzt werden müssen. Diese großen Räume bilden in der Tat die wirtschaftliche Grundlage einer multipolaren Weltordnung. Ihr Dialog führt zu einer echten Einheit der Menschheit, die viel komplexer, einzigartiger und mehrdimensionaler ist als die vereinfachenden Vorstellungen einiger westlicher Vordenker.

Die Einheit der Menschheit lässt sich nicht durch Befehle wie *„mach es wie ich“* oder *„sei wie wir“* herstellen. Sie entsteht durch die Berücksichtigung der Meinung aller und durch eine sorgfältige Auseinandersetzung mit der Identität jeder Gesellschaft und jeder Nation. Dies ist das Prinzip, das einer langfristigen Zusammenarbeit in einer multipolaren Welt zugrunde liegen kann.

Überarbeitung der Struktur der Vereinten Nationen

In dieser Hinsicht könnte es sich lohnen, die Struktur der Vereinten Nationen, einschließlich ihres Sicherheitsrates, zu überarbeiten, um die Vielfalt der Welt besser widerzuspiegeln. Schließlich wird in der Welt von morgen viel mehr von Asien, Afrika und Lateinamerika abhängen, als heute allgemein angenommen wird, und diese Zunahme ihres Einflusses ist zweifelsohne eine positive Entwicklung.

Ich möchte daran erinnern, dass die westliche Zivilisation auch in unserem gemeinsamen eurasischen Raum nicht die einzige ist. Außerdem konzentriert sich die Mehrheit der Bevölkerung im Osten Eurasiens, wo die Zentren der ältesten menschlichen Zivilisationen entstanden sind.

Der Wert und die Bedeutung Eurasiens liegen in der Tatsache, dass es einen autarken Komplex darstellt, der über enorme Ressourcen aller Art und enorme Möglichkeiten verfügt. Je mehr wir daran arbeiten, die Konnektivität Eurasiens zu erhöhen und neue Wege und Formen der Zusammenarbeit zu schaffen, desto beeindruckendere Ergebnisse werden wir erzielen.

Die erfolgreiche Arbeit der Eurasischen Wirtschaftsunion, die rasche Zunahme der Autorität und des Ansehens der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die groß angelegten *„One Belt, One Road“*-Initiativen, die Pläne für eine multilaterale Zusammenarbeit beim Bau des Nord-Süd-Transportkorridors und viele andere Projekte sind der Beginn einer neuen Ära, einer neuen Etappe in der Entwicklung Eurasiens. Dessen bin ich mir sicher. Die dortigen Integrationsprojekte stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzen

sich – natürlich nur, wenn sie von den Nachbarländern in ihrem eigenen Interesse durchgeführt werden und nicht von äußeren Kräften mit dem Ziel eingeführt werden, den eurasischen Raum zu spalten und in eine Zone der Blockkonfrontation zu verwandeln.

Viele Führer Europas haben sich zu Vasallen gemacht

Europa, das westliche Ende von Groß-Eurasien, könnte auch zu seinem natürlichen Teil werden. Doch viele seiner Führer sind von der Überzeugung beseelt, dass die Europäer den anderen überlegen sind und dass es ihnen nicht zusteht, sich als Gleichberechtigte an Unternehmungen mit anderen zu beteiligen. Diese Arroganz hindert sie daran, zu erkennen, dass sie selbst zu einer fremden Peripherie geworden sind und sich faktisch in Vasallen verwandelt haben ohne ihr Recht zu bestimmen.

Kollegen,

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat das Gleichgewicht der geopolitischen Kräfte gestört. Der Westen fühlte sich als Sieger und rief eine unipolare Weltordnung aus, in der nur sein Wille, seine Kultur und seine Interessen die Existenzberechtigung fanden.

Die Menschheit steht vor einer Wende des Weltgeschehens

Nun geht diese historische Periode der grenzenlosen Vorherrschaft des Westens im Weltgeschehen zu Ende. Die unipolare Welt ist dabei, der Vergangenheit anzugehören. Wir befinden uns an einem historischen Scheideweg. Wir stehen vor dem wahrscheinlich gefährlichsten, unvorhersehbarsten und gleichzeitig wichtigsten Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Westen ist nicht in der Lage, die Menschheit im Alleingang zu regieren, und die Mehrheit der Nationen will sich das nicht länger gefallen lassen. Dies ist der Hauptwiderspruch der neuen Ära. Um einen Klassiker zu zitieren, handelt es sich zu gewissen Mass um eine revolutionäre Situation – die Eliten können und die Bevölkerung will so nicht länger leben.

Dieser Zustand ist mit globalen Konflikten oder einer ganzen Kette davon verbunden, die eine Bedrohung für die Menschheit darstellen, auch für den Westen selbst. Die Hauptaufgabe der Geschichte besteht heute darin, diesen Widerspruch konstruktiv und positiv aufzulösen.

Es gilt die Symphonie menschlicher Zivilisation zu schaffen

Der Wechsel der Epochen ist ein schmerzhafter, wenn auch natürlicher und unvermeidlicher Prozess. Eine zukünftige Weltordnung nimmt vor unseren Augen Gestalt an. In dieser Weltordnung müssen wir jedem zuhören, jede Meinung, jede Nation, Gesellschaft, Kultur und jedes System von Weltanschauungen, Ideen und religiösen Konzepten berücksichtigen, ohne jemandem eine einzige Wahrheit aufzuzwingen. Nur auf dieser Grundlage und im Bewusstsein unserer Verantwortung für die Geschicke der Nationen und unseres Planeten werden wir eine Symphonie der menschlichen Zivilisation schaffen.

An dieser Stelle möchte ich meine Ausführungen mit einem Dank für Ihre Geduld, die Sie beim Zuhören aufgebracht haben, schliessen.

Ich danke Ihnen vielmals!

Übersetzung aus dem Russischem: UNSER MITTELEUROPA

Fortsetzung mit den «Fragen an den Präsidenten» folgt

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Putin als „Scharfschütze“ bei Ausbildung der „mobil gemachten Soldaten“

22. 10. 2022

Putin auf Truppenbesuch

Der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin hat mobilgemachte Soldaten während ihrer Ausbildung auf einem Militärübungsplatz besucht.

Dabei sprach er mit den Männern, begutachtete die Ausrüstung und feuerte persönlich ein Scharfschützengewehr ab.

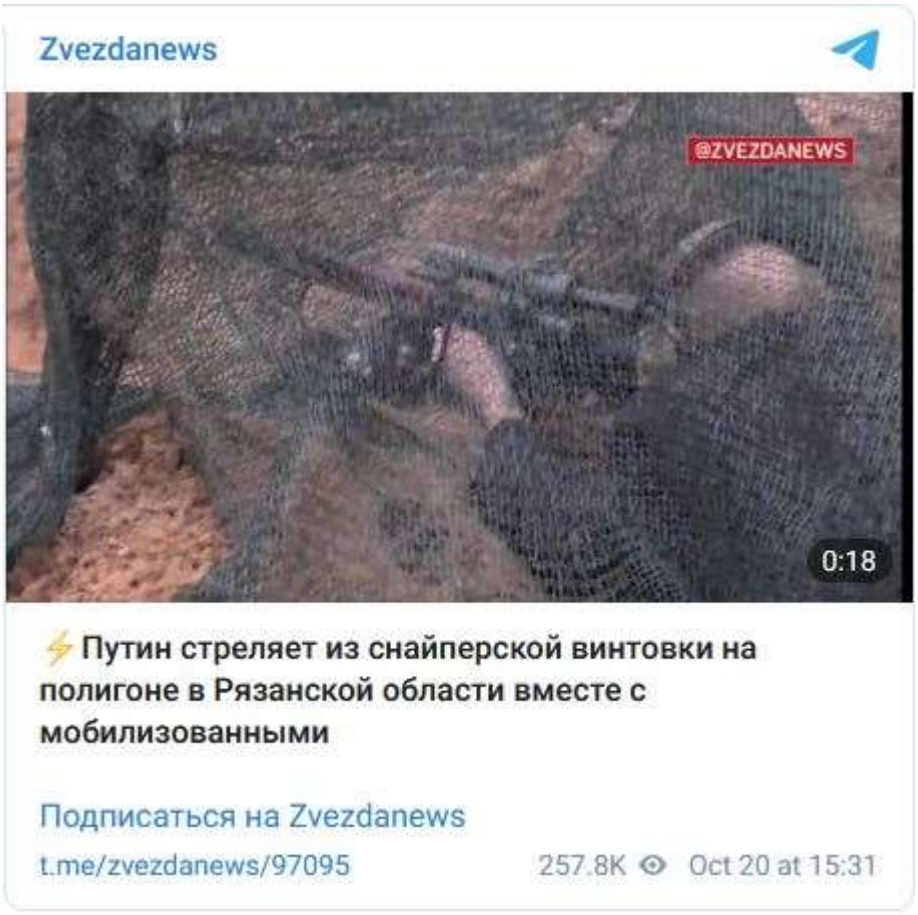
Besuch mit „Vorführung“

Russlands Staatschef hat einen Militärübungsplatz des westlichen Wehrkreises nahe der Stadt Rjasan besucht, wie unter anderem die Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* berichtet.

Ebendort nahm er am 20.Oktober einen Bericht des Verteidigungsministers Sergei Schoigu über die laufende Militärausbildung entgegen. Danach inspizierte Putin die Übungen in Taktik, Schießen, Pionierwesen und Medizin. Wie das russische Verteidigungsministerium erklärte, verlaufen die Ausbildungskurse für Mobilisierte „besonders intensiv“. Jeder Soldat feuert während seiner Ausbildung mindestens 600 Schuss scharfe Munition ab und wirft mindestens fünf Granaten.

Nach der Ankunft am Militärübungsplatz begutachtete Putin die Ausrüstung der Mobilisierten. Neben Schutzweste, Waffe und Helm gehören dazu ein Rucksack mit Wäsche, Isomatte und Schlafsack sowie Sommer- und Winterschuhe. Putin betonte die Wichtigkeit der Versorgung von Soldaten mit der vorgeschriebenen Ausrüstung.

Danach begab sich der Präsident zum Schießplatz, wo er mit den Soldaten sprach, ihnen Glück wünschte und schließlich sich selbst am Schießen versuchte. Der Staatschef setzte Schutzbrille und Kopfhörer auf, nahm die Liegendstellung ein und feuerte mehrere Schüsse aus einem Dragunow-Scharfschützengewehr ab. Der Fernsehkanal *Swesda* veröffentlichte eine Videoaufnahme von der Schießübung.



Putin beim Abfeuern des Scharfschutzengewehres

Das Dragunow-Scharfschützengewehr mit der Kurzbezeichnung SWD war im Jahr 1963 für Standardmunition der russischen Streitkräfte im Kaliber 7,62 × 54 mm R entwickelt worden. Heute stellt das Selbstladegewehr das meistverwendete Scharfschützengewehr in der russischen Armee dar. Es zeichnet sich durch eine einfache Bedienung und Robustheit aus. Wie man es auch vom „altehrwürdigen“ AK 47, dem sogenannten Kalaschnikow kennt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. j) Kaukasusgebiet Seite E 164

Keine Berichte

E. k) Südosteuropa Seite E 165

Keine Berichte

E. I) Süd- und Westeuropa **Seiten E 166 – E 168**

I t a l i e n (Seiten E 166 – E 168)

01) Rom: Ministerium wird umbenannt – „Ministerium für Familie, Geburten und Chancengleichheit“

28. 10. 2022

Giorgia Meloni : *Foto: La Voce del Patriota*

Rom: Ministerium wird umbenannt

Nomen est Omen. Die Bedeutung des Namens spiegelt den Charakter wider. Die italienische Ministerpräsidentin Georgia Meloni – die Drachentöterin bzw. die Hirtin oder Hüterin – hat den linken Spieß kurzerhand umgedreht.

Die Linke kämpft seit Jahrzehnten um die Auslegung der Sprache sowie um die Deutungshoheit der Begriffe. Was die Rechten lange Zeit ignoriert und als infantile Spinnereien abgetan haben, stellt jedoch mehr dar als bloß Stoff für reaktionäre Zyniker wie Satiriker.

Wer die Macht über die Sprache hat, besitzt letztendlich auch die Macht über die Argumentarien und letztendlich auch über die Gedanken. Gemäß Marx, wonach das Sein das Bewusstsein schafft.

Wörter machen Leute und somit schafft die Sprache ebenfalls das Bewusstsein. Wer hat sich noch nicht selbst dabei ertappt, dass er statt Ausländer Migranten oder statt Asylanten Flüchtlinge sagt? Man bemerkt es kaum, da man sich über „Migrant*Innen“ oder „Geflüchtete“ ärgert. Diese Begrifflichkeiten sind weit in das konservative Kernspektrum vorgedrungen.

Nun denn: Das Imperium Romanum schlägt zurück. Zuerst hat Stockholm die feministische Außenpolitik „gecancelt“ und nun lässt die Mitte-Rechts-Regierung am Tiber die neuen Ministerien durch ihre Bezeichnungen die Prioritätensetzung erkennen.

Das Familienministerium ist nunmehr das Ministerium für Familien, Geburten und Chancengleichheit. Das Landwirtschaftsministerium erhält den Zusatz Ernährungssouveränität, das Industrieministerium die Ergänzung „Made in Italy“, Das Schulministerium kümmert sich fortan auch um den „Verdienst“. Der „ökologische Wandel“ wurde durch Umwelt und Energiesicherheit ersetzt.

Die Opposition sprach prompt von neofaschistischer Restauration. Dabei wurde das Verteidigungsministerium letztendlich nicht in Kriegsministerium „rückbenannt“, wie es bis zum Zweiten Weltkrieg in allen Staaten hieß. Linke monierten dennoch, dass nur mehr ein „Kolonialministerium“ fehle. Aber diese haben sie selbst in Entwicklungshilfeministerien umbenannt …

Dieser Beitrag erschien zuvor auf *ZURZEIT*, unserem Partnr in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Salvini will zur See und zu Land illegale Migrationsflut bekämpfen

25. 10. 2022

Die große Hoffnung der europäischen Patrioten im Jahr 2022: der Sturz der italienischen Regierung und der Aufstieg der beiden patriotischen Parteien Lega (Matteo Salvini) und Fratelli d'Italia (Giorgia Meloni)

Der neue Infrastrukturminister der Mitte-rechts-Regierung unter Giorgia Meloni, Matteo Salvini von der Lega, ist bereit, in Italien seinen Kampf gegen illegale Migration erneut aufzunehmen.

Kontrolle über Häfen

In der Regierung des Mitte-rechts-Blocks mit Giorgia Melonis Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens, FdI), der Lega von Matteo Salvini und der Forza Italia von Ex-Premier Silvio Berlusconi ist Salvini Vizepräsident und Infrastrukturminister. Als solcher hat Salvini die Kontrolle über die Häfen. Gegenüber der Zeitung *La Repubblica* sagte er, dass er sich „auf dem Meer und auf dem Land" gegen illegale Migration engagieren werde. Wörtlich meinte er:

Wir werden dafür sorgen, dass unsere Landesgrenzen wieder sicher sind. Es kann nicht sein, dass Schiffe aus aller Welt sich in der ganzen Welt herumtummeln und dann alle bei uns ankommen.

Häfen für Boots-Migranten geschlossen

Während seiner Amtszeit als Innenminister hatte Salvini die Schließung aller Häfen des Landes für Schiffe mit „geretteten" Boots-Migranten an Bord verfügt. Seiner parteilosen Amtsnachfolgerin Luciana Lamorgese warf Salvini vor, nicht entschieden genug gegen die illegale Einwanderung vorgegangen zu sein.

Kickl als kongenialer Partner

Anderes hatte man sich von Salvini nicht erwartet. Denn schon in seiner Funktion als Innenminister (von Juni 2018 bis September 2019 im Kabinett Giuseppe Conte I.) machte er sein Versprechen der restriktiven Asylpolitik wahr. In Europa fand er damals mit Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) in Österreich einen kongenialen Partner. Die Auswirkungen dieser Politik schlug sich in den niedrigsten Migranten-Zahlen seit Jahren nieder, von denen wir heute nur träumen können.

„Seeschlacht gegen humanitäre Schiffe"

Die Zeitung *La Repubblica* berichtete gestern, Montag, dass Salvini in seiner Rolle als Infrastrukturminister „eine neue Seeschlacht gegen humanitäre Schiffe entfesseln" werde. Salvini soll laut Zeitung den Kommandanten der Küstenwache gebeten haben, ihn über die Bewegungen der NGO-Schiffe auf dem Laufenden zu halten. Im Moment würden sich zwei solcher „Seenot-Rettungs"-Schiffe im Mittelmeer im Einsatz befinden: Die „Ocean Viking" von SOS Mediterranee mit 73 Menschen an Bord und die „Humanity", die am Montag 45 Menschen aufgenommen haben soll. Allerdings stünden Schiffe wie „Geo Barents" von Ärzte ohne Grenzen und die „Astra" von Open Arms für neue Missionen bereit, um im Meer – meist vor der Küste Libyens – wahllos Migranten aufzunehmen und diese dann nicht gemäß internationalem Seerecht in den nächstgelegenen libyschen Hafen, sondern nach Italien zu transportieren.
Dieser Beitrag erschien zuerst auf *unzensuriert.de*

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. m) Nordwest- und Nordeuropa Seite E 169

Keine Berichte!

P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

<u>Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.</u>

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

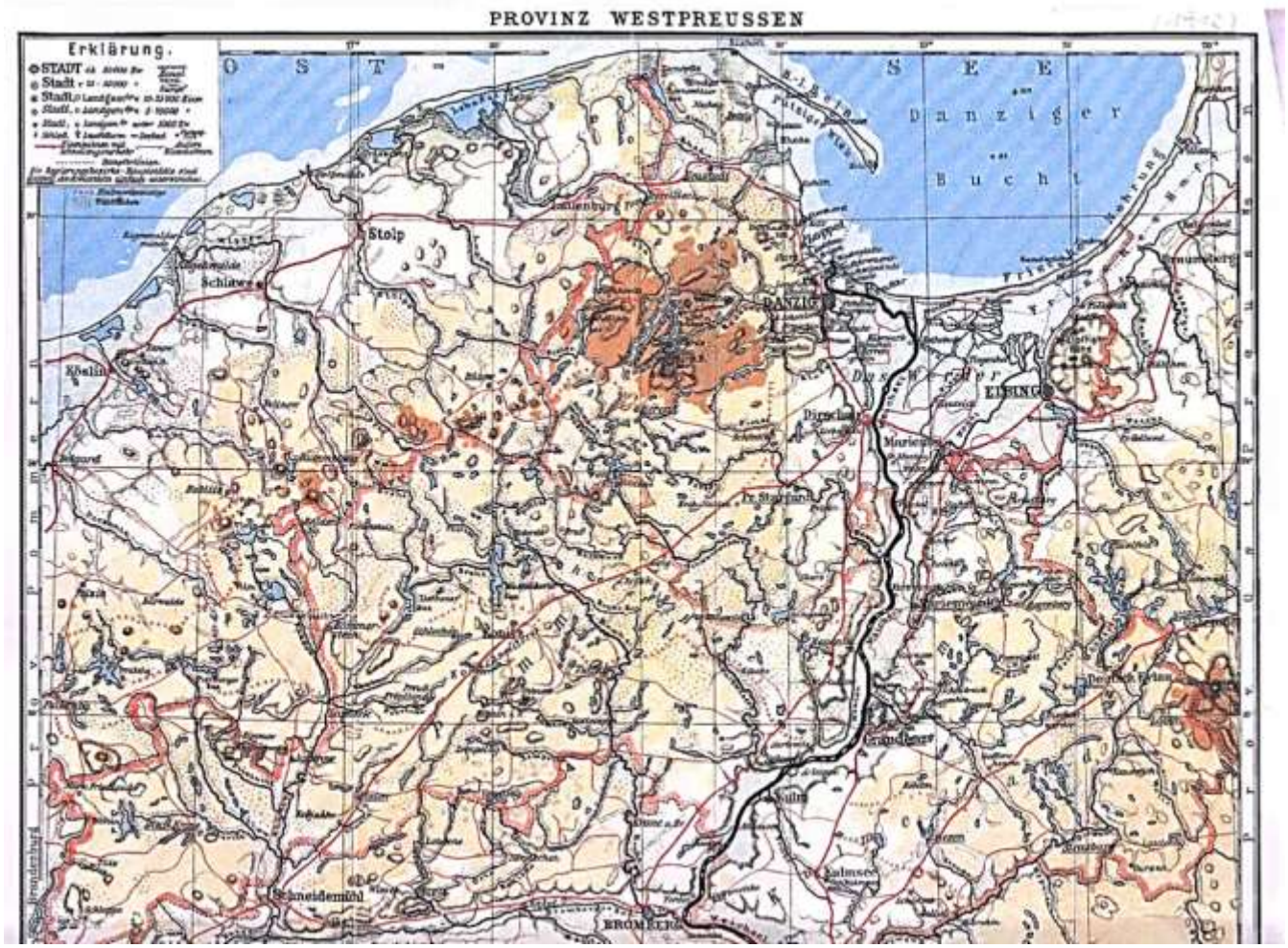
<u>Quelle: WIKIPEDIA „Ostmtteieuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr: https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa</u>

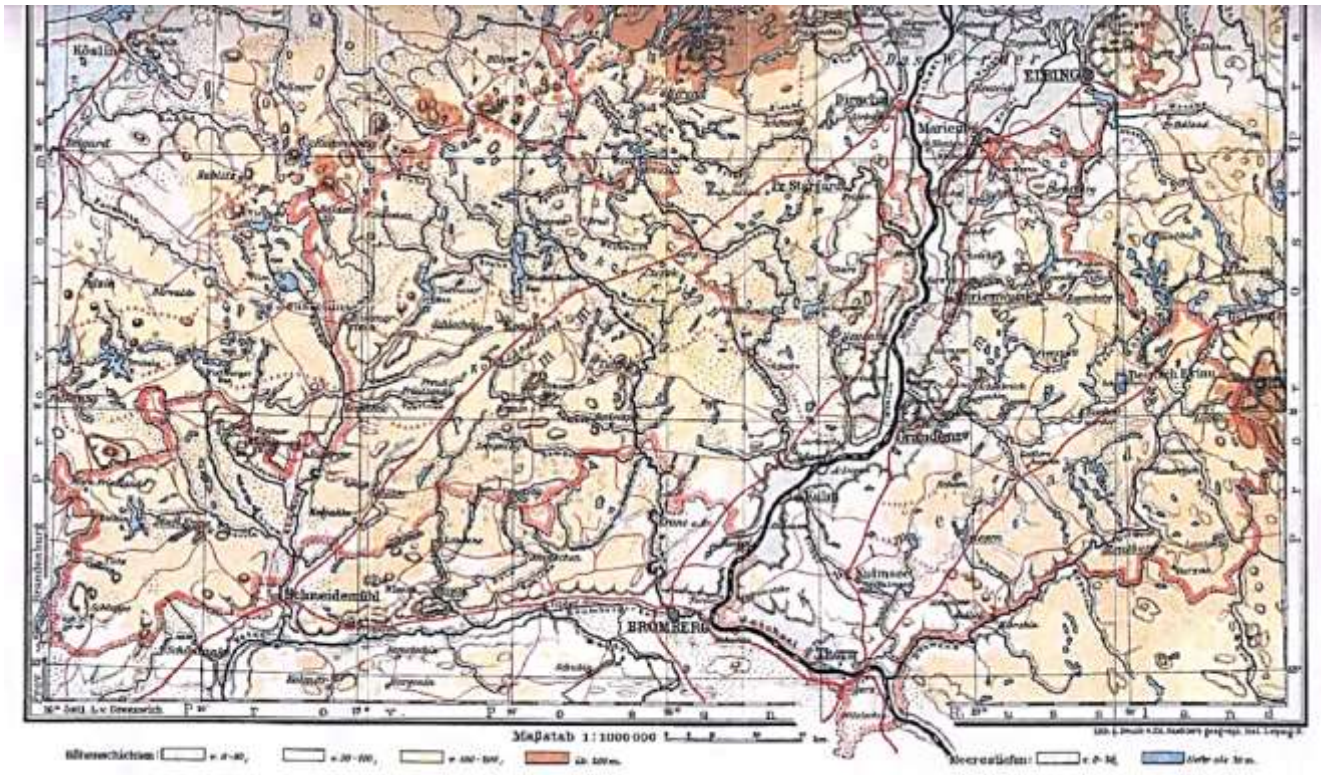
<u>s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im</u> Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa

Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr: ***https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png***

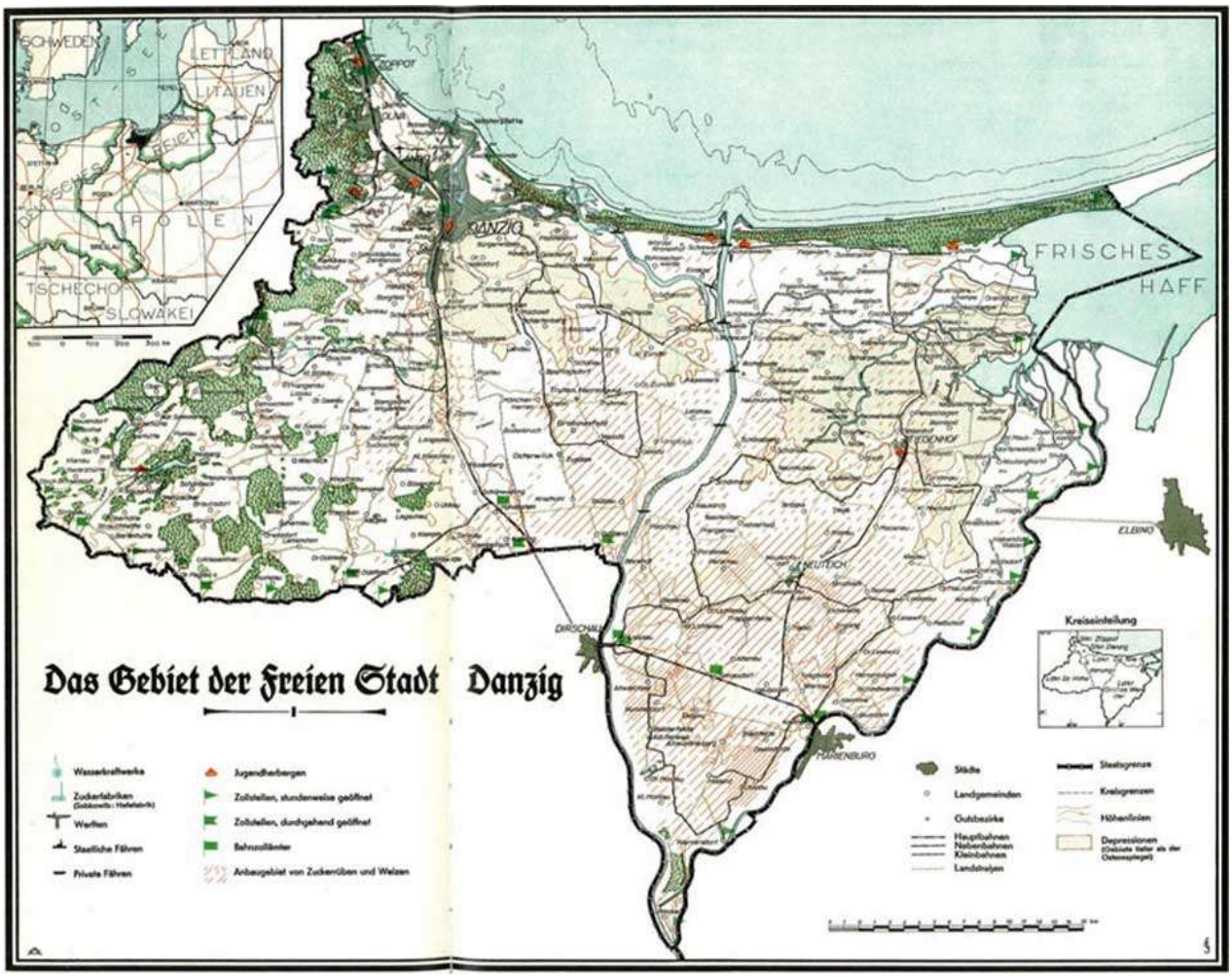
Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945

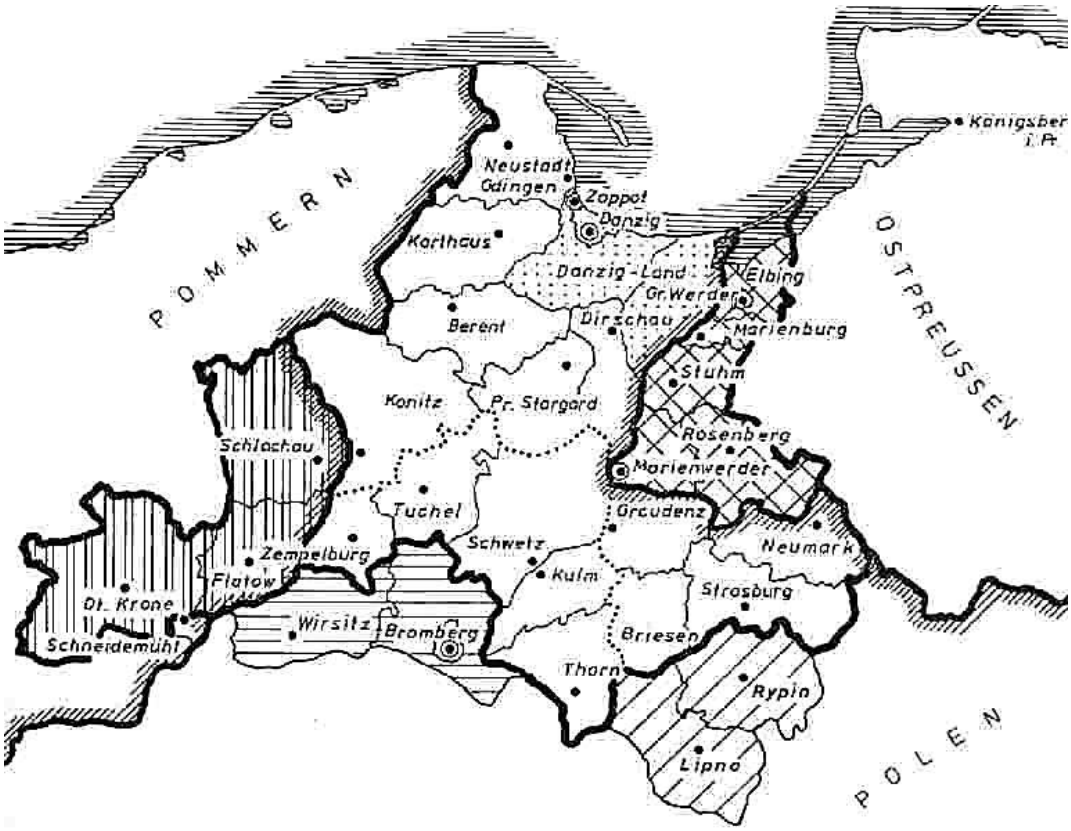

PROVINZ WESTPREUSSEN
Erklärung.
O S T
S E E
Danziger
Bucht
Stolp
Schlawe
Köslin
DANZIG
ELBING
Marienburg
Graudenz
Kulm
Kulmsee
Schneidemühl
BROMBERG
Thorn


Köslin
ELBING
Marienburg
Graudenz
Kulmsee
Schneidemühl
BROMBERG
Thorn
Maßstab 1:1000000

Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt Danzig –





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeit: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<*agom.westpreussen.berlin@gmail.com*>

Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!

Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 827 vom 03.11.2022: 31.10.2022, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 828 erscheint) voraussichtlich, am 17.11.2022.

Redaktionsschluss für AWR-828: Montag, 14.11.2022, 12:00 Uhr